

SÄCHSISCHE HEIMAT BLÄTTER

SONDER
AUSGABE

2025

Zeitschrift für
Sächsische
Geschichte,
Landeskunde,
Natur und Umwelt
71. Jahrgang



SÄCHSISCHE
STAATSKANZLEI



Freistaat
SACHSEN

SEHNSUCHT
FREIHEIT



Sehnsucht nach Freiheit

Michael Kretschmer Zum Geleit	1
Almuth Müller Der 23. August 1939 aus polnischer Sicht Hintergründe, Tragödie und Folgen	2
Konstantin Hermann Was schwerer wiegt Der Schmiedeberger Klempner Otto Heyne und seine Haltung gegen den Nationalsozialismus	8
Peter Knüvener Mythos Zittwerke? Ein Rüstungskonzern der NS-Zeit und seine Rezeption	16
Wolfgang Uhlmann Demontagen und Reparationen in der Industrieregion Chemnitz 1945 bis 1953	18
Ralph Grüneberger Was der spätere Lieddichter Helmut Richter (1933–2019) mit elf Jahren erlebte Aus dem Sudetenland vertrieben und zunächst in Sachsen angekommen	24
Romy Donath und Matthias Donath Von der HJ zur FDJ Der Meißner Komponist Siegfried Köhler (1927–1984) zwischen den Diktaturen des 20. Jahrhunderts	31
Juliane Weiß und Hannes Schneider Einweisungsgrund: Herumtreiberei Disziplinierung von Mädchen und Frauen in Geschlossenen Venerologischen Stationen und Spezialheimen der DDR	42
Matthias Donath Internierungs- und Isolierungslager des Ministeriums für Staatssicherheit in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig	47
Peter Wensierski Das Fernsehen der Opposition 1986 bis 1989	56
Geralf Pochop Subkulturelle Jugendliche in der DDR und der Fall der Mauer	65
Sven Brajer 35 Jahre Wiedervereinigung Biographien und Perspektiven aus der Oberlausitz	69
Jens Schulze-Forster Graffiti meets Großenhainer Demokratiegeschichte Ein Kunst- und Bildungsprojekt schreibt Geschichte	75

Zum Geleit

Als Ministerpräsident erhalte ich oft Einladungen von Gedenkstätten. Neue Dauerausstellungen werden eröffnet, sanierte Gebäudeteile übergeben, Jahrestage gewürdigt. Im Freistaat Sachsen gibt es zahlreiche Gedenkstätten und Erinnerungsorte. Sie haben viel zu erzählen. Meist treffe ich dort Zeitzeugen, die Unvorstellbares erlebt haben – und deren Schicksal und Erinnerung diese Orte nun gerecht werden wollen. Die Gespräche mit Zeitzeugen machen mir immer wieder neu bewusst, welches Leid die Diktaturen des 20. Jahrhunderts verursacht haben und wie wichtig es ist, diese Erfahrungen nicht verblassen zu lassen. Es handelt sich dabei nicht um marginale Episoden oder kurzzeitige Abirrungen – einen Vogelschiss in unserer Geschichte. Die Zeit heilt alle Wunden, sagt man oft. Doch es bleiben Narben und sie gehören zu dem Bild, das wir erblicken, wenn wir auf die Geschichte unseres Landes schauen. Beeindruckt bin ich von der in den Gedenkstätten und anderen Erinnerungsorten geleisteten Arbeit. Mit modernen Mitteln wird die Geschichte dieser Orte dargestellt, an das Leiden und den Mut verfolgter oder inhaftierter Menschen erinnert.

Wir können uns aber auch über den guten Ausgang aus jahrzehntelanger Unfreiheit freuen: Die Friedliche Revolution, die vor 35 Jahren Einheit, Recht und Freiheit brachte – laut unserer Nationalhymne sind sie des Glückes Unterpfand. Die Sehnsucht nach Freiheit bereitet stets den Weg für die Demokratie; wenn sie sich verflüchtigt, gerät die Demokratie in Gefahr. „Sehnsucht nach Freiheit“ war daher der Titel eines kleinen Förderprogramms der Staatskanzlei im Doppelhaushalt 2023/24. Die Verteilung der Mittel wurde dem Zentrum für Kultur und Geschichte e.V. als Erstempfänger übertragen. Eine unabhängige Jury aus Experten der Erinnerungskultur prüfte die Anträge und entschied über die Förderung.

In der hier vorliegenden Sonderausgabe der Sächsischen Heimatblätter werden Ergebnisse der Projekte vorgestellt. Die Beiträge sind kleine Mosaiksteine der sächsischen Diktatur- und Demokratiegeschichte des 20. Jahrhunderts; Geschichten des Widerstands und der Anpassung. So haben die Diktaturen in den Lebensgeschichten der bekannten Komponisten Helmut Richter und Siegfried Köhler tiefe Spuren hinterlassen. Ihr Leben war von Anpassung und Verschweigen geprägt – das war der Preis dafür, dass sie ihr kompositorisches Schaffen in der DDR und eine Karriere in ihren Institutionen fortsetzen konnten. Ein Handwerker im Erzgebirge hinterließ in seinen Arbeiten Spuren des Nicht-einverstanden-seins mit dem von den Nationalsozialisten ausgelösten Krieg. Was passierte mit den Industriebetrieben im Krieg und danach? Das war ein Aderlass ohne Gleichen, der trotz



der gewaltigen Kraftanstrengungen der Menschen nach dem Krieg unter den Widrigkeiten einer planwirtschaftlichen Diktatur und des Aufholprozesses in Freiheit und sozialer Marktwirtschaft nach der Friedlichen Revolution 1989/90 Sachsen bis heute nachhängt.

Wie empfinden unsere polnischen Nachbarn den gemeinsamen Überfall des Deutschen Reiches und der Sowjetunion im September 1939 auf ihr Land? Wie bereitete sich das SED-Regime auf den „Tag X“ vor? Dazu werden die Planungen der Staatssicherheit für Internierungs- und Isolierungslager in Sachsen vorgestellt. Die Disziplinierung von Mädchen und Frauen und der Missbrauch von Kinderheimen und venerologischen Stationen für diesen Zweck werden ebenso dargestellt wie die Aktivitäten subkultureller Jugendlicher zum Ende der DDR. Ein weiterer Text beschreibt den wichtigen Beitrag von Videoaufnahmen, die Ende der achtziger Jahre aus der DDR nach West-Berlin geschmuggelt und dort vor allem vom Magazin „Kontraste“ ausgestrahlt wurden. Wir bekommen einen Einblick in Nachwendebiografien in der Oberlausitz sowie wichtige Personen der Großenhainer Demokratiegeschichte vorgestellt.

Ich freue mich, dass diese Geschichten hier erzählt werden und danke allen, die in diesen Projekten mitgewirkt haben, deren Ergebnisse wir hier einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen können.

Michael Kretschmer, Ministerpräsident



Zweiter Weltkrieg,
Treffen deutscher und sowjeti-
scher Einheiten in Brest-Litowsk,
22. September 1939
picture alliance/ullstein bild

Der 23. August 1939 aus polnischer Sicht

Hintergründe, Tragödie und Folgen

Almuth Müller

- 1 Michał Kwieciński (Produzent)/Andrzej Wajda (Regisseur): Katyń. Polen 2007.
- 2 Sven Felix Kellerhoff: Gesta-po und NKWD Seite an Seite, in: Horch und Guck 24 (2015), Ausgabe 1/2015. S. 30.
- 3 https://de.wikipedia.org/wiki/Polnische_Exilregierung [30.12.2024].
- 4 Dietmar Müller/Stefan Troebst: Eine Kriegserklärung an Europa. Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in der europäischen Geschichte, Erinnerung und im Völkerrecht. In: Horch und Guck 24 (2015), Ausgabe 1/2015. S. 4.

Prolog

Die Eingangsszene des Films „Das Massaker von Katyń“¹ von Andrzej Wajda zeigt Chaos und Orientierungslosigkeit. Auf einer Brücke irgendwo im Osten von Polen begegnen sich Menschen mit ihrem Hab und Gut. Sie sind auf der Flucht – die einen vor den „Deutschen“ aus Westen kommend, die anderen vor den „Russen“ aus Osten kommend. Die Menschen versuchen, sich in Sicherheit zu bringen oder zu ihren Familienangehörigen zu gelangen. Gerüchte, dass polnische Offiziere von den „Russen“ festgehalten werden, machen die Runde. Warnungen, weiter in den Osten zu gehen, werden ausgesprochen. Was passiert da gerade? Warum fliehen die Menschen aus dem Osten? Wo gibt es noch einen sicheren Platz? In eindrücklichen Bildern zeigt die Filmsequenz die Ratlosigkeit und Ungewissheit, die die Menschen damals erfasst haben muss.

Es ist der 17. September 1939. Vor reichlich zwei Wochen, am 1. September 1939, überfiel das nationalsozialistische Deutschland die Zweite Polnische Republik. Innerhalb dieser wenigen Tage gelingt es der deutschen Besatzungsmacht, die polnische Armee zu besiegen und das Land bis Warschau einzunehmen. Der 1. September 1939 markiert den Beginn des nationalsozialistischen Terror- und Besatzungsregimes in Polen. Zudem gilt dieses Datum als der Beginn des Zweiten Weltkriegs.

Am 17. September 1939 besetzt – scheinbar aus „heiterem Himmel“ und überraschend für die ansässige Bevölkerung – auch die Sowjetunion die ostpolnischen Gebiete. Ab diesem Tag leiden die Menschen auch in diesem Landesteil des polnischen Staates unter Terror und Besatzungswillkür – ausgeführt und geplant durch das kommunistische Regime. Die nebenstehende Abbildung zeigt



eindrücklich, wie der sowjetische Überfall auf Polen bis heute wahrgenommen wird: Durch einen Schuss in den Hinterkopf wird Polen heimtückisch ermordet, hilflos und allein gelassen.

Der 1. September und der 17. September 1939 – es sind Daten, die in das polnische historische und gesellschaftliche Bewusstsein eingegangen sind. Es sind zudem Daten, die ein Trauma für den polnischen Staat und die polnische Bevölkerung darstellen. Mit diesen Daten ist nicht nur unsägliches Leid verbunden, sondern auch die erneute Auslöschung des polnischen Staates von der europäischen Landkarte. Symbolisch für die Eroberung Polens durch deutsche und sowjetische Truppen steht die gemeinsame Siegesparade am 22. September 1939 in Brest-Litowsk.²

Mit dem 17. September 1939 verlor Polen seine Souveränität. Es befand sich seitdem unter nationalsozialistischer und kommunistischer Besatzung. Nach der Internierung der polnischen Regierung in Rumänien formierte sich Ende September in Frankreich als legitime Nachfolgerin eine polnische Exilregierung, die ab Juni 1940 in London agierte.³

Die beiden genannten Daten bedürfen unbedingt der Einordnung in einen größeren historischen Kontext. Es handelt sich dabei nicht um singuläre Ereignisse, sondern es sind vielmehr Höhepunkte einer geschichtlichen Entwicklung, die die Absichten und das Machstreben des nationalsozialistischen wie auch des kommunistischen Regimes verdeutlichen und deren Folgen nicht nur für Polen, sondern für ganz Europa bis heute spürbar sind. Ausgangspunkt für die für Polen so einschneidenden Ereignisse dieser Septembertage war der Hitler-Stalin-Pakt, der nur wenige Tage zuvor, am 23. August 1939, in Moskau geschlossen wurde und heute als „Kriegserklärung an Europa“⁴ gedeutet wird.



Die Umweltbibliothek Großhennersdorf e.V.⁵ setzte im Jahr 2024 ein Projekt unter dem Titel „Der 23. August 1939 aus polnischer Sicht – Hintergründe, Tragödie und Folgen“ im Rahmen des Förderprogramms „Sehnsucht nach Freiheit“ um. Kern des Projekts der Umweltbibliothek war die Übersetzung eines 2006 veröffentlichten Ausstellungskatalogs, herausgegeben vom Institut für Nationales Gedenken (Warschau). Dieser Katalog mit dem Titel „Die Vernichtung der polnischen Eliten – Von der Aktion AB bis Katyń“⁶ thematisiert in 30 Kapiteln die Vernichtung der polnischen Eliten durch die deutsche und sowjetische Besatzungsmacht in den Jahren 1939 und 1940. Er ist mit zahlreichen historischen Fotografien bebildert und beinhaltet eine Reihe von Originalzitatzen sowie Augenzeugenberichten.

Der Umweltbibliothek Großhennersdorf e.V. war es seit langem ein Anliegen, einem deutschen Pu-



links: „Fakt“ vom 17. September 2007 mit Erinnerung an Katyń 1940
Foto: Almut Müller

rechts: Gemeinsame Parade deutscher und sowjetischer Truppen vor dem Wojewodschaftsgebäude in Brest-Litowsk, 24. September 1939
picture alliance/ullstein bild

5 Die Umweltbibliothek Großhennersdorf e.V. ging 1990 aus der historischen Umweltbibliothek hervor, die 1987 in Großhennersdorf als zweite Umweltbibliothek in der ehemaligen DDR gegründet wurde. Es waren Orte, an denen verbotene oder schwer zugängliche Literatur gesammelt wurde. Die Umweltbibliothek Großhennersdorf e.V. versteht sich heute als Teil der sächsischen und deutschen Erinnerungs- und Aufarbeitungslandschaft und widmet sich der Beschäftigung, Aufarbeitung und Dokumentation der beiden deutschen Diktaturen und deren Widerstand. Sie ist zugleich Archiv und (Spezial-)Bibliothek mit dem Schwerpunkt auf Nationalsozialismus, Kommunismus, Ostmittel- und Osteuropa. In ihrem Archiv bewahrt sie Zeugnisse der regionalen DDR-Bürgerbewegung sowie der DDR-Energiegeschichte auf.

6 Instytut Pamięci Narodowej: Zagłada polskich elit: Akcja AB Katyń. Warszawa 2006. [Institut für Nationales Gedenken: Die Vernichtung der polnischen Eliten – Von der Aktion AB bis Katyń. Warschau 2006.]

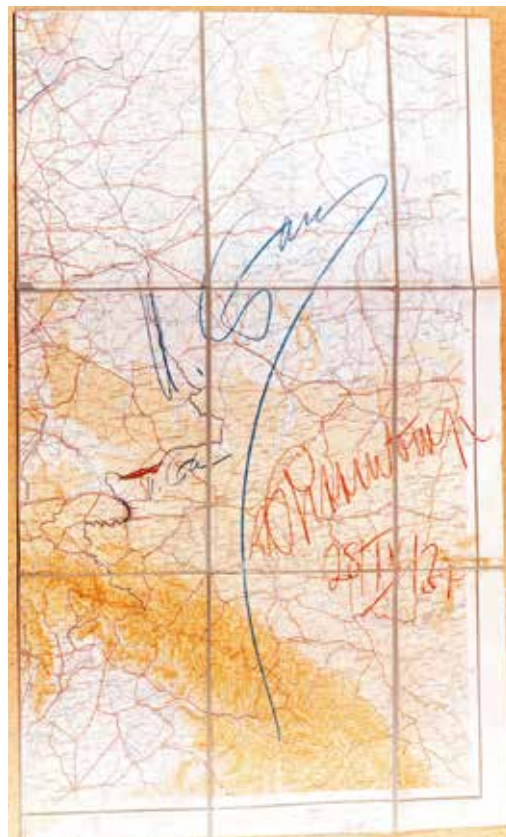
Buchtitel „Zagłada polskich elit: Akcja AB – Katyń“, 2006

- 7 Müller/Troebst (wie Anm. 4), S. 4.
- 8 Während der Pakt in Deutschland als „Hitler-Stalin-Pakt“ bezeichnet wird, ist dies in anderen europäischen Ländern nicht der Fall. Dort wird er nach den Unterzeichnern „Molotow-Ribbentrop-Pakt“ genannt. Zu Hintergrund und Kontext der unterschiedlichen Bezeichnungen siehe Müller/Troebst (wie Anm. 4), S. 8.
- 9 Originaler Wortlaut abgedruckt in Claudia Weber: Der Pakt. Stalin, Hitler und die Geschichte einer mörderischen Allianz 1939-1941, München 2019, S. 223-225.
- 10 Originaler Wortlaut ebenda, S. 225-227.
- 11 Ebenda, S. 225.
- 12 Ebenda, S. 225.
- 13 Ebenda, S. 95.
- 14 Ebenda, S. 227.
- 15 Ebenda, S. 95.

blikum die polnische Perspektive auf den Hitler-Stalin-Pakt näherzubringen, weshalb sie dieses Projekt einreichte. Aus dem übersetzten Katalog soll eine für ein deutsches Publikum adaptierte Publikation entstehen, die auch in Schulen zu Unterrichtszwecken eingesetzt werden kann. Neben der Übersetzung des Ausstellungskatalogs führte die Umweltbibliothek zwei Projektstage am Augustum-Annen-Gymnasium in Görlitz durch. Die Schülerinnen und Schüler der 11. bzw. 12. Klasse erarbeiteten sich den Kontext der Entstehung und des Zustandekommens des Hitler-Stalin-Pakts. Auch hier lag der Fokus auf der polnischen Perspektive und den Folgen des Pakts für Polen. Bei den Klassen handelte es sich um gemischte deutsch-polnische Klassen. Dabei wurde deutlich, welches (Vor-)Wissen bei den jungen deutschen und polnischen Menschen jeweils vorhanden ist. Beispielhaft sei hier die Aussage eines polnischen Schülers genannt, der erzählte, dass der Hitler-Stalin-Pakt und seine Nachwirkungen durchaus in den Gesprächen der Familie thematisiert wird. Auch der Begriff „Katyń“, von dem in diesem Aufsatz noch die Rede sein wird, war unter den polnischen Schülerinnen und Schülern durchaus bekannt, während das bei den deutschen Muttersprachlerinnen und Muttersprachlern nicht der Fall war.

Das Bündnis vom 23. August 1939 – der Höhepunkt der deutsch-sowjetischen Beziehungen

Der „deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt“ gehört mitsamt seinen geheimen Zusatzprotokollen



Landkarte zum Hitler-Stalin-Pakt mit Eintragungen Stalins in blauer und Ribbentrops in oranger Farbe, 1939
picture alliance/AP Photo/
Auswärtiges Amt

„zu den historischen Ereignissen des 20. Jahrhunderts, die in politischer, ideologischer und erinnerungspolitischer Hinsicht die wohl weitreichendsten Folgen zeitigten“⁷.

Unterzeichnet wird er in der Nacht vom 23. auf den 24. August 1939 im Beisein Stalins vom sowjetischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Wjatscheslaw Molotow und dem deutschen Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop.⁸ Beide Mächte sichern sich darin militärische und politische Neutralität zu und vereinbaren zudem regelmäßige Regierungskonsultationen sowie im Falle von Streitigkeiten friedliche Wege der Konfliktlösung. Im geheimen Zusatzprotokoll wird festgehalten, dass sich beide Vertragsparteien über „die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessenssphären in Osteuropa“ verständigt haben. Die Interessenssphären der „zum polnischen Staat gehörenden Gebiete“ werden demnach „ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt“⁹.

In diesen Zeilen sind die Okkupation und Einnahme des polnischen Staates durch das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion festgehalten und besiegelt, was am 1. September bzw. am 17. September 1939 in die Tat umgesetzt wird. Am 28. September 1939 folgt die Unterzeichnung des „deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages“¹⁰, ebenfalls in Moskau. In der Präambel betrachten es beide Mächte „nach dem Auseinanderfallen des bisherigen polnischen Staates ausschließlich als ihre Aufgabe, in diesen Gebieten Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkern ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern“.¹¹ In die Geschichtsbücher eingegangen ist die von Molotow und Ribbentrop unterzeichnete Karte Osteuropas, auf der die beiderseits festgelegte Grenze zwischen Hitler-Deutschland und der Sowjetunion eingezeichnet sind. In Artikel III vereinbaren sie, dass westlich dieser Linie die Regierung Deutschlands und östlich dieser Linie die Regierung der UdSSR die „staatliche Neuordnung übernimmt“.¹² Aber nicht nur die Aufteilung der Territorien und der genaue Grenzverlauf wurde in diesem Vertrag vereinbart. Im Vertraulichen Protokoll wird die Umsiedlung von Millionen von Menschen vereinbart. Volksdeutsche sollten „heim ins Reich“ geholt werden. Personen „ukrainischer oder weißrussischer Abstammung“ war es im Gegenzug gestattet, auf Wunsch in das sowjetische Interessensgebiet umzusiedeln.¹³

Von verheerender Bedeutung für die polnische Bevölkerung wurde die Vereinbarung im Geheimen Zusatzprotokoll: „Beide Teile werden auf ihren Gebieten keine polnische Agitation dulden, die auf die Gebiete des anderen Teiles hinüberwirkt. Sie werden alle Ansätze zu einer solchen Agitation auf ihren Gebieten unterbinden und sich gegenseitig über die hierfür zweckmäßigen Maßnahmen unterrichten.“¹⁴ Damit wurden Vergeltungs- und Vernichtungsaktionen nicht nur gegen das polnische Militär, sondern auch gegen die polnische Bevöl-

kerung legitimiert und der Grundstein für die Zusammenarbeit der Geheimdienste gelegt.

Im Anschluss der Vertragsunterzeichnung lud Stalin die Gäste aus Deutschland zu einem Festbankett im Kreml ein. Ribbentrops Antwort auf sein Befinden lautete, er fühle sich „wie unter Parteigenossen“¹⁵. Wie konnte es zu einem Pakt zweier Mächte kommen, die sich ideologisch gegenüberstehen und scheinbar politisch nicht zusammenpassten?

In einer Vielzahl von Karikaturen des Jahres 1939 ist die Skepsis gegenüber dem Hitler-Stalin-Pakt und das gegenseitige Misstrauen der beiden Diktatoren festgehalten. Es wird gefragt, „wie lang die Flitterwochen zwischen Hitler und Stalin wohl dauern werden“. Für viele politische Beobachter von damals mag dieser Pakt überraschend gewesen sein. Fakt jedoch ist, dass das deutsch-sowjetische Bündnis keinen „Sonderfall, sondern den Höhepunkt in der Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg“¹⁶ darstellte.

Von Rapallo bis Moskau

Die historische Bedeutung des Hitler-Stalin-Pakts für den Kriegsbeginn und die ersten Kriegsjahre tritt bis heute vor dem Hintergrund des am 22. Juni 1941 verübten Überfalls auf die Sowjetunion durch Hitler-Deutschland, des ehemaligen Bündnispartners, in den Hintergrund. Um Ost-West-Trennungen der gesamteuropäischen Gewaltgeschichte überwinden zu können, gilt es, den Hitler-Stalin-Pakt nicht separat als Erfüllung einerseits der nationalsozialistischen und andererseits der sowjetischen Kriegsziele- und pläne zu betrachten. Die „mörderische Allianz“ sollte vielmehr als lang vorbereitete Verflechtung gesehen werden,¹⁷ die es ermöglicht, den Blick auf die polnische Rezeption und das polnische Erleben zu richten.

Die deutsch-sowjetische Kooperation begann bereits im Frühjahr 1917, als Deutschland es Lenin, der sich in seinem schweizerischen Exil befand, ermöglichte, ins russische Zarenreich zu reisen. Diesem gelang es, sich im November 1917 an die Macht zu putschen und damit den ersten bolschewistischen Staat zu errichten. Ein Jahr später, im November 1918, erstand Polen nach 120 Jahren der Teilung auf der europäischen Landkarte neu. Damit wurde auch die bis dahin geltende deutsch-russische Grenze beseitigt, was dazu führte, dass das deutsch-sowjetische Bündnis wieder auflebte. Sowohl in Sowjetrußland als auch in Deutschland gab es starke antipolnische Kräfte, deren Absicht es war, Polen erneut zu zerschlagen.

Der Versailler Vertrag wurde sowohl von Deutschland als auch von Rußland als Schmach empfunden, die es auf beiden Seiten zu überwinden galt. Beide Staaten waren nach dem Ende des Ersten Weltkrieges politisch isoliert und hatten durchaus gemeinsame Interessen – neben der Feindschaft gegen Polen vereinte sie auch der Wunsch, mili-



Britische Karikatur auf den Hitler-Stalin-Pakt, Zeichnung von David Low, 1939 picture alliance/ullstein bild/ Archiv Gerstenberg

tärisch zusammenzuarbeiten. Am Rande der Genua-Konferenz von 1923 schlossen Deutschland und die Sowjetunion in Rapallo einen Vertrag, der die Aufnahme diplomatischer, wirtschaftlicher und militärischer Beziehungen regelte. Deutschland durchbrach damit seine politische Isolation. Auf den Vertrag von Rapallo folgte im Jahr 1926 der Berliner „Freundschafts-Vertrag“. Dieser hatte bereits den Charakter eines Nichtangriffspakts, da er die Bündnispartner zu „striktter Neutralität“ verpflichtete. Parallel zur vereinbarten militärischen Kooperation zwischen Reichswehr und Roter Armee halfen sich die Bündnispartner auch wirtschaftlich. Deutschland lieferte Technologien, Maschinen und Ausrüstungsgegenstände, die Sowjetunion – nun bereits unter Stalin – profitierte von deutschen Krediten, die der Sowjetunion den Aufbau der Roten Armee und der Rüstungswirtschaft ermöglichte.¹⁸

Die Jahre nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 waren durch die neuen Machtverhältnisse in Europa vorerst geprägt von der Appeasement-Politik. Zwischen den europäischen Staaten entspann sich eine rege diplomatische Tätigkeit – jeder versuchte, seinen Platz unter den konkurrierenden Mächten zu finden und dabei seine innen- wie auch außenpolitischen Ziele nicht aus dem Auge zu verlieren.¹⁹ Vorerst verschlechterten sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen in erster Linie aus ideologischen Gründen, auch wenn der Reichstag die Verlängerung des Rapallo-Vertrags 1933 ratifizierte.²⁰ In den Wirren diplomatischer und politischer Allianzen und Machtspiele fanden Ende der 1930er Jahre Hitler-Deutschland und die Sowjetunion erneut zusammen, um sich gegenseitig wirtschaftlich und militärisch zu unterstützen. So wurde bereits 1938 ein Abkommen über den zukünftigen Handels- und Zahlungsverkehr geschlossen. Wieder erhielt Deutschland Rohstoffe aus der Sowjetunion, während Deutschland der Sowjetunion Kredite gewährte, um Industriegüter in Deutschland

16 Bogdan Musiał: Von Rapallo nach Potsdam. Der teuflische Pakt von 1939 war nur der traurige Höhepunkt deutsch-sowjetischer Kooperation, die seit vielen Jahren zu Lasten Polens ging, in: Horch und Guck 24 (2015), Ausgabe 1/2015. S. 16.

17 Weber (wie Anm. 9), S. 12.

18 Musiał (wie Anm. 16), S. 17-18.

19 Weber (wie Anm. 9), S. 45 ff.

20 Ebenda, S. 20.

21 Ebenda, S. 49 ff, 62 ff.

22 Ebenda, S. 64.

23 Musiał (wie Anm. 16), S. 19.

kaufen zu können. Kurz vor der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts im August 1939 näherten sich Hitler-Deutschland und die Sowjetunion auch politisch an. Daneben fanden Geheimtreffen zwischen der Wehrmacht und der Roten Armee statt. Auslöser für die Annäherung beider Staaten war Stalins „Kastanienrede“ im Frühjahr 1939, in der er den Westmächten deutlich machte, nicht für sie gegen Hitler in die Bresche zu springen. Zudem scheiterten Versuche zwischen der Sowjetunion und Frankreich bzw. Großbritannien, ein militärisches Bündnis auszuhandeln. Das ebnete schließlich den Weg für den Hitler-Stalin-Pakt. Als einzige Bedingung für beide Parteien galt die „gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“.²¹

Wie dargelegt, stand der Hitler-Stalin-Pakt am Ende einer langen Entwicklung einer deutsch-russischen bzw. deutsch-sowjetischen Kooperation. Hitler benötigte das Bündnis, um seine Kriegsziele in die Tat umsetzen zu können. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses waren Deutschlands Planungen für den Überfall auf Polen bereits abgeschlossen. Die Bevölkerung wurde propagandistisch auf die Ereignisse der kommenden Kriegsjahre eingestimmt.²² Auch Stalins Ambitionen lagen in der Zerschlagung Polens sowie in der Machtausdehnung seines Einflussraumes in Europa. In diesem Sinne erreichte Stalin mehr, als er sich womöglich anfangs erhofft hatte. Mit dem Überfall Deutschlands auf sein Land wurde er Mitglied der Anti-Hitler-Koalition. Mit der Konferenz von Potsdam im Sommer 1945

wurde Stalins Herrschaft in Osteuropa festgeschrieben – er konnte seine Einflussphäre bis an die Elbe ausbauen und präsentierte sich zudem als „Befreier vom Faschismus“. Auch die Aufteilung Osteuropas wurden in den Konferenzen von Jalta und Potsdam bestätigt.²³

Vor dem Hintergrund des hier Beschriebenen geht die Bedeutung des Hitler-Stalin-Pakts über einen reinen Nichtangriffspakt weit hinaus. Neben den unmittelbaren Folgen für die Bevölkerungen im deutschen bzw. sowjetischen Interessensgebiet sind seine Auswirkungen bis heute auf der politischen wie auch geografischen Landkarte Europas spür- und erfahrbar.

Die Folgen des Hitler-Stalin-Pakts für Polen unter nationalsozialistischer Herrschaft

Die unmittelbaren Folgen der Besetzung und der anschließenden Okkupation durch das nationalsozialistische und sowjetische Regime sind in dem eingangs beschriebenen Ausstellungskatalog eindrücklich beschrieben.

Dort findet sich ein Zitat Adolf Hitlers vom 20. Oktober 1939, das aus einem Treffen mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Wilhelm Keitel zu Fragen der Politik des „Dritten Reiches“ im Generalgouvernement stammt. Demnach solle verhindert werden, dass „die polnische Intelligenz zur Führungsschicht aufsteigt“. Lediglich an Arbeitskräften sei die deutsche Verwaltung interessiert. Zudem sollen jegliche Versuche, nationa-



les oder kulturelles Leben entstehen zu lassen, unterbunden werden.

Der polnische Staat sollte unterworfen werden und als „Lebensraum“ für nachfolgende Generationen von Deutschen dienen. Gewalt war das Mittel, dessen sich die nationalsozialistischen Herrscher bedienten. Direkt hinter der am 1. September 1939 einmarschierenden Wehrmacht folgten Einsatzkräfte der Sicherheitspolizei, die in erster Linie die polnische Intelligenz sowie die polnische Geistlichkeit bekämpfte.²⁴ Die Gestapo hatte bereits im Mai 1939 mehr als 60.000 Polinnen und Polen aufgelistet, die nach der Besetzung umgehend festgesetzt werden sollten.²⁵ In Folge der sog. „Intelligenzaktion“ kamen bis Frühjahr 1940 geschätzt 60.000 Menschen um. Weitere 7.500 Menschen starben bis zum Sommer 1940 im Rahmen der „AB-Aktion“ („Außerordentliche Befriedungsaktion“).²⁶ Zudem wurden „Sonderaktionen“ durchgeführt, wie beispielsweise die Verhaftung von 183 Professoren der Krakauer Universität am 6. November 1939, von denen 172 in die Konzentrationslager nach Dachau und Sachsenhausen deportiert wurden.²⁷ Neben dem Mord an den Eliten wurde jegliches kulturelle Leben unterbunden, Schulen und Universitäten mussten schließen. Das Land sollte seiner Führungsschicht beraubt und Widerstand noch im Keim erstickt werden. Parallel dazu fand ein gewaltiger Bevölkerungstransfer statt. Rund zwei Millionen Menschen wurden aus Polen zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich verschleppt. Daneben kam es zur Vertreibung der polnischen Bevölkerung aus dem Warthegau und Westpreußen ins Generalgouvernement. Bauern mussten hohe Ernteabgaben liefern; die Lebensmittelrationen der Stadtbevölkerung wurden immer wieder gesenkt.

Auch gegen die jüdische Bevölkerung gingen die deutschen Besatzer mit besonderer Härte vor. Der Holocaust nahm einen zentralen Platz in der deutschen Verwaltung ein. Jüdinnen und Juden wurden in Ghettos umgesiedelt, die in den größeren Städten errichtet wurden. Ihnen wurde die Teilnahme am öffentlichen Leben verboten und ihre Lebensgrundlagen genommen, ihre Religion durften sie nicht mehr ausüben. Die jüdische Bevölkerung wurde entweder in „Aktionen“ in den Ghettos oder aber durch Deportation in Konzentrations- oder Vernichtungslager systematisch ermordet.²⁸

Die Folgen des Hitler-Stalin-Pakts für Polen unter sowjetischer Herrschaft

Mit dem Einmarsch der Sowjetunion in die ostpolnischen Gebiete am 17. September 1939 begann auch dort ein hartes Terror- und Besatzungsregime. Die ostpolnischen Gebiete wurden als belarussische und ukrainische Sowjetrepubliken in die Sowjetunion eingegliedert, die dortige Bevölkerung erhielt die sowjetische Staatsbürgerschaft. Industrie, Handel und die Landwirtschaft wurden sowjetisiert, die polnische Sprache aus den Schulen und Universitäten verbannt. „Klassen- und Volksfeinde“, d.h. potenziell alle bürgerlichen

Kräfte, wurden vom NKWD aus Politik und Verwaltung entfernt und inhaftiert.²⁹ Allein im Jahr 1939 waren es 19.000 Menschen. Von Februar 1940 bis Mai/Juni 1941 wurden etwa 325.000 Polinnen und Polen in vier großen Aktionen in Gulags nach Sibirien deportiert.

Wie im Geheimen Zusatzprotokoll festgehalten, arbeiteten der deutsche und der sowjetische Geheimdienst zusammen. Zwischen September 1939 und März 1940 fanden mehrere Konferenzen der Geheimdienste Gestapo und NKWD statt (Brest, Lemberg, Krakau, Zakopane), im Rahmen derer das gemeinsame Vorgehen gegen die polnische Bevölkerung abgesprochen wurde. Für Polen stehen diese Treffen bis heute symbolisch für die Zusammenarbeit zwischen dem „Dritten Reich“ und der Sowjetunion.³⁰

Ziel beider Besatzungsmächte war die Vernichtung der polnischen Oberschicht, um die Widerstandskraft zu schwächen. Traurige Berühmtheit erlangte die als Massaker von Katyń in die Geschichtsbücher eingegangene Mordaktion an polnischen Offizieren und Soldaten durch die Sowjetunion. Die Planungen für die Massenerschießungen begannen kurz nach der gemeinsamen Konferenz der Geheimdienste in Zakopane am 20. Februar 1940.³¹ Etwa 250.000 polnische Armeeingehörige, in erster Linie Reserveoffiziere, gerieten im September 1939 in sowjetische Kriegsgefangenschaft.³² Sie wurden in vier Lagern, teilweise in ehemaligen Klöstern, im heutigen Westen von Russland unter chaotischen Umständen festgehalten.³³

Am 5. März 1940 wandte sich der sowjetische Geheimdienstchef Lawrentij Berija mit einer Aktennotiz persönlich an Stalin, die das Todesurteil für 25.700 Polen bedeutete.³⁴ Darin bezeichnete er die gefangenen polnischen Offiziere als „erklärte und hoffnungslose Feinde der Sowjetmacht“ und schlug deren umgehende Liquidierung vor – ohne jegliche Anklage oder Prozess. Als Hinrichtungsstätten wurden drei Orte ausgewählt: der NKWD-Keller in Kalinin (heute Twer), das Geheimdienstgefängnis in Charkow (heute Charkiw) sowie der Wald bei Katyń (heutiges Westrussland, in der Nähe von Smolensk). Die Familienangehörigen der gefangenen polnischen Militärs wurden nach Sibirien deportiert.³⁵

In eindringlichen Worten beschreibt Józef Mackiewicz in seinem bereits 1949 in Zürich erschienenen Buch zu Katyń die Sorge, die die Familien der polnischen Kriegsgefangenen im Frühjahr 1940 ergriff. Von den sowjetischen Behörden wurden die Familien in Unwissenheit gelassen. Spätestens ab Ende April 1940 gab es keinen Briefverkehr mehr. Mackiewicz zitiert: „Erst dann, als einige an die Lager gesandten Briefe mit der Bemerkung zurückkamen: ‚Zurück, Adressat unbekannt‘, wurden die Leute ernstlich besorgt. Andere Briefe kamen weder zurück noch wurden sie beantwortet.“ [...] Und weiter: „Das Lager, in dem Ihr Vater interniert war, wurde im Frühjahr 1940 aufgelöst. Der jetzige Aufenthalt Ihres Vaters ist nicht bekannt.“³⁶

24 Stephan Lehnstaedt: Polen: Völkermord als Politik, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Deutsche Herrschaft. Nationalsozialistische Besatzung in Europa und die Folgen, Freiburg im Breisgau 2022, S. 121-123.

25 Kellerhoff (wie Anm. 2), S. 30.

26 Lehnstaedt. S. 121-123.

27 <https://eng.ipn.gov.pl/en/news/4224,The-victims-of-Sonderaktion-Krakau.html> [31.12.2024].

28 Lehnstaedt (wie Anm. 24), S. 126-128.

29 Kellerhoff (wie Anm. 2), S. 30.

30 Instytut Pamięci Narodowej (wie Anm. 6), S. 25-29.

31 Kellerhoff (wie Anm. 2), S. 31.

32 Instytut Pamięci Narodowej (wie Anm. 6), S. 30.

33 Claudia Weber: Krieg der Täter. Die Massenerschießungen von Katyń, Bonn 2015, S. 34 ff.

34 Instytut Pamięci Narodowej (wie Anm. 6), S. 33.

35 Sven Felix: Kellerhoff: „Hoffnungslose Feinde der Sowjetmacht“. Das Massaker von Katyń war ein stalinistisches Verbrechen. Ohne den Hitler-Stalin-Pakt wäre es nicht geschehen. In: Horch und Guck 24 (2015), Ausgabe 1/2015, S. 33.

36 Josef Mackiewicz: Katyń – Ungesühntes Verbrechen, Zürich 1949.

- 37 Kellerhoff (wie Anm. 35), S. 34-35.
- 38 Weber (wie Anm. 32), S. 431.
- 39 https://de.wikipedia.org/wiki/Massaker_von_Katyn#cite_note-220 [31.12.2024].
- 40 Stalins doppeltes Verbrechen. Patriotische Tat oder Bankrotterklärung? Polen streitet um Andrzej Wajdas Film „Katyn“, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. September 2007, S. 19.
- 41 Ohne Katyń wären wir heute eine andere Nation. Ein Gespräch mit dem polnischen Regisseur und Oscar-Preisträger Andrzej Wajda, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. September 2007, S. 48.
- 42 Müller/Troebst (wie Anm. 4), S. 9.

Das Massaker von Katyń, das beispielhaft für die drei Mordstätten steht, stellt bis heute ein Trauma für die polnische Bevölkerung dar. Der Grund dafür ist nicht nur, dass der NKWD die Massenerschießungen eines Teils der polnischen Elite von der Weltöffentlichkeit unbeobachtet vornahm. Der Begriff „Katyń“ ist in Polen bis heute ein Synonym für Lüge, Vertuschung und Propaganda und einem allzu späten Schuldeingeständnis durch die Sowjetunion. Die Massengräber wurden zu Beginn des Jahres 1943 von der Wehrmacht entdeckt, was die nationalsozialistische Propaganda für ihre Zwecke ausschaltete. Auf diese Art und Weise wollte Hitler-Deutschland einen Keil zwischen die Anti-Hitler-Koalition treiben, der Stalin mittlerweile angehörte. Die Leichen wurden exhumiert und neutrale, auch polnische Journalisten an die Fundorte geführt. Die Sowjetunion wiederum versuchte mit aller Kraft, das Verbrechen den Deutschen anzulasten. So wurde Hermann Göring, Rudolf Hess, Albert Speer und weitere Personen die Erschießungen von Katyń in den Nürnberger Prozessen vorgeworfen, maßgeblich gesteuert durch den sowjetischen Hauptankläger Roman Rudenko.³⁷

Erst 1990 bekannte Michail Gorbatschow gegenüber Polen, dass der NKWD für den Massenmord an den polnischen Offizieren verantwortlich war, und entschuldigte sich beim polnischen Volk.³⁸ In den Jahren 1990 und 1991 übergab die Sowjetunion Dokumente des NKWD, u. a. die Transportlisten, an Polen. Zudem fanden gemeinsame polnische und sowjetische Exhumierungen von Massengräbern statt. Im Dezember 1991, kurz vor Auflösung der Sowjetunion, übergab Gorbatschow die Mappe mit der originalen Aktennotiz vom 5. März 1940 an Polen.³⁹ Jedoch wurde niemand

je für die Verbrechen von Katyń vor Gericht gestellt.⁴⁰

Die Bedeutung des Hitler-Stalin-Pakts in der polnischen Erinnerungskultur

Der Regisseur des eingangs erwähnten Films „Das Massaker von Katyń“, Andrzej Wajda, sagte in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, dass das Datum 17. September für Polen bis heute ein schreckliches und tragisches Datum sei: „Anfang September 1939, als wir gegen die Deutschen kämpften, hatten wir ja nicht geahnt, dass auf uns auch noch der Ribbentrop-Molotow-Pakt und der Einmarsch der Roten Armee in unseren Ostgebieten zukommen würden.“ In eben diesem Interview bestätigt er die Aussage seines Produzenten, dass Polen „ohne Katyń heute eine andere Nation“ wäre.⁴¹ Diese Aussagen fassen das Trauma, das in Polen mit dem Hitler-Stalin-Pakt verbunden wird, in wenigen Worten zusammen. Es ist genau dieser Pakt, der die nationalsozialistischen und stalinistischen Verbrechen in Polen sowie im gesamten osteuropäischen Raum erst ermöglichte. Gemeinsam entfachten beide Mächte damit den Zweiten Weltkrieg. Die polnische Nation wurde nicht nur ihrer Elite entledigt, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bei dem Wiederaufbau des Landes fehlte. Sie verlor zudem ihre staatliche Souveränität und hatte unter beiden Besatzungsmächten stark zu leiden. Schon aus diesen Gründen sind die Daten 23. August 1939, 1. September 1939, 17. September 1939 wie auch der 5. März 1940 nicht vergessen. Der polnische Historiker Marek Kornat drückt es so aus: „Der Hitler-Stalin-Pakt, Katyń und Jalta sind drei der für Polen wichtigsten Erinnerungsorte des Zweiten Weltkriegs. Der deutsch-sowjetische Vertrag liegt allem zugrunde, was spä-

Menschenkette in der estnischen Hauptstadt Tallinn am 23. August 1989, dem 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts
picture alliance/dpa



ter kam. In der polnischen Erinnerung bleibt der Hitler-Stalin-Pakt das Ereignis, mit dem der Zweite Weltkrieg begann.⁴²

Nur allzu verständlich ist es daher, dass Polen bis heute sensibel auf die politische Nähe zwischen Deutschland und Russland reagiert oder wenn die Bedeutung des Pakts verharmlost oder wenn gar verherrlicht wird. So beschreibt es u. a. Włodzimierz Borodziej in einem Artikel in der „Neuen Züricher Zeitung“ vom 17. November 2014. Putin argumentiere „heute genauso wie einst die Sowjetführer – als ob es das geheime Zusatzprotokoll nie gegeben hätte“⁴³. Hier wird ein weiterer wunder Punkt angesprochen. Die Leugnung der geheimen Zusatzprotokolle durch die Sowjetunion und die als „vierte Teilung Polens“ nach 1772, 1793 und 1795 im Jahr 1939 bezeichnete Auslöschung des Staates wiegt schwer in Polen. Eine Aussöhnung zwischen Polen und Russland ist bis heute schwierig.⁴⁴ Auch die zwischen Deutschland und Polen ist bis heute von unterschiedlichen Befindlichkeiten und Missverständnissen geprägt. Ohne den Pakt vom 23. August 1939 wäre Polen, ja wäre Osteuropa ein anderes – gesellschaftlich, politisch und geografisch.

Der 23. August 1939 als europäischer Erinnerungsort

Damit schließt sich der Bogen zum 23. August 1939 als europäischer Erinnerungsort. Am 23. September 2008 verabschiedete das Europaparlament eine „Erklärung zur Ausrufung des 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus“.⁴⁵ Maßgeblich vorgebracht und gefordert hatten die Ausrufung des 23. August zum Europäischen Gedenktag EU-Abgeordnete aus den neuen ostmittel- und südosteuropäischen Mitgliedsstaaten. Es war ihnen ein Anliegen, auf die Relativierung dieses historischen Ereignisses aufmerksam zu machen. Aus polnischer, litauischer, lettischer und estnischer Perspektive trat der 23. August 1939 vor den beherrschenden Daten des 22. Juni 1941 und dem 8. Mai 1945 zu stark in den Hintergrund. Troebst schreibt: „1941 wechselte die Okkupation von einer sowjetischen in eine deutsche – und 1945 von einer deutschen zu einer neuerlichen sowjetischen. Und als Ursache, ja Urgrund dafür gilt in dieser Sicht der Pakt von 1939, dessen territoriale Folgen von den Westalliierten 1945 bestätigt wurden.“ Für die genannten Nationen wurde auch der Umgang mit dem geheimen Zusatzprotokoll „zum Prüfstein für den sowjetischen Reformkurs“. Bereits 1989, zum 50. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts, machte die Opposition im Baltikum Druck auf die Sowjetmacht und forderte ein Bekenntnis zum Geheimen Zusatzprotokoll⁴⁶ und zur „deutsch-sowjetischen Beutepartnerschaft“⁴⁷ vom 28. September 1939. Damals gingen Bilder des „Baltischen Wegs“ um die Welt – einer spontan gebildeten 600 km langen Menschenkette von Tallinn über Riga bis nach Vilnius.⁴⁸

Troebst bezeichnet den 23. August 1939 als „kleinsten gemeinsamen Nenner in der Erinnerung der Europäer“, d. h. dieses Datum wird als „antitotalitärer Konsens“ gesehen, „der flächendeckend in ganz Europa vermittelbar ist“, auch wenn er in verschiedenen Teilen des Kontinents unterschiedlich bewertet und interpretiert wird.⁴⁹

In den baltischen Staaten und in Polen jedoch ist der 23. August 1939 ein zentraler Orientierungspunkt der Erinnerungskultur, da dieses Datum nicht nur die Zwangssowjetisierung, sondern auch der Verlust der staatlichen Eigenständigkeit für viele Jahrzehnte nach sich zog. Demgegenüber steht die teilweise Rehabilitierung stalinistischer Verbrechen im heutigen Russland sowie die Interpretation des Hitler-Stalin-Pakts als ein vor dem Hintergrund der Appeasement-Politik alternativen Schritt. Diese Sicht stößt nicht nur in Polen, sondern auch in den baltischen und weiteren osteuropäischen Staaten auf großes Unbehagen.

Trotz der Ausrufung des 23. August als Europäischer Gedenktag fristet dieses Datum in der europäischen Erinnerungskultur lediglich ein Schattendasein. Während er in Polen sowie im Baltikum alljährlich begangen wird und auch in Schweden, Irland und Malta Beachtung findet, findet er in Westeuropa sowie in Deutschland, dem Signatarstaat des Hitler-Stalin-Pakts, kaum Aufmerksamkeit oder wird ignoriert.⁵⁰

Durch die jüngsten Veröffentlichungen zu diesem Thema lässt sich jedoch eine veränderte deutsche Wahrnehmung auf den Hitler-Stalin-Pakt ablesen.⁵¹ Allen voran sei hier die Monografie von Claudia Weber aus dem Jahr 2019 genannt. Darin wird – wie bereits in diesem Aufsatz zitiert – auf die Verflechtung beider Regime und deren abgestimmtes verbrecherisches Vorgehen hingewiesen. Claudia Weber bezeichnet es als „Entanglement“ und nicht etwa als ein „Nebeneinander“ wie noch bei Timothy Snyder.⁵² Beide Staaten sind für den Beginn des Zweiten Weltkriegs verantwortlich, wie es François Furet in seinem Buch „Das Ende der Illusion“ bereits 1998 ausdrückte: „Hitler und Stalin haben den Krieg gemeinsam begonnen.“ Diese Aussage zu tätigen, war in Deutschland bislang keine Selbstverständlichkeit. Der Grund dafür war, die „Forderungen nach der gleichberechtigten Anerkennung der Opfer stalinistischer Gewalt neben denen des Nationalsozialismus und nach einer europäischen Erinnerung an den Hitler-Stalin-Pakt sind seitdem, einerseits, als Angriff auf die Singularität des Holocaust verstanden worden. Tatsächlich ging es in diesen Debatten nicht darum, die singuläre Bedeutung des Holocaust zu mindern, sondern ein westeuropäisch zentriertes Geschichtsbild zu hinterfragen, das die grundstürzende Tragik Osteuropas im 20. Jahrhundert verkannte.“⁵³

Aus eben diesem Grund und um dem polnischen wie auch dem ostmitteleuropäischen Empfinden und Erleben Genüge zu tun, bedarf es des 23. Augusts als gemeinsamer Europäischer Gedenktag.

43 Die Sache mit dem Zusatzprotokoll. Putin rechtfertigt den Hitler-Stalin-Pakt als „Abwehrmassnahme“ – dabei kennt er die ganze Wahrheit, in: Neue Züricher Zeitung vom 17. November 2014, S. 21. Siehe auch: „Kolossaler Erfolg“. Wladimir Putin und der Hitler-Stalin-Pakt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Mai 2015, S. 8.

44 Richard Buchner: Hitler, Stalin und ihre fatalen Pakte. Die geheimen Verträge von 1939 ermöglichten Krieg, Völkermord und Europas Teilung, in: Horch und Guck 24 (2015), Ausgab 1/2015, S. 14; Müller/Troebst (wie Anm. 4), S. 9-10.

45 Stefan Troebst: Vom 22. Juni 1941 zum 23. August 1939: Zwei Erinnerungsorte in der Geschichtspolitik des größeren Europa, abrufbar unter: https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/Troebst_Vom22.Juni1941zum23._August1939.pdf.

46 Ebenda, S. 6.

47 Die deutsch-sowjetische Beutepartnerschaft. Hitler und Stalin schlossen im August 1939 nicht nur einen Nichtangriffspakt. In einem geheimen Zusatzprotokoll wurde der Sowjetunion der östliche Teil Polens zugebilligt. Aber im Nürnberger Prozess durfte dieses Dokument von der Verteidigung nicht zitiert werden. Dabei hatte es weitreichende Folgen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. November 2009, S. 33.

48 Troebst (wie Anm. 45), S. 6.

49 Ebenda; Müller/Troebst (wie Anm. 4), S. 8.

50 Ebenda, S. 10.

51 An dieser Stelle sei auch auf die Ausstellung des Museums Berlin-Karlshorst (23.08.2024-26.01.2025) sowie auf den Begleitband der Ausstellung hingewiesen: Anke Hillbrenner/Christopher Meißner/Jörg Morré: Riss durch Europa. Die Folgen des Hitler-Stalin-Pakts. Perspektiven aus Ostmitteleuropa, Göttingen 2024.

52 Weber (wie Anm. 9), S. 12 f.

53 Weber (wie Anm. 9), S. 11.

Autorin

Almuth Müller
Umweltbibliothek
Großhennersdorf e. V.
a.mueller@
umweltbibliothek.org



Was schwerer wiegt

Der Schmiedeberger Klempner Otto Heyne und seine Haltung gegen den Nationalsozialismus

Konstantin Hermann

Schloss Naundorf, Dachblech,
Otto Heynes Inschrift gegen
den Krieg aus dem Jahr 1941,
Ausschnitt
Foto: Konstantin Hermann

Wie so häufig beginnt auch diese Geschichte mit einem Zufall. Als einer der starken Frühjahrswinde 2018 die südliche Gaube des Schlosses Naundorf bei Dippoldiswalde aufrollte wie den Deckel einer Sardindose, wurde einige Tage später eine Dachnotreparatur durchgeführt. Bei der ersten Sondierung vom Schlosdach aus meinte der Dachdecker, dass auf dem aufkragenden Blech der Gaube irgendeine Aufschrift zu erkennen sei. Inschriften von Handwerkern wie von Zimmerleuten, Klempnern oder Dachdeckern sind keine Seltenheit, aber dennoch reizvoll, da sie die Beteiligten früherer Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte offenbaren, deren Namen sonst nicht überliefert sind. Der Kreativität der Handwerker beim Verfassen der Inschriften sind kaum Grenzen gesetzt. Bisweilen spiegeln die Inschriften zeithistorische Ereignisse wider. Die Spannung, was sich auf dem aufgerollten Blech finden würde, war also groß. Ein Bekannter

des Schlosseigentümers führte die Notreparatur des Daches durch und schnitt das großformatige Blech mit der Inschrift heraus. Mit der berechtigten Freude des Entdeckers und auch des Bewahrers kam der Dachdecker Mirko Dietel auf den Eigentümer zu und sagte sinngemäß: „Auf dem Blech steht irgendetwas mit Hitler, aber ich kann es nicht lesen.“ Das Interesse war geweckt, und die mit Bleistift auf das Blech geschriebene Inschrift lautete: „Otto Heyne, Schmiedeberg./16. Juli 1941. Krieg mit allen Randstaaten./Heil Hitler?“¹

Hitler nicht mit Ausrufezeichen, sondern mit Fragezeichen – deutliches Zeichen einer antinazistischen politischen Haltung mitten im Krieg. Die Inschrift wurde drei Wochen nach dem Beginn des Russlandfeldzugs am 22. Juni 1941 auf das Blech der Dachgaube geschrieben. Den Verfasser kennen wir durch seine namentlich eigene Auszeichnung.

1 Konstantin Hermann: Entdeckungen – die, die für immer verborgen bleiben sollten, und die, die später entdeckt werden sollten, in: Landkalendarbuch 2021, Dresden 2020, S. 60-63.

Er bezeugte damit seine Haltung und war wohl der Hoffnung, dass irgendwann, in besseren Zeiten, die Inschrift gefunden werden würde. Andernfalls würde er nicht seinen Namen hinzugesetzt haben. Jedoch bestand auch eine Gefahr – wenn ein nazitreuer Dachdecker nach Heyne auf dem Dach gearbeitet und die Inschrift gefunden hätte, wäre Heyne in große Gefahr geraten.

Otto Heyne. Wer war dieser Mann, der sich drei Wochen nach Beginn des Russlandfeldzuges auf einem Blech verewigte, sogar mit seinem Namen, und warum? Von dem bis heute kein Bild vorliegt? Die Inschrift ließ keinen Zweifel daran, dass Heyne Antinazi war. In den Adressbüchern von Dippoldiswalde war er schnell gefunden; er wohnte in Schmiedeberg, von dem Naundorf nur eine kurze Strecke entfernt liegt. Vor der Recherche zu seinem Leben stand vor allem die Frage: Wie bekommt man zu einer Person, die nicht im öffentlichen Leben aktiv war, zu der kaum etwas publiziert wurde, ausreichende Informationen für eine Würdigung? Der erste Weg führt immer über die Familienangehörigen.

Eine Spurensuche

Tatsächlich lebt bis heute eine Familie Heyne in Schmiedeberg, und so schien es ein leichtes zu sein, etwas über Heyne zu erfahren. Die Kontaktaufnahme erfolgte schnell; aber diese Familie gehörte nicht zu Otto Heyne, sondern war später zugezogen. Man war damit wieder am Anfang. Es gab am Anfang keine einzige überlieferte Aussage von Heyne zu politischen Fragen bis auf die auf dem erwähnten Blech.

Wie in kleineren Gemeinden üblich, helfen Gespräche mit den Einwohnern. Die älteren entsannen sich Otto Heyne noch: Wo er wohnte, dass er Klempner war und auch bisweilen gern einkehrte. Und dass er eine Tochter hatte, die fortgezogen war. Sein Wohnhaus, in dem er zur Miete wohnte, steht heute noch. Die Suche im Internet ergab erwartungsgemäß nichts. Aber in den retrodigitalisierten Quellen war einiges zu entdecken, das Aufschlüsse über sein Leben gab. Erste Adresse bilden stets die Einwohnerbücher. In dem für Dippoldiswalde, der nächstgrößeren Stadt, erscheint Heyne 1930 als Klempnermeister auf der Altenberger Straße 40D in Schmiedeberg; dasselbe auch 1939.² Aktenkundig ist dazu passenderweise, dass am 1. April 1930 Otto Heyne als Handwerker und Gewerbetreibender in Schmiedeberg genannt wurde; einem Ort, der 25 Kilometer südlich von Dresden liegt. Die eigentliche Ortsgeschichte Schmiedebergs begann im 15. Jahrhundert, als ein Eisenhammer erwähnt wurde, um den später die Gemeinde Schmiedeberg entstand.³ 1839 wurde hier eine Gießerei sowie ein Hochofen errichtet; 1885 zum Eisenhüttenwerk und Maschinenbauanstalt Schmiedeberg erweitert. Zu dieser Zeit wies der Ort etwas mehr als 70 Häuser auf. In Schmiedeberg wurden im Zuge der „Entdeckung“ des Osterzgebirges als Sommerfrische und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als

Winterdomizil für Touristen wie in den umliegenden Ortschaften wie Kipsdorf, Obercarsdorf und Naundorf Landhäuser gebaut, die teils eigene Villenkolonien bildeten. Jedoch führte der wirtschaftliche Erfolg des Eisenwerkes zu einer starken gewerblichen Prägung der Gemeinde, so dass sich in den nächsten Jahrzehnten der Charakter Schmiedebergs als Tourismusort verlor.

Otto Heynes Familie und sein Leben bis 1933

Das wachsende Eisenwerk zog nicht nur Arbeitskräfte an, sondern Betriebe und Geschäfte im Umfeld entstanden, um die Arbeiter und ihre Familien zu versorgen. Zu den Arbeitern, die nach Schmiedeberg zogen, um im Eisenwerk zu arbeiten, gehörte auch der Vater von Otto Heyne. Der 1867 geborene Otto Max Heyne, Schlosser, machte sich mit seiner Frau Martha Charlotte Heyne, geb. Walther, in Schmiedeberg ansässig. Martha Walther war die am 16. November 1868 geborene Tochter des Altenberger Fleischers Heinrich Oswald Walther.⁴ Im Adressbuch Dippoldiswalde mit den umliegenden Städten und Landgemeinden 1903/04 werden in Schmiedeberg zwei Namensträger Heyne erwähnt: der Fabrikschlosser Otto Heyne, wohnhaft in dem Wohnhaus mit der Nummer 70C – also der Vater von Otto Heyne – und der Fabrikschlosser Hugo Heyne in der 71B.⁵ Dieser heiratete 1883 Amalie Marie Lange, Tochter des Frauensteiner Fleischers August Moritz Lange und war zu dieser Zeit bereits in Schmiedeberg wohnhaft.⁶ Otto Max und Hugo Heyne könnten Brüder gewesen sein. Über Otto Max Heyne ist so gut wie nichts bekannt. Am 3. März 1903 wirft allerdings eine Bekanntmachung ein Licht auf die Familie von Otto Max Heyne. „Der im Eisenwerk Schmiedeberg beschäftigt gewesene“, also nicht mehr dort tätige, Heyne habe sich am 25. März von seiner Familie entfernt, ohne zu ihr zurückgekehrt zu sein.⁷ Wann Heyne zu seiner Familie zurückkehrte, ist unbekannt. Reichlich fünf Jahre vor diesem Ereignis wurde Paul Otto Heyne geboren; als sechstes Kind und fünfter Sohn des

- 2 Adressbuch der Bezirksstadt Dippoldiswalde [...] 1930, Dippoldiswalde 1930, S. 247; dass. 1939, S. 288.
- 3 Siehe allgemein zur Ortsgeschichte: Schmiedeberg mit Dönschten und Naundorf. Kleine Chronik, 2. Auflage Dresden 1996.
- 4 [Standesamtsmitteilungen] Altenberg, in: Weißeritz-Zeitung, [ohne Jg.] Nr. 3 vom 13. Dezember 1903, S. 14.
- 5 Adressbuch für den Bezirk der Königl. Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde 1903/04, Dresden [1902].
- 6 Kirchen-Nachrichten der Parochie Frauenstein, in: Weißeritz-Zeitung, Jg. 48, Nr. 146 vom 13. Dezember 1883, S. 668.
- 7 Bekanntmachung, in: Weißeritz-Zeitung 69 (1903), Nr. 27 vom 3. März 1903, S. 3.

Schmiedeberg, Luftaufnahme, 1932
SLUB Dresden, Deutsche Fotothek,
Foto: Walter Hahn



- 8 Ev.-Luth. Kirchgemeinde Schmiedeberg, Taufbuch.
 9 Freundliche Mitteilung des Standesamts Barmen durch Herrn Erik Kleine Vennekate, dem herzlich gedankt wird.
 10 Einwohnerbuch (Adressbuch) der Stadt Barmen 1921, Barmen 1921, Teil II, S. 99.
 11 [Meister-Prüfung] Weißeritz-Zeitung 95 (1929), Nr. 287 vom 11. Dezember 1929, S. 1.
 12 Gutsarchiv Rittergut Naundorf, Ordner 1.

Otto Max und Martha Heyne. Die Geburt war am 15. September 1897 früh 3:30 Uhr; die Taufe fand am 9. Januar 1898 in der Schmiedeberger Kirche statt. Die Taufpaten lauteten: Julius Friedrich Kehrer, Glasermeister in Glashütte, Friedrich August Hermann Zipser, Postschaffner in Schmiedeberg, Ida Helene Frenzel, Frau eines Schmiedeberger Eisendrehers, sowie Auguste Minna Starke, ebenfalls aus Schmiedeberg.⁸ Auch bei den Taufpaten lassen sich die Lebensverhältnisse der Familie Heyne ablesen, die, bis auf den Postschaffner, Arbeiter waren. Otto Heyne dürfte später die Schmiedeberger Schule besucht haben; zuerst den Altbau, ab 1908 den in demselben Jahr errichteten Neubau im Reformstil. 1904 wird er eingeschult worden sein; die achtklassige Schulpflicht wäre damit 1912 oder 1913 beendet gewesen. Aufgrund fehlender Unterlagen kann nicht gesagt werden, ob er zum Militär ging oder eine Schlosserlehre begann; auch nicht, ob und wo er im Ersten Weltkrieg diente. Heyne erscheint überraschenderweise nach dem Ersten Weltkrieg kurze Zeit, ein oder zwei Jahre, in Barmen (heute Wuppertal) und damit weit entfernt von der Heimat. Er heiratete hier am 3. September 1920 Johanna Margareta Herschel, die aber nicht aus Barmen stammte, sondern am 23. Dezember 1895 in Geising bei Altenberg geboren wurde und wohl aus der dortigen Buchdruckerfamilie stammte.⁹ Trauzeugen waren der Bäcker Paul Panne und der Schriftsetzer Hermann Unverzagt. Heyne wohnte zu dieser Zeit auf der Kampstraße 4. Diese Ehe wurde am 6. August 1938 geschieden. Heyne war zu dieser Zeit, also 1920, Blechwarenvertreter und wohnte laut Adressbuch kurze Zeit später auf der Schwarzbachstraße 138 in Barmen.¹⁰ Ob er durch eine Militärzeit in Barmen „hängengeblieben“ war oder welche Gründe es für seinen Umzug nach Barmen gab, ist unbekannt.

Er muss aber bald darauf nach Schmiedeberg zurückgekehrt sein. Laut Gewerbeabmeldung 1952 hatte er seinen Betrieb 1924 in Schmiedeberg angemeldet; Unterlagen dazu liegen keine vor. Die „Weißeritz-Zeitung. Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg und Umgebung“ berichtete später, am 11. Dezember 1929, von den Meisterprüfungen im Bezirk der Gewerbekammer Dresden und nannte für die Berufsgruppe Klempner „Otto Heyne in Schmiedeberg“.¹¹ 1927 hatte die gleiche Zeitung in einem Beitrag genannt, dass Heyne am 31. Oktober 1927 in die Bauhandwerker-Innung Dippoldiswalde aufgenommen wurde. Während der 2017 begonnenen Recherchen zu Heyne gingen die 2020 begonnenen Dacharbeiten im Schloss Naundorf weiter. Die beauftragten Firmen, die sehr umsichtig mit der historischen Bausubstanz umgingen, achteten auch auf Inschriften und andere Hinterlassenschaften der früher am Schloss tätigen Handwerker. Tatsächlich wurde 2021 in der nördlichen Gaube neben dem Turm ein leicht beschädigter Tageszettel von der „Klempnerei und Installation Otto Heyne Schmiedeberg“ gefunden. Datiert war dieser vom 3. Juli 1929, also ein halbes Jahr vor der erwähnten Meisterprüfung. Auf dem Tageszettel stand geschrieben: „Kehle eingefaßt von Otto Heyne, Walter Rost Reinsberg bei N[ossen], Karl Ließ Dresden am 3. Juli 1929.“¹² Daraus folgte, dass Heyne durch den Naundorfer Rittergutsbesitzer Oskar Bierling immer wieder beauftragt wurde, wenn der früheste Nachweis von 1929 und der späteste von 1941 sind. Heyne muss gute Arbeit gemacht haben, wenn er im Schloss arbeiten durfte. Das große Schloss mit den vielen Nebengebäuden bot wohl genügend Notwendigkeiten für Klempnerarbeiten, wofür Heyne gebraucht wurde. Ob er sich in Vereinen, Parteien oder in anderer Form ehrenamtlich betätigte, ist nicht bekannt; ebenso gibt es keinerlei Nachweise für politische Aussagen von ihm aus dieser Zeit. Wie Wahlergebnisse nach 1918 zeigen, war die Schmiedeberger Bevölkerung, die von der Arbeiterschaft geprägt war, mehrheitlich politisch links eingestellt. In der handschriftlichen Pfarrchronik von Schmiedeberg heißt es dementsprechend: „Die Stimmung ist fast völlig vom hiesigen Eisenwerk abhängig. Gemeinde ist entweder ausgesprochen gewerkschaftlich und sozialistisch oder in der Minderheit bedrängt ‚kleinbürgerlich‘“. Wir werden Otto Heyne zur ersteren Richtung zählen dürfen. Er wird deshalb ein Ereignis von 1931 lebhaft mitverfolgt haben. Aufgrund der Haltung der Bevölkerung kam es zu Beginn der 1920er Jahre zu einer großen Kirchenaustrittswelle. Wahrscheinlich ist dies der Grund, warum Otto Heyne im Kirchenbuch nicht mehr erscheint; außer seinem Tod. Jedoch wurden im Bestattungsbuch der Kirchgemeinde Schmiedeberg zu jener Zeit auch Nichtkirchenmitglieder verzeichnet. In der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde erstarkten die Nationalsozialisten um 1930; der dortige Pfarrer weihte 1931 auf dem dortigen Marktplatz eine nationalsozialistische Fahne. Der Schmiedeberger Pfarrer Müller hatte angesichts der starken



Tageszettel des Klempners Otto Heyne, 1929
 Foto: Konstantin Hermann

Arbeiterschaft in seiner Gemeinde den Superintenden vor dieser Weihe gewarnt und im Kirchgemeindeblatt und in Zeitungen öffentlich dagegen Meinung erhoben.¹³ Nach dieser Fahnenweihe marschierten Nationalsozialisten nach Schmiedeberg, was aufgrund des dortigen linken Lagers nur als Provokation und Kampfansage aufgefasst werden konnte. Über die Fahnenweihe entspann sich ein öffentlicher Streit, der in mehreren Zeitungsartikeln und Stellungnahmen ausgefochten wurde und der ein bezeichnendes Licht auf die politische Lage für 1931 in der Lokalpolitik wirft – als Vorgriff auf 1933, als, zumindest laut Pfarrer Müller, auch in Schmiedeberg die „roten Fahnen und Abzeichen“ schnell verschwanden und die Mehrheit der Bevölkerung schon bald auf Seiten der Nationalsozialisten stand.¹⁴

Heynes Handeln in der NS-Zeit

Wie in vielen Gemeinden waren auch in Schmiedeberg die NSDAP und ihre Gliederungen aktiv. Das Adressbuch 1939 weist folgende Personen und Parteigliederungen auf: Ortsgruppenleiter Martin Fleischer im Molchgrund 324, als örtlichen SA-Führer Sturmhauptführer Martin Tröger in Bärenburg, der des NS-Kraftfahrkorps Sturmhauptführer Kurt Hantzsch im Molchgrund 320, für die Hitler-Jugend Gefolgschaftsführer Hans Neutzner, für die NS-Volkswohlfahrt Curt Soeldner im Molchgrund 32P, für die Deutsche Arbeitsfront Ortswart R. Beyer, Molchgrund 32S, und für die Organisation Kraft durch Freude Ortswart Karl Luft, Niederpöbel 11D.¹⁵ Otto Heyne wird alle gekannt haben; über sein Verhältnis zu diesen ist nichts bekannt. Wie bis heute spielen in kleineren Gemeinden politische Differenzen eine geringere Rolle im Alltagsleben, da der Einzelne schnell auf die Hilfe der ande-

ren angewiesen sein kann. Wenn keine persönlichen Antipathien vorhanden waren, dürften sich Heyne und die Nationalsozialisten vor Ort wohl recht „normal“ begegnet sein.

Für die ersten Jahre nach 1933 gibt es zu Otto Heyne in den Archiven und in den Zeitungen keine Berichte. Erst ab 1938 wurde er wieder aufgrund mehrerer politischer Delikte aktenkundig, was an den welthistorischen Ereignissen jenes Jahres lag, die anscheinend Heyne innerlich herausforderten, Position zu beziehen.¹⁶ Am 12./13. März 1938 wurde Österreich dem Reich angeschlossen, worauf am 10. April eine Volksabstimmung erfolgte, die nicht demokratischen Regeln entsprach. Für diese Wahl wurden Wahlplaketten verteilt. Ein Kaufmann frug Heyne am Wahltag, wo er seine habe. Heyne antwortet ihm: „Sie ist für mich so billig“ und weiter: „Sie ist für mich wertlos.“ Der Kaufmann hatte Heyne anscheinend angezeigt, da das Sondergericht Freiberg Ermittlungen aufnahm. Man warf Heyne vor, gegen den Paragraphen 2 des Heimtückegesetzes vom 20. Dezember 1934 verstoßen zu haben. Dieser Paragraph stellte „gehässige, hetzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates oder der NSDAP, über ihre Anordnungen oder die von ihnen geschaffenen Einrichtungen macht“ mit Gefängnis unter Strafe. Das Heimtückegesetz war eines der berüchtigsten Gesetzeswerke der Nationalsozialisten, in dessen Folge das Denunziantentum stark zunahm, da sogar private und damit nichtöffentliche Äußerungen unter Strafe gestellt wurden, wenn sie in den öffentlichen Raum weiterverbreitet werden konnten. Außerdem war es durch die Juristen so auslegungsfähig, dass Regimegegner leicht aufgrund dieses Gesetzes inhaftiert werden konnten. Heyne drohte bei einer Anklage, basierend auf dem Heimtückegesetz, also große Gefahr einer Inhaftierung. Ihm kam jedoch zu pass, dass er mit

13 M. Müller: Kirche und Fahnenweihe, in: Weißeritz-Zeitung 97 (1931), Nr. 134 vom 12. Juni 1931, S. 4 sowie die Reaktionen der Zeitung selbst, der NSDAP-Ortsgruppe Schmiedeberg und anderer, namentlich nicht gekennzeichnete Reaktionen in den Tagen darauf.

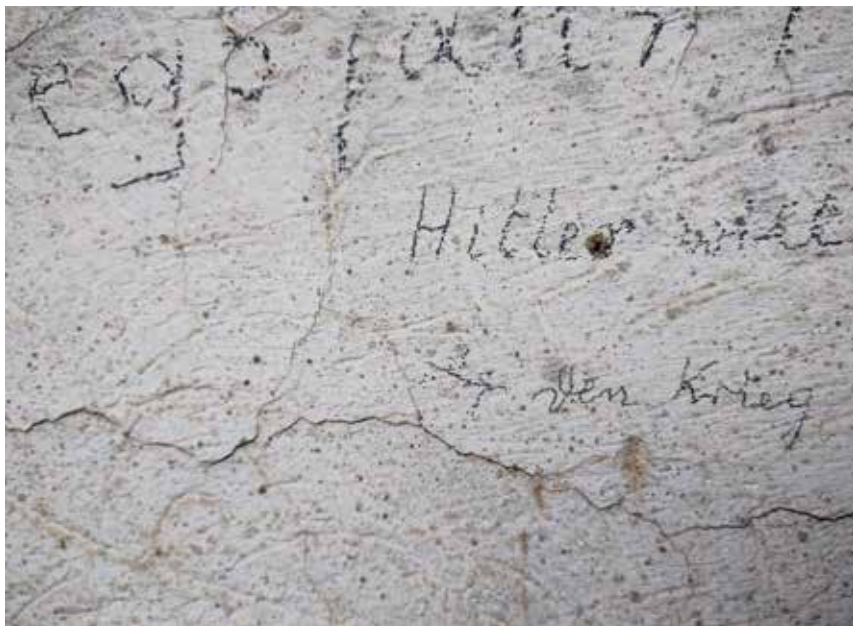
14 Pfarrchronik Schmiedeberg, S. 112.

15 Adressbuch 1939 (wie Anm. 2), S. 286.

16 Leider haben sich keine kompletten Prozessakten erhalten. Im Sächsischen Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv sind im Bestand 11051 Amtsgericht Frauenstein keine Strafprozessakten überliefert. „Der Bestand 11044 Amtsgericht Dippoldiswalde enthält wenige Strafprozessakten. In den beiden Beständen sind keine Akten zu Otto Heyne vorhanden. Eine Strafprozessliste des Amtsgerichts Frauenstein aus dem Jahr 1939 ist im Bestand 11121 Staatsanwaltschaft beim Landgericht Freiberg unter der laufenden Nummer 2380 überliefert. Der Bestand 11051 Amtsgericht Frauenstein enthält für das Jahr 1939 ein Strafprozessregister (11051 Amtsgericht Frauenstein, Nr. 327). Bei weiteren Recherchen konnten zwei Fundstellen zu Otto Heyne aus Schmiedeberg im Bestand 11027 Sondergericht für das Land Sachsen, Freiberg ermittelt werden. Die Signaturen der beiden Akten lauten: Karton 446, 1 Js/SG, 548/38 sowie Karton 521, 1 Js/SG, 350/39. Die Ermittlungen wurden wegen Vergehens nach § 2 des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen vom 20. Dezember 1934 [Heimtückegesetz] geführt.“ Für die intensive Recherche und Auskunft wird Herrn Roland Pfrirschke, Sächsisches Staatsarchiv, herzlich gedankt.



Bahnhofhotel Frauenstein,
Postkarte, um 1930
Foto: Konstantin Hermann



Schloss Naundorf,
Inscription „Hitler will den Krieg“

seinen Äußerungen wissentlich oder unwissentlich nicht den Staat oder die Partei angegriffen hatte, sondern sich nach Auffassung des Sondergerichts lediglich die Wahlplakette diskreditiert hatte, die jedoch nicht unter die Schutzgegenstände des Heimtückegesetzes fiel. Das Sondergericht kam deshalb zu der Auffassung, dass die Äußerungen „lediglich als ein abfälliges Werturteil über das anlässlich der Wahl herausgegebenen Abzeichens zu werten [sind], das aber nicht als Einrichtung im Sinne von § 2 Abs. 1 des Heimtückegesetzes anzusprechen ist. Das Verfahren war daher einzustellen.“

Heyne ließ sich durch diese Ermittlungen nicht beirren und positionierte sich weiter öffentlich. Das Jahr 1938 kann als Präludium zum Zweiten Weltkrieg bezeichnet werden. Durch die Appeasementpolitik der Westmächte blieb Europa von einem Jahr früherem Kriegsbeginn verschont, motivierte Hitler aber zugleich zu weiteren Expansionsschritten. Die Sudetenkrise führte zum Münchner Abkommen vom 29./30. September 1938 und damit zum zweiten Gebietsanschluss an das Reich in einem Jahr, in dem die Abtretung des Sudetenlandes an das Reich vereinbart wurde, ohne allerdings den betroffenen Staat, die Tschechoslowakei, überhaupt zu dieser Konferenz einzuladen. Adolf Hitler wäre es lieber gewesen, schon zu dieser Zeit die Tschechoslowakei als Staat zu zerschlagen. Am 15. März 1939 marschierten dann deutsche Truppen in die Tschechoslowakei ein, nachdem einen Tag zuvor die Slowakei ihre Unabhängigkeit erklärt hatte. Am 16. März und damit einen Tag nach dem Einmarsch deutscher Truppen war Heyne wieder im „Bahnhof Frauenstein“, als der örtliche Gendarmerie-Hauptwachtmeister auf ihn aufmerksam wurde. Er berichtete: „[...] der mir sofort den Eindruck eines betrunkenen Menschen machte. [...] Der Polizist schob alles auf Heynes Zustand und entschuldigte damit indirekt dessen Verhalten, als

er weiter berichtete: „[...] Heyne redete an diesem Abend verschiedenen Quatsch, anders kann man die Redereien nicht bezeichnen. So sagte er u. a.: ‚Es lebe die Tschecho-Slowakei.‘ Das war einige Tage nach der Besetzung des Protektorates und nur, weil ich überzeugt war, daß Heyne betrunken war, bin ich wegen dieser Rederei nicht gegen Heyne vorgegangen.“ Vielleicht bezog sich der entschuldigende Ton nicht auf Heyne, sondern auf den Polizisten selbst, der eventuell Angst vor Konsequenzen hatte, da er trotz der politischen Äußerungen nicht sofort eingeschritten war. Gegen Heyne wurde aufgrund dieses Vorfalles, der durch das Amtsgericht Frauenstein an das Sondergericht Freiberg gemeldet wurde, ermittelt. Es scheint durch das Sondergericht Freiberg schnell ein Urteil gefällt worden zu sein, denn Heyne ging bereits am 25. Juni in Berufung. Für ihn war es ein Glücksumstand, dass am 9. September 1939, während des Polenfeldzugs, Hitler den „Gnadenerlaß des Führers und Reichskanzlers für die Zivilbevölkerung“ unterschrieb, der viele kleinere auch politische Delikte aufheben sollte.¹⁷ Tatsächlich schrieb das Sondergericht Freiberg am 28. September, dass das Verfahren gegen Heyne in der Berufungsinstanz nach § 3 des Gnadenerlasses eingestellt wurde.

Bereits einen Tag nach dem Vorfall im Bahnhof, am 17. März 1939, kam es zum nächsten Delikt, das jedoch nicht politisch motiviert war. Da er bereits zweimal betrunken seinen Kraftwagen fuhr, hatte Heyne vier Wochen Haft erhalten. 1939 hatte er gegen einen diesbezüglichen Strafbefehl Einspruch eingelegt. Die Zeitung „Der Bote vom Geising“ berichtete über diesen Fall und merkte an, dass Heyne bereits fünfmal gerichtlich vorbestraft sei und „zwar immer wegen im betrunkenen Zustande begangener Straftaten wie Beamtenbeleidigungen, Krakeel usw.“ Gern kehrte Heyne, wie beschrieben, ins „Bahnhof Frauenstein“ (heute „Frauensteiner Hof“) ein, so auch am 17. März 1939. Angetrunken erweckte er gegenüber einem Beamten, der als Gast im Hotel war, den Eindruck, dass er das Auto stehenlassen und im Hotel übernachten würde. Stattdessen fuhr er mit dem Auto nach Schmiedeberg. Wenige Tage später, am 26. März, war er im Erbgerichtsgasthof Reichenau. Um Heynes Benutzen seines Autos im betrunkenen Zustand zu verhindern, hatte ein Gast die Zündkerzen herausgeschraubt und dem Wirt übergeben, der jedoch Heyne die Zündkerzen gab; in der Auffassung, Heyne sei wieder fahrtüchtig, was er jedoch nach Auskunft Dritter nicht war. Das Gericht verurteilte ihn zu sechs Wochen Haft. Die Zeitung stellte das couragierte Handeln des Gastes in den Zusammenhang mit dem Gedanken der NS-Volksgemeinschaft, die in solchen Fällen einschreiten müsse, „mit allen Mitteln gegen solche Elemente“.¹⁸ Auch dies war ein gefährlicher Vorwurf; nicht wenige wurden aufgrund der Beschuldigung, „asozial“ zu sein, in Konzentrationslager eingeliefert und inhaftiert. Bereits am 22. April geriet Heyne mit zwei anderen Perso-

17 Vgl. Reichsgesetzblatt 1939, Teil 1, 14. September 1939, S. 1753 f.

18 Betrunken am Steuer, in: Der Bote vom Geising und Müglitztal-Zeitung 74 (1939), Nr. 73 vom 24. Juni 1939, S. 3.

nen mit dem Gesetz in Konflikt, was beim Amtsgericht Frauenstein über den Gendarmerieposten Frauenstein gemeldet wurde. Der Hintergrund des Vorfalls ist nicht klar.

War Otto Heyne also einer, dessen Zunge sich mit Bier oder Wein lockerte und er dann lediglich wider den (politischen) Stachel löckte? Wohl kaum. So hätte er nicht auch im Verborgenen seine antinazistische Haltung festgehalten. Dies geschah, wie eingangs, geschildert, auf dem Blech der Gaube. Während der Dachsanierungsarbeiten wurde 2022 eine weitere Inschrift aus dem Zweiten Weltkrieg von Heyne im Schloss Naundorf gefunden. Auf der Seitenwange der nördlichen Gaube, unter dem Holz und Blech der Verkleidung, hatte sich Heyne ein weiteres Mal mit einem Antikriegspruch verewigt, den er mit Bleistift auf den Putz schrieb: „Kriegsackel. Hitler will den Krieg“. Außerdem wurde noch ein Holzbrett mit einer Antikriegsinschrift gefunden.

Die letzten Lebensjahre

Über die letzten Lebensjahre Heynes liegen ebenfalls kaum Informationen vor. Wie so oft bei nicht prominenten Personen ist man bei der Aktenüberlieferung auf besondere Vorkommnisse angewiesen, was meist heißt, Negatives aus dem Leben der Person. 1948 wurde Heyne als Gewerbetreibender auf der Altenberger Straße Nr. 61c (später Nr. 42) in Schmiedeberg erwähnt. Die Hausnummern wechselten oft; die Nummer 61c war danach die 34, die 2c und eben die 42. Besser orientiert werden kann sich an dem Eigennamen des Hauses: Es ist das Hammerhaus. In ihm starben drei Familienmitglieder Heynes in kurzer Zeit. Bei dem Hammerhaus handelte es sich um die frühere Eisen- und Niedermühle. Im Jahr 1948 erscheint Heyne deshalb in den Akten, weil sich Joseph Spinde, der Wirt der Bahnhofsgaststätte Schmiedeberg, auf der Schenkergasse 6, aktenkundig beschwerte, dass Heyne, der ihm eine Bierleitung einbaute, keine Rechnung stellte, Spinde aber ihm schon den Lohn bezahlt hatte.

In den nächsten Jahren muss sich der Gesundheitszustand Otto Heynes verschlechtert haben, denn am 30. Juni 1952 wurde aufgrund Krankheit die Gewerbeabmeldung (Betriebsnummer 78/376/5028) notiert. Als Wohnort ist die Altenberger Straße Nr. 35 (spätere Nr. 2) vermerkt; dies ist das Wohngebäude auf dem Bahnhof des heutigen Stadions in Naundorf bei Schmiedeberg.¹⁹ Heynes Haltung zum politischen Regime der DDR ist unbekannt.

Am 10. Januar 1953 starb Otto Heyne. Pfarrer Friedrich Gerschwitz ließ ihn am 14. Januar begraben und widmete Heyne Psalm 119,76: „Deine Gnade müsse mein Trost sein, wie du deinem Knecht zugesagt hast.“ Das Kirchenbuch teilt mit: „Heyne, Otto Paul, Installationsmeister, Schmiedeberg, Nr. 34, geb. 15. Sept. 1897, 55 Jahre 3 Monate 25 Tage. 1 Tochter. Lösezeit des Grabes 1953-1978“. ²⁰ Das Grab ist in-



zwischen aufgelöst, so dass hier nichts mehr an Heyne erinnert. Gleich zwei Monate später wurden Heynes Verwandte begraben: Am 17. März 1953 die am 12. März gestorbene Schwester Heynes, Martha Käthchen, die am 3. Mai 1894 in Schmiedeberg geboren wurde und unverheiratet blieb. Die Leichenpredigt widmete sich ihr unter Psalm 90,1: „Ein Gebet Moses, des Mannes Gottes. HERR, Gott, du bist unsre Zuflucht für und für.“ Am gleichen Tag, dem 12. März, starb die Mutter Ottos und Marthas in Schmiedeberg, im Alter von 84 Jahren.²¹ Sie hatte diese beiden Kinder überlebt; was mit dem dritten Kind war, dem Schlosser Hugo Heyne, bleibt offen. Auch bei der Mutter nutzte Pfarrer Gerschwitz Psalm 90,1. Drei Familienmitglieder Heyne starben innerhalb dreier Monate? Das Kirchenbuch vermerkt keine Angaben zur Todesursache. Es ist zu vermuten, dass alle an einer Krankheit starben, die damals grassierte. Die Kirchenchronik gibt keine Auskunft darüber. Unbekannt ist, von wem das einzige Kind Heynes, die im Zweiten Weltkrieg geborene Tochter, dann aufgezogen wurde, bevor sie verzog. Sie soll heute in der Nähe von Dohna wohnen.

Ein Ausblick

Damit ist zumindest das Schloss Naundorf direkt ein wichtiges Monument antinazistischer Haltung eines Angehörigen der „normalen“ Bevölkerung in Sachsen, einer Person ohne großes theoretisches Fundament, aber mit dem humanitären Bewusstsein, dass der Nationalsozialismus bekämpft werden müsse. Solche Inschriften gegen den Krieg, gegen Hitler, sind kaum sonst in Sachsen überliefert. Schloss Naundorf und Schmiedeberg können keinen Prinzen aufweisen, der in ihren Mauern große dichterische Leistungen vollbrachte oder wo ein gekröntes oder gelehrtes Haupt dasselbe auf ein Schlaflager bettete. Dafür eben einen Klempner, dessen Wirken bis heute Vorbild sein sollte im Kampf gegen staatliche Übergriffe, Intoleranz und Krieg. Die Geschichte entscheidet, was schwerer wiegt.

Im Schloss Naundorf konnte durch Förderung aus dem Programm „Sehnsucht nach Freiheit“ die Lebensgeschichte Heynes, wie sie hier steht, rekonstruiert sowie ein kleiner Erinnerungsbereich an ihn eingerichtet werden, der alle Besucher über Heynes Leben und Leistung informiert.

Schmiedeberg, Hammerhaus,
2024

Foto: Konstantin Hermann

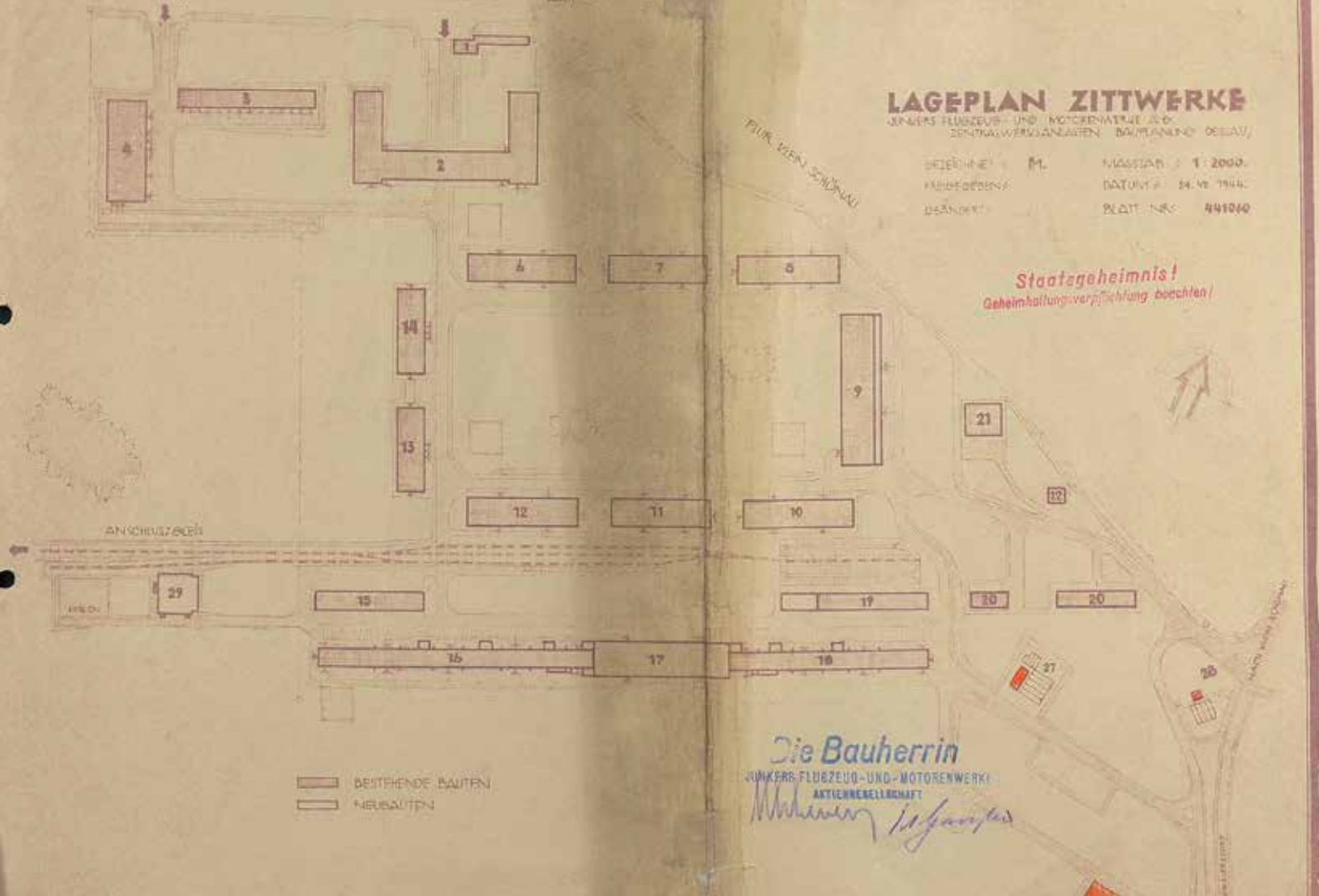
19 Freundliche Mittelung des Kreisarchivs Sächsische Schweiz-Osterzgebirge Pirna. Laut Sachsenbuch, Bd. 1, 1947/49, Dresden 1948: „Heyne, O., Klempner, Altenb. Str. 34“.

20 Ev.-luth. Kirchgemeinde Schmiedeberg, Begräbnisbuch, S. 127.

21 Ev.-luth. Kirchgemeinde Schmiedeberg, Begräbnisbuch, S. 128.

Autor

Dr. Konstantin Hermann
schloss-naundorf@gmx.de



Mythos Zittwerke?

Ein Rüstungskonzern der NS-Zeit und seine Rezeption

Peter Knüvener

Lageplan der Zittwerke, Juli 1944, gekennzeichnet „Staatsgeheimnis!“
Stadtarchiv Zittau

Bei den Zittwerken handelt es sich um ein seit 1943 in Zittau und Umgebung eingerichtetes NS-Rüstungsunternehmen, in dem Düsentriebwerke für das Jagdflugzeug Messerschmitt Me 262 erprobt und produziert wurden. Kern der Anlage war ein 1936 als Kaserne errichteter Gebäudekomplex im Bereich Groß Poritsch (Porajów) und Kleinschönau (Sieniawka) östlich der Neiße in Sichtweite des Zittauer Stadtzentrums, ehemals auf dem Gebiet der Stadt Zittau liegend. 1943/44 wurde das Areal durch die Dessauer Junkerswerke, die das Tarnunternehmen betrieben, umfassend umgebaut und erweitert. Der riesige Komplex hatte die Aufgaben, tausende Arbeiter (darunter Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene) zu beherbergen. Hier befand sich auch die Verwaltung. Ferner wurden hier die Triebwerke in einer fast 400 Meter langen Produktionslinie zusammengebaut und anschließend geprüft.

Weitere vorbereitende sowie zusammenhängende Arbeiten fanden in konfiszierten Fabriken in der gesamten Region statt, darunter in Ebersbach, Zittau, Reichenau (Bogatynia, heute Polen) und Semil (Semily, heute Tschechische Republik, damals Protektorat Böhmen und Mähren). Hier wird das Ziel der NS-Rüstungsindustrie greifbar, die Produktion von Waffen dezentral aufzugliedern bzw. getarnt zu organisieren, um bei Luftangriffen weniger verwundbar zu sein. Neben aus Dessau herangezogenen Arbeitskräften und solchen aus der Region wurden in großem Stil Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge eingesetzt. Dazu richtete man ein Außenlager des KZ Groß Rosen (Rogoźnica, heute Polen) ein. Zum Ende des Kriegs 1945 wurde im Zusammenhang der näher rückenden Ostfront die Produktion nach Halberstadt verlegt. In dieser Zeit befand

Dieser Beitrag wurde nicht im Programm „Sehnsucht nach Freiheit“ gefördert.



links: Torhaus der unvollendeten Kasernenanlage, die zu den Zittwerken umfunktioniert wurde, Zustand 2024
Foto: Lars-Arne Dannenberg



rechts: Ehemaliger Prüfstand für Messerschmitt-Flugzeugmotoren, Zustand 2024
Foto: Peter Knüvener

sich in Kleinschönau für kurze Zeit eine Stelle, die die Abwicklung der KZs Auschwitz und Groß Rosen koordinieren sollte.

Der Komplex in Kleinschönau ist heute größtenteils offen zugänglich. In einigen Häusern befinden sich Wohnungen bzw. ein psychiatrisches Krankenhaus. Teile stehen leer und sind ruinös, das betrifft insbesondere die überwucherten technischen Anlagen wie Prüfstände und Tankstelle. Immer wieder gestellt wurde und wird die Frage nach unterirdischen Produktionsanlagen innerhalb der Zittwerke. Damit verbunden sind Erzählungen von der Produktion anderer „NS-Wunderwaffen“ sowie der Tätigkeit des KZ-Arzt Josef Mengele (1911–1979) im Zusammenhang mit der Auflösung der besagten Konzentrationslager.

Zur Mythenbildung trug sicher bei, dass in Zittau wohlbekannt war, dass sich ein größerer Rüstungsbetrieb angesiedelt hatte. Was dort genau passierte und was produziert wurde, war damals und ist bis heute vielen Menschen der Umgebung jedoch unklar. Dazu trug sicher bei, dass die Vorgänge des Testens der Triebwerke mit erheblicher Lärmbelastung einher ging – von einem undefinierten Heulton Tag und Nacht ist die Rede. Nach dem Krieg wurde der Komplex durch sowjetische Truppen genutzt und war damit unzugänglich. Auch danach war er für die Zittauer nicht zugänglich, da die Lausitzer Neiße zur Westgrenze Polens geworden war. Und auch bis heute waren nicht wenige Zittauer, obgleich das Gelände von Zittau aus gut zu sehen ist, noch nie dort. Dies alles führte zur Mythenbildung und einem mangelnden Wissen um die Vorgänge.

Daher wollen die Städtischen Museen Zittau ein umfassendes Projekt mit weiteren Partnern realisieren, für die Recherchen und Vorbereitungen

seit 2024 laufen. Erster Baustein ist die Publikation eines Quellen- und Arbeitsheftes, das besonders auch für die Arbeit mit Schulen gedacht ist und das als Grundlage für die weitere Auseinandersetzung dient. Darin werden die Mythen aus deutscher und aus polnischer Sicht beschrieben und hinterfragt. Mehrere Beiträge ordnen die Zittwerke in den Zusammenhang der NS-Rüstungsproduktion ein und widmen sich dem Thema Zwangsarbeit.

Derzeit wird zudem bereits an einem Modell durch den Zittauer Modellbauer Bernd Sonsalla im Maßstab 1:50 gearbeitet. An der Hochschule Zittau-Görlitz entstand im Rahmen einer Diplomarbeit ein virtuelles Modell. Eine erste Präsentation von Ergebnissen im Zuge dieser Arbeiten fand im September 2024 im Rahmen des Denkmaltages statt. Im Jahr 2025 sind Veranstaltungen – Vorträge, Workshops und Exkursionen – vorgesehen. 2026 soll eine Ausstellung im Kulturhistorischen Museum Zittau folgen. Zugleich sollen mit einer Outdoorausstellung die Schauplätze in Zittau und Umgebung markiert werden. Überdies gibt es Gespräche mit dem Gerhart-Hauptmann-Theater Zittau-Görlitz über eine Beteiligung (Inszenierung zum Thema) sowie mit verschiedenen Künstlern bezüglich künstlerischer Umsetzungen in der Ausstellung und an Schauplätzen. Eingebunden sind die Hochschule Zittau-Görlitz, die Hillersche Villa Zittau, der Oberlausitzer Kunstverein, das Nordböhmisches Museum in Reichenberg (Liberec), das Museum in Semil (Semily), die Gemeinde Bogatynia sowie die Kultur- und Weiterbildungsgesellschaft des Landkreises Görlitz, zu der die Volkshochschule, die Kreismusikschule und die Jugendkunstschule gehören. Als Förderer sind die Stiftung Sächsische Gedenkstätten und die Sächsische Staatskanzlei zu nennen.

links unten: Verfallene Produktionshalle der Zittwerke, Zustand 2024
Foto: Peter Knüvener



rechts unten: Im Inneren eines Wohnblocks, Sommer 2024
Foto: Peter Knüvener



Autor
Dr. Peter Knüvener
Städtische Museen Zittau
Klosterstraße 3
02763 Zittau
p.knuevener@zittau.de

1 Betriebs- nummer) mpel)	2 Art des Betriebes oder der Betriebsabteilung	3 Tag des Beginns der Beschäftigung	4 Art der Beschäftigung (möglichst genau angeben)	5 Tag der Beendigung der Beschäftigung	6 Unterschrift des Arbeitnehmers
Webstuhlfabrik Z g 8	Webstg. 69	16.2. 1910	Rufdienst	24.5.46	Sächsische Webstuhlfabrik Personalleiter J. Jursch
		Arbeitsamt Chemnitz 20. FEB. 1945			
			z.Zt. Russ. Demontage 60 Std, 17.9.45 Sächsische Webstuhlfabrik Betr.-Gewerksch.-Ausschuss		Eitsche Tröhl
			z.Zt. Russ. Demontage 60 Std, 15.10.45 Betriebs-Gewerkschaftsausschuss der sächs. Webstuhlfabrik		Eitsche Tröhl
			z.Zt. Russ. Demontage 51 Std, 15.11.45 Betriebs-Gewerkschaft der sächs. Webstuhlfabrik		Eitsche Tröhl
Webstuhlfabrik Z g 8	Webstg. Reparatur	6.9. 1946	Hilfsarbeiter		

Demontagen und Reparationen in der Industrieregion Chemnitz 1945 bis 1953

Wolfgang Uhlmann

Arbeitsbuch von Bruno Schmidt
mit Eintragung seiner Beschäftigung
bei der Demontage der
Sächsischen Webstuhlfabrik, 1945
Sammlung Wolfgang Uhlmann

Zu den Ereignissen und Vorgängen in der Nachkriegszeit, die von der DDR-Geschichtsschreibung weitgehend ausgeblendet wurden, gehören auch die Demontagen.

Während des Zweiten Weltkrieges hatte Deutschland den von ihnen angegriffenen Staaten große Schäden und Verluste zugefügt, besonders betroffen davon war die Sowjetunion. So waren sich die Alliierten schon während der Kampfhandlungen einig, dass Deutschland dafür mittels Demontagen und Reparationen zur Verantwortung gezogen werden sollte. Deshalb sprachen die Alliierten bei ihren Zusammenkünften – Dezember 1943 Teheran, Februar 1945 Jalta – auch über die Zahlung von Reparationen an die Siegermächte, trafen aber keine Festlegungen. Auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 setzte sich der US-amerikanische

Vorschlag durch, dass jede Besatzungsmacht Reparationen aus ihrer Zone entnehmen sollte. Eine Festlegung über Umfang und Höhe der Reparationen gab es nicht. Festgelegt wurde, dass die Ansprüche Polens aus den Reparationen der Sowjetunion zu befriedigen waren. Hinsichtlich der Entnahme der Reparationen waren drei Formen vorgesehen:

- einmalige Entnahmen aus dem Nationaleigentum Deutschlands sowohl innerhalb als auch außerhalb seines Territoriums
- jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion
- Verwendung deutscher Arbeitskräfte

Die Demontagen/Reparationen währten in drei Etappen von 1945 bis 1953:

1. Mai bis Sommer 1946: Trophäenaktion, wilde Demontagen und Entnahmen

Dieser Beitrag wurde nicht
im Programm „Sehnsucht nach
Freiheit“ gefördert.

2. Sommer 1946 bis Mitte 1950: Bildung der SAG-Betriebe, Teilerlass der Reparationen

3. 1951 bis 1953: Reparatur vor allem durch Entnahme aus der Produktion

Im Sommer 1945 begannen die Demontagen in der gesamten Sowjetischen Besatzungszone, davon waren in Sachsen rund eintausend Betriebe betroffen¹. Bis März 1947 wurden in der Sowjetischen Besatzungszone 11.800 Kilometer Eisenbahngleise, das zweite Gleis, demontiert. Das entsprach 48 Prozent des Schienennetzes von 1938.

Die demontierten und verpackten Maschinen, Anlagen, Werkzeuge usw. und zum Teil deren Wert wurden akribisch in Listen erfasst. Diese wurden 1990 vom Staatsarchiv von vielen Betrieben übernommen, so dass eine Rekonstruktion der Demontagen und Reparationsleitungen möglich ist.

Der Raum Chemnitz hatte sich seit dem Beginn der Industrialisierung zu einem Zentrum des Maschinenbaus und der Textilindustrie entwickelt. Hier wurden viele Betriebe demontiert. Deshalb sollen die Vorgänge in dieser Region anhand von ausgewählten Betrieben beleuchtet werden.

Nach Ende der Kampfhandlungen besetzte die Rote Armee Chemnitz, im damals noch selbständigen Siegmars-Schönau standen bis Juli 1945 amerikanische Truppen.² Während die Amerikaner in Thüringen und der Provinz Sachsen aus Betrieben wissenschaftliche Unterlagen, Maschinen, Rohstoffe- und Hilfsstoffe entnahmen, war das in Sachsen offensichtlich nicht der Fall³. Den Kampftruppen der Roten Armee folgten Trophäenkommissionen, deren Aufgabe darin bestand, deutsche Betriebe für die Demontage auszuwählen. Um schnell vollendete Tatsachen zu schaffen, begannen die Russen noch vor den Festlegungen der Alliierten in Potsdam mit der Demontage von Betrieben in ihrer Besatzungszone. Diese erste Phase der „wilden Deporationen“ währte mit Unterbrechungen vom Juni 1945 bis Sommer 1946. Nach den Berechnungen von Jochen Leimert betraf das in Chemnitz und dem Umland 87 Betriebe.⁴

Die zur Demontage vorgesehenen Betriebe wurden zum Teil von sowjetischem Militär, von den Beutebrigaden, besetzt: 15. Juni Reinecker AG, 22. Juni Auto Union, 6. Juli Wanderer, 24. Juli Günther & Haussner, 31. Juli Schubert & Salzer, 3. August Holzhaus- und Hallenbau GmbH. Auch andere renommierte Firmen wie die Maschinenfabrik Germania, die Werkzeugmaschinenfabrik H. Pfauter und die Sächsische Textilmaschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann AG wurden demontiert. Aber nicht nur produzierende Betriebe fielen unter die Demontagebestimmungen, so konnten fünf Chemnitzer Druckereien ebenfalls nicht mehr arbeiten, weil ihre Einrichtungen beschlagnahmt und abgebaut worden waren. Im Juli/August waren 12.000 Personen mit Demontagearbeiten beschäftigt.⁵ Den Betriebsbesitzern und zum Teil dem leitenden Personal wurde das Betreten der Betriebe verboten, einige von ihnen verließen daraufhin die Stadt und flüchteten in die westlichen Besatzungszonen. Einige, die diesen Weg nicht eingeschlagen hatten, wur-

den verhaftet und ohne Gerichtsurteil zum Teil jahrelang inhaftiert.

In den Abendstunden des 21. Juni 1945 erfolgte unter Leitung von Oberst Subov die Besetzung der Chemnitzer **Auto Union AG**. Der Geschäftsleitung teilte er mit, dass das Werk beschlagnahmt sei und demontiert werde. Das betraf die Betriebe an der Rößlerstraße, der Scheffelstraße, der Zwickauer Straße (heute Sächsisches Industriemuseum) und in Siegmars. Nicht mit einbezogen wurde die Gießerei Richter, die ab 1942 auch zur Auto Union gehörte. Die Ausstattung war zu diesem Zeitpunkt schon so veraltet, dass die Besatzungsmacht dafür kein Interesse zeigte.

Als Werkskommandant wurde ein Hauptmann Kuschinin eingesetzt, an dessen Stelle später ein Major Markow trat. An den Betriebsein- und -ausgängen zogen Rotarmisten auf. Einlass fand nur, wer im Besitz eines sowjetischen Passierscheines war. Am 22. Juni begannen 1.300 Mitarbeiter der Auto Union mit den Demontagearbeiten. Die Arbeitszeit währte zunächst von 8 bis 21 Uhr mit 75 Minuten Pause. Das warme Mittagessen wurde von der Roten Armee bereitgestellt, aber bei Nichterfüllung der Norm nicht gewährt. Die zum überwiegenden Teil unterernährten Männer waren diesen Belastungen nicht gewachsen, so musste die Arbeitszeit auf acht Stunden verkürzt werden. Die Arbeiten waren mangelhaft vorbereitet und organisiert, es fehlte an Verpackungs- und Transportmitteln. Dass die mit den Demontagearbeiten betrauten Personen die von ihnen geforderten Tätigkeiten nicht mit Sorgfalt ausführten, bedarf keiner Erklärung. Ein hoher Krankenstand wurde als Sabotage angesehen. Die sowjetischen Kontrolloffiziere mussten wiederholt feststellen, dass Kisteninhalte und Lieferscheine nicht übereinstimmten. Man fand sogar auf dem Werksgelände vergrabene Maschinen und Gerätschaften. Allerdings konnten die „Täter“ nicht ermittelt werden.⁶

Um eine Wiederaufnahme der Produktion zu gewährleisten, stellte die Geschäftsleitung der Auto Union AG an die Sowjetische Militäradministration (SMAD) den Antrag, eine Mindestanzahl an Maschinen zu belassen, so z. B. für das Werk Zwickauer Straße (heute Sächsisches Industriemuseum) von 115 Maschinen. Ob das geschah, ist nicht bekannt. Gesichert ist, dass für die anderen Chemnitzer Werke (ohne Rößlerstraße) 200 Maschinen von der Demontage zurückgestellt wurden. Für alle Auto-Union-Betriebe der Region waren es 723 Maschinen. Insgesamt wurden in den Chemnitzer Auto-Union-Betrieben und dem Siegmars ca. 3.300 Maschinen abgebaut. Eine Totaldemontage fand also, wie oft in der Literatur dargestellt, nicht statt. Allerdings war mit dem verbliebenen Rest die ehemalige Produktion nicht mehr möglich. Zeitgleich erfolgte die Demontage der Betriebe in Zschopau, Wilischthal, Scharfenstein und Zwickau ab dem 22. August.

Über die Situation bei der Seifen- und Waschmittel-fabrik **Günther & Haussner** informiert folgendes Schreiben: „An unsere Geschäftsfreunde! Wir teilen Ihnen hierdurch mit, dass am 24. Juli 1945

1 Rainer Karlsch/Michael Schäfer: Wirtschaftsgeschichte Sachsens, Leipzig 2006, S. 233.

2 Als Grenze zwischen US-amerikanischen und sowjetischen Truppen wird allgemein die Autobahn angegeben, aber offensichtlich waren die Amerikaner doch weiter vorgerückt.

3 Jochen Leimert: Demontagen im industriellen Ballungsraum Chemnitz-Zwickau 1945-1946. Problematik, Verlauf und Folgen. Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades an der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen, Göttingen 1997, S. 28.

4 Ebenda.

5 Karlheinz Schaller: Der Faktor Arbeit. Studien zu Chemnitz/Karl-Marx-Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg, Chemnitz 1995, S. 14.

6 Martin Kukowski: Die Chemnitzer Auto Union AG und die „Demokratisierung“ der Wirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1948, Stuttgart 2003, S. 53 f.

- 7 Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz (im folgenden StA Chemnitz), 30951 Günther & Haussner, Nr. 317.
- 8 StA Chemnitz, 30951 Günther & Haussner, Nr. 158, 159.
- 9 StA Chemnitz, 31030 Wanderer-Werke AG, Siegmarschönau, Signatur 56 / 09.06.05.22.
- 10 Heckert-Werker machen Geschichte, Berlin 1987, S. 65.
- 11 Edmund Hamel: „ERLEBTES“ und einige der gesammelten Erfahrungen, o.O. 1965, S. 26.
- 12 StA Chemnitz, 31111 VEB Möbel- und Innenausbau Karl-Marx-Stadt, Nr. 162.

unser Unternehmen durch die Rote Armee besetzt wurde. Es ist uns im Zuge der Besetzung und des Abtransportes unserer Maschinen unmöglich Ware auszuliefern oder Sendungen an uns in Empfang zu nehmen. Wir bitten Sie, der Situation Rechnung zu tragen und wir werden uns bereits übergebene Bezugsscheine nach Möglichkeit dann zur Auslieferung bringen, wenn uns doch noch Maschinen und Rohstoffe überlassen bleiben sollten, die die Fortsetzung unseres Betriebes, wenn auch in bedeutend bescheidenerem Umfang möglich machen.

Durch die totale Besetzung ist es uns nicht möglich uns übergebene Bezugsscheine zurzeit aus unseren Büroräumen herauszusuchen und Ihnen zurückzureichen. Wir bitten Sie, mit Ihrem zuständigen Wirtschaftsamt zu verhandeln und event. Ersatzbezugsscheine zu beantragen. Unsere Kundschaft wird von uns ehemöglichst benachrichtigt, sobald wir einen klaren Überblick haben, welche Artikel wir weiter fabrizieren dürfen und vor allen Dingen in welchem Umfang, damit über event. erteilte Aufträge neu verhandelt werden kann.

Wir bitten weiterhin unsere Lieferanten, unter allen Umständen vorläufig keine Sendungen an uns abzurufen, da Ihnen diese sonst verlustig gehen.

Alle unsere Geschäftsfreunde, mit denen wir zum Teil Jahrzehnte verbunden sind, bitten wir um Verständnis für unsere Situation und wenn wir wieder in der Lage sind zu fabrizieren, um größtmögliche Unterstützung, denn unser Wunsch geht dahin, das seit über 80 Jahren bestehende Familienunternehmen zu erhalten und fortzusetzen, vor allen Dingen auch zum Wohle unserer Gefolgschaft, mit der wir seit vielen Jahren aufs engste verbunden sind.

Alle Briefe und Nachrichten erreichen uns nach wie vor unter der alten Anschrift!

Wir werden Sie in dieser Angelegenheit auf dem Laufenden halten und empfehlen uns Ihnen Hochachtungsvoll Günther & Haussner Kom.-G.⁴⁷

Vom 3. bis 29. August wurde der Betrieb zu 89 Prozent demontiert, zum Abtransport der Maschinen und Anlagen waren 60 Eisenbahnwagons erforderlich. Empfänger war das Volkskommissariat der UdSSR für das Gesundheitswesen. Eine nach Abschluss der Demontage erstellte Liste weist über 900 Positionen aus: Neben Kupferkesseln, Knet- und Mischmaschinen sowie Seifenschnitzelmaschinen wurden auch Radios, Stechuhren, wie auch Decken und Schürzen, abtransportiert. Der Zeitwert betrug 352.105,03 Reichsmark.⁸

Am 6. Juli wurde die Belegschaft der **Wanderer-Werke** mit folgender Erklärung von Major Roschkow konfrontiert: „Mit dem heutigen Tag übernimmt die UdSSR das Werkzeugmaschinenwerk der Wanderer-Werke einschließlich der Verlagerungsbetriebe Schönau, Harthau und Roonstraße. Das Werk wird ab heute abmontiert. Aus dem Werk darf nichts mehr entfernt und weggebracht werden ohne Genehmigung des russischen Kommandanten. Alle Schlüssel sind abzugeben bzw. alle Räume, Schränke usw. sind zugänglich zu machen. [...] Die Leute sind den Militärgesetzen der UdSSR unterworfen.“⁴⁹

Am 9. Juli sprach Herbert Herold vom antifaschis-

tischen Betriebsausschuss zur Belegschaft und begründete die Rechtmäßigkeit der Demontagen.¹⁰ Diese zogen sich bis Sommer 1946 hin, zum Abtransport der Maschinen und Anlagen waren 529 Güterwagen erforderlich.

Die Leitung der **Carl Hamel AG**, Spinn- und Zwirnereimaschinenbau, hatte 1940 Edmund Hamel übernommen. Er beschrieb die Ereignisse im Frühjahr 1945 wie folgt: „Die Fabrikanlagen in Siegmarschönau waren – mit Ausnahme von Fensterschäden – intakt geblieben. Amerikanische Truppen besetzten Anfang Mai 1945 den Ort. Die Orts-Grenze zwischen Chemnitz und Siegmarschönau bildete die erste Demarkationslinie zwischen Russen und Amerikanern, d. h. zwischen Ost und West. Da die Strom-Zuführung gestört war, bemühte ich mich zuallererst um diese, so dass wir in der 1. Hälfte Juni 1945 wieder arbeiten konnten. Mit etwa 600 bis 700 Mann wurde der Betrieb wieder aufgenommen. So waren wir die erste Firma im gesamten Chemnitzer Wirtschaftsraum. Mit Juli verlies uns die amerikanische Besatzung. Die Russen zogen nach. Sie befahlen Stilllegung und Demontage der Maschinen. Zirk 1.500 Werkzeugmaschinen wurden nach Russland transportiert. Am 13. 8. 1945 wurde mir das weitere Betreten des Werkes verboten. Für mich war es das Signal, mich nebst meiner Familie abzusetzen. Nur das Allernötigste wurde mitgenommen. Gegen Ende August passierten wir in einem Nachtmarsch die russischen Linien in Richtung Oberfranken.“¹¹

Die **Holzhaus- und Hallenbau GmbH** bestand seit 1935 und stellte zunächst Bretter und Kisten für die sowjetische Kommandantur her. Dann traf den Betrieb auch Besetzung und Demontage. Am 5. September wandte sich die Betriebsleitung per Brief an die russische Kommandantur: „Heute hat der Leiter der Demontage-Maßnahmen, Herr Major Galand, noch mitgeteilt, daß wir den uns noch verbleibenden Betrieb räumen sollen. Dadurch würden 14 Büroangestellte und 35 Arbeiter erwerbslos. Das hier verbleibende Holzmaterial wird von Herrn Major Galand verkauft und die Einnahmen durch seinen Zahlmeister kassiert. Über die Beschlagnahme-Maßnahmen hat er uns eine Urkunde nicht vorgezeigt.“¹²

Die **Maschinenfabrik Kappel** war 1860 von Moritz Fürchtegott Albert Voigt gegründet worden und hatte zeitweise ein umfangreiches Produktionsprogramm: Stickmaschinen, Strickmaschinen, Werkzeugmaschinen, Holzbearbeitungsmaschinen, Wirkmaschinen System Cotton, Dampfmaschinen und Gasmotoren, Benzinmotoren, Petroleummotoren, Pumpen, Schreibmaschinen. Über die Vorgänge 1945 informieren einige Berichte und Notizen. Am 3. Juli 1945 wurde berichtet: „Der gesamte Betrieb der Maschinenfabrik Kappel untersteht der Befehlsgewalt des Leutnants Saratow. Die gesamten Anlagen, Werkzeugmaschinen, Kessel, Dampfmaschinen, Elektro- und Dieselmotoren, Werkzeuge und sonstige Hilfsmaschinen, Material usw. ist beschlagnahmt für den

russischen Staat. Der Abbau der Maschinen usw. erfolgt nach einem noch zu gebenden Plan und sämtliche Maschinen und sonstige Gegenstände sind in Kisten verpackt fertigzustellen. An den in den Trümmerhaufen liegenden Maschinen ist zunächst die Kommission nicht interessiert. Es bleibt zu einem späteren Zeitpunkt vorbehalten, daß diese Maschinen vorgerichtet werden und ebenfalls zum Versand kommen.“¹³

Zum 18. Juli 1945 wurde notiert: „Nachdem durch die russischen Kommandos ein großer Teil unserer Fertigungsmaschinen und Werkzeuge abgebaut worden ist, wird man eine Übersicht gewinnen müssen, was uns noch verblieben ist und hiernach wird es sich richten, ob überhaupt ein weiterbestehen der Firma in Frage kommen kann. Sollte uns die Tischlerei erhalten bleiben, dann würde sich doch eine Möglichkeit bieten, alle nur erdenklichen Haushaltartikel, irgendwelche Gegenstände, unter Umständen auch Spiel-sachen herzustellen unter Berücksichtigung der Vorräte an Holz.“¹⁴ Zum 7. August 1945 heißt es: „In der am 7.8.1945 stattgefundenen Besprechung mit den Russen ist uns aufgegeben worden, folgende Arbeiten auszuführen: die gesamte elektrische Anlage einschließlich Schaltanlagen wird demontiert; in der Vernickelei sind die mit Kreide bezeichneten Porzellan- und Steingutbecken sowie sämtliche Widerstände und sonstige Anlagen zu demontieren; desweiteren wird der zuletzt aufgestellte Trockenofen, Kompressor mit Gleich- und Drehstrommotor, Luftanlage mit Motor ausgebaut; Telefonanlage und Dufono-Sprechanlage demontieren; für sämtliche Tischlereimaschinen, Krananlagen und Demags sind Kisten zu fertigen; Fotos und Platten für Drehbänke der Typen MEA, PAN, MSE heraussuchen und Herrn Oberst Slavs-ki geben; die in Schreibmaschinenbau noch vorhandenen Maschinen demontieren; von dem von der Firma Schießler in Nürnberg gelieferten Härteofen müssen Zeichnungen herausgesucht werden; wenn nicht vorhanden, ist eine Zeichnung über den Zusammenbau zu fertigen; Zeichnungen und Prospekte der Lieferfirma Schießler und alle anderen Prospektunterlagen, auch die für elektrische Härteanlagen, sind bereits aus der Elektrowerkstatt von den Russen entnommen worden.“¹⁵ Auf Anweisung von Oberst Slavs-ki vom 18. August 1945 waren einzupacken: „Schraubenschlüssel, Mutterschlüssel, Verbindungsstücke, Rotgußbüchsen und Supportspindeln auf Galerie im Holzbau; Lünetten, Setzstöcke, Bandsägeblätter, die im Magazin vom Holzbau liegen; Schraubstöcke und Lampen, die auf der Galerie-früher Kontrollplatz vom Getriebebau liegen; Schalttafel vom Schützenbau, links-seitige Galerie, packen; Druckprüfgerät im Saal M packen; Werkzeugschrank im Vorraum Saal M packen; Polierbock in Schleiferei und im Holzbau packen; Bohrmaschinen im Schreibbau, 2. Stock, packen; Zeichenmaschinen und stehende Zeichenbretter einpacken; Tischbohrmaschine hat nach Liste und Plan im Saal M gestanden. Herr

Oberst Slavs-ki behauptet, diese Maschine im Saal M als solche gesehen zu haben. Diese muß herbeigeschafft werden; Gashärteöfen in Werkzeugstube, Schalter für Schnitssäge, Feilmaschine, Stempelhobler sind zu packen Motore und Gebläse in der Lackiererei für Ofen sind zu packen“.¹⁶ Das Gewicht aller demontierten und abgesandten Maschinen, Anlagen, Werkzeuge u. a. betrug 801.316 Kilogramm.

Die 1851 gegründete Strickmaschinenfabrik **G. Hilscher** hatte während des Krieges Granaten und Drehbänke hergestellt, deshalb fiel der Betrieb unter die Totaldemontage. Nach dem die Belegschaft den Betrieb demontiert hatte, er hielten alle Beschäftigte am 24. September 1945 die Kündigung. Die 1884 gegründete **DRAG** (David Richter AG), seit 1907 Aktiengesellschaft, stellte Maschinen für die Textilindustrie her, ab 1939 auch Revolverdrehbänke, die in Rüstungsbetrieben zum Einsatz kamen. Am 5. März 1945 wurde der Betrieb zu 80 Prozent zerstört. Nach Kriegsende wurden Maschinen aus den Trümmern geborgen und wieder instandgesetzt, da der Betrieb unter die Totaldemontage fiel, wurden auch diese Maschinen abtransportiert.

Auch die Fa. **Petzold & Maeser**, Metallwaren-Fabrik, Massenartikel, Druckknöpfe-Steinnussköpfe (bis 1935) wurde demontiert. Herbert Maeser erinnerte sich 1993, anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Betriebes: „Die Stanz- und Zieh-teilefertigung hatte sich gut entwickelt. 1945 kam wieder ein schwerer Schlag für die Firma. Nach Beendigung des unseligen 2. Weltkrieges wurde der Betrieb durch die Besatzungsmacht restlos demontiert. Und man stand vor leeren Räumen. Jedoch wurde der Kopf nicht hängen gelassen.“¹⁷

Unmittelbar nach Kriegsende erfolgten in den zerstörten Betrieben Aufräumarbeiten. Maschinen, aus den Trümmern geborgen, wurden wieder instandgesetzt. Eine Produktionsaufnahme konnte jedoch erst nach Genehmigung durch die SMAD erfolgen. In dieser Situation behalf man sich, indem dringend benötigte Güter wie Kochplatten, Kochtöpfe, Bratpfannen, Kleinöfen, Schrotmühlen aber auch Luftpumpen, Lockenwickler u.a. herstellte¹⁸. Das Material dazu stammte oftmals aus Wehrmachtsbeständen, zum Beispiel Gasmaskefilter und -büchsen. So ähnlich war es auch bei Petzold & Maeser: „Gestützt auf die alten Mitarbeiter, wurde beschlossen, den Betrieb wieder neu entstehen zu lassen. Unmittelbar nach der Demontage wurde sofort wieder zu arbeiten begonnen. Es wurden alte Maschinen aufgekauft und mit einer aus 20 Mann bestehenden Belegschaft wurden aus irgendwelchen vom Kriege herrührenden Halbfabrikaten die unmöglichsten Sachen hergestellt: u. a. Räucherkerzenbehälter, Briefständer, Bier-Untersetzer, Aschenbecher, Futterraufen für Karnickel, Ofenkrücken, Wärmflaschen, Stempelhalter und vieles andere mehr. Langsam wurde der Betrieb wieder aufgebaut und durch Sparsamkeit und Zähigkeit ging es schließlich wieder aufwärts. Es wurden laufend Maschinen angeschafft und der

13 StA Chemnitz, 31014 VEB Schleifmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt, Nr. 1917, 1936, 1941, 1942, 1954, 1955, 1976, 2220, 2096, 2150.

14 Ebenda.

15 Ebenda.

16 Ebenda.

17 1893 – 100 Jahre – 1993 PETZOLD & MAESER Metallwaren- Fabrik Massenartikel Druckknöpfe Steinnussknöpf, Chemnitz 1993, S. 3, exemplar u. a. im Sächsischen Industriemuseum Chemnitz

18 Vgl. Vom Konzernbüro zum sozialistischen Großbetrieb. Ein Beitrag zur Geschichte des VEB Numerik „Karl Marx“ Karl-Marx-Stadt, Karl-Marx-Stadt 1985, S. 20.

19 Ebenda.

20 100 Jahre Gießereitradition Chemnitz. Von der Kappeler Drehe zur Flender Guss GmbH. 1898-1998, [Chemnitz 1998], S. 9.

21 Vgl. Profil durch Tradition und Leistung. 30 Jahre FZW. Beitrag zur Werkzeugmaschinenforschung in der DDR, Karl-Marx-Stadt 1986, S. 21.

22 Karlsch/Schäfer (wie Anm. 1), S. 233.

23 Wismut GmbH (Hrsg.): CD Chronik der WISMUT, 1999, S. 21.

24 Wismut in Siegmars, in: Siegmars-Schönau. Die Stadt vor der Stadt. Eine Stadtteilgeschichte zu Siegmars, Schönau, Reichenbrand und Stelzendorf, Chemnitz 2003, S. 98 ff.

25 Karlsch/Schäfer (wie Anm. 1), S. 233.

26 Straßenbahntriebwagen und -hänger wurden wegen ihrer schnittigen Form als Hechtwagen bezeichnet.

27 StA Chemnitz, 31014 VEB Schleifmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt, Nr. 1917, 1936, 1941, 1942, 1954, 1955, 1976, 2220, 2096, 2150.

28 Ebenda.

29 Hans J. Naumann/Klaus Müller: Von Escher zu Niles-Simmons. 140 Jahre Drehmaschinenbau in Chemnitz (1874-2014), Chemnitz 2014, S. 54.

30 Rainer Karlsch: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-1953, Berlin 1993, S. 228.

Betrieb vergrößerte sich mehr und mehr und die Belegschaftsstärke wuchs mit. Der Betrieb wurde vielseitiger und teilweise moderner als vor dem 2. Weltkrieg, wobei alles erst nach 1945 wieder angeschafft wurde.¹⁹

Infolge von Rohstoff- und Energiemangel konnte oft nicht voll gearbeitet werden. So betrug 1946 die tägliche Arbeitszeit in der Gießerei an der Kappeler Drehe nur sechs Stunden.²⁰

Die **Reinecker AG** war vor dem Krieg eine der größten und bedeutendsten deutschen Werkzeugmaschinenfabriken. Im Krieg weitgehend zerstört, wurden noch erhaltene Maschinen, Material, bis zum 10. November 1945 369.478,5 kg, und Konstruktionsunterlagen zum Demontagegut erklärt, somit war ein Wiederaufbau des Betriebes nicht möglich. Auch in anderen Betrieben wurden Rohstoffe und Konstruktionsunterlagen beschlagnahmt und in die Sowjetunion gebracht: Die Strumpffabrik Robert Wieland musste 1.200 Kilogramm Kunstseide, 500 Kilogramm Zellwollgarne und 500 Kilogramm Zellwolle abgeben, bei Wanderer wurden 504 Ordner mit Patentschriften und Konstruktionsunterlagen beschlagnahmt.

Als einziger Großbetrieb entgingen die Niles-Werke der Demontage. Das lag an den unklaren Besitzverhältnissen. Die sowjetische Besatzungsmacht vermutete, dass es sich um eine britische oder US-amerikanische Beteiligung handeln könnte.

Mit dem Befehl 124 der SMAD vom 30. Oktober 1945 wurden zahlreicher Industriegesellschaften und Fabriken unter Zwangsverwaltung gestellt. Das betraf in Chemnitz 130 Betriebe. Im Sommer 1946 entstanden auf der Grundlage des Befehls Nr. 167 der SMAD vom 5. Juni 1946 mehrere Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG). So wurde aus der Gießerei Krauthelm die SAG Marten, aus Elite-Diamant die SAG Awtowelo, aus Gebr. Langer die SAG Kabel. Nur kurze Zeit, 1946/47, war die Schleifscheibenfabrik Rottluf die SAG AMO. Diese Betriebe arbeiteten nun ausschließlich für die Sowjetunion. Aus Teilen der Auto-Union ging das Sächsische Aufbauwerk hervor, das ebenfalls Reparationsarbeiten ausführte. Um das Wissen deutscher Ingenieure zu nutzen, entstanden auf Weisung der Besatzungsmacht Sowjetische Konstruktions- und Technologiebüros (SKTB)²¹, die ausschließlich für die sowjetische Wirtschaft tätig waren, für den Maschinenbau das SKTB 3 in den Pfauter-Werken und das Automobiltechnische Büro des Ministeriums für Automobilindustrie, das aus der ehemaligen Versuchsabteilung und dem Zentralen Entwicklungs- und Konstruktionsbüro der Auto-Union hervorging. Anfang 1949, kurz vor der Auflösung dieser Einrichtungen, fanden hier ca. 500 Personen Beschäftigung. Deutsche Autokonstruktionen wurden nicht übernommen, laut Rainer Karlsch entwickelten Chemnitzer Ingenieure „ein komplettes Projekt für den Aufbau einer der Kiewer Motorradfabrik, in der dann das Motorrad Wanderer unter dem Namen 'Kiewljanin' hergestellt wurde.“²²

Das größte SAG-Unternehmen war die Wismut AG. Am 26. Mai 1947 erließ die SMAD den Befehl Nr. 128, in dem die Übergabe deutscher Bergwerksbetriebe an die Sowjetunion als Reparationsleistung verfügt wurde. Mit Befehl 131 die SMA Sachsen

wurden die Bergbauverwaltungen Johanngeorgenstadt, Schneeberg, Oberschlema, Lauter, Marienberg und das Pechtelgrüner Aufbereitungswerk in sowjetisches Eigentum überführt.²³ Die Leitung der Wismut AG hatte ihren Sitz zunächst in Aue und wurde später nach Siegmars-Schönau verlegt. Dort wurden eine Reihe von Bauten an der Jagdschänkenstraße errichtet, weiterhin entstanden der Kulturpalast, das Haus der Körperkultur und andere Gebäude.²⁴

Die im Raum Chemnitz demontierten Maschinen wurden ausschließlich in die Sowjetunion transportiert. Polnische Städte und Betriebe als Zielorte tauchen in den Reparationslisten nicht auf.

Nach Abschluss der Demontagen kursierte das Gerücht, dass die demontierten Maschinen nicht in Russland angekommen seien, sondern an der Grenze zur Sowjetunion verrotten würden. Dazu steht in der Wirtschaftsgeschichte Sachsens: „Zweifelloso gab es zahlreiche solche Fälle. Dennoch erreichte die große Mehrzahl der demontierten Anlagen ihre Bestimmungsorte.“²⁵ In Dresden wurde erzählt, dass die kleinen Hechtwagen²⁶ der Dresdner Straßenbahn in Leningrad verkehrten. Das stimmte nicht, diese Wagen waren während des Angriffes am 13. Februar 1945 ausgebrannt, sie wurden erst in den 1950er Jahren wieder aufgebaut. Der Autor hatte damals als Dreherlehrling bei den Dresdner Verkehrsbetrieben Teile für den Hechtwagen gefertigt.

Warenlieferungen aus der laufenden Produktion waren mit den ausgeräumten Betrieben nicht möglich. Daher erteilte die SMAD Genehmigungen zum Wiederaufbau von Betrieben, damit diese künftig Reparationsgüter produzieren konnten.

Die Maschinenfabrik Germania lieferte 1947/48 Solekühlanlagen und Fleischkühlanlagen. 1947 erhielt der Betrieb den Auftrag zur Lieferung von 17 Margarinekühlanlagen. Dazu mussten Hochleistungskühltrommeln konstruiert und gebaut werden. Die dafür entwickelte Margarinekühltrommel und der Verdichter ZK 145 waren die ersten Neuentwicklungen des Kälteanlagenbaus der Germania nach dem Krieg. Die Maschinenfabrik Kappel hatte zunächst Schreibmaschinen mit kyrillischen Buchstaben gefertigt.²⁷ Das war nach Ende der Demontagen nicht mehr möglich. Bis 1949 wurden dann vorwiegend Holzbearbeitungsmaschinen, darunter auch Zündholz-Schälmaschinen, als Reparationsgüter hergestellt.²⁸

Die Deutschen Niles-Werke Siegmars lösten sich im Sommer 1945 vom Berliner Hauptwerk. Die Landesverwaltung Sachsen setzte daraufhin einen Treuhänder ein. Nun wurde der Betrieb auch mit Reparationslieferungen beauftragt, aber nicht demontiert. Bis zum 31. Juli 1946 wurden dafür 629 Werkzeugmaschinen im Wert von 12.218.000 Reichsmark gefertigt.²⁹

1953 wurden die Reparationen für beendet erklärt. Über die Höhe von der Sowjetischen Besatzungszone/DDR geleisteten Reparationen gibt es unterschiedliche Angaben. Fakt ist, dass die SBZ/DDR „zwischen 1945 und 1953 die höchsten Reparationen erbrachte, die im 20. Jahrhundert bekannt geworden sind.“³⁰ Wie hoch die Schäden für die Chemnitzer Industrie waren, ist noch nicht berechnet worden.

Verzeichnis der Betriebe, die im Stadt- und Landkreis Chemnitz demontiert worden sind³¹:

- 1 Auto Union AG, Chemnitz, Bernd-Rosemeyer-Straße
- 2 Auto Union AG, Siegmarschönau
- 3 Auto Union AG, Werk DKW Zschopau
- 4 Auto Union AG, Werk DKK Scharfenstein
- 5 Auto Union AG, Chemnitz, Rößlerstraße
- 6 Wanderer-Werke AG, Siegmarschönau
- 7 Hermann Pfauter, Chemnitz, Einsiedlerstraße 3-17
- 8 Bernhard Escher, Chemnitz, Wettiner Straße 7-13
- 9 Werkzeugmaschinenfabrik „Union“, Chemnitz, Zwickauer Straße 92
- 10 J. E. Reinecker AG, Chemnitz, Bernhardstraße 66
- 11 Astra-Werke AG, Werk II, Chemnitz, Altchemnitzer Straße 41
- 12 Zahnradfabrik Paul Uhlich, Chemnitz, Limbacher Straße 63
- 13 Max Kohl AG, Chemnitz, Adorfer Straße 20
- 14 Maschinenfabrik Kappel AG, Chemnitz-Kappel, Zwickauer Straße 37
- 15 Carl Hamel AG, Siegmarschönau
- 16 Deutsche Niles-Werke AG, Siegmarschönau³²
- 17 C. G. Haubold AG, Chemnitz, Uhlichstraße 2
- 18 C. G. Baldauf, Chemnitz, Limbacher Straße 39
- 19 Nostitz & Koch, Chemnitz, Zwickauer Straße 58
- 20 E. F. Baum, Chemnitz, Zwickauer Straße 54
- 21 C. H. Weisbach, Chemnitz, Dorfstraße 46a
- 22 G. Krauthaus AG, Werk Altendorf, Chemnitz, Wörthstraße 3
- 23 Th. Prippenow, Chemnitz, Bernhardstraße 96
- 24 K. A. Schnabel, Chemnitz, Annaberger Straße 66
- 25 C. Herrmann Findeisen, Chemnitz, Fürstenstraße 76
- 26 Louis Neubauer, Chemnitz, Planitzstraße 50
- 27 U. Pornitz & Co., Chemnitz, Lothringer Straße 11
- 28 Schubert & Salzer AG, Chemnitz, Lothringer Straße 11
- 29 Seyfert & Donner, Chemnitz, Sedanstraße 81
- 30 Schmigelwerk Dr. Rudolf Schönherr, Chemnitz, Draisdorfer Straße 6
- 31 Hermann Riemann, Chemnitz, Fürstenstraße 83
- 32 Günther & Haussner KG, Chemnitz, Lützwitzstraße 12
- 33 Carl Hesse, Chemnitz, Dorfstraße 49
- 34 J. E. Nacher, Chemnitz, Beckerstraße 31
- 35 Hans Pommerenke, Buchdruckerei, Chemnitz, Fürstenstraße 43
- 36 Carl Wichert, Buchdruckerei, Chemnitz, Schloßberg 17-19
- 37 Holzhaus- und Hallenbau GmbH, Chemnitz, Am Stadtgut
- 38 Max Röber, Chemnitz, Beyerstraße 3
- 39 G. Hilscher AG, Chemnitz, Dorfstraße 72b
- 40 Gebrüder Unger, Chemnitz, Lerchenstraße 4-12
- 41 A & R Franke, Chemnitz, Lerchenstraße 4-12
- 42 Arno Loose, Chemnitz, Werderstraße 1-3
- 43 Sächsische Textilmaschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann AG, Chemnitz, Altchemnitzer Straße 27
- 44 David Richter, Chemnitz, Annaberger Straße 97
- 45 Chemnitzer Metallwarenfabrik Richard Kraemer, Chemnitz, Metzger Straße 15-19
- 46 Sächsische Webstuhlfabrik Louis Schönherr, Chemnitz, Fischweg 8
- 47 J. C. F. Pickenhahn & Sohn, Chemnitz, Zinzendorfstraße 22
- 48 Albert Patzig, Zahnradfabrik, Chemnitz, Limbacher Straße 126
- 49 Petzold & Maeser, Chemnitz, Sandstraße
- 50 Gerätebau Harthau, Harthau
- 51 H. Steudten AG, Neukirchen
- 52 Wotan- und Zimmermannwerke, Rabenstein
- 53 F. A. Uhlmann, Auerbach
- 54 A. Rob. Wieland, Auerbach
- 55 Herrmannwerk (Pfauter II) der Fa. Hermann Pfauter, Einsiedel
- 56 Friedrich Leimbrock, Einsiedel
- 57 Schneider & Reuthner, Limbach
- 58 Ernst Saupe, Limbach
- 59 Müller & Franke, Limbach
- 60 Julius Köhler, Limbach
- 61 Auto Union AG, Chemnitz (Fa. Max Pfau und Gustav Frische, Burkhardtsdorf)
- 62 Wanderer-Werke Chemnitz (Fa. Max Pfau und Rudolf Drechsel, Burkhardtsdorf)
- 63 Gebr. Langer, Chemnitz (Fa. H. Steudten AG, und Oskar Türk, Neukirchen)
- 64 Venus-Werke Wirkerei und Strickerei, Chemnitz, Zwickauer Straße 106/108
- 65 Xaver Florentz Wwe., Chemnitz-Altendorf

31 Stadtarchiv Chemnitz, Rat der Stadt Chemnitz/Karl-Marx-Stadt, Nr. 457; Bl. 116, 117; Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt, Dokumente zur Stadtgeschichte 8. Mai 1945 bis 30. Juni 1946, Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt, Karl-Marx-Stadt 1988, Dokument 46, S. 84 f.

32 Nicht erklärlich ist, wieso die Deutschen Niles-Werke mit auf dieser Liste erscheinen, denn der Betrieb wurde nicht demontiert.

Autor

Dr. Wolfgang Uhlmann,
Wirtschaftshistoriker
Wenzel-Verner-Straße 42
09120 Chemnitz
dr.wolf_uhlmann@t-online.de



Helmut Richter, 2012
© Monteverdi Medien

Was der spätere Lieddichter Helmut Richter (1933–2019) mit elf Jahren erlebte

Aus dem Sudetenland vertrieben und zunächst in Sachsen angekommen

Sieben dunkle Jahre überstehn ...
Manchmal geh ich meine Straße
ohne Blick,
Manchmal wünsch ich mir mein
Schaukelpferd zurück.
Manchmal bin ich ohne Rast und
Ruh,
Manchmal schließ ich alle Türen
nach mir zu.

Manchmal ist mir kalt und
manchmal heiß,
Manchmal weiß ich nicht mehr,
was ich weiß.
Manchmal bin ich schon am
Morgen müd,
Und dann such ich Trost in
einem Lied.

Ralph Grüneberger

Das Ende des Zweiten Weltkrieges jährt sich 2025 zum achtzigsten Mal, ebenso der Beginn der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten, so auch aus dem Sudetenland – ein Gebiet, das sich von dem Gebirgszug im Norden der heutigen Tschechischen Republik ableitet und vom Lausitzer Gebirge bis zum Altvatergebirge reicht. In der DDR war das Thema „Vertreibung“ tabu, man sprach offiziell von „Umsiedlern“, und dieser Terminus hat sich im Sprachgebrauch gehalten. Das Wort „Vertrei-

bung“ gehörte zu den Vertriebenenverbänden in der Bundesrepublik Deutschland – Organisationen, die in der Deutschen Demokratischen Republik als revanchistisch galten.

In einzelnen Gedichten ist Helmut Richter, der als Elfjähriger aus Freudenthal (Bruntál) ausgesiedelt wurde, auf seine Geburtsstadt zu sprechen gekommen. Aus seinem unveröffentlicht gebliebenen Text „Meine Alma Mater. Über vier Dekrete, die mein Leben berührten“, wird in dem Buch über ihn, das den Titel trägt „Über

sieben Brücken ... Helmut Richter – Schriftsteller, Lyriker, Liedautor“ und dessen Auftakt hier abgedruckt wird, erstmals zitiert. Die Recherche für das Buch und dessen Druck wurden gefördert vom Freistaat Sachsen im Rahmen des Projekts „Sehnsucht nach Freiheit“.

Als Textdichter macht Helmut Richter, der als Lyriker, Publizist, Erzähler, Hörspielautor und Filmszenarist ein vielfältiges literarisches Werk hinterlässt, mit einem einzigen Text Furore: „Über sieben Brücken mußt du gehen“.

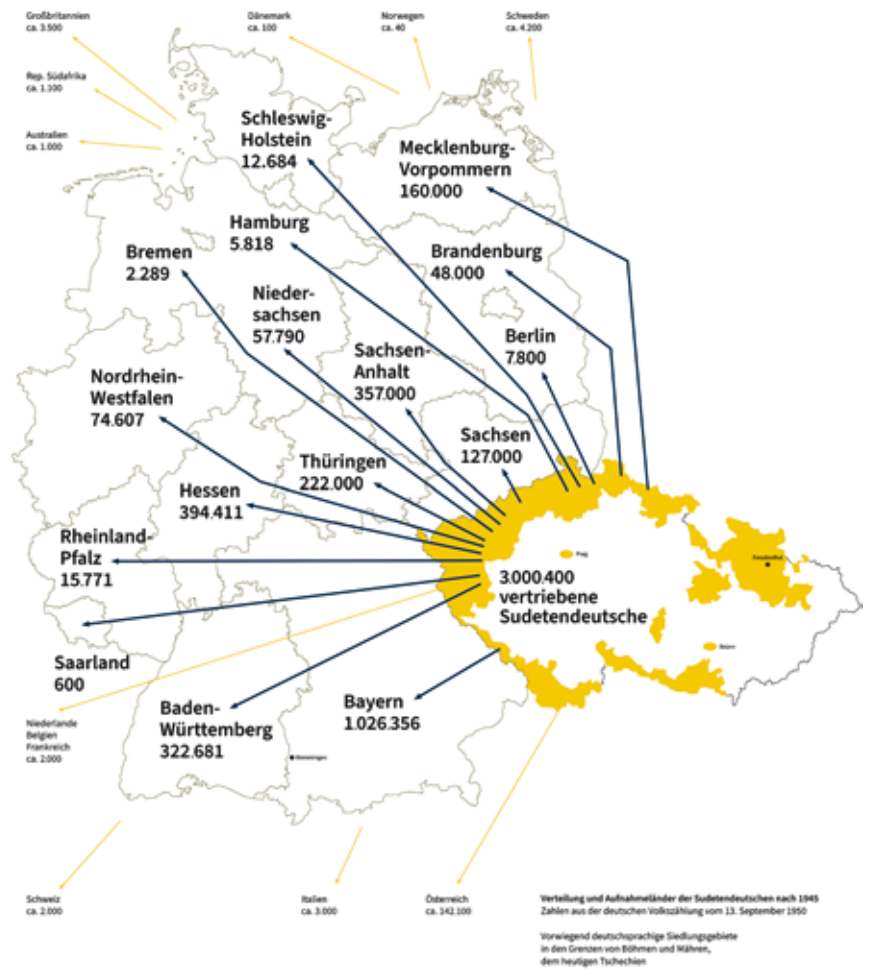
Der vom Keyboarder der Berliner Band Karat, Ulrich „Ed“ Swillms, Ende 1977 vertonte Text „Über sieben Brücken mußt du gehn“, der den Abspann des gleichnamigen Fernsehfilms musikalisch untermalen sollte, gilt heute als deutschdeutsche Hymne und erreichte ein Millionenpublikum. Peter Maffays Coverversion ließ den Song ab 1980 auch im Westen populär werden. Ihm folgten zahlreiche weitere internationale Interpretinnen und Interpreten.

Maffay, ein Ungarndeutscher, der aus Ceaușescu Rumänien kam, Helmut Richter, der vertriebene Sudetendeutsche, und Herbert Dreilich, der einstige Sänger von Karat, geboren in Österreich und als Jugendlicher zu Hause auch in Großbritannien – alle drei verbindet der Verlust der angestammten Heimat. Vor diesem Hintergrund erweckt das zurückgewünschte „Schaukelpferd“ Emotionen.

Wer war Helmut Richter? Ein Maschinenschlosser, der zum Professor berufen wird. Ein Dichter, dem wegen eines unliebsamen Gedichtes die Exmatrikulation vom Literaturstudium bevorsteht und der die Bewährung in der Produktion auf sich nimmt. Ein Schriftsteller, dessen Buch über den Bau des Kraftwerkes Thierbach (im Landkreis Leipzig) nach Erscheinen eingestampft wurde und der „Dennoch“ zu seinem Lebensmotto wählt.

Die Entstehung der nunmehr deutsch-deutschen Hymne bildet einen Schwerpunkt des Buches über Helmut Richter, der andere ist dessen Vertreibung aus dem Sudetenland über Sachsen nach Sachsen-Anhalt.

Es ist Mittwoch, der 11. Juli 1945, zwei Monate nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Auf Anweisung der neu eingesetzten tschechischen Behörden haben sich Rosalie Richter und ihr elfjähriger Sohn Helmut auf dem Bahnhof von Freudenthal zu melden. Wie alle Volksdeutschen sind sie mit einem sichtbaren „N“ für „Němec“ (Deutscher) gekennzeichnet, einem Aufnäher, den die Witwe Richter aus Stoffresten gefertigt hat. Mutter und Sohn wurde Glauben gemacht, dass sie sich zum Ernteeinsatz einzufinden haben. Sie haben nur zwei Decken und Essgeschirr dabei, als sie vor der Verladung in einem der Bahnhofsspeicher mit Hunderten anderen Volksdeutschen interniert werden. Noch vor den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens vom 17. Juli 1945 hat die Vertreibung von Tausenden Sudetendeutschen aus ihrer Hei-



mat begonnen. In den 1945 wie auch 1946 verabschiedeten Dekreten der tschechoslowakischen Staatsführung, die allgemein nach dem Staatspräsidenten Edvard Beneš „Beneš-Dekrete“ genannt werden, wird die als „Transfer“ oder „Abschub“ bezeichnete Vertreibung legalisiert.

Es werden mehr als drei Jahrzehnte vergehen, ehe eine objektive Einschätzung, wie die des tschechischen Historikers Tomáš Staněk, in Prag veröffentlicht wird. Ihr Titel: „Odsu Němců z Československa 1945–1947 (Der Abschub der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945–1947)“, Prag 1991. Dort heißt es: „[Jener] Entwicklungszeitraum der deutsch-tschechischen Beziehungen, der ohne Übertreibung als ein ‚Weg in die Katastrophe‘ (1938–1948) zu be-

Übersicht über die Ankunftsgebiete der vertriebenen Sudetendeutschen
© Christian Schäfler



Armbinden mit dem Buchstaben N in der Ausstellung „Freudenthal im Altwatergebirge“ im Städtischen Museum Memmingen

zeichnen ist, ruft weiterhin sowohl Diskussionen über eher allgemeine Fragen nach den Wurzeln und dem Charakter der früheren Konflikte zwischen Deutschen und Tschechen als auch über die vielfältigen Erscheinungsformen und die Folgen hervor. Als aktuell empfindet man nun die Notwendigkeit, über Möglichkeiten und Perspektiven einer Überwindung dieses belasteten Erbes zu sprechen, geleitet vom Geist der Toleranz und Versöhnung. Auch heute, wenn wir des fünfzigsten Jahrestages gedenken, an dem der von den Nazis entfesselte Vernichtungskrieg sein Ende fand, wenn wir, belehrt durch die Geschichte, die Folgen betrachten, die dieser Krieg für die Völker Europas einschließlich der Deutschen hatte, existieren bei der Bewertung dieser tragischen Erfahrungen größere und kleinere, u. a. auch durch politische Akzente bedingte Unterschiede. [...] Im Exil und in Dissidentenkreisen entstand jedoch eine Reihe sehr anregender und wertvoller Beiträge. Sie zeigen, daß auf tschechischer Seite der Wille zu einem neuen Überdenken und einer gründlicheren Analyse des tschechisch-deutschen Zusammenlebens in entfernter und jüngerer Vergangenheit existiert mit dem Ziel, das bisherige Beharren auf traumatischen Ereignissen, Aversionen und Stereotypen durch einen Dialog, bei dem beide Seiten aufeinander zugehen, zu ersetzen.“

Der 1952 geborene Historiker Tomáš Staněk beschreibt die Umstände nach 1945, die auch die Familie Richter und Tausende andere während der „wilden (sprich: eher willkürlichen) Vertreibung“ betreffen: „Zum Objekt des ‚ersten Stoßes‘ wurden im Mai 1945 die Deutschen in den innerböhmisches Gebieten, vor allem in Prag und Umgebung, in größeren Städten und in den Gemeinden der Sprachinseln, wo Alteingesessene ebenso wie auch zahlreiche Flüchtlingsgruppen von den Endkämpfen erfaßt wurden. Das gesamte Vorgehen gegen die Deutschen war in der Atmosphäre nachklingender Kriegsergebnisse und Zusammenstöße während des Prager Aufstandes von Verbitterung, Zorn und Vergeltungstendenzen geprägt. Eine nicht geringe Rolle spielt dabei, daß viele Tschechen Waffen besaßen. Neben militärischen Einheiten, deren Kern das 1. Tschechoslowakische Armeekorps aus der Sowjetunion bildete, aufgefüllt durch Mobilmachungen der Standortkommandanturen, traten die verschiedensten ‚Revolutionsformationen‘ besonders rasant auf. Die deutsche Grenzlandbevölkerung war einer äußerst rüden Behandlung durch Angehörige der Roten Armee ausgesetzt (Diebstähle, Plünderungen, Vergewaltigungen u. ä.) bzw. durch Deserteur und andere ‚Marodeure‘, durch Personen aus Gefangenen-, Arbeits- und anderen Lagern der Nazis und mancherorts auch durch Tschechen, welche die nach dem Jahr 1938 abgetrennten Gebiete nicht verlassen hatten und nun nach der Befreiung in die ehemaligen Wohnorte zurückkehrten. [...] Seit Mitte Mai 1945 nahmen

die Ereignisse einen immer schnelleren Verlauf. Die Forderung, so viele Deutsche wie nur möglich aus der Republik zu entfernen, wurde zur Tagesparole. Am 15.5.1945 erörterte die Regierung die Aufgaben von Militäreinheiten (unter der neuen Bezeichnung 1. Tschechoslowakische Armee) im Grenzland. [...] In erster Linie sollten die Reichsdeutschen das Land verlassen (in der Regel mit einer Frist von 24 bis 48 Stunden, erlaubt war Gepäck von 30 Kilogramm pro Person). Anderswo gab die Standortkommandantur Befehl, daß die Reichsdeutschen tschechoslowakisches Gebiet mit Gepäck und Lebensmittelvorräten für drei Tage noch am selben Tag zu verlassen hatten. [...] Bekanntmachungen und Verordnungen, die die Aussiedlungen der Deutschen befahlen und diverse einschränkende Maßnahmen gegen sie anordneten, wurden manchmal von Militärkommandanturen selbständig erlassen, in anderen Fällen dann wieder in Absprache mit Verwaltungsorganen, die allmählich die Initiative übernahmen. Zentrale Richtlinien standen jedoch zu dieser Zeit nicht zur Verfügung, so daß in einer ganzen Reihe von Fällen tatsächlich ‚die revolutionäre Improvisation‘ vorherrschte.“

Im Artikel XIII der Potsdamer Konferenz der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges heißt es: „Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.“

Dieser Direktive wird selten gefolgt. Die Herrenmenschen-Mentalität vieler Sudetendeutscher gegenüber der tschechischen Minderheit hat die antideutsche Stimmung vielerorts verstärkt. Nach der Befreiung der von Deutschland okkupierten Tschechoslowakei tritt sie vehement zu Tage. Wenige Jahre des Nationalismus genügen, um ein in Jahrhunderten gewachsenes Miteinander in einem Vielvölkerstaat zu zerstören. In Folge des Ersten Weltkrieges hat sich die Zwietracht zwischen Tschechen und Deutschen immer mehr herausgebildet. Nach dem Anschluss Österreichs erfolgt 1938 auch der Anschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich und beraubt die Tschechoslowakei ihres nach dem Ersten Weltkrieg zugewiesenen Staatsgebietes. Bereits nach dem von Deutschland verlorenen Ersten Weltkrieg gibt es in der im Oktober 1918 neu gegründeten Tschechoslowakei das Bestreben, den deutschen und ungarischen Bevölkerungsanteil zu minimieren.

1943, fünf Jahre nach der Besetzung der „Rest-Tschechei“ (eine Bezeichnung, die Historiker Adolf Hitler zuschreiben), wird Helmut Richter „Pimpf“, sprich Hitlerjunge: Hart wie Krupp-

stahl, zäh wie Leder, flink wie Windhunde. Die Indoktrinierung erweist sich als fruchtbar. In seinen im Nachlass befindlichen Erinnerungen „Meine Alma Mater. Über vier Dekrete, die mein Leben berührten“, einem unvollendet gebliebenen Text, dessen Titel an Maxim Gorkis „Das Leben – Meine Universitäten“ denken lässt, bekennt der spätere Schriftsteller Helmut Richter seine Haltung als Heranwachsender: „Ich wollte an die Überlegenheit der nordischen Rasse glauben und an die Überlegenheit ihrer Waffen auch. War doch Siegfrieds Schwert Balmung ja das beste aller Schwerter gewesen.“

Zwei Jahre vor der Aufnahme in die Hitlerjugend erlebt Helmut Richter in der katholischen Pfarrkirche von Freudenthal die Erstkommunion.

Zu der Zeit ist er bereits Halbwaise. Zur Welt gekommen ist Helmut Richter am 30. November 1933 in Bruntál, das ab 1938 wieder Freudenthal heißt und vor 1918 zu Österreichisch-Schlesien gehört. Eine Stadt im Altvatergebirge mit einer mehr als 700-jährigen Geschichte im Reich des Berggeistes Altvater, der dem Bergland seinen Namen gab. Freudenthals Gründung geht auf das Jahr 1213 zurück. Die Stadt gehört zu den Königsstädten in Böhmen und wechselt im Laufe der Jahrhunderte mehrfach ihren Besitzer. Mal wird die Stadt dem Fürstentum Jägerndorf, mal Troppau zugeschlagen. Bis ins 17. Jahrhundert belebt der Abbau von Edelmetallen die Region, später kommt die Textilindustrie mit Spinnereien, Webereien und Bleichereien sowie die Lederverarbeitung hinzu.

In der bereits genannten autobiografischen Aufzeichnung nennt sich Helmut Richter selbst einen Spätling. Seine Mutter gebar ihn als 41-Jährige. Seine Halbbrüder Karl und Hans sind 16 Jahre beziehungsweise elf Jahre älter als er. Beide sind Wehrmachtssoldaten. Karl wird Kriegsgefangener in Kanada. Hans wird nur 20 Jahre alt. Er fällt 1943 in der Panzerschlacht bei Welikije Luki. Damit verliert die am 2. April 1892 in Braunseifen geborene Rosalie Richter, geborene Parsch, nach dem Kindstod ihrer Tochter, der Erstgeborenen, ein weiteres Kind.



Helmut Richter,
Erstkommunion, 1941
© Familie Richter

Im katholisch geprägten Freudenthal ist es unwahrscheinlich, dass sich Rosalie Richter vom Vater ihrer 1917 bzw. 1922 geborenen Kinder Hans und Karl per Scheidung getrennt hat. Übermittelt ist keinerlei Angabe zum Vater ihrer drei Kinder. Jahre nach Kriegsende entwickelt sich ein Kontakt zwischen Helmut Richter und seinem Halbbruder Karl. 1987 kommt es im fränkischen Gunzenhausen zu einem Familientreffen. Die Behörden der DDR erteilen Brigitte, Tina und Helmut Richter die Reiseerlaubnis. Anlass dafür ist der 70. Geburtstag von Karl Richter, dessen Ehe mit seiner Jugendliebe Erna kinderlos bleibt. Höchstwahrscheinlich hat die an Tuberkulose leidende Mutter ihren Sohn Karl, der nach der Gefangenschaft in Kanada in der von den Amerikanern besetzten Zone untergekommen ist, nicht wiedergesehen.



Bahnhof Freudenthal
© „Freudenthal im Altvatergebirge“,
Heimatemuseum Freudenthal im
Städtischen Museum Memmingen,
2012

Dokumente, Fotografien, Erinnerungsstücke, Sparbücher und Wertgegenstände – beinahe alles muss Rosalie Richter zurücklassen. Nur wenig davon trägt sie am 11. Juli 1945 bei sich oder wird ihr später über die Familie des Kindsvaters zugänglich. Nie wieder schmückt sie das Grab ihres im September 1940 verstorbenen Lebenspartners Alois.

In seiner vorsorglich selbst verfassten Grabrede beschreibt der am 3. November 2019 verstorbene Helmut Richter die Erinnerung an seinen Vater so: „Von meinem sehr früh verstorbenen Vater trage ich in meiner Seele nur eine große dunkle Silhouette und das Bauchgefühl jenes jähren Schwungs, mit dem er mich an Sonntagsspaziergängen auf seine Schulter wuchtete.“

Ein Erlebnis auf dem Verladebahnhof bleibt dem jungen Helmut Richter, der in Freudenthal seine Kindheit zurücklässt, unvergessen: Das Interesse eines der tschechischen Wachleute gilt der goldglänzenden Brosche, die seine Mutter trägt. Er konfisziert sie. Dabei ist die Brosche nichts weiter als Arme-Leute-Schmuck, Schaumgold, kaum verwertbar. Für die Mutter jedoch besitzt die Brosche einen unersetzbaren Wert.

In seinem Manuskript gebliebenen Text schildert Helmut Richter den Übergriff detailliert: „Vor dem Abtransport wurden wir zunächst in den riesigen Bahnhofsspeichern – Freudenthal war ein Verkehrsknotenpunkt – interniert. Am Eingang nahm man uns von den Essbestecken Messer und Gabel weg, sie hätten ja als Waffen benutzt werden können, und dann geschah etwas, das es mir lange unmöglich machte, ein positives Verhältnis zu Tschechen zu entwickeln, trotz aller historischer Einsichten und internationalistischer Bereitwilligkeiten. [...] Denn da, am Lagertor war nun dies geschehen: Meine Mutter hatte eine Brosche, die sie Tag für Tag trug. Sie war oval und im Grunde ein Bilderahmen von zierlichen Rosen, die ein Foto von mir und meinen zwei Brüdern umkränzten. Wir saßen auf einem Rodelschlitten. Die Brosche glänzte golden, aber sie war gewiß nicht aus Gold, wie hätte meine Mutter sie denn bezahlen sollen? Und daß sie sie Tag für Tag trug, spricht auch gegen ein Kleinod. Aber für sie waren natürlich ihre drei Söhne die Kleinodien. Und nun griff einer dieser forschenden Kontrolleure danach und wollte sie haben. Und obwohl sie ihn schließlich kniend um Verschonung anflehte, riß er ihr die Brosche ab. Ich habe meine Mutter nie wieder so weinen gesehen. Und ich ruckte nach vorn und wollte mich trotz meiner 11 Jahre auf den Mann stürzen, aber sofort sprang meine Mutter auf und drückte mich mit beiden Armen fest an sich und schob mich weiter.“

Auch über die Zeit der Internierung, die dem Abtransport vorausging, schreibt Helmut Richter in „Meine Alma Mater“: „Diese riesigen Speicher waren zu der Zeit vollkommen leer – besenrein konnte man sagen – und ich hatte sie, als die Russen die dort eingelagerten Wehr-

machtsbestände abtransportierten, kurz zuvor auch selbst mit ausgeräumt. Damals galt der Erlaß, daß Männer ab 10 und Frauen ab 14 Jahre sich zur Arbeit zu melden hätten. Entweder bei den Russen oder bei den Tschechen, und die meisten zogen natürlich die Russen vor. Es war die einfache Wahl zwischen Nahrungsmitteln und Schlägen. Der Knotenpunkt Freudenthal war ein riesiges Versorgungslager der Ostfront gewesen, und die Russen fuhren die schier unendlichen Vorräte wochenlang ab. Vorwiegend auf diesen sogenannten Panjewagen, die so gar nicht ins Erscheinungsbild einer modernen Armee passten und oft genug bespöttelt wurden, aber sie verbrauchten halt eben den kostbaren Treibstoff nicht, den die Panzer brauchten. [...] Hier also gab es für Verladearbeiten kein Geld, für das man sich ohnehin nichts hätte kaufen können, sondern ‚Deputat‘: Brot oder Biomalz, Hartwurst oder Hartkäse, Mehl oder Konserven, braunen Rohrzucker oder kostbares Salz, wenn auch nur das rötlich bunte Viehsalz. Die Hallen rochen immer noch nach alldem. Aber wir blieben da unter tschechischer Kontrolle nur zwei Nächte. Die Nachtruhe wurde systematisch durch Kontrollen gestört und hin und wieder wurde eine der jungen Frauen mit hinausgenommen und kam nach geraumer Zeit wieder genauso still zurück wie sie mitgegangen ist. Vielleicht war ihr ja wirklich nichts passiert und der Vorgang sollte nur Macht demonstrieren. [...] Ich weiß nicht, ob es in diesem Transport Leute gab, die schon vor der Verladung wussten, was mit uns geschehen würde. Aber ich weiß, daß meine Mutter völlig ahnungslos war. Sie glaubte den Narodní-Vybor-Burschen



(Nationalausschuss), daß wir für den Ernteeinsatz auf dem Maierhof oder auf einem der Güter des Umlands, deren Besitzer zumeist vor den Russen geflüchtet waren, wirklich nur zwei Decken und ein Essgeschirr brauchten. Auch ihr Rentenausweis blieb zurück, und sie mußte uns dann, als wir acht Wochen später endlich wieder einen festen Wohnsitz hatten, sehr lange von 20 Mark ‚Fürsorge‘ ernähren, bevor ihre Invalidenrente erneut bewilligt war. Und so hatte sie auch das Sparbuch meines Bruders zurückgelassen. Als der für den Polenfeldzug eingezogen wurde, drängte seine Jugendliebe auf Heirat, aber er weigerte sich. Wenn ich den Krieg überlebe, wird hoffentlich unsere Liebe nicht gestorben sein. Und wenn nicht, dann soll die Mutter das bisschen Geld kriegen. Er habe keine Lust, eine blutjunge kinderlose Kriegerwitwe zu versorgen. Tatsächlich bekam meine Mutter all die Jahre, die er dann in Gefangenschaft war, vierzig Reichsmark überwiesen. Und natürlich rührte meine Mutter das Geld nicht an, obwohl sie es manchmal hätte gebrauchen können. Zuletzt waren über 2000 Mark auf dem Konto, und die waren nun auch verloren. Und gerade in der Dürftigkeit des Guthabens erweist sich mir die Totalität des Verlusts. Aber noch schlimmer war natürlich der Verlust von unersetzlichen Erinnerungstücken, von Briefen und Fotos, von Dokumenten ganz abgesehen.“

Jeweils 50 Menschen werden in die bereitstehenden Waggons eingepfercht. Sie stehen eng gedrängt: Frauen, Kinder, alte Menschen. Für die Notdurft gibt es für alle einen Eimer, der während der Fahrt immer wieder geleert werden muss.

1939 beträgt der Anteil der deutschsprachigen Bevölkerung im Kreis Freudenthal 96 Prozent. Allein diese Zahl verdeutlicht die verheerende Dimension von mehr als drei Millionen Heimatvertriebenen am Ende des von Deutschland ausgegangenen Terrors des Zweiten Weltkrieges. Von 1945 bis 1947 werden mehr als drei Millionen Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei vertrieben. Der durch die Kriegsverbrechen von Waffen-SS und Wehrmacht hervorgerufene Hass auf alles Deutsche lässt die Vertreibung zur ethnischen Säuberung werden, die auch vor Gewalt und Tötung nicht zurückschreckt. Ohne Scheu werden zurückgelassene Wohnungen und Häuser der Deutschen geplündert und vereinzelt auch in Brand gesteckt. Binnen Stunden werden Spuren von Jahrhunderten ausgemerzt. Im Rückblick hat Helmut Richter die Fahrt im offenen Kohlewagen teilweise als Abenteuer empfunden. Allerdings erlebt der Elfjährige, wie er in seinen erwähnten Erinnerungen festhält, den Zusammenfluss von Moldau und Elbe bei Melnik als aufregend, was bei ihm eine Überlagerung mit Bildern vom „Vater Rhein“ hervorruft, den er aus dem Schulunterricht kennt: „Für mich hatte diese alpträumartige Dreitagefahrt

aber doch auch etwas Spannend-Abenteuerliches an sich. Zumeist saß ich oben auf einem der Winkel, den die Längs- und Querwände miteinander bilden, und meine Mutter saß angsterfüllt unten, hatte den einen Ärmel ihrer Strickjacke um meine Fußgelenke geknotet und hielt den anderen straff in beiden Händen. Wir wussten ja nicht, wohin sie uns bringen würden – vielleicht in die fruchtbare Ebene der Hana hinunter, aus der wir Bewohner der kargen Gebirgsböden immer das Gemüse und das Obst bezogen hatten – und ich wollte wenigstens beobachten, um in irgendeinem Fall der Fälle mich zurückfinden zu können. Und außerdem war wohl auch pure Neugierde im Spiel. Ich war bis dahin nicht oft aus Freudenthal herausgekommen. Einigemal bis nach Deutsch-Krawarn zu Onkel und Tante, denen es besser ging als uns, und von denen wir immer eine halbe Weihnachtsgans bekamen. Aber ich fuhr nicht allzu gern dahin. Der Onkel war ganz in Ordnung, er war Ingenieur in einem Troppauer Elektrizitätswerk und hatte mir das Schachspielen beigebracht, aber die Tante mochte ich nicht. Sie klöppelte in den Wintermonaten und drapierte mit den entstehenden Kunstwerken die Polstermöbel, so daß man das Wohnzimmer gar nicht benutzen konnte. Und außerdem nudelte oder stopfte sie ihre Gänse, damit sie übermäßig fett wurden. Sie nahm mich dann immer mit in den Stall, und ich mußte die Schüssel mit den dicken Teigschlossen halten. Sie quetschte eine Gans nach der anderen zwischen ihre Schenkel, drückte den Schnabel auf, stopfte ein Teigstück nach dem anderen in den Schlund und strich den sich bildenden Wulst – die Tiere vergaßen ja aus Angst zu schlucken – unbarmherzig den langen Hals hinunter bis in den Magen. Mir wurde immer schon beim Zusehen ganz übel. Und das hochgepriesene Gänsefett, mit dem man so gerne Olmützer Quargeln bestrich, habe ich auch in Hungerzeiten immer nur ungern gegessen. [...] Aber zurück zu unserer Abschiebung. Ich wußte von den erwähnten Ausflügen also schon ungefähr, wie das so ist, wenn der Zug durch Schluchten und Tunnel aus dem Gebirge hinunterfährt, durch das Hohe Gesenke und dann durch das Niedere Gesenke und wie das Land immer flacher wird auf die Mährischen Pforte zu und wie überraschend es ist, daß plötzlich die braunbunten Kühe verschwinden und nur noch schwarzscheckige in den Koppeln stehen. Aber jetzt war die Reise schon deshalb anders, daß man ja nicht wußte, wohin es ging. [...] Dann fuhren wir durch Olmütz hindurch, und ich dachte an die berühmte Uhr, die angeblich genauso schön sein sollte wie die am Neustädter Rathaus zu Prag. Ich hatte natürlich auch die noch nicht gesehen, aber [wußte von dem] Schicksal der beiden Uhrmacher, die ja nach der Vollendung ihrer Wunderwerke geblendet worden waren, um keiner anderen Stadt eine gleiche Attraktion liefern zu können. [Das] ließ mich den Glanz ihrer Wunderwerke zumin-



Cover des Buches „Über sieben Brücken... Helmut Richter. Schriftsteller, Lyriker, Liedautor“
© Mitteldeutscher Verlag Halle (Saale) 2025

dest erahnen. [...] Wenn es dunkel wurde, oder mir die Beine vollkommen eingeschlafen waren, stieg ich von meinem Lug-ins-Land natürlich hinunter und lauschte benommen den nur halblaut geführten Gesprächen der Erwachsenen – Frauen und alte Männer zumeist. Eigentlich – je weiter wir uns von unserer Heimat entfernten – desto weiter entfernten sich die Reden, während dieser schier endlosen drei Tage, die von der entsetzlichsten Ungewissheit, von Angst und Sorge, von Hunger und Durst und peinigender Notdurft [bestimmt waren], von der erträumten Autonomie des Sudetenlandes oder gar von dem Anschluß an Österreich. Was mir natürlich am meisten zugesagt hätte. [...] Ich habe mich als Kind immer mehr als Österreicher gefühlt. Ich habe das Loblied auf den Prinzen Eugenius, den edlen Ritter, der Europa vor den Türken gerettet hat, lieber gesungen, als das preußische Kadettenlied, obwohl mich dort die Schlussverse „Es helfe uns der Herregott / Zum Sieg aus aller Not“ doch immer wieder sehr berührt haben. Aber trotzdem! Meine Mutter war als junges Mädchen in Wien ‚im Dienst‘ gewesen – vor dem Ersten Weltkrieg noch – und vom Prater und dem Riesenrad dort und vom Stephansdom und von der Weinlese wußte ich durch die vielen Wiederholungen so viel, als wäre ich selbst dort gewesen. Und da seinerzeit zu ihrer Zeit auch der alte Kaiser Franz Joseph II., der Franzl, noch lebte, bekam die Stadt an der angeblich blauen Donau in meiner Vorstellung nach und nach einen goldenen Glanz. [...] Hinter Prag ging es an der Moldau weiter, und ich sah, wie sie bei Melnik in die Elbe mündete und war ein wenig enttäuscht, daß dies auf eine ganz stille Art und Weise sich vollzog, obwohl ich andererseits einen solch gewaltigen Strom wie die Elbe noch nie gesehen hatte. [...] Als wir bei Aussig an der hochragenden Burgruine Schreckenstein vorbeifuhren und erst recht in den romantischen Passagen des Elbsandsteingebirges, spielte mir mein überreiztes Hirn den Streich, den Augenschein mit Rheinbildern zu überlagern. Ich verwechselte den Schreckenstein mit der Loreley und in den phantastischen Formationen und Einschnitten der Basteigegend versuchte ich Landschaften zu erkennen, in denen sich das Schicksal der Nibelungen vollzogen haben könnte. Die Ermordung Siegfrieds durch Hagen von Tronje zum Beispiel. Ich kannte das 1837 gemalte Bild von Ludwig Richter ‚Überfahrt über die Elbe am Schreckenstein bei Aussig‘ aus dem Zeichenunterricht, und ich hatte die Empfindung gehabt, daß diese idyllische Szene einen gefährlichen Untergrund hatte. Denn der Kahn schien überladen zu sein und sein Gleichgewicht sehr labil. Und vielleicht hat dies mich zu dieser Verwechslung mit der Loreley geführt, dieses ‚Ich glaube am Ende verschlingen / die Wellen noch Fischer und Kahn ...‘. Denn auch dieses Lied kannte ich ja. Nur seinen Dichter natürlich nicht. In unseren Liederbüchern wurde der Jude

Heine nicht genannt. ‚Unbekannter Dichter‘ stand unter dem Text.“

Trotz aller Abwechslung dauert die Fahrt vom Sudetenland in das von den Siegermächten besetzte, zerschlagene Deutsche Reich drei lange Sommertage und -nächte. Und sie ist für die meisten Vertriebenen nach dem Betreten des „Altreiches“ nicht zu Ende, das gilt auch für die Richters. Während der Bahnfahrt und dem sich anschließenden täglichen Irrgang, um Verpflegung und ein Nachtlager, gilt Rosa Richters Augenmerk neben dem für ihren Sohn auch einem jungen Mann namens Gerhard Poppe, der ebenfalls aus Freudenthal stammt und sich ihnen angeschlossen hat. Er ist ein Jugendfreund ihres Sohnes Karl. Beide haben sie nach der Bürgerschule eine Friseurlehre absolviert. Ein Beruf, der dort, wo das unliebsame Französisch vermieden wird, auch Haarschneider oder Haarkräusler genannt wird, wengleich ihn die Massen an stahlbehelmten Köpfen längst ad absurdum geführt haben. Aufgrund einer fortgeschrittenen Tuberkulose ist der Anfang 20-jährige Gerhard Poppe ausgemustert worden. Der sudetendeutsche Friseurgeselle wird nicht alt und stirbt 1946, ein Jahr nach der „Austreibung“, in Herzberg (Provinz Sachsen) in dem von der Roten Armee besetzten Teil Deutschlands.

Gerhard Poppe hinterlässt ein Tagebuch, in dem er in enger, akkurater Sütterlinschrift Stationen und Ereignisse der Vertreibung festhält, die er, Rosalie Richter, ihr Sohn Helmut sowie weitere aus der zufällig gebildeten Gruppe der Vertriebenen erlebt. Nach seinem Tod geht sein Nachlass an Rosalie Richter über. Am Anfang seiner Aufzeichnungen heißt es: „11. Juli 1945, 12., 13., 14. Juli 1945 / Auf Kohlewaggons verladen und um 6:15 ging die Fahrt los über Olmütz, Hohenstadt, Böhmisches Trübau, Pardubitz, Melnik. Hier gab es Brot, für 50 Personen 5 Brote [...] Hinter Melnik bekam ein Jeder 10 RM, denn in der Heimat wurde uns ja alles Geld abgenommen und ganz ohne Geld wollten uns die Tschechen doch nicht ins Ungewisse schicken, dann ging es weiter über Leitmeritz, Bodenbach, Bad Schandau ins Altreich nach Dresden, Pirna, Nossen. Da konnten wir das erste Mal aussteigen und uns einen Kaffee kochen, denn die zwei Tage [zuvor] hatten wir nur von Wasser und Brot gelebt. – Um 12:00 ging es wieder weiter bis nach Ziegenhein, Provinz Sachsen. Hier lagerten wir bei den Schienen. Abends wurde dann für 2500 Menschen eine Kartoffelsuppe gekocht. Am nächsten Tag, am 15. Juli, kochten sich die Menschen, die noch etwas hatten [ihr Essen] selbst. Wir ändern mussten hungern. Zu Mittag wurde dann für jeden Waggon 1 Sack Kartoffeln gekauft und unter den 50 Personen aufgeteilt [...] eine Station vor Falkenberg mußten wir aussteigen, weil die Brücke gesprengt war [...] Man hat uns aber dem Schicksal selbst überlassen. Nun waren wir heimatlos.“

Autor

Ralph Grüneberger

www.ralphgrueneberger.de

Von der HJ zur FDJ

Der Meißner Komponist Siegfried Köhler (1927–1984) zwischen den Diktaturen des 20. Jahrhunderts

Romy Donath und Matthias Donath

„Heut ist ein wunderschöner Tag“ ist eines der bekanntesten Jugendlieder der jungen DDR. Bis zum Untergang des sozialistischen deutschen Teilstaats wurde es auf FDJ-Versammlungen, bei Schulappellen wie auch im Musikunterricht häufig gesungen. Die Liederbücher der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ und der FDJ verzichteten selbstverständlich nicht auf die eingängige Weise mit dem zukunftsreichen Text. Das Lied wurde wohl auch deshalb gerne angestimmt, weil in ihm Propaganda-Floskeln und plumpe ideologische Anbiederungen fehlen. Vielmehr beschreibt der Liedtext einen sonnigen Tag und unbändige Lebensfreude. Indem die schöne Natur gepriesen und die „lockende Ferne“ besungen werden, gibt es sich als Wanderlied zu erkennen:

1. Heut ist ein wunderschöner Tag, die Sonne lacht uns so hell. Und wie ein heller Glockenschlag grüßt uns die lockende Ferne.
2. Zieh nicht die Wolken so schön und leuchtend am Himmel entlang? Und über Wald und weite Höhn jubelt der Lerchen Gesang.
3. Uns sind die Herzen so frei wie den Lerchen hoch da droben. Und hell klingt unser Lied dabei, froh allen Sorgen enthoben.

Gedichtet hat dieses Lied der 1927 in Meißen geborene Siegfried Köhler. Er schrieb auch die Melodie und führte den Satz für das Liederbuch der FDJ aus. Folgt man der Biografie, die 1984 kurz vor dem überraschend frühen Tod des Komponisten erschien, wurde dieses Lied nach 1946 komponiert, als Köhler „Leiter des Jugendchores Meißen“ war. Der Musikwissenschaftler Gerd Schönfelder (1936–2000) schrieb: „Das Volkslied, von dem hier die Rede ist, kam 1947 in Umlauf. Nachdem es in der Jugendzeitschrift ‚Neues Leben‘ erstmals abgedruckt war, verbreitete es sich wie ein Lauffeuer.“¹ Und er ordnete die Stimmung des Liedes, mit dem Köhler „dem Volk aus dem Herzen gesprochen“ habe, jener Generation zu, die sich nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs anschickte, eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen: „Worauf man sich stützte, das offenbarte sich als jene damals kaum absehbare Perspektive, die Welt umzuwälzen, dem Frieden auf dieser

Erde eine feste Heimstatt zu geben, eine Ordnung des Zusammenlebens zu gründen, in der es keine Herren und Knechte, keine Ausbeuter und Ausgebeuteten mehr gibt.“²

Bis zum Ende der DDR ist an dieser Interpretation nicht gerüttelt worden. Erst im Jahr 2002 überraschte der Meißner Ortschronist Gerhard Steinecke (1933–2013) mit der Erkenntnis, dass das Lied für die HJ-Bannspielschar des Bannes 208 Meißen gedichtet worden war.³ Er griff dabei auf die Erinnerungen von Hilde Klöditz-Richter zurück, die die Meißner HJ-Bannspielschar gegründet und bis 1943⁴ geleitet hatte. Laut Steinecke sei „Heut ist ein wunderschöner Tag“ 1942 für diesen Chor entstanden. Dieses Wissen griff der Musikwissenschaftler und langjährige Chefdramaturg der Dresdner Philharmonie, Dieter Härtwig (1924–2022), auf, der 2009 in seinem Artikel für die „Sächsische Biografie“ das wohl bekannteste Lied des Komponisten ebenfalls in das Jahr 1942 datierte.⁵ Die Historikerin Juliane Brauer wertete für ihre „Emotionsgeschichte“ der DDR-Lieder den Nachlass Siegfried Köhlers in der SLUB Dres-

- 1 Gerd Schönfelder: Siegfried Köhler für Sie porträtiert. Leipzig 1984, S. 5.
- 2 Ebenda.
- 3 Gerhard Steinecke: „Wir lieben das fröhliche Leben...“ Meißner Jugend im Wandel – zwischen Hitlerjugend und FDJ. In: Meißner Tageblatt vom 12. September 2002, S. 6.
- 4 Diese Aussage ist zweifelhaft, denn Siegfried Köhler gab am 1. Januar 1944 an, den Chor seit November 1942 zu führen.

„Heut ist ein wunderschöner Tag“ im Liederbuch der FDJ, 1964
Foto: Matthias Donath



- 5 Dieter Härtwig: Artikel „Siegfried Köhler“, in: Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde (Hrsg.): Sächsische Biografie, <https://saebi.isgv.de/biografie/9152>. Der Artikel ist auf den 14. Juli 2009 datiert. Vgl. Dieter Härtwig: Er erträumte ein „Reich des Menschen“. Heute wäre der Dresdner Komponist Siegfried Köhler 75 Jahre alt geworden, in: Dresdner Neuesten Nachrichten vom 2./3. März 2002, S. 10.
- 6 Juliane Brauer: Zeitgefühle. Wie die DDR ihre Zukunft besang. Eine Emotionsgeschichte. Bielefeld 2020, S. 57 f.
- 7 Ausgewertet wurden der Nachlass Siegfried Köhler in der Handschriftensammlung der SLUB Dresden sowie der Nachlass Gerhard Steinecke im Stadtarchiv Meißen. Die Ergebnisse wurden zuerst im aktuellen Meißen-Jahrbuch veröffentlicht, vgl. Romy Donath/Matthias Donath: Von der HJ zur FDJ. Der Meißen Komponist Siegfried Köhler (1927-1984) zwischen den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, in: Monumenta Misnensia 16 (2023/24), S. 132-151. Der vorliegende Beitrag ist eine teils gekürzte, teils erweiterte Fassung.

Meisastraße 37 in Meißen-Obermeisa, Geburtshaus Siegfried Köhlers
Foto: Matthias Donath



den aus. Dabei stellte sie fest, dass „Heut ist ein wunderschöner Tag“ zuerst im Gruppenbuch der Bannspielschar Meißen aus dem Jahr 1944 nachzuweisen ist, und zwar als Monatslied für Juni 1944.⁶

Im Meißen Dom erklingt seit vielen Jahren immer wieder eine andere Komposition Köhlers, das Weihnachtslied „Tausend Sterne sind ein Dom“. Es genießt nach wie vor einen hohen Bekanntheitsgrad und gehört zu jenen Werken Köhlers, die noch heute, auch mehr als 30 Jahre nach dem Ende der DDR, zur Aufführung gelangen. Die Vermutung, auch jenes Lied könne für die Hitlerjugend gedichtet worden sein, wie Gerhard Steinecke und Dieter Härtwig freilich ohne Nachweis andeuteten, bewog den Dombau-Verein Meißen, das Liedschaffen Siegfried Köhlers genauer in den Blick zu nehmen und den Nachlass in der SLUB Dresden auszuwerten.⁷ Dabei half eine Förderung im Programm „Sehnsucht nach Freiheit“ der Sächsischen Staatskanzlei. Am 7. Juni 2024 veranstaltete der Dombau-Verein in der Meißen Domprospekt einen Liederabend, bei dem Kompositionen wie auch Gedichte Köhlers vorgetragen, kommentiert und vor dem Hintergrund der politischen Systeme des 20. Jahrhunderts wie auch der Kultur- und Musikgeschichte ausgewertet wurden.

Köhlers Meißen Jahre (1927-1944)

Siegfried Köhler wurde am 2. März 1927 im Haus Meisastraße 37 in der 1921 gebildeten Gemeinde Meisatal geboren, die im folgenden Jahr nach Meißen eingemeindet wurde. Das Meisatal erstreckt sich nördlich des Meißener Burgberges und nahm die Meißener Vorstädte Nieder- und Obermeisa auf, die sich im 19. Jahrhundert zu eigenständigen Landgemeinden entwickelten und 1921 zu einer Gemeinde vereinigt wurden. Das Stadtbild Meißen mit Dom und Albrechtsburg hat ihn nach eigener Aussage sehr geprägt. Im Jahr 2007, zum 80.

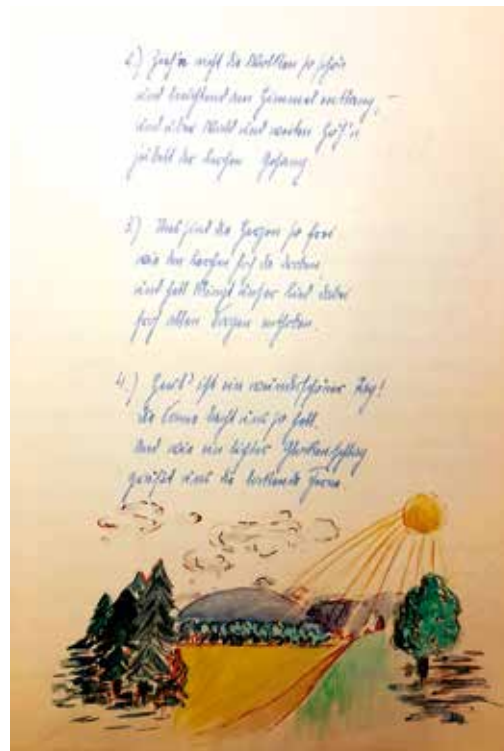
Geburtstag, wurde an Siegfried Köhlers Geburtshaus eine Gedenktafel angebracht.

Siegfried Köhler besuchte die Volksschule und danach die Fichteschule, Städtische Oberschule für Jungen, die im Gebäude des heutigen Gymnasiums Franziskaner untergebracht war. Seine Schulzeit war von der NS-Diktatur geprägt. Bereits als er sechs Jahre alt war, hatten die Nationalsozialisten die Macht übernommen und eine „Gleichschaltung“ von Politik, Gesellschaft und Kultur durchgesetzt. Die 1926 gegründete Hitlerjugend (HJ) war seit Mitte der 1930er Jahre der einzige zugelassene Jugendverband. Mit dem Gesetz über die Hitlerjugend erhielt die Organisation 1936 staatliche Aufgaben. Seit 1939 galt eine Jugenddienstpflicht. Köhler hatte damit – wie alle Kinder und Jugendliche seiner Generation – keine Wahl. Er musste Mitglied der HJ werden. Sein musikalisches Talent, das schon früh hervortrat, konnte er nur innerhalb des staatlichen Jugendverbandes, der HJ, entfalten.

In einem handschriftlichen Lebenslauf, datiert vom 1. Januar 1944⁸, äußerte sich der damals 17-jährige Siegfried Köhler selbst zu seiner Liebe zur Musik und zu seinem frühen musikalischen Schaffen: „Mit 10 Jahren begann mein Klavierunterricht, und zur gleichen Zeit wurde in mir die Liebe zu jener Kunst geweckt, die für mich jetzt Alles bedeutet: die Musik. Schon als kleiner Sextaner verfaßte ich meine ersten Klavierkompositionen, die in ihrer Schlichtheit meine Lehrer genau so wie meine Kameraden erfreuten. Ich ruhte nicht auf diesen kleinen Erfolgen aus, sondern komponierte von diesem Zeitpunkt an fortwährend.“ Nach einem Besuch der Dresdner Philharmonie beschloss er im Alter von 14 Jahren, „mich nur noch der Musik zu widmen“. „Im März 1942 gründete ich aus eigenem Antrieb im Meißen D. J.º einen Orchesterjungzug, der dem damals bestehenden Spielfähnlein angegliedert wurde. [...] Etwa zur gleichen Zeit trat ich in die damals gegründete Bannspielschar Meißen ein, die ich seit September 1942 führe. Seit April 1943 übernahm ich als erste leitende Aufgabe die Orchesterarbeit, der ich seit jeher das meiste Interesse entgegenbringe. Am 20. November 1943 führte die Bannspielschar Meißen zum zweiten Male den jährlichen Musikabend durch, in dessen Verlauf Kompositionen meiner Kameraden Junge und Hoke, sowie von mir zur Aufführung kamen.“

Dem Lebenslauf ist ein bis zum Jahresende 1943 reichendes Werkverzeichnis beigelegt. Aus der Aufstellung geht hervor, dass „Heut ist ein wunderschöner Tag“ und „Tausend Sterne sind ein Dom“ nicht 1942 oder 1943 entstanden sein können. Auch kann man dem Gruppenbuch der Bannspielschar des Jahres 1944¹⁰ nicht entnehmen, dass „Heut ist ein wunderschöner Tag“ vor Juni 1944 gespielt wurde. Es muss in der ersten Jahreshälfte 1944 entstanden sein.

Siegfried Köhler schrieb seit seiner Jugendzeit Gedichte und war als Lyriker durchaus begabt. Sein sprachliches Talent trug er nicht in die Öffentlichkeit, doch man kann es schon daraus ableiten,



Erstveröffentlichung des Lieds
„Heut ist ein wunderschöner Tag“
im Gruppenbuch der
HJ-Spielschar, Juni 1944
Foto: Matthias Donath

dass er die Texte seiner Liedkompositionen selbst schrieb. Im Nachlass sind zahlreiche Gedichte überliefert¹¹, von denen ein Teil vermutlich schon in der Vorkriegszeit entstanden war. Die Dichtungen sind nicht datiert. Folgt man der Handschrift, dann ist zumindest der Zyklus „Mein Jahr“ mit den fünf Gedichten „Aufbruch“, „Vision der Seele“, „Stunde der Reife“, „Herbst“ und „Weihnacht“ vor 1945 entstanden.

Köhlers Dichtungen kreisen um Bilder aus der Natur: Bäume und Wasser, Nebel und Wolken, Mond und Sonne, Morgen und Abend sind wiederholt vorkommende Begriffe, um die der junge Köhler poetische Sprachbilder baute. Menschliche Gefühle klingen selten an, politische Themen kommen gar nicht vor. Liebesgedichte fehlen. Nur in einem Fall probierte sich Köhler im Genre des Schlagers aus („Hell glühn die Sterne / Weit in der Ferne / Über der Bucht von Rio. / Und schöne Frauen / Lachen und schauen / Dir in die Augen, mein Freund. / Mondhelle Gassen / Sind nun verlassen / Leis nur ertönt Musik. / Und immer wieder / Singen die Lieder / Heiß nur von Liebe und Glück.“). Dabei fällt auf, dass Köhler auch in diesem Genre die gleichen Wortbausteine wie bei seinen späteren erfolgreichen Dichtungen benutzte: Glühende Sterne, den Blick in die Ferne, das Leuchten des Mondes, das Lachen. Auch „Heut ist ein wunderschöner Tag“ ist aus diesen Bausteinen aufgebaut.

Siegfried Köhler hatte als „Führer der Bannspielschar Meißen 208“ den HJ-Rang eines Oberkameradschaftsführers. Damit gehörte Köhler zu den „Unterführern“ der Hitlerjugend. In der Wehrmacht hätte das dem Rang eines Unterfeldwebels entsprochen. Am 12. Februar 1944 beantragte Köhler die Aufnahme in die NSDAP. Diese erfolgte

an Hitlers Geburtstag, am 20. April 1944. Siegfried Köhler hatte die Mitgliedsnummer 9.982.408.¹² Noch 1944 wurde er zum Kriegsdienst eingezogen, mit einem Reifevermerk, ohne die letzte Klasse der Oberschule absolviert zu haben. Über den Kriegseinsatz vermutlich ab Sommer 1944 ist nichts bekannt.¹³ Köhler erwähnt lediglich in einem handschriftlichen Lebenslauf um 1946/47, dass er „aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war“. Die in seinem Zeugnis der Universität Leipzig erwähnte Reifeprüfung an der Meißner Fichteschule am 31. Mai 1945 muss somit falsch datiert sein.

Haft in sowjetischen Lagern und Neubeginn (1945–1952)

Nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft wurde Siegfried Köhler von der sowjetischen Besatzungsmacht verhaftet und in das Speziallager Nr. 4 in Bautzen gebracht – weil der sowjetische Geheimdienst in ihm, dem ehemaligen HJ-Führer, einen „Werwolf“ und damit eine Gefahr für die sowjetische Machtübernahme in Deutschland sah. Die Verhaftung erfolgte durch die Operativgruppe des NKWD Meißen. Wie ein Bericht des sowjetischen Geheimdienstes im Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (NKWD) belegt, wurde er am 19. Oktober 1945 in das Speziallager im „Gelben Elend“ in Bautzen eingeliefert. Als Grund wird „Mitglied der Organisation Werwolf“ angegeben.¹⁴

Der sowjetische Geheimdienst internierte nach Kriegsende zwischen 160.000 und 180.000 Deutsche in insgesamt zehn Speziallagern auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone. Darunter

- 8 SLUB Dresden, Nachlass Siegfried Köhler, Kapsel 64, Nr. 1.
- 9 Deutsches Jungvolk: Bezeichnung für die 10- bis 14-jährigen Angehörigen der Hitlerjugend.
- 10 SLUB Dresden, Nachlass Siegfried Köhler, Kapsel 2, Nr. 18.
- 11 SLUB Dresden, Nachlass Siegfried Köhler, Kapsel 30, Nr. 23 und Kapsel 60, Nr. 189.
- 12 Bundesarchiv Berlin, R 9361 IX_KARTEI, 21741517.
- 13 Laut Auskunft des Bundesarchivs Berlin vom 23. Mai 2024 verlief die Recherche in den Archivalien der ehemaligen Wehrmachtsauskunftsstelle ohne Ergebnis.
- 14 Mitteilung von Cornelia Bruhn, Stiftung Sächsische Gedenkstätten, vom 10. Mai 2024. Der Bericht befindet sich in Staatliches Archiv der Russischen Föderation (GARF), 9404/1, d. 533, l. 134-138.

- 15 SLUB Dresden, Nachlass Siegfried Köhler, Kapsel 7, Nr. 42.
 16 SLUB Dresden, Nachlass Siegfried Köhler, Kapsel 64, Nr. 3. Vgl. auch die Auswertung in Bräuer 2020, S. 57.
 17 Schönfelder (wie Anm. 1), S. 6.
 18 Bei der in Meißen lebenden britischen Staatsbürgerin hatte Köhler schon während seiner Schulzeit Klavierunterricht genommen.
 19 SLUB Dresden, Nachlass Siegfried Köhler, Kapsel 64, Nr. 3.

befanden sich Amtsträger der NSDAP und ihrer Gliederungen, von denen viele allerdings als „minderbelastet“ einzustufen sind, ferner Richter, Staatsanwälte und Mitarbeiter staatlicher Behörden, aber auch Jugendliche zwischen 12 und 21 Jahren, denen man den Vorwurf einer „Werwolf“-Tätigkeit machte, sowie „verdächtige Elemente“, denen der Geheimdienst Opposition gegen die sowjetische Herrschaft vorwarf. Die Prinzipien des Rechtsstaats galten nicht. Es erfolgte keine Schulprüfung. Weder wurde Anklage erhoben noch fanden Gerichtsverhandlungen oder wurden Urteile gesprochen. In den Lagern erhielten die Inhaftierten nur unzureichende Verpflegung. Besonders quälend war die Langeweile, denn die Lagerinsassen wurden nicht zur Arbeit eingesetzt. Tausende starben an Hunger und Krankheiten.

In Köhlers Nachlass hat sich ein Kalender aus dem Jahr 1946 erhalten, der Eintragungen aus der Haftzeit enthält.¹⁵ Zum 2. Februar 1946 ist mit Bleistift notiert: „4-Pfund Brot gegessen“. Eine so reichliche Verpflegung war offenbar singulär und deshalb erwähnenswert. Unter dem 21. März 1946 steht: „Aufruf meines Namens und der meiner älteren Kameraden in Bautzen“. Dieser Aufruf betraf den Abtransport eines Teils der Bautzener Insassen ins Speziallager Nr. 1 in Mühlberg/Elbe. Die Verladung erfolgte am 27. März 1946. Für den folgenden Tag ist „Ankunft in Mühlberg“ im Kalender notiert. Zum 28. April ist bemerkt: „Lazarett! VIIIa“. Dies bezieht sich wohl auf Köhlers Tuberkulose-Erkrankung, die er sich durch die ungesunden Umstände in der Lagerhaft zuzog. Am 29. Mai wurde er aus dem Lazarett entlassen, aber am 11. Juni erneut eingeliefert. Im Kalender steht dazu: „Lazarett! X b“. Aufgrund des schlechten Gesundheitszustands wurde er noch im gleichen Monat entlassen. Laut Kalender erfolgte am 21. Juni 1946 der Aufruf seines Namens und der Transport nach Dresden. Am 22. Juni 1946 notierte er: „Dresden! Zittauer Str. Entlassung!! Abends endliches Wiedersehen mit Eltern!!“. Es ist kaum möglich, dass Köhler den Kalender im Lager erhalten hat. Vermutlich hat er die Eintragungen rückwirkend vorgenommen und nur die Daten und Ereignisse notiert, die er sich eingepägt hatte.

Nach seiner Entlassung meldete er sich umgehend bei den Kameraden der früheren Bannspielschar. Diese hatten einen neuen Singekreis gebildet, der am 17. März 1946 bei einer Mendelssohn-Heine-Feier im „Hamburger Hof“ seinen ersten Auftritt erlebte. Am 27. März 1946 hatte dieser Singekreis bei der Gründung der Ortsgruppe Meißen der Freien Deutschen Jugend (FDJ) gesungen. Er wurde nachfolgend zum Jugendchor der FDJ Meißen. Die meisten Chorsänger traten der Jugendorganisation bei, die sich anfangs überparteilich gab, aber weitgehend von Kadern der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der 1946 aus ihr hervorgegangenen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) gesteuert wurde. Siegfried Köhler traf am 16. Juli 1946 seine früheren Kameraden aus der Bannspielschar und nahm

am 23. Juli erstmals wieder an einer Chorprobe teil. Auch trat er umgehend der FDJ bei. Sein Kalender zeigt, dass er wiederholt an FDJ-Versammlungen teilnahm und auch die FDJ-Landesleitung in Dresden aufsuchte. Bereits am 28. Juli 1946 reichte er ein Grundsatzpapier ein, welches die Überschrift „Vorschläge und Pläne für die kulturelle Aufbauarbeit der FDJ“ trägt. Darin warb er für das „zeitgemäße, politische aber auch volkstümliche Lied“, welches dabei helfe, „den Schrott der Vergangenheit“ zu beseitigen.¹⁶

Köhler bewarb sich um ein Stipendium und begann im August 1946 ein Musikstudium an der Staatlichen Akademie für Musik und Theater (heute Musikhochschule „Carl Maria von Weber“) in Dresden. Da die Tuberkulose erneut ausbrach, musste er das Studium nach einem Semester abbrechen. Dazu heißt es in seiner Biografie: „Siegfried Köhler erkrankte schwer, ja lebensgefährlich. Ein Krankenhausaufenthalt von über einem Jahr unterbrach die Ausbildung, vertiefte aber den seelischen Reifeprozess des jungen Komponisten.“¹⁷ Erst am 1. Oktober 1949 konnte er das Studium wieder aufnehmen. Köhler studierte Komposition, Dirigieren, Klavier und Musikgeschichte. Zu seinen Lehren gehörten die Komponisten Fidelio F. Finke (1891–1968) und Herbert Viecenz (1893–1959), die Pianistin Grete MacGregor (1892–1967)¹⁸ und der Musikwissenschaftler Karl Laux (1896–1978). Zum 31. März 1950 wechselte er auf eigenem Wunsch an die Universität Leipzig. Dort studierte er bis 1952 Musikwissenschaften und Kunstgeschichte. Die Abschlussprüfung schrieb er zum Thema „Anfänge und Frühgeschichte der Instrumentationskunst in der frühen deutschen Oper (1627–1754)“. Seine Prüfung im Mai und Juni 1952 beendete er mit der Gesamtnote „Sehr gut (1)“, wie der Rektor der Universität Leipzig am 13. Juni 1952 bestätigte. 1955 reichte Siegfried Köhler seine Dissertation „Die Instrumentation als Mittel musikalischer Ausdrucksgestaltung“ ein.

Siegfried Köhler knüpfte nach seiner Entlassung unmittelbar an sein früheres musikalisches Schaffen an, dass durch Kriegsdienst, Gefangenschaft und Lagerhaft unterbrochen worden war. Das belegen die Einträge in seinem Jahreskalender „Wiegenlied umarbeiten“ am 8. August und „Wunderschöner Tag abschicken“ am 9. August 1946. Bereits in seinem Grundsatzpapier für die FDJ-Landesleitung vom 28. Juli 1946 hatte er sein Lied „Heute ist ein wunderschöner Tag“ angepriesen, welches seiner Beobachtung nach „begeistert gesungen“ werde, und zwar „schon überall in Sachsen“.¹⁹ Dabei verschwie er, dass er das Lied für die Hitlerjugend gedichtet hatte. So wie in diesem Fall hat er vermutlich auch andere Dichtungen und Kompositionen für die „neue Zeit“ angepasst. Belegt ist das für das „Wiegenlied“, welches Aufnahme in die Kantate „Deutschland, du unsere Heimat“ fand. Nach der Handschrift der ersten Fassung dürfte es vor 1945 entstanden sein. Die Niederschrift beginnt mit dem Kommentar „Dies Lied entstand in Ge-

danken an eine junge Frau, die ihr Kind erwartete...“ Bei seinen Neudichtungen änderte Köhler nichts an seinem lyrischen Stil, den er vor 1945 entwickelt hat. Er schrieb weiterhin Gedichte etwa über die Tages- und Jahreszeiten und vertonte sie. Als bekannt wurde, dass das II. Parlament der FDJ, die Delegiertenversammlung der Jugendorganisation, im Mai 1947 in Meißen stattfinden sollte, bewarb sich Siegfried Köhler bei der Landesleitung der FDJ um die musikalische Ausgestaltung. Er bot an, eine von ihm geschriebene Sinfonie mit dem Titel „Aufbruch“ bei der Eröffnung des II. Parlaments zur Uraufführung zu bringen. Dafür verzichtete er sogar auf eine finanzielle Entschädigung. Lediglich die Kosten für das Notenpapier wollte er ersetzt haben. Obwohl Köhler sein Werk selbstbewusst mit Schostakowitschs Leningrader Sinfonie verglich („Fanal eines ganzen kämpfenden Volkes“) und damit den gewünschten Bezug zur Sowjetunion herstellte, lehnte die Landesleitung eine Aufführung des Orchesterwerks ab. Aber der von Köhler geleitete „Jugendchor der Freien Deutschen Jugend Meißen“ war für das Programm unverzichtbar. Das hatte er bereits am 10. Mai 1947 mit einem „Lieder- und Musikabend“ im „Bankettsaal“ (Hofstube) der Albrechtsburg bewiesen. Der Chor sang Volkslieder und Chorsätze. Im zweiten Teil erklangen auch zwei Dichtungen und Kompositionen Köhlers, nämlich „Heut ist ein wunderschöner Tag“ und das „Wiegenlied“.

An die FDJ-Delegiertentagung im „Hamburger Hof“ vom 23. bis 26. Mai 1947 schlossen sich Kulturveranstaltungen an. So traten am Abend des 25. Mai die Jugendchöre der FDJ aus Meißen und Schwerin in einem „bunten Abend“ in den Kammerlichtspielen Meißen auf. Am 26. Mai, dem Abschlussstag, fand im „Bankettsaal“ der Albrechtsburg ein Wettbewerb der sieben besten FDJ-Chöre statt. „Der Meißner Chor unter Siegfried Köhler sang sich auf den dritten Platz. Danach brachen die Teilnehmenden zum Fackelumzug durch Meißen auf. Seinen Abschluss fand dieser am Elbschlößchen, wo sich die Mädchen und Jungen singend um ein Feuer versammelten.“²⁰ Nicht nur Fahnen, Aufmarsch und Fackelzug waren dem Repertoire der HJ entlehnt. Das II. Parlament beschloss unter anderem die Einführung einer Uniform. Köhlers sinfonisches Werk „Aufbruch“ fand seine Uraufführung ein halbes Jahr später, am 5. Dezember 1947, im Stadttheater Meißen.

Um 1950 verwendete Köhler in seinen Dichtungen dezidiert politische Phrasen, die seine Zustimmung zum Staatssystem der DDR und zur stalinistischen Ideologie zum Ausdruck brachten. Stalinistisch in Inhalt und Sprachstil ist etwa die Kantate „Aus Stahl wird Brot“. Köhler war seit Beginn des Jahres 1950 der Landesmusikreferent der FDJ Sachsen und damit verantwortlich für alle Chöre und Orchester der FDJ in Sachsen. Auf dem ersten „Deutschlandtreffen der Jugend“ in Ost-Berlin vom 27. bis 30. Mai 1950 übernahm er die musikalische Oberleitung der Landeskulturguppe Sachsen. Teil des „Landeskulturpro-



Titelblatt des Programmhefts „Aus Stahl wird Brot“, 1950
Foto: Matthias Donath

gramms Sachsen“ war die Eröffnungsmusik „Aus Stahl wird Brot“, ein „feierlicher Prolog für Massenchor und großes Orchester“.²¹ Köhler hatte nicht nur die Musik geschrieben, sondern auch den Text verfasst:

Stahl wird Brot!

Schienen und Brücken, Motore, Turbinen,
Niethämmer, Pflüge sind Zeugen der Zeit.
Stahl trägt Gerüste, Stahl zwingt Maschinen,
Stahl hat uns Menschen geformt und befreit!
Stahl wird Brot!

Schiffe und Kräne, Traktoren, Maschinen,
Hochöfen, Zechen gestalten die Welt.
Nicht mehr dem Kriege, dem Frieden zu dienen,
das ist der Schrei, der millionenfach gelt!
Stahl wird Brot!

Es folgten weitere politische Dichtungen: das „Lied der deutschen Sport-Jugend“ (undatiert, wohl um 1948) oder das Lied „Frieden endlich“ (1949), das mit seinen Sprachbildern stark dem Lied „Heut ist ein wunderschöner Tag“ ähnelt, aber bewusst den Frieden besingt. Dabei war jedem bewusst, dass „Frieden“ hier eine Propagandafloskel des SED-Regimes darstellte. Später verzichtete Köhler auf seine eigenen Dichtungen, sondern vertonte Texte anderer Autoren. Beispiele dafür sind das „Marschlied der Volksarmee“ nach einem Text von Eva Lippold und „Zwei heitere Soldatenlieder“ nach Dichtungen von Ursula Dörge.

In den Jahren seines Leipziger Studiums von 1950 bis 1952 stellte Siegfried Köhler seine Kompositionen und Dichtungen zu Chorwerken zusammen, die nun auch Opus-Nummern erhielten. Gerd Schönfelder bewertete die Leipziger Jahre als „ergiebigste Phase in seinem kompositorischen

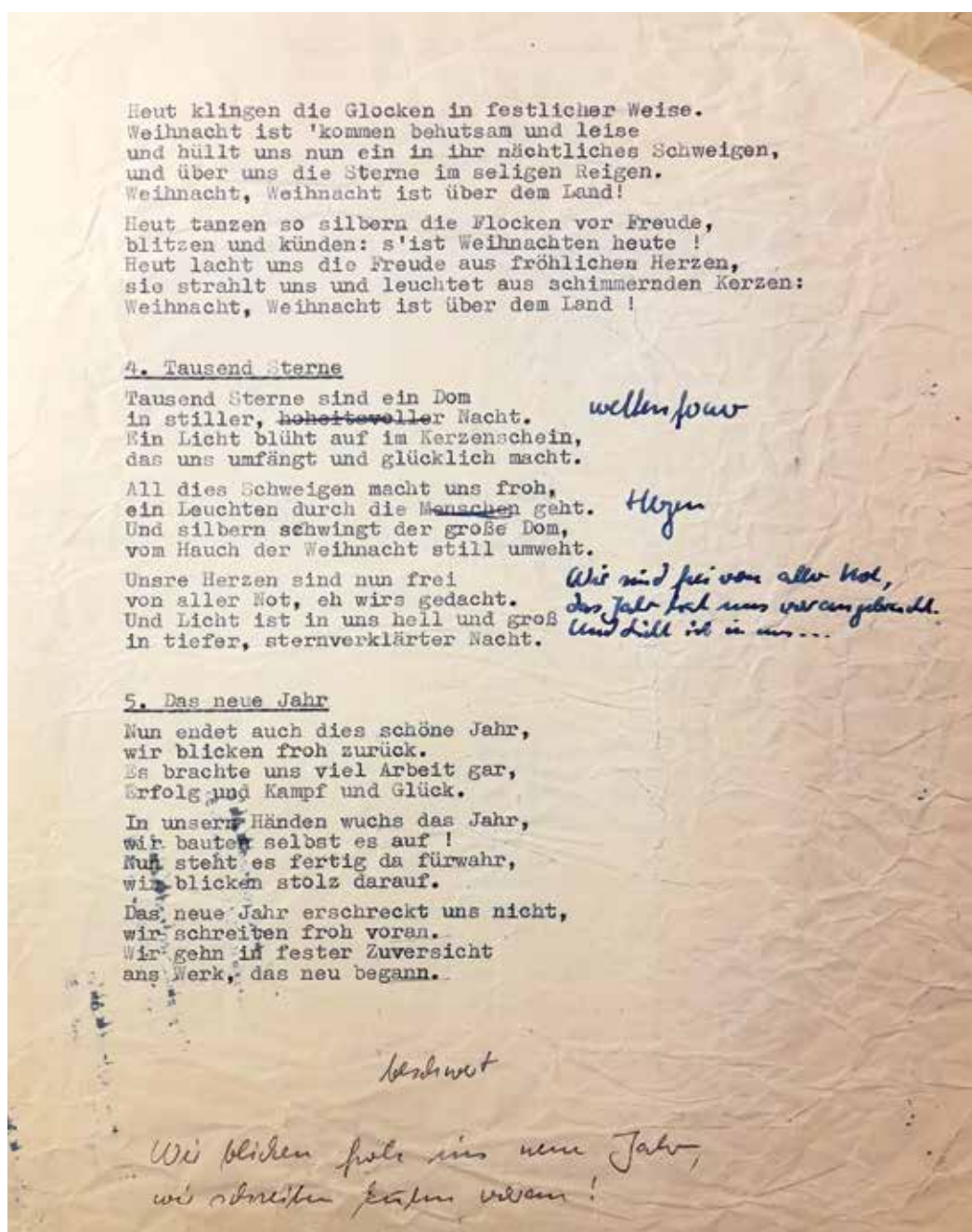
20 Bräuer (wie Anm. 6), S. 61.
21 SLUB Dresden, Nachlass Siegfried Köhler, Kapsel 30, Nr. 20.

22 Schönfelder (wie Anm. 1),
S. 12.

Schaffen“. Das Schwergewicht habe auf Liedern und Kantaten gelegen. „Zu erwähnen ist 1951 die Kantate für Sopran oder Tenor, gemischten Chor und Kammerorchester ‚Besinnung und Aufbruch‘ (op. 5) nach Texten von Goethe. Auch die Liedkantate ‚Tausend Sterne sind ein Dom‘ (op. 8) nach eigenen Texten, deren Anfänge ebenfalls in das Jahr 1946 zurückreichen, gedeiht zu einer Erstfassung, die er freilich später noch ergänzen und umarbeiten wird. Die Liederzyklen op. 9 und op. 12 werden begonnen.“²² Nach 1952 sind nur noch vereinzelt Lieder entstanden. Gedichtet hat Köhler seit den 1950er Jahren nicht mehr. Jedenfalls liegen in seinem Nachlass keine entsprechenden Aufzeichnungen vor. Eine Ausnahme bildete das Lied „Unser Land kann uns vertrauen“ (1964).

„Tausend Sterne sind ein Dom“

Die wohl stimmungsvollste Lieddichtung Köhlers ist das Weihnachtslied „Tausend Sterne sind ein Dom“. Dass es eine Weihnachtsstimmung schildert, geht aus der zweiten Strophe hervor, wo vom „Hauch der Weihnacht“ die Rede ist. Über die Entstehung ist kaum etwas bekannt. Ein Hinweis, dass das Lied schon vor Kriegsende 1945 gedichtet worden sein könnte, ließ sich im Nachlass nicht finden. Insofern ist einer Datierung ins Jahr 1942 zu widersprechen. Die älteste bekannte Fassung befindet sich auf dem zweiten Blatt einer Textzusammenstellung für „eine weihnachtliche Musik für Kinderchor und Instrumente von Siegfried Köhler“, die in der Ursprungsfassung den Namen „Heut tanzen im goldenen Reigen



„Tausend Sterne sind ein Dom“,
älteste bekannte Textfassung,
undatiert

Foto: Matthias Donath

die Sterne“ tragen sollte. Die beiden Blätter, mit Schreibmaschine geschrieben, sind mit handschriftlichen Änderungen versehen. Diese undatierte Zusammenstellung der Liedtexte muss vor 1951 entstanden sein, doch es lässt sich nicht sagen, wann. Gerd Schönfelder behauptete, dass die Texte der Liedkantate „in das Jahr 1946 zurückreichen“. Das würde bedeuten, dass sie entweder in der Zeit der Lagerhaft in Bautzen und Mühlberg oder danach verfasst worden sind. Auf der Wikipedia-Seite heißt es unter Hinweis auf Schönfelders Aussage: „Das Lied entstand nach dem Ende des Zweiten Weltkrieg unter den Eindrücken des Nachkriegsjahres 1946.“²³ Die Aufzeichnungen im Nachlass geben zu erkennen, dass der Liedtext – anders als bei „Heut ist ein wunderschöner Tag“ – mehrfach umgearbeitet wurde. In der ältesten bekannten schreibmaschinenschriftlichen Fassung lautet er:

1. Tausend Sterne sind ein Dom in stiller, hoheitsvoller Nacht. Ein Licht blüht auf im Kerzenschein, das uns umfängt und glücklich macht.
2. All dies Schweigen macht uns froh, ein Leuchten durch die Menschen geht. Und silbern schwingt der große Dom, vom Hauch der Weihnacht still umweht.
3. Unsr Herzen sind nun frei von aller Not, eh wir's gedacht. Und Licht ist in uns hell und groß in tiefer, sternverklärter Nacht.

Handschriftlich wurde in dieser Fassung in der ersten Strophe die Phrase „hoheitsvoller Nacht“ durch „weltenferner Nacht“ ersetzt. In der publizierten Fassung wurde daraus „weltenweiter Nacht“. In der zweiten Strophe wurde „Menschen“ durch „Herzen“ ersetzt und später der „große Dom“ zum „hohen Dom“ verändert. Die meisten Veränderungen erfuhr die dritte Strophe. Köhler fasste sie handschriftlich neu:

3. Wir sind frei von aller Not, das Jahr hat uns vorgebracht. Und Licht ist in uns hell und groß in tiefer, sternverklärter Nacht.

Aber auch damit war er nicht zufrieden. In der zur Veröffentlichung freigegebenen Version verzichtete er auf einen Hinweis auf das vergangene Jahr und wiederholte dafür die Lichtmetapher:

3. Alles Dunkel sinkt hinweg, wir haben unser Licht entfacht. Es leuchtet uns zum neuen Jahr in tiefer, sternverklärter Nacht.

Aus dem Text lässt sich keine genauere Entstehungszeit ableiten. Möglich wäre eine Entstehung vor Weihnachten 1945 in sowjetischer Lagerhaft, doch dann wären vermutlich die Hoffnung auf Überwindung von Leid und Not stärker angeklungen. Die Fassungen 1 und 2 der dritten Strophe könnte man als Freude über die erlangte Freiheit („Unsere Herzen sind nun frei“, „Wir sind frei von aller Not“) lesen. Das könnte auf eine Entstehung

Hohe Nacht der klaren Sterne

Worte und Weise von Hans Baumann



1. Hohe Nacht der klaren Sterne, die wie weiße Bräutchen stehn über unseren tieferen Feuern - drüber unser Herzen gehn.

2. Hohe Nacht mit großen Feuern, die auf allen Bergen sind - heute muß sich die Erd' erneuern wie ein junggeborenes Kind.
3. Mütter, euch sind alle Feuer, alle Sterne aufgestellt; Mütter, tief in euren Herzen schlägt das Herz der weiten Welt.

„Hohe Nacht der klaren Sterne“. Eigentum des Ludwig Woggenreiter Verlages Potsdam, abgedruckt aus „Horch auf, Kamerad!“

Verlag: Woggenreiter, Potsdam. Enthalten in den Niederblättern der HJ. (Nr. 53, 1946) und in den Schulliederbüchern. Begleitig für Streicher und kleine Besetzung bei Woggenreiter; Blasinstrumentbegleitung und Singstimmen mit allen drei Liedern vom Cherverlag, München.

in der Weihnachtszeit 1946 hindeuten. Es kann aber auch nicht ausgeschlossen werden, dass Köhler Textbausteine verarbeitet hat, die er schon länger in seinem Kopf hatte. So kann es durchaus sein, dass einzelne Zeilen schon vor Kriegsende entstanden sind, etwa im Umfeld der letzten „Kriegsweihnacht“ 1944. Dass die HJ-Bannspielschar Meißen das Lied gesungen hätte, lässt sich nicht nachweisen.

Gleichwohl passt das Lied musikalisch wie auch sprachlich zu Liedern der NS-Zeit. Mögliches Vorbild ist das zuerst 1936 veröffentlichte Weihnachtslied „Hohe Nacht der klaren Sterne“. Der Lehrer und NS-Funktionär Hans Baumann (1914–1988) hatte sowohl die Melodie wie auch den Text geschrieben. Das Lied verwendet Begriffe und Bilder, die Siegfried Köhler in seiner Dichtung wiederholte: Nacht, Sterne, Herzen, dazu emotional aufgeladene Adjektive wie tief, hoch, klar, weit. Vollkommen gleich ist auch der Ansatz, eine Weihnachtsstimmung zu beschreiben, ohne dafür Begriffe aus der christlichen Tradition zu verwenden. Weder Engel noch das Jesuskind kommen vor. Hans Baumann war wegweisend darin, christliches Gedankengut im Sinne der NS-Ideologie umzuprägen, ohne aber ganz mit der christlichen Tradition zu brechen. So wird von einem „junggeborenen Kind“ und den „Müttern“ gesungen, was an Jesus und Maria erinnert. Gemeint sind aber im Sinne des nationalsozialistischen Mutterkultes alle Mütter. Die Feuer der zweiten Strophe könnten als Wintersonnenwendfeuer gedeutet werden. Das entspricht dem Gedanken antichristlicher Gruppen in der NS-Führung, die das christliche Weihnachtsfest durch das neopagane „altgermanische“ Julfest ersetzen wollten.

Siegfried Köhler kannte als HJ-Chorleiter selbstverständlich die Lieder des schon allein durch „Es zittern die morschen Knochen“ bekannten Hans Baumann, zumal das Weihnachtsliederbuch der Reichsjugendführung den Titel „Hohe Nacht der klaren Sterne“ trug. In seinem Weihnachtslied verwendete er zwar einmal den Begriff „Weihnacht“,

„Hohe Nacht der klaren Sterne“,
Liedblatt, um 1940

²³ Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Tausend_Sterne_sind_ein_Dom.

²⁴ Fred K. Prieberg: Musik im anderen Deutschland, Köln 1968, S. 205.

25 Thomas Schinköth: Musikstadt Leipzig im NS-Staat. Leipzig 1997, S. 146.

26 Ebenda.

27 Brauer (wie Anm. 6), S. 79.

28 Klaus: Der Fackelzug. In: Neues Deutschland vom 29. Mai 1947, S. 3.

versuchte aber ansonsten lediglich eine Stimmung zu evozieren, die man mit Weihnachten verbindet. Dabei fehlen auch bei ihm jegliche Hinweise auf das christliche Weihnachtsfest. Bemerkenswert sind die Ähnlichkeiten der Naturbilder. Aus der „Hohen Nacht der klaren Sterne“ wurden die „hoheitsvolle Nacht“ und die „sternverklärte Nacht“. Die „klaren Sterne“, die wie eine große Brücke am Himmel erscheinen, wurden zu „tausend Sternen“, die einen „Dom“ bilden. Dabei ist mit „Dom“ eine Kuppel gemeint, hier eine Himmelskuppel, und nicht eine Kathedrale.

Dass „Tausend Sterne sind ein Dom“ an die „Hohe Nacht der klaren Sterne“ anschließt, ist wiederholt geäußert worden. Der Musikwissenschaftler Fred K. Prieberg (1928–2010), der sich 1968 mit der Musik in der DDR beschäftigte, erkannte eine „fatale Verwandtschaft“ beider Lieder.²⁴ Thomas Schinköth urteilte 2007: „Geschickt wurden Versatzstücke, textliche und musikalische ‚Sprachfertigteile‘ aufgegriffen, die dem Ton der bekannten christlichen Weihnachtslieder nachempfunden waren. Sie weckten den Schein des Vertrauten.“²⁵

Geht man die „Weihnachtskantate für Chor und Instrumente“ „Tausend Sterne sind ein Dom“ insgesamt durch, die aus fünf Liedern und drei Instrumentalstücken besteht, verstärkt sich dieser Eindruck. Keines der Stücke erwähnt den Hintergrund des Weihnachtsfests oder erzählt Teile der biblischen Weihnachtsgeschichte, so wie man das bei einer Weihnachtskantate erwarten würde. Gesungen wird von Winter, Schnee, Licht in der Dunkelheit und dem Ende des alten Jahres. „Winterlied“ und „Der Schneemann“ erzeugen eine Winterstimmung. Mit dem Instrumentalstück „Tanz der Nußknacker“ wird auf Tschaikowskis Nußknacker-Suite Bezug genommen und damit auf eine Weihnachtsdekoration, die keinen christlichen Hintergrund hat. Die Weihnachtspastorale, ein Instrumentalstück, lässt gemäß Überschrift an die Hirten bei Bethlehem denken, doch hört man das nicht. Ein weiteres Stück ist mit „Marsch der Sternsinger“ überschrieben. Man könnte an die Sternsinger denken, die am 6. Januar in der Verkleidung der Heiligen Drei Könige singend umherziehen. Aber da dieses Instrumentalstück dem namengebenden „Tausend Sterne sind ein Dom“ folgt, sind wohl eher Menschen gemeint, die die Sterne am Himmel besingen. Am „weltlichsten“ ist das abschließende Neujahrslied. Die erste Strophe besingt das alte Jahr: „Es hat uns Arbeit, Kampf und Glück und manchen Sieg gebracht.“ Das entspricht nun gar nicht der Sprache und Gefühlswelt der Weihnachtslieder, sondern erinnert an „Kampflieder der Arbeiterklasse“. Auch diese Zeile hat Köhler vor Drucklegung umgearbeitet. In der ältesten bekannten Fassung heißt es, noch viel weniger siegesgewiss: „Es brachte uns viel Arbeit gar, Erfolg und Kampf und Glück.“

„Tausend Sterne sind ein Dom“ kann als Ersatz-Weihnachtslied beschrieben werden, das eine Winter- und Weihnachtsstimmung hervorruft, ohne damit Weihnachten im christlichen Sinne zu meinen. Nach Ansicht von Thomas Schinköth besaß es „prägende Kraft“²⁶ für die in der DDR neu geschaffenen

Weihnachtslieder und -gedichte. Mit ihnen konnte man in Schulen, Kindergärten und Betrieben Weihnachten feiern, ohne über den Hintergrund des Weihnachtsfests sprechen zu müssen. Das entsprach der antichristlichen Ausrichtung des SED-Staates. Dieser war von einem atheistischen Menschenbild und von einer Ablehnung christlicher Religionsgemeinschaften geprägt.

„Wir lieben das fröhliche Leben“ und „Unser Land kann uns vertrauen“

Während bei „Tausend Sterne sind ein Dom“ der Autor feststeht, aber die Entstehungszeit ungeklärt bleibt, wirft das Lied „Wir lieben das fröhliche Leben“, das immer wieder mit Siegfried Köhler in Verbindung gebracht wird, weitaus mehr Fragen auf. Gerhard Steinecke überschrieb seinen Artikel über Köhler mit diesem bekannten Liedtitel, und auch Juliane Brauer ordnete es eindeutig Siegfried Köhler zu. Auf dem II. Parlament der FDJ 1947 in Meißen „gelangte aber ein anderes seiner Lieder prominent zu Gehör. Es trägt den programmatischen Titel Wir lieben das fröhliche Leben! (alternativ Jugend heraus).“²⁷

1. Wir lieben das fröhliche Leben, wach auf, Jugend heraus. Wir wollen die Zukunft uns geben, wir tragen den Frieden in ein jedes Haus. Jugend heraus, wir sind bereit! Es ruft die freie Jugend, Jugend der neuen Zeit.
2. Ein Ruf dringt von Zelle zu Zelle, wach auf, Jugend heraus. Der Sturmwind ist unser Geselle, der Sturmwind der Freiheit füllet Haus für Haus. Jugend heraus...
3. Wir folgen dem Lied der Motoren, wach auf, Jugend heraus. Es dröhnt die Musik in den Ohren, der Klang der Maschinen dringt von Haus zu Haus. Jugend heraus...
4. Wir brechen mit dem, was vergangen, wach auf, Jugend heraus. Wir ballen die Kräfte zusammen, die Einheit der Jugend schmiedet Haus an Haus. Jugend heraus...

Dem Inhalt nach muss das Lied nach 1945 entstanden sein. „Wir brechen mit dem, was vergangen“ bezieht sich eindeutig auf den Nationalsozialismus. Zugleich enthält es typische Floskeln, die damals für den Aufbau einer neuen Gesellschaft warben. Wie in der Sowjetunion wurde die moderne Technik gepriesen, die hier durch Motoren und Maschinen vertreten ist. Unstrittig ist auch, dass dieses Lied zum II. Parlament der FDJ in Meißen gesungen wurde. Ein Bericht im „Neuen Deutschland“ vom 29. Mai 1947 vermeldet: „Ein unvergessenes Bild, als die ersten mit ihren blauen FDJ-Fahnen durch das gotische Burgtor schreiten. Der endlose Zug marschiert durch die winkligen Gassen zwischen den engen Fachwerkhäusern einer vergangenen Zeit zur großen breiten Elbbrücke: ‚Jugend heraus‘ klingt das Lied durch die Straßen und es gibt wohl kaum deutsche Jungen und Mädels, die sich nicht in diesen Zug eingereiht hätten.“²⁸

Juliane Brauer behandelte dieses Lied beispielhaft für den Zukunftsglauben, der nach 1945 in der sowjetischen Besatzungszone propagiert wurde. Es habe eine „besondere emotionale Sogkraft“ entfaltet.²⁹ „Der Text des Liedes ist zuversichtlich, offensiv, stolz und selbstsicher.“ Der Dominaldreiklang „Wir sind bereit“ „unterstützt den appellativen Charakter dieser Aufrufe und symbolisiert die Idee einer starken, mitreißenden Gemeinschaft. Die junge Generation wird als unbändig, unruhevoll, vom Sturmwind getrieben dargestellt und damit so lebendungrig und vorwärtstreibend, wie man sie in der SBZ haben wollte. Tatkraft, Lebensfreude und Hingabe sind die zentralen Botschaften des Liedes, in dem die Jugend Akteurin und Adressatin zugleich ist. Es bietet und fordert eine positive Zukunftsorientierung. Die Jugend wird vor allem in ihrem Jungsein (und damit in ihrer Unschuld) beschrieben und beauftragt, die neue Zeit zu erkämpfen.“

Die Zuschreibung des Liedes an Siegfried Köhler muss jedoch hinterfragt werden. In seinem persönlichen Nachlass finden sich keine Hinweise, dass er den Text und/oder die Melodie geschaffen haben könnte. Es fehlen frühe Textfassungen, wie sie für andere Lieder überliefert sind. Auch hat er sich nie zu diesem Lied bekannt. Anders als „Heut ist ein schöner Tag“ fehlt es in den Chorwerken, in denen er seinen Lieddichtungen zusammenfasste. Hinzu kommt, dass im Programm des FDJ-Jugendchores Meißen vom 10. Mai 1947 der Titel „Wir lieben das fröhliche Leben“ oder „Jugend heraus“ nicht auftaucht. Was Köhler aus eigenem Schaffen aufführte, waren zwei Lieder, die er noch vor 1945 geschrieben hatte. Womöglich ist ihm „Wir lieben das fröhliche Leben“ nach dem Erfolg von „Heut ist ein wunderschöner Tag“ einfach zugeschrieben worden. Das hat auch damit zu tun, dass sich kein anderer Dichter oder Komponist zu diesem Liedtitel bekannte. Im FDJ-Liederbuch „Leben – Singen – Kämpfen“, das von 1949 bis 1988 in 18 Auflagen erschien, steht „Zuerst in Düsseldorf gesungen, 1946“.³⁰

„Wir lieben das fröhliche Leben“ war eines der bekanntesten Jugendliedern der frühen DDR und bestimmte zusammen mit „Heut ist ein wunderschöner Tag“ den Sound der Nachkriegsjahre. Ungeachtet dessen, ob Köhler wirklich der Autor war oder nicht, schrieb die DDR-Führung dem Komponisten die Begabung zu, die Stimmung der jungen Generation in einer Lieddichtung einzufangen. Daher wurde Siegfried Köhler, inzwischen 36 Jahre alt, beauftragt, den „Titel-song“ für das 3. „Deutschlandtreffen der Jugend“ zu schaffen, das zu Pfingsten 1964 in Ost-Berlin stattfand. Köhler schrieb, wie schon bei „Heut ist ein wunderschöner Tag“, sowohl die Melodie als auch den Text. Die Tageszeitung „Junge Welt“ druckte das Lied am 27. Februar 1964 unter der Überschrift „Wir singen zum Deutschlandtreffen“ ab. Am 23. März spielte es der Jugendchor des Rundfunks der DDR unter Leitung von Hans Sandig (1914–1989) ein. Das Lied hat nur zwei Strophen, deren längerer zweiter Teil als Refrain wiederholt wird:

1. In Berlin, zu Pfingsten in Berlin, sehen wir uns wieder, singen unsere Lieder: Du und ich und Hunderttausend! Durch die sonnenhellen Straßen weht ein frischer Morgenhauch. Unser Land ist schön geworden, es ist jung und wir sind's auch. Und die Trümmer von einst sind vergangen, sieh, im Osten wächst ein neuer Tag ans Licht. Du und ich, wir bau'n eine junge, schöne Welt. Unser Land kann uns vertrau'n.
2. Heller Tag im schönen Monat Mai, Fahnen weh'n von Türmen und in Frühlingsstürmen: Du und ich und...

Köhler griff wieder auf Sprachbilder zurück, die er schon in seiner Jugendzeit eingesetzt hatte. Es wiederholen sich Worte wie Sonne, Licht oder – gar mehrfach – schön. Dazu kommen Naturbilder wie der Frühlingssturm und der Morgenhauch. Im Unterschied zu den älteren Liedern, die keinen konkreten Orts- oder Zeitbezug haben, wird hier auf einen genau benannten Anlass Bezug genommen: das FDJ-Treffen zu Pfingsten in Ost-Berlin. Zudem hat das Lied eine klare politische Aussage: Die DDR ist schön und blickt in eine lichte Zukunft, und die Jugend baut sich mit diesem Land ihre schöne Welt. Bei aller Beschwörung des Jungseins irritiert aber die letzte Zeile, die dem Lied den Namen gab: „Unser Land kann uns vertrau'n“. Das unterscheidet sich vom optimistischen Klang anderer Dichtungen. Denn wenn eine Jugend erst Vertrauen einfordern muss, bedeutet das, dass man ihr grundsätzlich nicht vertraut. Zudem wird ausgedrückt, dass die maßgebende Instanz nicht die Jugend selbst ist, die in „Heut ist ein wunderschöner Tag“ unbeschwert in die Ferne wandert, sondern das abstrakte „Land“, dessen Vertrauen man sich erst erwerben muss.

Musikalisch unterscheidet sich diese Lieddichtung deutlich von den früheren Kompositionen. Köhler übernahm Elemente der zeitgenössischen Tanzmusik und glaubte wohl dadurch, das Lied moderner zu machen. Aufgrund des hohen Tonumfangs lässt es sich aber schwerer singen, und es ist weniger eingängig. „Unser Land kann uns vertrauen“ wurde im Radio gespielt und während des Deutschlandtreffens wiederholt aufgeführt, erlangte aber nie die Popularität der frühen Lieddichtungen Köhlers. Das hatte mehrere Gründe. Erstens können ungeübte Sänger die komplexe Melodie nicht so schnell erfassen. Zweitens war die Einsatzmöglichkeit be-

29 Brauer (wie Anm. 6), S. 80.
30 Leben – Singen – Kämpfen. Liederbuch der deutschen Jugend. Leipzig 1964, S. 63.



Siegfried Köhler, um 1980
SLUB Dresden, Deutsche Fotothek

- 31 Vgl. Brauer (wie Anm. 6), S. 210.
- 32 Schönfelder (wie Anm. 1), S. 6.
- 33 Dies ergab die Auswertung der Stasi-Akten. Vgl. Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS BV Dresden, AKG, Nr. 127073, 14088.
- 34 Olaf Kappelt: Braunschweig DDR. Nazis in der DDR, 1. Auflage Berlin 1981.
- 35 Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS HA IX/11, SV 3/82, Bd. 1a, zu Köhler Bd. 19.
- 36 SLUB Dresden, Nachlass Siegfried Köhler, Kapsel 60, Nr. 188. Vgl. Zeitungsausschnitt in Stadtarchiv Meißen, Nachlass Gerhard Steinicke, Materialsammlung zu Siegfried Köhler.
- 37 NSW = Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet.
- 38 Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS BV Dresden, AKG, Nr. 14088, Bl. 4.

grenzt, weil es konkret für das Deutschlandtreffen 1964 geschrieben worden war und in einem anderen Kontext schwieriger verwendet werden konnte. Drittens entsprachen die Worte nicht mehr der Jugendsprache der 1960er Jahre. Es war eine neue Generation herangewachsen, die – auch aus dem Westen – andere Melodien und andere Texte kannte. Ein Jugendfunktionär der DDR urteilte zu diesem Lied: „Der Text enthält sehr schöne Stellen, daneben aber auch solche, die dem Lebensgefühl der heutigen Jugend nicht mehr entsprechen. Die Vertonung ist an Tanzmusik angelehnt und steht im Widerspruch zur Gestaltung des Liedes.“³¹ Mit diesem letzten Versuch des Jahres 1964, die Stimmung der jungen Generation zu erfassen, endete Köhlers Liedschaffen.

Köhlers DDR-Karriere

Siegfried Köhler verschwiegen in der DDR sowohl seine NSDAP-Mitgliedschaft als auch seine Haft in den sowjetischen Speziallagern Bautzen und Mühlberg. Wenn erforderlich, passte man auch die Daten seiner Biografie an. So schrieb 1984 Gerd Schönfelder, von dem man nicht sagen kann, ob er von der Lagerhaft wusste: „Siegfried Köhler begann in dieser Zeit, also 1945, ein Kompositionsstudium an der Dresdner Akademie für Musik und Theater.“³² Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) wusste zunächst nichts von der NSDAP-Mitgliedschaft.³³ Diese wurde erst durch das 1981 veröffentlichte „Braunschweig DDR“ von Olaf Kappelt bekannt.³⁴ Der laut Stasi-Jargon „militante Antikommunist“ führte in seinem Werk 876 Namen von DDR-Kadern auf, die der NSDAP angehört hatten. Im MfS löste das Buch eine hektische Überprüfung aus.³⁵ Für Köhler hatte das Wissen um seine NSDAP-Mitgliedschaft allerdings keine Folgen. Über die Lagerhaft finden sich in den Stasi-Akten keinerlei Angaben. Offenbar hat Köhler dies Zeit seines Lebens verbergen können.

Der erst 25-jährige Absolvent der Leipziger Universität wurde 1952 Vorsitzender des Bezirksverbands Leipzig des gerade erst gegründeten Verbandes der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR. Nach Abschluss seiner Promotion trat er 1956 der SED bei, nach eigener Aussage „aus Protest gegen das KPD-Verbot in Westdeutschland“, und wechselte nach Berlin in das Sekretariat des Verbandes. Zugleich war er von 1957 bis 1963 Direktor der Internationalen Musikbibliothek Berlin. Von 1959 bis 1963 vertrat er die DDR als „Präsident der Ländergruppe DDR“ in der Association Internationale des Bibliothèques, Archives et Centres de Documentation Musicaux (AIBM, Internationale Vereinigung der Musikbibliotheken, Musikarchive und Musikdokumentationszentren), einer Einrichtung der UNESCO.

1963 wurde Köhler zum Künstlerischen Direktor des VEB Deutsche Schallplatte ernannt. 1968 berief ihn der DDR-Kulturminister Klaus Gysi (1912–1999) zum Rektor der Dresdner Musikhochschule „Carl Maria von Weber“. Köhler war daneben Vorsitzender des Bezirksverbandes Dresden im Ver-

band der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR. 1982 wurde er zum Präsidenten dieses Verbands gewählt. 1980 gab er das Rektorat auf und übernahm dafür die Meisterklasse für Komposition an seiner Hochschule. 1983 wurde er zum Intendanten der Dresdner Staatsoper berufen. Damals lief der Wiederaufbau der Semperoper, und Köhler stand vor der Aufgabe, die künstlerischen Inhalte für den Spielbetrieb des neuen Opernhauses festzulegen. Allerdings erlebte er die Einweihung der Dresdner Semperoper am 13. Februar 1985 nicht mehr. Köhler starb am 14. Juli 1984 in Ost-Berlin im Alter von nur 57 Jahren. Nachfolger als Intendant der Semperoper wurde Gerd Schönfelder, der Köhler 1980 als Rektor der Musikhochschule „Carl Maria von Weber“ nachgefolgt war.

Der Rektor und Intendant besaß das Vertrauen der SED-Führung. Köhler war stets systemtreu. Abweichungen von der „Parteilinie“ sind nicht bekannt. Als Ende der 1960er Jahre die DDR auf eine bis dahin angestrebte Wiedervereinigung Deutschlands unter sozialistischen Vorzeichen verzichtete, mussten alle Erwähnungen mit Bezug auf Deutschland aus Köhlers Liedtexten gestrichen werden. Das tat er bereitwillig. Dabei erhielt die Kantate „Deutschland, du unsere Heimat“ (op. 7) den neuen Titel „Heute ist ein wunderschöner Tag“. Die dritte Strophe des ersten Titels, des „Morgenlieds“, wurde gestrichen, weil sie mit den Worten „Deutschland, liebe Heimat du“ endete. Als 1976 die Ausbürgerung Wolf Biermanns (geb. 1936) erfolgte, meldete sich auch Siegfried Köhler zustimmend zu Wort. Er schrieb im „Neuen Deutschland“, Biermann stehe „im Abseits, vom Beifall derer umrauscht, denen das, was wir in dreißig Jahren gemeinsam schufen, ein Dorn im Auge ist.“³⁶ Dort beschimpfte er alle, die sich für Biermann einsetzten, vor allem die Unterzeichner der Protestresolution: „Wer spendete ihm Beifall? Es sind die, die unser Land nicht lieben, sondern hassen. Wer ereifert sich in den Massenmedien des Kapitals, wenn sein Name fällt? Es sind die Apologeten einer in ihren Widersprüchen versinkenden Welt von gestern.“

Köhler gehörte zur „Nomenklatura“ der DDR. Er war Mitglied des Bezirksstags Dresden wie auch der Bezirksleitung der SED. Seine Frau und er wurden als „NSW³⁷-Reisekader“ geführt. Schon als DDR-Vertreter im AIBM hatte er ungehindert ins Ausland reisen können. Als Rektor der Dresdner Musikhochschule wie auch als Intendant des Dresdner Opernhauses reiste er wiederholt in westliche Staaten, darunter nach Österreich und Japan. In einer von Hans Modrow (1928–2023), 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, angeforderten Überprüfung durch das MfS vom 4. Januar 1984 heißt es: „Dem Genossen Prof. Köhler wird bescheinigt, daß sein Auftreten im NSW bisher in allen Fällen den außen- und kulturpolitischen Orientierungen der Partei entsprach und für die DDR eine positive Wirkung erzielte.“³⁸

Mit seiner Ehefrau Eva Köhler, geb. Schüttoff, und den drei Töchtern bewohnte er das Haus Schevenstraße 15 in Dresden-Loschwitz und zuletzt die Villa Herkulesstraße 1 am Großen Garten in Dres-

den. Dort pflegte er einen gehobenen Lebensstil. Seit mindestens 1978 fuhr er einen Volvo und damit ein Auto schwedischer Produktion, das die DDR nur für Politikader und Amtsträger importierte. Als sein Fahrzeug sechs Jahre alt war, bat er Kurt Hager (1912–1998), der als Mitglied des Politbüros der SED die DDR-Kulturpolitik maßgeblich bestimmte, am 18. Juni 1984, „ähnlich wie Gen. Prof. Sitte einen neuen PKW Typ Volvo erwerben zu können, um meinen Verpflichtungen sowohl als Intendant wie auch als Präsident des Komponistenverbandes national und international nachkommen zu können.“ Dieser Wunsch konnte nicht mehr erfüllt werden, da Köhler vier Wochen später starb.

Bewertung

Siegfried Köhler hat sich sein Engagement in der HJ nicht herausuchen können. Für die Kinder und Jugendlichen seiner Generation gab es keine andere Organisation, in der sie hätten aktiv werden können. Der junge Siegfried Köhler war musisch talentiert und wollte sein Können als Komponist und Lyriker ausprobieren. Dass er dafür die bestehenden Organisationsformen nutzte, ist ihm nicht vorzuwerfen. Juliana Brauer weitete dieses Urteil auch auf die Zeit nach 1945 aus, indem sie schrieb: „Siegfried Köhler war aus vollem Herzen Musiker und Komponist. Seine Aktivitäten in der HJ und FDJ speisten sich anscheinend aus dem Bedürfnis, ganz für die Musik leben zu dürfen. Weder in seiner Zeit als HJ-Führer noch später in den aktiven Jahren in der DDR oder als Kulturfunktionär der DDR äußerte er sich politisch. Für ihn stand an erster Stelle die Musik.“³⁹ Und weiter: „Aus dieser Überzeugung heraus kann sein anscheinend problemloser Übergang von HJ-Führer der Bannspielschar zum Leiter des FDJ-Jugendchores Meißen verstanden werden.“

An dieser Bewertung sind leise Zweifel anzumelden. Siegfried Köhler hatte eine Diktatur und den Kriegseinsatz im Zweiten Weltkrieg überlebt. Einschneidend waren die Monate in den sowjetischen Speziallagern Bautzen und Mühlberg, die ihm eine Tuberkulose-Erkrankung einbrachten. Spätestens nach dieser Erfahrung hätte ihm bewusst werden müssen, dass im sowjetischen Machtbereich ein neuer Unrechtsstaat entstand. Man kann ihm zugestehen, dass er von der Musik erfüllt war und deshalb nach seiner Freilassung aus der entbehrungsreichen Lagerhaft unbedingt wieder singen und komponieren wollte. Man kann ihm ebenso zugutehalten, dass er glaubte, die FDJ sei eine Jugendorganisation des Neuanfangs in einem friedlichen Deutschland. Spätestens in den folgenden Monaten und Jahren hätte ihm deutlich werden müssen, dass in seiner Heimat eine neue Diktatur entstanden war, die sich in der totalen Vereinahmung der Gesellschaft nicht vom NS-System unterschied. Oder erwartete er, geprägt durch seine Jugend im NS-Staat, gar keine Veränderung? Juliane Brauer verweist darauf, dass viele Rituale der FDJ denen der HJ ähnelten und dadurch Vertrauen erzeugten. Mit Blick auf den Fackelzug in Meißen 1947 meint sie: „Für die teilnehmenden Ju-

gendlichen jedoch mussten sich das Marschieren und das Singen bei Fackelschein sehr vertraut angefühlt haben. Trotzdem oder gerade deshalb hinderte das viele nicht daran, sich wieder in Aufmärsche einzureihen.“⁴⁰

Dass Köhler seine Tätigkeit in der Hitlerjugend verschwiegen, ist nicht ungewöhnlich und ihm nicht vorzuwerfen. Alle Jugendlichen in Deutschland, die den Krieg überlebt hatten, waren Mitglieder der HJ und anderer NS-Organisationen gewesen. Man hätte sie seitens der FDJ nicht ausgrenzen können, denn dann hätte der 1946 gegründete Jugendverband gar keine Mitglieder gehabt. Man ging übereinstimmend davon aus, die Zeit vor Mai 1945 nicht zu erwähnen. Weder eine politische Betätigung in der NS-Zeit noch der Einsatz im Zweiten Weltkrieg wurden abgefragt. Dass Köhler seine für die HJ-Bannspielschar geschriebenen Lieder der FDJ anbot, überrascht nicht, zumal Lieder wie „Heut ist ein wunderschöner Tag“ keine politischen Aussagen enthalten. Erst im Nachhinein sehen wir darin einen Makel. Der Skandal beginnt mit dem Verschleiern dieser Entstehungsgeschichte, mit der Erfindung der Legende, die Lieder würden die Aufbruchsstimmung der jungen Generation im „neuen Deutschland“ schildern. Dabei ist zu fragen, ob Köhler selbst diese Legende in die Welt gesetzt hat oder vielmehr diese Erwartung an ihn herangetragen wurde.

Spätestens 1950 hatte Siegfried Köhler die ideologischen Vorgaben des neuen sozialistischen deutschen Teilstaates verinnerlicht. Er schrieb Liedtexte so, wie es von ihm erwartet wurde. „Aus Stahl wird Brot“ entspricht genau dem Duktus stalinistischer Propaganda und ist ganz und gar nicht unpolitisch. Insofern kann man nicht zu dem Urteil kommen, Köhler sei in allen seinen Lieddichtungen „unpolitisch“ gewesen. Auch „Tausend Sterne sind ein Dom“ ist nicht unpolitisch. Es ist vielmehr ein Lied, das eine bewusste Abkehr von der christlichen Weihnachtsbotschaft signalisiert. Gerade dieses Lied steht für den Transfer von Sprachmustern aus der NS-Zeit in die frühe DDR. Beide totalitäre Regime waren sich einig, dass ihnen die christliche Erlösungsbotschaft im Weg war, um ihren Herrschaftsanspruch durchzusetzen.

Ungeachtet dessen muss festgehalten werden, dass „Tausend Sterne sind ein Dom“ eine großartige Dichtung darstellt, die Köhler als Textdichter und Komponist mit einer passenden, emotional ergreifenden Melodie versah. Noch heute vermag dieses Lied Gefühle anzusprechen. Nur sollte man, wenn man dieses Lied singt oder aufführt, den historischen Hintergrund kennen. Gleiches gilt für „Heut ist ein wunderschöner Tag“.

Wenn Juliane Brauer urteilt, Siegfried Köhler stehe „für die ungebrochene Traditionslinie des gemeinschaftlichen Singens von der Hitler-Jugend bis zur FDJ“⁴¹, dann kann man ihm daraus keinen Vorwurf machen. Siegfried Köhler war ein begabter Musiker und Komponist, der Bleibendes geschaffen hat. Aber er hat sich nicht von den Diktaturen freimachen können, die fast seine gesamte Lebensspanne prägten. Das wertet seine Bedeutung für die Musik- und Kulturgeschichte nicht ab.

39 Brauer (wie Anm. 6), S. 60.

40 Ebenda, S. 81.

41 Ebenda, S. 63.



Haus 1 Riebeckstraße 63 in Leipzig, vermutlich 1970er Jahre. In den beiden oberen Etagen befand sich die Geschlossene Venerologische Station Leipzig-Thonberg. Nur die Gitter an einigen Fenstern lassen diese von außen erkennen.
Foto-Zentrum Leipzig

Einweisungsgrund: Herumtreiberei Disziplinierung von Mädchen und Frauen in Geschlossenen Venerologischen Stationen und Spezialheimen der DDR

Juliane Weiß und Hannes Schneider

1 Zitat von Sabine, welche 1977 in die Geschlossene Venerologische Station Leipzig-Thonberg eingewiesen wurde.

„Was mich so traurig gemacht hat und woran ich fast verzweifelt wäre, dass mich niemand jemals gefragt hat, wo bist du denn damals überhaupt gewesen, als du weg warst? Dass alles so ganz normal weitergehen sollte. Du kommst raus, du gehst nach Hause, du gehst in die Schule. Und niemand fragt dich, was hast du erlebt? Und ich hab' mich oft selber schuldig gefühlt, für das Eingesperrtsein. Aber ich sage mir, ich hatte keine Schuld. Niemand hatte das Recht, dich so zu behandeln. So würde ich das sagen. Und ich finde, das sollten sich auch andere Menschen sagen, die sowas erlebt haben. Und niemand muss sich deswegen schämen.“¹

Das Wissen über die Geschlossenen Venerologischen Stationen in der DDR sowie die gesellschaftliche Aufarbeitung der Geschehnisse auf diesen Stationen verdanken wir vor allem den betroffenen Frauen. Sie sind es, die über ihre Geschichten sprechen und den Mut aufbringen, ein tabuisiertes und vergessenes Thema sichtbar zu machen. Sie alle waren von Repressionen in der DDR betroffen und sehr viele von ihnen wurden auch in andere Institutionen wie Spezialkinderheime, Jugendwerkhöfe, Heime für Soziale Betreuung oder Gefängnisse eingewiesen. Sie sollten diszipliniert und umerzogen werden, weil sie ein freies und selbstbestimm-

tes Leben abseits der sozialistischen Norm führen wollten.

Die Geschlossenen Venerologischen Stationen waren Teil des Repressions- und Heimsystems der DDR.² Minderjährige und volljährige Frauen wurden auf ihnen unter dem Deckmantel der medizinischen Notwendigkeit durch staatlich angeleitete sexualisierte Gewalt diszipliniert.

Geschlossene Venerologische Stationen

Offiziell waren die Geschlossenen Venerologischen Stationen Krankenabteilungen zur Behandlung von Geschlechtskrankheiten, die in allen Bezirken der DDR bestanden. Eine genau Anzahl lässt sich aufgrund der lückenhaften Aufarbeitung nicht bestimmen. Männer und Frauen mit sexuell übertragbaren Krankheiten, die sich einer Behandlung verweigerten, sollten dort zwangseingewiesen werden. Eingewiesen wurden diese Stationen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, um die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten einzudämmen. Viele der Stationen bestanden auch über die unmittelbare Nachkriegszeit weiter, und spätestens ab den 1960er Jahren dienten sie einem anderen Zweck, wie die Statistiken und Einweisungsgründe belegen.

Bei den Eingewiesenen handelte es sich fast ausschließlich um Frauen, von denen mehr als ein Drittel minderjährig war. Die Jüngste war gerade einmal zwölf Jahre alt. Schätzungen gehen von mehreren zehntausend betroffenen Frauen in der gesamten DDR zwischen 1945 und 1990 aus.³ Häufig erfolgte die Einweisung wegen „Herumtreiberei“, „Arbeitsbummelei“ oder einer vermuteten Ansteckung. Tatsächlich wurde bei weniger als einem Drittel der Mädchen und Frauen eine Geschlechtskrankheit nachgewiesen.

Der durchschnittliche Aufenthalt betrug drei bis vier Wochen. Der Alltag war von strengen Regeln und Strafen geprägt. Die Türen waren verschlossen, die Fenster vergittert. Gynäkologische Untersuchungen und Behandlungen erfolgten ohne Aufklärung und Einwilligung sowie in entwürdigender und gewaltsamer Weise. Die täglichen Abstriche waren medizinisch unnötig und gelten heute als sexualisierte Gewalt. Ziel der Maßnahmen war nicht die Heilung von sexuell übertragbaren Krankheiten, sondern Isolation, Einschüchterung und Disziplinierung. Die Geschlossenen Venerologischen Stationen dienten als Zwischenaufenthalte für deviante Frauen und Mädchen, die in verschiedenen Institutionen zu angepasstem Verhalten, Arbeitsdisziplin und Staatstreue umerzogen werden sollten.

Häufig betroffen waren Mädchen und Frauen, die sich bereits in problematischen Situationen befanden, etwa wohnungslos waren oder vor Gewalt in der Familie oder in Heimen flohen. Viele wurden mehrfach eingewiesen, sobald sie einmal im polizeilichen und medizinischen Raster erfasst waren. Unzureichende Vorgaben und die Missachtung bestehender Gesetze schufen einen Raum für Willkür und Intransparenz, denen die Frauen auf den Stationen ausgesetzt waren.

Das leitende medizinische Personal hatte große Verfügungsmacht und unterlag kaum externer Kontrolle. Die überwiegend männlichen Ärzte bestimmten die Bedingungen auf den Stationen nach ihren persönlichen Wertvorstellungen.

Das Beispiel Leipzig-Thonberg

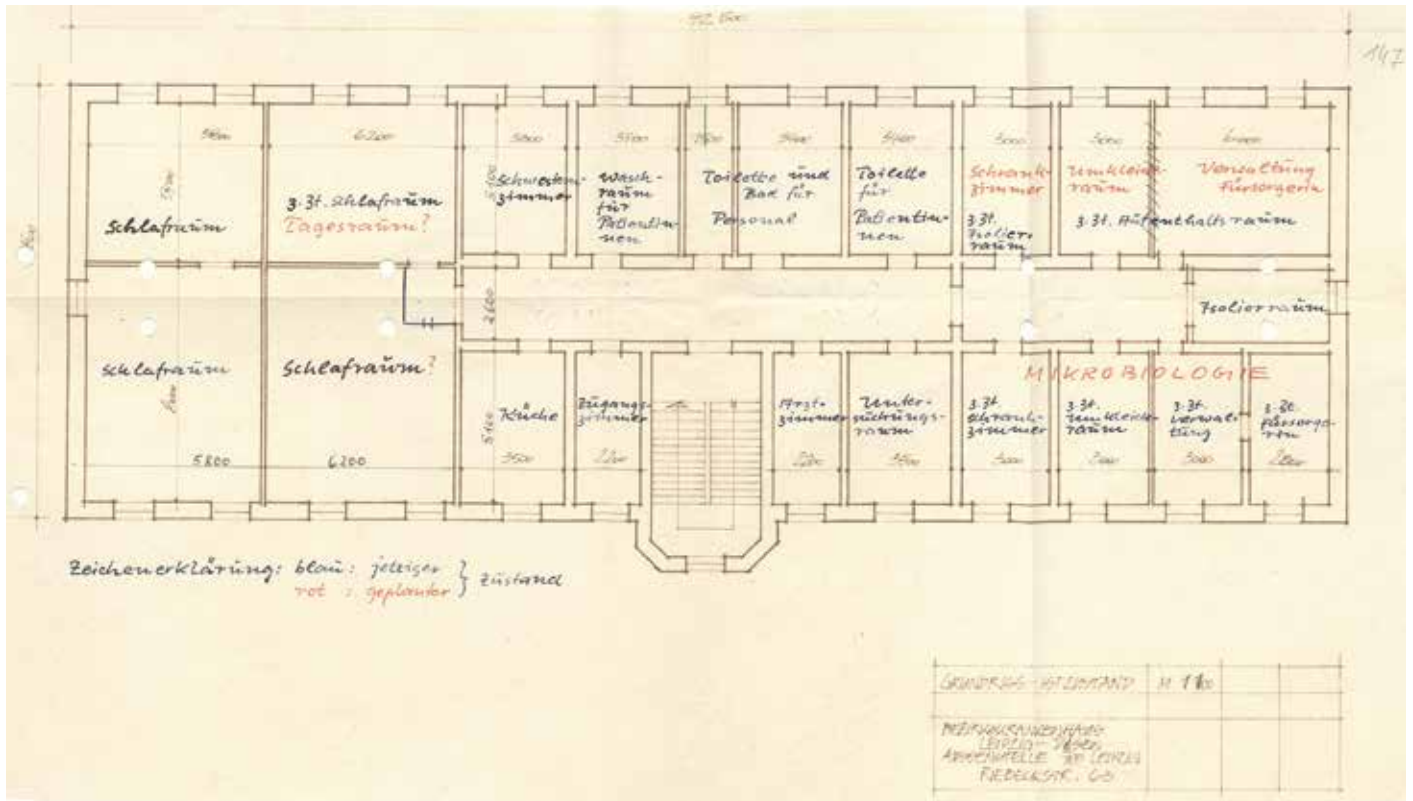
Auf dem Gelände der ehemaligen Arbeitsanstalt der Stadt Leipzig in der Riebeckstraße 63 bestand von 1946 bis 1990 eine Geschlossene Venerologische Station für Mädchen und Frauen. Sie befand sich in den beiden oberen Etagen in einem der vier Anstaltsgebäude und wurde häufig nur „Thonberg“ oder – abwertend und bis heute hartnäckig verwendet – „Tripperburg“ genannt. Seit ihrer Gründung im Jahr 1892 wurden über die Zeit der verschiedenen politischen Systeme hinweg immer wieder Frauen wegen Verstößen gegen die Arbeitspflicht, Obdachlosigkeit oder Geschlechtskrankheiten in die Leipziger Arbeitsanstalt eingewiesen.

Die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichtete Station verfügten über eine Kapazität von mehr als 100 Betten. Diese waren zu Beginn stark ausgelastet. Ab 1960 ging die Belegungszahl zurück, und auf der Station waren durchschnittlich noch 15 bis 40 Mädchen und Frauen. Wie auf anderen Stationen auch änderten sich in dieser Zeit die Einweisungsgründe. Ab 1961 wurden mehr als die Hälfte der Einweisungen mit „Herumtreiberei“ oder „Arbeitsbummelei“ begründet, während die tatsächlichen Krankheitsfälle deutlich abnahmen. Statistiken aus den 1980er Jahren zeigen, dass nur 32 Prozent der eingewiesenen Mädchen und Frauen eine Geschlechtskrankheit hatten.

Auf der Station herrschte strenge Disziplin, die durch eine rigide Hausordnung geregelt wurde. So wurde das Postgeheimnis für die Patientinnen aufgehoben und ein umfangreicher Katalog mit „Erziehungsmaßnahmen“ erlassen. Dazu gehörte beispielsweise die Einzelisolation und die „Abstrichsperre“. Damit war das Aussetzen der täglichen gynäkologischen Untersuchungen gemeint, welche den Aufenthalt auf der Station um die Tage der Sperre verlängerte. Hintergrund war die Voraussetzung einer bestimmten Anzahl von Abstrichen, um die Station wieder verlassen zu dürfen. In der Regel waren es 30 Abstriche, was ohne Sperre 30 Tagen entsprach. Diese Strafen wurden von Ärzten anderer Stationen sowie Juristen kritisiert, dennoch bis 1990 angewandt. Hauptverantwortlicher Mediziner auf der Station war seit 1956 Dr. Heinz Sieler. Er war maßgeblich für die Zustände auf der Geschlossenen Venerologischen Station Leipzig-Thonberg verantwortlich, und seine Unterschrift findet sich auf allen wichtigen Dokumenten, etwa den Einweisungs- und Entlassungsmeldungen. Obwohl er 1983 das Rentenalter erreichte, ließ er sich freiwillig im „Thonberg“ weiterbeschäftigen. Erst 1990 mit der Auflösung der Station endete auch seine Anstellung. Eine strafrechtliche oder disziplinarische Verfolgung aufgrund seiner Tätigkeit ist nicht bekannt.

2 Vgl. Steffi Brüning: Prostitution in der DDR. Eine Untersuchung am Beispiel von Rostock, Berlin und Leipzig, 1968 bis 1989, Berlin 2020, S. 122.

3 Vgl. Florian Steger/Maximilian Schochow: Traumatisierte Frauen. Geschlossene Venerologische Stationen in Mitteldeutschland, in: Gerbergasse 18 1 (2017), S. 45-49, hi Florian Steger und Maximilian Schochow: Traumatisierte Frauen. Geschlossene Venerologische Stationen in Mitteldeutschland. In: Gerbergasse 18 1 (2017), S. 45-49, hier S. 45.



Grundriss der Geschlossenen Venerologischen Station Leipzig von 1981. Zugangszimmer, Untersuchungsraum und zwei Isolierräume zeugen vom rigiden Alltag auf der Station. Stadtarchiv Leipzig

Im Netzwerk der Disziplinierung

Trotz der propagierten Gleichberechtigung von Mann und Frau hielt die SED an den traditionellen Vorstellungen von heterosexueller, monogamer Ehe fest. Aufgaben wie Kindererziehung, Hausarbeit und Pflege wurden weiterhin der Frau zugewiesen, daran änderte auch der symbolische Frauentag an jedem 8. März nichts. Weibliche Sexualität sollte passiv, naiv und nicht lustbetont sein. Abweichungen von diesen Normen galten als individuelles Fehlverhalten. Entzogen sich Mädchen und Frauen darüber hinaus der Kontrolle durch Familie, Behörden oder Betrieben, griff der Staat ein.

Mädchen und Frauen, die wechselnde oder „falsche“ Partner hatten, konnten als „hwG-Personen“ (häufig wechselnder Geschlechtsverkehr) registriert und überwacht werden. Wer sich dauerhaft dem „Arbeitskollektiv“ entzog oder der Prostitution verdächtigt wurde, konnte ab 1968 nach § 249 des Strafgesetzbuches („Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten“) verurteilt werden. Auch vermeintliche oder tatsächliche Beziehungen zu ausländischen Vertragsarbeitern konnten zu staatlichen Repressionen führen. Jugendhilfe, Gesundheitsweisen und Sicherheitsorgane arbeiteten dabei eng zusammen.

Neben den Geschlossenen Venerologischen Stationen wurden Mädchen vor allem in den Spezialheimen der Jugendhilfe diszipliniert. Dabei handelte es sich um Umerziehungseinrichtungen für Mädchen und Jungen im Alter von 6 bis 18 Jahren, die als „schwererziehbar“ galten. Von 135.000 Kindern und Jugendlichen in den Spezialkinder-

heimen, Jugendwerkhöfen, Durchgangsheimen oder dem Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau waren fast die Hälfte Mädchen. Ziel der Umerziehung war eine Verhaltensänderung und die reibungslose Eingliederung in das sozialistische System. Der Heimalltag war geprägt von Zwang, Kontrolle und Gewalt. Mit der Einweisung in einen Jugendwerkhof endete die schulische Ausbildung. Stattdessen mussten die Jugendlichen im Rahmen der Arbeitserziehung eine Teilfachausbildung absolvieren. Mit Einweisungsgründen wie „Herumtreiberei“ oder „sexueller Triebhaftigkeit“ sanktionierte die Jugendhilfe häufig die weibliche Sexualität vieler Pubertätender. Sie bestrafte damit auch Verhaltensänderungen infolge sexuellen Missbrauchs. Fluchtverhalten, wie das Weglaufen von zu Hause oder das Schwänzen der Schule, waren häufig Ausdruck der Hilfsbedürftigkeit nach erlebtem Missbrauch.

Bei der Disziplinierung und Verfolgung unangepasster Mädchen spielte die Volkspolizei eine tragende Rolle. Sehr häufig waren es diese Beamten, welche die Mädchen und Frauen auf die Geschlossenen Venerologischen Stationen brachten. Dabei griff die Volkspolizei die Mädchen und Frauen nicht einfach nur auf, die Beamten entschieden maßgeblich über ihr weiteres Schicksal, wie das Beispiel der Transportpolizei am Leipziger Hauptbahnhof verdeutlicht.

Aus den Berichten des Transportpolizeiamtes Leipzig lässt sich gut nachvollziehen, wie gegen Mädchen und Frauen vorgegangen wurde. Dieses Vorgehen deckt sich auch mit den Berichten von Betroffenen. Hielten sich Mädchen oder Frauen am Leipziger Hauptbahnhof ohne erkennbare

Sabine und Silke bei der Eröffnung der Ausstellung am 1. Dezember 2024 in Leipzig. Ihre Biografien und Erlebnisse werden in der Ausstellung erzählt. Archiv der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau.



Die Wanderausstellung „Einweisungsgrund: Herumtreiberei“

Dieser Artikel basiert auf den Ergebnissen der 2024 entwickelten Wanderausstellung „Einweisungsgrund: Herumtreiberei. Disziplinierung in Venerologischen Stationen und Spezialheimen der DDR“ auf. Die Ausstellung entstand als Kooperationsprojekt zwischen der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau und dem Leipziger Verein Riebeckstraße 63. Zwischen beiden Einrichtungen besteht bereits seit einigen Jahren ein enger Austausch, da es eine große thematische Schnittmenge gibt. Die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau ist bundesweit die einzige Gedenkstätte, die eine Auseinandersetzung mit den repressiven Machtstrukturen innerhalb des Bildungs- und Erziehungsapparats der DDR am historischen Ort ermöglicht. Sie steht heute als Symbol für das gesamte unmenschliche Strafsystem der DDR-Spezialheime. Die Gedenkstätte ist heute ein Ort des historisch-politischen Lernens, der auf die Notwendigkeit gesellschaftlicher Grundwerte wie Menschenwürde, Freiheit und die Bedeutung demokratischer Umgangsformen verweist.

Der Leipziger Verein Riebeckstraße 63 setzt sich für die Einrichtung eines Gedenk-, Lern- und Begegnungsortes auf dem Gelände der ehemaligen Städtischen Arbeitsanstalt in der Riebeckstraße 63 ein. Die Geschichte dieses Ortes war von 1882 bis 1990 von Ausgrenzung, Verwahrung und Arbeitszwang geprägt. Unter anderem befand sich dort die Geschlossene Venerologische Station Leipzig-Thonberg.

Die Wanderausstellung möchte die Geschichte der Geschlossenen Venerologischen Stationen in der DDR bekannter machen und stellt dabei die Stimmen und Geschichten der betroffenen Frauen in den Mittelpunkt. Mit der Ausstellung soll auch das Thema sexualisierte Gewalt gegen Mädchen und Frauen in der DDR stärker in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Die Bedingungen und Umstände sexuellen Missbrauchs von Mädchen und Frauen in besonders vulnerablen Situationen werden ebenso thematisiert wie die gesellschaftliche Tabuisierung dieser Themen.

Nachdem die Ausstellung im Dezember 2024 am historischen Ort der ehemaligen Geschlossenen Venerologischen Station Leipzig-Thonberg eröffnet wurde, wird sie in den folgenden Jahren an weitere Orte wandern. Dort wird sie um lokalgeschichtliche Aspekte und weiteren Interviews mit Betroffenen ergänzt. Mit dieser Erweiterung werden zum einen Lücken in der Aufarbeitung einzelner Standorte geschlossen. Zum anderen wird die Erweiterung ein deutlicheres Bild des Systems der Geschlossenen Venerologischen Stationen zeigen. Bereits jetzt wissen wir, dass die Umstände und Bedingungen sehr unterschiedlich waren und dass die Rolle der Entscheidungsträger wie Ärzte und Fürsorgerinnen besonderer Aufmerksamkeit bedarf.

Während für einige Stationen, wie Halle, Gera oder Dresden bereits erste Erkenntnisse vorliegen, soll auch Hinweisen auf die Existenz einer weiteren, bislang unbekanntem Station in Schwedt nachgegangen werden.

Weitere Informationen zum Thema sowie zur Ausstellung finden Sie unter: einweisungsgrund-herumtreiberei.de

Autoren
Juliane Weiß
Gedenkstätte Geschlossener
Jugendwerkhof Torgau
j.weiss@
jugendwerkhof-torgau.de

Hannes Schneider
Riebeckstraße 63 e.V.
Leipzig
hannes.schneider@
riebeckstrasse63.de



Internierungs- und Isolierungslager des Ministeriums für Staatssicherheit in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig

Matthias Donath

Alles lief unter strengster Geheimhaltung: Im Krisenfall wollte die Staatsführung der DDR oppositionelle DDR-Bürger sowie Ausländer aus „Feindstaaten“ verhaften und in Lagern einsperren. Dazu kam es zum Glück nie. Die Friedliche Revolution 1989 entmachtete das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), noch bevor es zuschlagen konnte. Dass sich Diktaturen gegen den drohenden Machtverlust wehren, ist nicht ungewöhnlich. 1981 wurden in der Volksrepublik Polen unter Kriegsrecht 6.500 Oppositionelle gefangengesetzt. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR wollte nicht erst handeln, wenn die Krise ausbrach, sondern bereitete sich mit bürokratischer Genauigkeit auf den „Tag X“ vor. Mit immensem Aufwand wurden die Namenslisten für die Verhaftungen auf aktuellem Stand gehalten. Auch die Haftorte waren vorbereitet. Als Jugendherbergen eingerichtete Schlösser waren aus Sicht des MfS besonders gut geeignet, um „feindliche Kräfte“ zu isolieren. In den drei sächsischen Bezirken Leipzig, Karl-Marx-Stadt und Dresden waren 16 Isolierungs- oder Internierungslager vorbereitet. Aufgrund der

Geheimhaltung drang davon nichts an die Öffentlichkeit. Auch heute weiß kaum jemand etwas darüber – nicht zuletzt, weil der Geheimdienst die brisanten Akten im Herbst 1989 vernichtete. Doch aus den Unterlagen, die erhalten blieben, lässt sich ein bedrückendes Szenario rekonstruieren. Thomas Auerbach veröffentlichte 1995 einen ersten Überblick über die geplanten Isolierungslager des MfS und erklärte das Prinzip des „Vorbeugekomplexes“.¹ Seine Arbeit enthält aber keine Auflistung aller Standorte der Isolierungs- und Internierungslager. Martin Kupke behandelte 2009 aus Oschatzer Sicht die Internierungslager und Internierungssammelstellen im Bezirk Leipzig², während die Bezirke Dresden und Karl-Marx-Stadt mit Ausnahme der Burg Hohnstein³ bisher unbeachtet blieben. Im Rahmen des Programms „Sehnsucht nach Freiheit“ konnte der Freundeskreis Schlösserland Sachsen diese Wissenslücke schließen und aus den Akten des MfS die Standorte in den sächsischen Bezirken ermitteln. Diese Forschungsergebnisse flossen in die Ausstellung „Geheime Verschlussache. Schlösser als Internie-

Internierungs- und Isolierungslager in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig
Grafik: Anke Albrecht

- 1 Thomas Auerbach: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, 1. Auflage Berlin 1995. Hier wurde die 3. Auflage Berlin 2000 verwendet.
- 2 Martin Kupke: SED und Staatssicherheit im Kirchenbezirk Oschatz, Leipzig 2009, S. 179-197.
- 3 Carin Baganz: Kennwert „Leuchtboje“ – Das geplante Isolierungslager der Staatssicherheit auf der Burg Hohnstein, in: Deutschland Archiv, 16.9.2015, Link: www.bpb.de/211831.

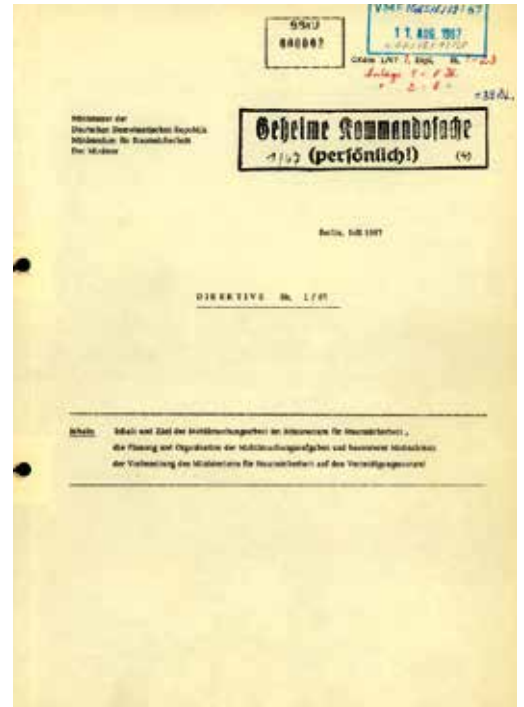
rechts: Direktive 1/67 des Ministers für Staatssicherheit Stasi-Unterlagenarchiv

rungs- und Isolierungslager des Ministeriums für Staatssicherheit“ ein, die am 3. Oktober 2024 in der Turmgalerie des Schlosses Augustusburg eröffnet wurde.

„Vorbeugekomplex“

Die DDR war 1949 im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands entstanden. Nach dem Vorbild der Sowjetunion war der deutsche Teilstaat als kommunistische Parteidiktatur organisiert. Die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) sicherte das Ministerium für Staatssicherheit, eine Geheimpolizei, die zwischen 1957 und 1989 von Erich Mielke (1907–2000) geführt wurde.

Am 17. Juni 1953 hatten tausende Demonstranten in den Städten und Dörfern der DDR versucht, die Herrschaft der SED abzuschütteln. Nur durch das Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht konnte der Volksaufstand niedergeschlagen werden. Dieses Ereignis traumatisierte die SED-Führung. Der 17. Juni jagte Angst vor dem Machtverlust ein. Das Ministerium für Staatssicherheit setzte alles daran, um einen neuen Aufstand zu verhindern – durch Überwachung der Bevölkerung und Ausschaltung jeglicher Opposition. Im August 1989 fürchtete Stasi-Chef Mielke: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ Wenig später brach die SED-Diktatur tatsächlich zusammen.



Ende der 1960er Jahre spitzte sich der Ost-West-Konflikt immer weiter zu. Die DDR-Führung stellte sich auf ein Szenario ein, nach dem NATO-Einheiten auf das DDR-Gebiet vordringen oder innere Aufstände ausnutzen. Auf Anweisung des Nationalen Verteidigungsrates erarbeitete das Ministe-

Kennziffern im „Vorbeugekomplex“

Kennziffer	Maßnahme	Betroffen	Haftort
4.1.1	Verhaftung	- Personen, die unter dem dringenden Verdacht stehen, staatsfeindliche Handlungen gegen die DDR zu begehen - Personen, die als mögliche Führungskräfte in Erscheinung treten können	Untersuchungshaftanstalt
4.1.2.	Internierung	- Bürger aus Feindstaaten, die sich zum Zeitpunkt der Verkündung des Verteidigungszustandes auf dem Territorium der DDR befinden	Internierungslager
4.1.3.	Isolierung	- Personen, von denen aufgrund ihrer verfestigten feindlich-negativen Grundhaltung gegenüber der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung und unter Berücksichtigung ihres bisherigen Auftretens, ihrer offiziell und inoffiziell bekannt gewordenen Äußerungen, ihrer Kontakte und Verbindungen sowie bestimmter Lebens- und Verhaltensweisen mit Wahrscheinlichkeit im Verteidigungszustand eine akute Gefährdung der staatlichen Sicherheit und Ordnung ausgehen kann oder die solche Handlungen dulden oder unterstützen	Isolierungslager
4.1.4	Überwachung	- Personen, die in Schlüsselpositionen der staatlichen Leitung, der Landesverteidigung, der Volkswirtschaft oder in anderen wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens tätig sind und deren Zuverlässigkeit im Verteidigungszustand aufgrund ihres bisherigen Gesamtverhaltens anzuzweifeln ist, deren rechtzeitige Herauslösung bzw. kademmäßige Veränderung jedoch nicht oder noch nicht möglich ist - Personen, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung, ihrer Tätigkeit, ihres Ansehens oder ihrer Verbindungen zu den Zielgruppen des Gegners gehören und deren Mißbrauch, Ausnutzung oder Einbeziehung durch den Gegner nicht auszuschließen sind, was zu bedeutenden Störungen und Schäden der gesellschaftlichen Entwicklung und damit zur erheblichen Gefährdung der inneren Sicherheit führen könnte	
4.1.5.	Erfassung	- Personen, die eine feindlich-negative bzw. labile Grundeinstellung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR besitzen und die zum gegenwärtigen Zeitpunkt von den inhaltlichen Kriterien für die spezifisch-operativen Vorbeugungsmaßnahmen im Verteidigungszustand nicht erfaßt werden	

rium für Staatssicherheit in Abstimmung mit dem Ministerrat und dem Ministerium für Nationale Verteidigung einen Maßnahmeplan für den Ernstfall aus. Erich Mielke setzte diese „Direktive 1/67“ im Juni 1967 in Kraft.⁴ Sie regelte die Maßnahmen bei Ausrufung der „Mobilisierung“ durch den Nationalen Verteidigungsrat.

Das Ministerium für Staatssicherheit wurde mit dieser Direktive beauftragt, die „Entfaltung feindlicher Kräfte“ zu verhindern. Dazu hatte man fünf Kennziffern definiert. Je nach Einstufung⁵ waren die „feindlichen Kräfte“ zu überwachen, zu verhaften oder zu isolieren. Das MfS bezeichnete diese Maßnahmen als „Vorbeugekomplex“.

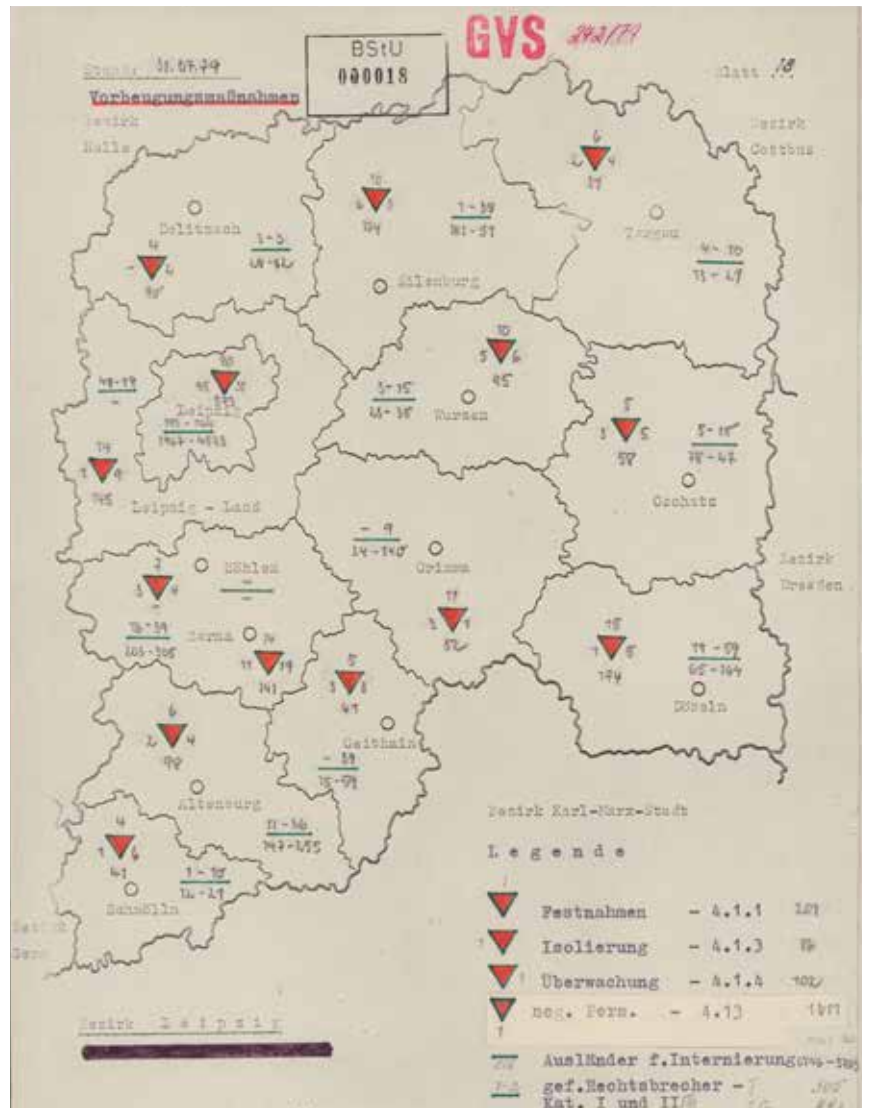
Die Staatssicherheit bezeichnete alle Vorbereitungsmaßnahmen für den Krisenfall als „Mobilisierungsarbeit“. Als zentrales „Mobilisierungsorgan“ diente die Arbeitsgruppe des Ministers (AGM), eine Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin. In den Bezirken der DDR waren die Arbeitsgruppen des Leiters (AGL) der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit zuständig. Für alle Vorgänge galt strengste Geheimhaltung.

Die Dienststellen führten Listen der Personen, die am „Tag X“ zu verhaften waren. Diese Listen wurden ständig aktualisiert und waren „tagfertig“ zu halten.⁶ Mit bürokratischer Akribie wurden Personen, von denen man ein oppositionelles oder widerständiges Verhalten erwartete, einer der Kennziffern zugeordnet. Jeder DDR-Bürger, der den Sicherheitsbehörden in irgendeiner Form aufgefallen war, konnte im „Vorbeugekomplex“ erfasst werden (siehe Tabelle unten).

Die Zahlen verliefen bis zum Ende der DDR gegenläufig. Während weniger Personen zur Festnahme oder Isolierung vorgesehen waren, wurden deutlich mehr Menschen in die Kategorie „Erfassung“ eingruppiert. Das erklärt das Ansteigen der Gesamtzahl.

Internierung

Gemäß den Kennziffern der „Direktive 1/67“ unterschied die Staatssicherheit zwischen mehreren Formen des Freiheitsentzugs, für die sie verschiedene Begriffe nutzte. „Internierung“ bedeutete im Jargon des MfS die Verhaftung von Ausländern aus „Feindstaaten“. Dazu wurden die Staatsbürger der NATO-Staaten gerechnet, die



sich auf dem Gebiet der DDR aufhielten. Auch Bundesbürger oder Einwohner West-Berlins, die man in der DDR angetroffen hätte, wären verhaftet worden. Ebenso hätte sich die Maßnahme auf Transitreisende erstreckt, die das DDR-Gebiet mit der Eisenbahn oder dem Auto durchqueren, etwa auf einer Reise nach West-Berlin, Polen oder in die Tschechoslowakei. Auch Diplomaten sowie Journalisten der „Westmedien“ wären interniert worden.

Übersicht über die vom „Vorbeugekomplex“ betroffenen Personen in den Kreisen des Bezirks Leipzig, Stand 31. Juli 1979
Stasi-Unterlagenarchiv

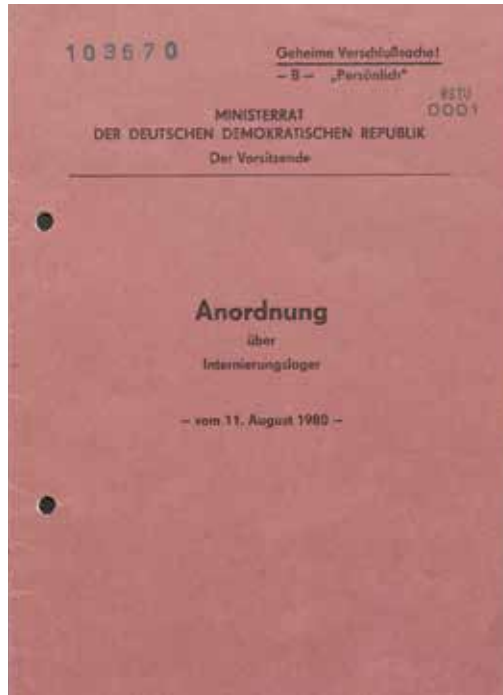
4 Online einsehbar in: <https://www.bundesarchiv.de/themen-entdecken/online-entdecken/themenbeitraege/vorbereitung-auf-den-tag-x/>
5 Vgl. die Kriterien der Einstufung in Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS HA II, Nr. 23704, Bl. 96-100.
6 Übersichten über die erfassten Personen, geordnet nach den Bezirken und Kreisen, nach Stand des Jahres 1986 befinden sich in Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS AGM, Nr. 246 und 247. Nicht enthalten sind die Personen nach Kennziffer 4.1.2., denn Anzahl und Namen der „Bürger aus Feindstaaten“ ließen sich nicht im Voraus ermitteln.

Vom „Vorbeugekomplex“ betroffene Personen

Kennziffer	Maßnahme	November 1986	Dezember 1988
4.1.1.	Festnahme	3.510	2.901
4.1.2.	Internierung	ca. 20.000	27.888 (max.)
4.1.3.	Isolierung	15.780	10.539
4.1.4.	Überwachung	1.237	887
4.1.5.	Erfassung	51.135	70.245
	Summe	91.662	112.460

Anordnung über Internierungs-lager vom 11. August 1980
Stasi-Unterlagenarchiv

- 7 Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS AGM, Nr. 385, T.2, Bl. 490-496. Auf Bl. 498-504 befindet sich eine Liste der Internierungslager nach dem Stand vom August 1980.
- 8 Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, BVfS Leipzig, KDFS Leipzig-Stadt, Nr. 1309.
- 9 Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS HA VII, Nr. 1335. Dort Übersicht geplanter Internierungslager nach Stand vom Februar 1988. Vgl. Änderung der Standorte im Bezirk Dresden in Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS AGM, Nr. 562; MfS BV Dresden AGL, Nr. 986; MfS BV Dresden KD Pirna, Nr. 71932.



Die DDR-Führung berief sich bei dieser Regelung auf das Genfer Abkommen IV über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, dem die DDR 1956 beigetreten war. Das Abkommen erlaubte im Kriegsfall als eine von mehreren möglichen Maßnahmen „Zwangsauftenthalt oder Internierung“ von Ausländern. Die Durchführungspläne lassen aber erkennen, dass man sich nicht an internationales Kriegsrecht halten wollte. Obwohl so nicht im Genfer Abkommen vorgesehen, sollte sich die Maßnahme auf alle Ausländer aus „Feindstaaten“ erstrecken. Die vom Genfer Abkommen alternativ ermöglichte Ausreise in die Heimat oder in Drittstaaten war nicht vorgesehen, ebensowenig eine individuelle Überprüfung der Internierung durch einen Gerichtshof. Die Durchführung der Internierung war in der Anordnung über Internierungslager vom 11. August 1980 geregelt.⁷

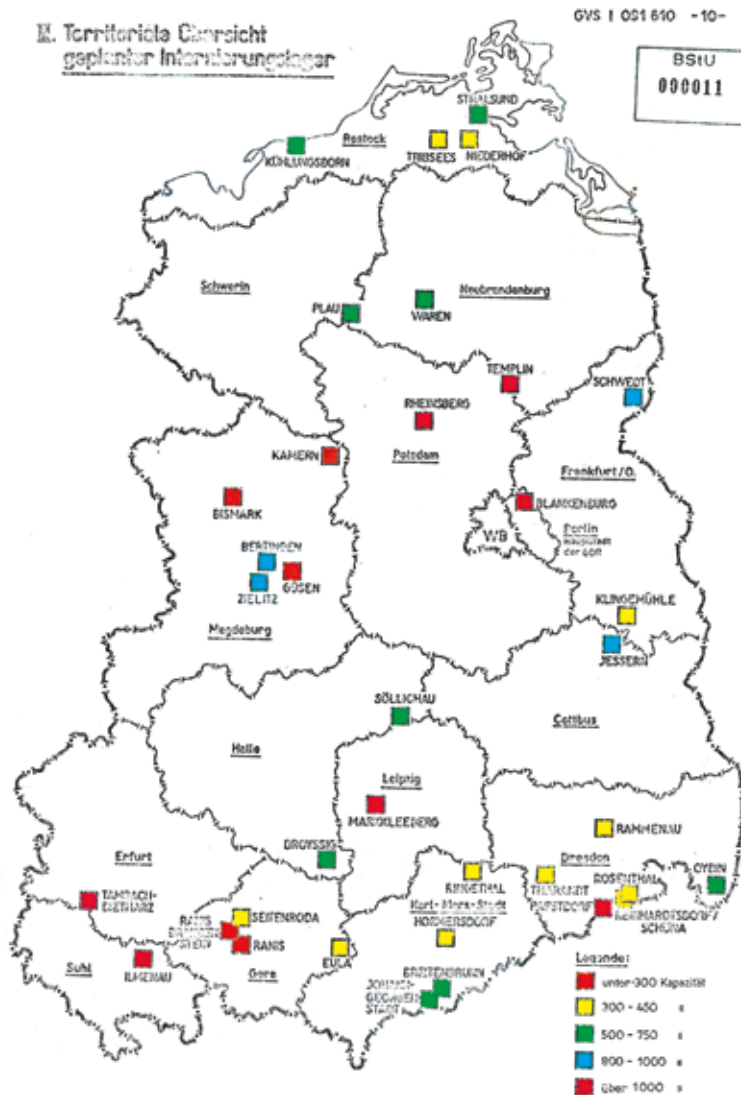
Die Bezirks- und Kreisdienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit sowie die Volkspolizeikreisämter erfassten akribisch, welche Personen aus dem „kapitalistischen Ausland“ in der DDR lebten. In Leipzig zählte man 593 mit ständigem Aufenthalt und 1.585 mit längerfristigem Aufenthalt (darunter auch Studenten an der Karl-Marx-Universität Leipzig). Außerdem berechnete man die Zahl derjenigen, die sich durchschnittlich als Besucher in Leipzig aus dem „kapitalistischen Ausland“, Westdeutschland und West-Berlin in Leipzig aufhielten. Dabei kam man auf 5.828 Personen, die allein im Stadtgebiet Leipzigs im Krisenfall zu internieren waren.⁸ Für das gesamte DDR-Gebiet rechnete man mit rund 30.000 Internierten. Das war die dreifache Anzahl derjenigen, die nach der Erfassung von 1989 in ein Isolierungslager gebracht werden sollten.

Die Ausländer wären von der Volkspolizei oder von Festnahmegruppen aus den Kreisdienststellen des MfS zunächst in Internierungssammelstellen gebracht worden. Jede Kreisdienststelle hatte eine solche Sammelstelle vorzubereiten. Meist nutzte man Lehrlingswohnheime oder Jugendherbergen, in Leipzig auch Messehallen. Nach einigen Tagen hätte man die Internierten in die für einen längerfristigen Aufenthalt vorbereiteten Lager abtransportiert.

Die Staatssicherheit bezeichnete die Inbetriebnahme der Internierungslager als „Entfaltung“. Innerhalb von 24 Stunden nach Ausgabe des Einsatzbefehls hatten die Räte der Bezirke eine teilweise und 48 Stunden danach die volle Aufnahmebereitschaft sicherzustellen. Auf dem Gebiet der DDR waren 1988 35 Internierungslager mit einer maximalen Aufnahmekapazität von ungefähr 28.000 Menschen geplant.⁹

Für die Internierung von Ausländern hatte man Objekte ausgewählt, die für die Aufnahme größerer Menschenmengen ausgelegt waren sowie über eine (Groß-)Küche und sanitäre Einrichtungen verfügten. Dazu gehörten Ferienheime, Jugendherbergen, Pionierlager und universitäre Einrichtungen. Das größte Internierungslager sollte am Stadtrand von Leipzig auf dem Gelände der jäh-

Karte der Internierungslager in der DDR, Stand 1988





Lfd. Nr.	Internierungslager	Kapazität			Sicherungs- Kräfte	Unter- bringung	op. Mitarb.
		Normal	zusätzlich	Gesamt			
1.	Jugendherberge "X. Weltfestspiele" Falkenhain Tel. 2361, Amt Mittweida	300 Hainichen Rochlitz Plehn Hirschfeld Freiberg		400	Ltr./Ltr. Vollzug StVE Plauen 42 1 Geschäftsstelle 3 Diensthabende 1 Meister u. JdL 2 Kochs 1 Kraftfahrer	Strandgast- haus Falkenhain Tel. 2580 Amt Mittweida	BSTU 0006
2.	Ingenieurschule Breitenbrunn Tel. 241, Amt Breitenbrunn	550 Brand/E Marienberg Anna Berg Zwickau Büch. Schwarzenb.		600	Ltr. Off. Sp.-Bunkt. Einsatz Plauen 54 1 Stellv. Ltr. 1 Geschäftsstelle 4 Diensthabende 1 Meister u. JdL 1 Gehilfe	Sport- schule ITS Rabenberg	
3.	Zentrale Ausbildungsstätte des VEB Hydrogeologie Nordhausen Johanngeorgenstadt/OT Neuoberraus Tel. 2547, Amt Johanngeorgenstadt Ferienheim VEB Feinspinnerei Erzgebirge Johanngeorgenstadt, OT Neuoberhaus Tel. 2273, Amt Johanngeorgenstadt	600 Werdau Reichenbach Plauen Flaurobach Geisnitz Klingenthal		700	Stellv. Ltr. Vollzug StVE NHStad 54 1 Stellv. Ltr. 1 Geschäftsstelle 4 Diensthabende 1 Meister u. JdL 1 Gehilfe 2 Kochs 1 Kraftfahrer		
3.	Jugendherberge "Rudolf Hennecke" Hormesdorf Tel. 359, Amt Geyer	350 Hainichen Guthaus Hormesdorf Zschopau Stollberg		500	Stellv. Ltr. StVA Hainichen 54 wie oben	Teichschönke Greifenbach Tel. 434 Amt Geyer	krG 1000

oben: Übersichtplan über das Gelände der agra Markkleeberg, um 1980, vorgesehen als größtes Internierungslager der DDR
Foto: Matthias Donath

Übersicht über die Internierungslager im Bezirk Karl-Marx-Stadt mit Angabe der Sicherungskräfte Stasi-Unterlagenarchiv

Internierungslager auf dem Gebiet des heutigen Freistaats Sachsen (Stand 1988)

Internierungslager	Bezirk	Kapazität (max.)
agra Markkleeberg	Leipzig	3.000
Jugendherberge „X. Weltfestspiele“ in Falkenhain bei Mittweida	Karl-Marx-Stadt	400
Jugendherberge „Adolf Hennecke“ in Hormersdorf	Karl-Marx-Stadt	500
Ingenieurschule für Maschinenbau in Breitenbrunn	Karl-Marx-Stadt	600
Betriebsberufsschule „Martin Hoop“ und Betriebsferienheim des VEB Feinspinnerei „Erzgebirge“ in Johanngeorgenstadt-Neuoberhaus	Karl-Marx-Stadt	700
Schloss Rammenau	Dresden	450
Ferienheime des BMK Hoyerswerda „Waldhof“ und des VEB Fahrzeugelektrik Pirna-Copitz „Grenzblick“ in Reinhardtsdorf-Schöna	Dresden	450
Zentrales Pionierlager „Klement Gottwald“ in Papstdorf	Dresden	1.100
Betriebsferienheim „Berghof“ in Rosenthal	Dresden	350
TU Dresden, Sektion Forstwirtschaft, Institut für Forstökonomie in Tharandt	Dresden	450
FDGB-Ferienheim „Ernst Thälmann“ in Oybin	Dresden	750

unten: Grundsätze zur Vorbereitung und Durchführung der Isolierung sowie der Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit der Isolierungsobjekte vom 14. November 1983, Auszug Stasi-Unterlagenarchiv

- 5 - GVS 103 0001-155/83 000005

- 6 - GVS 103 0001-155/83 000006

1. Grundlagen, Zielsetzung und Verantwortlichkeit

- 1.1. Die Isolierung erfolgt gemäß der für den Verteidigungszustand zu erlassenden Rechtsvorschriften auf besonderen Befehl des Ministers für Staatssicherheit. Zur Gewährleistung der Realisierung des Vollzugs der Isolierung sind die erforderlichen Rechtsvorschriften vorzubereiten. Isoliert werden nur Staatsbürger der DDR. Die Grundlage für die Isolierung bildet der vom Leiter der Bezirksverwaltung bzw. der zentralen Dienstseinheit bestätigte schriftliche Isolierungsbeschluss.
- 1.2. Die Isolierung dient insbesondere dem Ziel, die staatliche Sicherheit jederzeit zu gewährleisten und die Basis der subversiven Tätigkeit des Gegners entschieden einzuschränken.
- 1.3. Für die Planung, Vorbereitung und Realisierung der Isolierung ist das Ministerium für Staatssicherheit verantwortlich. Die Auswahl und Planung der Isolierungsobjekte sowie die Erarbeitung der erforderlichen Führungs-, Berichts- und Aufschuftdokumente auf der Grundlage dieser Grundsätze, hat in Verantwortung der Leiter der Arbeitsgruppen der Leiter der Bezirksverwaltungen zu erfolgen. Entsprechend ihrer Aufgaben und Zuständigkeit sind die Abteilungen VII, IX und XIV in die Erarbeitung einzubeziehen.

Die Leiter der operativen Dienstseinheiten, die Personen für die Isolierung geplant haben, sind nach Erhalt des Befehls zur Realisierung der Maßnahmen zur Isolierung eigenständig für die Durchsetzung der Aufgaben auf der Grundlage der Pläne der Maßnahmen gemäß Kennziffer 4.1.8. verantwortlich. Sie haben die dazu erforderlichen Maßnahmen zu planen und vorzubereiten sowie mit dem Leiter der Arbeitsgruppe des Leiters der Bezirksverwaltung abzustimmen.

Die Deutsche Volkspolizei, Abt. K, Arbeitsrichtung I, hat das Recht, Vorschläge zur Isolierung über die zuständigen Dienstseinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit einzureichen. Die Vorschläge sind durch die operativen Dienstseinheiten gemäß den festgelegten Kriterien zu prüfen und vom Leiter der Bezirksverwaltung bzw. der zentralen Dienstseinheit zu bestätigen.

Über die Isolierung und die Isolierungsobjekte besteht keine Aufsicht durch die Staatsanwaltschaft bzw. das Ministerium des Innern.

Die Vollstreckung gerichtlich ausgesprochener Haft- bzw. Freiheitsstrafen ist im Isolierungsobjekt nicht statthaft.

2. Kriterien für die Isolierung

- In die Maßnahmen der Isolierung sind Personen einzubeziehen,
- die feindlich-negativ eingestellt sind und bei denen der begründete Verdacht besteht, daß sie im Verteidigungszustand aufgrund ihrer Möglichkeiten bestimmte Bevölkerungskreise zu solchen subversiven Handlungen beeinflussen und veranlassen, die die staatliche Sicherheit ernsthaft gefährden;
 - bei denen durch die Deutsche Volkspolizei, Abt. K, Arbeitsrichtung I, der begründete Verdacht erarbeitet wurde, daß sie im Verteidigungszustand die Durchsetzung einer hohen öffentlichen Ordnung und Sicherheit erheblich beeinträchtigen;
 - denen in der Untersuchungshaft trotz bestehenden dringenden Verdachts Verbrechen gegen die DDR sowie Straftaten der schweren allgemeinen Kriminalität begangen zu haben, nicht bewiesen werden konnten;
 - die wegen Verbrechen gegen die DDR und Straftaten der schweren allgemeinen Kriminalität verurteilt wurden, deren Strafverbüßung abläuft und Voraussetzungen für die gesellschaftliche Wiedereingliederung nicht gegeben sind.

3. Vollzug der Isolierung

- 3.1. Der Vollzug der Isolierung erfolgt in zentral vorbereiteten Isolierungsobjekten des Ministeriums für Staatssicherheit und der Bezirksverwaltungen. Die Auswahl der Isolierungsobjekte ist unter Beachtung der in Anlage 1 festgelegten Inhalte vorzunehmen.
- 3.2. Die zu isolierenden Personen sind bei der Aufnahme in das Isolierungsobjekt erkenntnisdienlich zu behandeln, medizinisch zu befragen, mit den in der Anlage 2 geforderten Angaben zur Person zu erfassen und mit fortlaufender Nummer zu registrieren. Über jede Person ist eine Handakte zu führen. Mitgeführte Gegenstände, die nicht dem persönlichen Gebrauch dienen, sind mit Protokoll in Effektenkammern zu lagern. Rückgabe bzw. Weitergabe hat nur auf Weisung und gegen Quittung zu erfolgen. Die Isolierten sind über ihre Rechte und Pflichten sowie die Ordnungs- und Verhaltensregeln zu belehren und mit der Hausordnung vertraut zu machen.

lich stattfindenden Landwirtschaftsausstellung der DDR eingerichtet werden. Dort waren 3.000 Plätze vorgesehen. Die Unterbringung sollte auf Luftmatratzen und Decken in den Messehallen erfolgen. Alle Objekte waren umzäunt und mit Toren versehen, so dass eine Bewachung ohne großen Aufwand möglich war.

Die Bewachung der Internierten war ebenfalls Teil der langfristigen Planung im „Vorbeugekomplex“. Für etwa zehn Internierte war eine Aufsichtsperson eingeplant. Diese „Sicherungskräfte“ sollten von der Volkspolizei und den Angestellten der Strafvollzugseinrichtungen gestellt werden. Auch für sie waren Unterkünfte innerhalb des Objekts oder unweit davon vorgesehen. Für jedes Lager war bereits ein Objektleiter eingesetzt. So sollte der Leiter des Strafvollzugs der Strafvollzugseinrichtung Plauen das Internierungslager in der Jugendherberge „X. Weltfestspiele“ in Falkenhain bei Mittweida beaufsichtigen.¹⁰

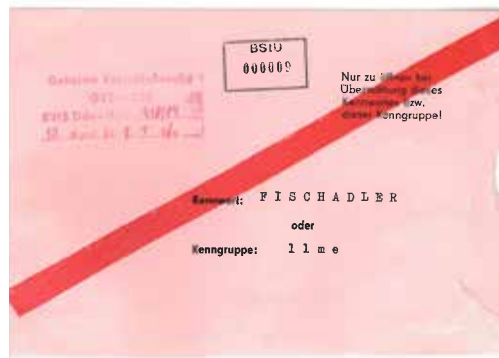
Isolierung

„Isolierung“ bedeutete in der Stasi-Sprache die Ausschaltung von DDR-Bürgern mit „verfestigter feindlich-negativer Grundhaltung“. Die gefährlichsten Oppositionellen wären nicht isoliert, sondern gemäß Kennziffer 4.1.1. gleich in Haftanstalten weggesperrt worden.

Die Arbeitsgruppe des Ministers (AGM) erarbeitete 1983 umfangreiche „Grundsätze zur Vorbereitung und Durchführung der Isolierung sowie der Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit der Isolierungsobjekte“.¹¹ Aus ihnen geht hervor, dass eine rechtsstaatliche Kontrolle ausgeschlossen war. Weder Staatsanwaltschaft noch Volkspolizei konnten angerufen werden. Eine Überprüfung der Isolierung durch Gerichte war nicht vorgesehen und überhaupt jede Beschwerde verboten.

Im Unterschied zu den internierten „Ausländern aus Feindstaaten“ hätten die isolierten DDR-Bürger Zwangsarbeit leisten müssen.

Das Eintreten des Ernstfalls war im Stasi-Jargon der „Tag X“. Alle Zeitangaben wurden nach Eingang des Einsatzbefehls („X“) berechnet. Die Kreisdienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit wären im Krisenfall mit einem Kennwort oder einer Kenngruppe aus vier Buchstaben alarmiert worden. Der Diensthabende hätte dann einen mit diesem Kennwort beschrifteten Umschlag geöffnet. Darin befand sich der Befehl. Im Bezirk Dresden lautete das Kennwort für die Isolierung „Lichtbogen“. Es hätte die Aktion „Leuchtboje“ ausgelöst, in der man „feindlich-negative Kräfte“ nach Kennziffer 4.1.3. in das Isolierungslager Schloss Hohnstein gebracht hätte. Mit dem Kennwort „Fledermaus“ wäre die Aktion „Fischadler“ angelaufen, die Überstellung von „Staatsfeinden“ nach Kennziffer 4.1.1. in Gefängnisse und Untersuchungshaftanstalten des Bezirks Dresden.¹² Die Einsatzbereitschaft



war im Zeitraum X + 30 Minuten herzustellen. Nach diesen 30 Minuten hätten hunderte Festnahmegruppen aus zwei bis drei Mitarbeitern des MfS die Oppositionellen aufgesucht, verhaftet und zu Sammelstellen gebracht. Von dort wäre der Abtransport in die „zentralen Isolierungsobjekte“ erfolgt. Zu jeder Person, die man ergreifen wollte, lag eine Personalkarte vor. Die Isolierungslager hatten in X + 8-12 Stunden die teilweise und in X + 36 Stunden die volle Aufnahmebereitschaft sicherzustellen. Bereits in X + 24 Stunden wäre die Verhaftungswelle abgeschlossen gewesen.

Die „feindlichen Kräfte“ sollten durch die Lagerhaft daran gehindert werden, die „öffentliche Sicherheit“ zu gefährden. Dazu hatte man sich ein detailliertes Regelwerk ausgedacht. Die Verhafteten wären nach Geschlechtern getrennt untergebracht worden. Nach der erkenntnisdienlichen Behandlung hätten sie eine einheitliche Kleidung erhalten. Für jeden Isolierten waren vorgesehen: 1 Luftmatratze, 2 Schlafdecken, 1 Unterhemd (nur männliche Isolierte), 1 Unterhose (nur männliche Isolierte, 2 Hemden (nur weibliche Isolierte), 2 Büstenhalter (nur weibliche Isolierte), 2 Paar Socken/Strümpfe, 1 Arbeitsanzug, 1 Paar Arbeitsschuhe, 1 Pullover, 1 Paar Handschuhe, 1 Hosenträger, 1 weißer Arbeitsanzug (nur für Isolierte mit Innendienstfunktion), 1 weißes Arbeitshemd (nur für Isolierte mit Innendienstfunktion), 1 Paar Arbeitshalbschuhe (nur für Isolierte mit Innendienstfunktion), 1 Eßgefäß (Plasteschüssel), 1 Trinkgefäß (Plastebecher), 1 Eßbesteck, 1 Wassereimer (Plaste) für 10 Personen, 1 Waschsüssel (Plaste) für 2 Personen, 1 x Seife, 1 x Rasierseife (nur männliche Isolierte), 1 Zahncreme, 2 Handtücher, 3 Taschentücher, 2 Packungen Tampons/Zellstoffbinden (nur weibliche Isolierte).

Die Sicherungskräfte durften „angemessene Zwangsmaßnahmen“ anwenden, um Ordnung und Disziplin durchzusetzen. Der Tagesablauf folgte einer strengen Hausordnung. Die Isolierten wären außerhalb ihres Arbeitseinsatzes in den Verwahräumen eingeschlossen gewesen. Täglich hätte man einen Zählappell durchgeführt. Zum Arbeitseinsatz wären die Inhaftierten in Produktionsbetriebe in der Nähe des „Isolierungsobjekts“ gebracht worden. Sie hat-

Umschlag, der den Befehl zur Isolierung von Oppositionellen enthielt. Aufbewahrt in einer MfS-Kreisdienststelle, hätte er nur bei Durchgabe des Kennworts geöffnet werden dürfen. Stasi-Unterlagenarchiv

10 Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS BV Karl-Marx-Stadt Abt. VII, Nr. 31, Bl. 6-8.

11 Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS HA II, Nr. 47467, Bl. 103-148.

12 Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS BV Dresden Abt IX, Nr. 30310.

Isolierungslager auf dem Gebiet des heutigen Freistaats Sachsen (Stand 1988)

Isolierungslager	Bezirk	Kapazität (max.)
Wohnlager III des VEB Braunkohlenveredlungswerkes Espenhain	Leipzig	Nicht bekannt
Schloss Augustusburg	Karl-Marx-Stadt	6.000
Festhalle Annaberg-Buchholz	Karl-Marx-Stadt	400
Turnhalle Talstraße 20 in Annaberg-Buchholz	Karl-Marx-Stadt	130
Schloss Hohnstein, Jugendherberge „Ernst Thälmann“	Dresden	800

ten den Aufsichtskräften höflich den „Tagesgruß“ entbieten müssen. Die Isolierung war unbefristet und hätte Monate oder Jahre andauern können.

Jeder Inhaftierte durfte sich mit einem Angehörigen ersten Grades schreiben. Pro Monat war ein Brief nicht länger als eine A4-Seite erlaubt. Antwortbriefe wären eingezogen worden, wenn sie den „Zweck der Isolierung“ gefährdet hätten.

Nach den Erfassungen des Ministeriums für Staatssicherheit sollten 1988 rund 10.000 DDR-Bürger „isoliert“ werden. Daher brauchte man deutlich weniger Isolierungs- als Internierungslager. Jeder Bezirk hatte ein „zentrales Isolierungsobjekt“ vorzubereiten. Dieses sollte möglichst außerhalb geschlossener Ortschaften liegen und mindestens 60 Kilometer von der Staatsgrenze zur Bundesrepublik Deutschland entfernt sein. Gefordert waren eine Außen- und Innensicherung sowie vorhandene Sanitär- und Kücheneinrichtungen.

Die meisten „Isolierungsobjekte“ waren Burgen und Schlösser, da diese die Voraussetzungen erfüllten. Sie waren isoliert, man konnte sie gut bewachen und es waren Toiletten und gastronomische Einrichtungen vorhanden.

Schloss Augustusburg wäre das größte Isolierungslager der DDR geworden. Man wollte hier 6.000 Oppositionelle unterbringen. In der Übung „Meisterschaft 85“, mit der die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt 1985 die Verhaftungsaktion probte, bezeichnete man das Isolierungslager mit dem Codewort „Gitter I“.¹³ Die Übung spricht von einem weiteren „Ausweich-Isolierungslager“ für 5.000 Personen mit dem Kennwort „Gitter II“. Ein solches hat es jedoch nie gegeben. Stattdessen wurden 1985 zwei „zeitweilige Isolierungsobjekte“ in Annaberg-Buchholz in die Planung aufgenommen (die Festhalle und eine Turnhalle) und weitere Bauten auf ihre Eignung untersucht.¹⁴

Die Leitung des „Isolierungsobjekts“ hatte der Stellvertreter des Leiters der Abteilung XIV der Bezirksverwaltung des MfS zu übernehmen. Auch weitere Führungskräfte wären aus der Abteilung XIV abgeordnet worden, die für den Wach- und Schließdienst in den Untersuchungshaftanstalten des MfS zuständig war. Für die Bewachung hätte man zur Hälfte „zuverlässige und erfahrene Mitarbeiter“ der Bezirksverwaltung

eingesetzt. Für die andere Hälfte des Personals waren loyale DDR-Bürger aus der Umgebung des „Isolierungsobjekts“ ausgesucht worden. Diese wussten aber nichts davon, für welchen Einsatz sie vorgesehen waren.

Wie in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten war es vorgesehen, durch den Einsatz von „Funktionshäftlingen“ die Zahl der Sicherungskräfte niedrig zu halten. Die Gefangenen, die bei der Kontrolle der Isolierten mit halfen, waren mit Ärmelstreifen gekennzeichnet und genossen eine bevorzugte Behandlung. Außerdem sollten in alle „Isolierungsobjekte“ Inoffizielle Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit eingeschleust werden, um aus dem Kreis der Isolierten zu berichten.

Auch Belobigungen und Strafen hätten dazu beigetragen, die Ordnung im Lager aufrechtzuerhalten. Als Strafen waren Arrest, zusätzliche Arbeitseinsätze, die Einschränkung oder der Entzug von Vergünstigungen oder der Ausschluss vom Postverkehr vorgesehen.

Schloss Augustusburg als geplantes Isolierungslager

Schloss Augustusburg war von 1568 bis 1572 auf einer weithin sichtbaren Bergkuppe am Nordrand des Erzgebirges erbaut worden. Benannt nach Kurfürst August von Sachsen (1526–1586), ersetzte die einheitlich geplante Renaissanceanlage die mittelalterliche Burg Schellenburg. Die sächsischen Kurfürsten nutzten das Schloss als Jagdsitz und sahen es als Machtsymbol. 1921 wurde eine Jugendherberge eingerichtet und 1923 das erste Museum eröffnet. 1933 erfolgte die Umnutzung zur „Gauführerschule“ der NSDAP in Sachsen. In der DDR entwickelte sich Schloss Augustusburg erneut zum Ausflugsziel. Die Jugendherberge im Schloss hatte 150 Plätze. Die HO-Schlossgaststätte sicherte die Versorgung der Besucher, die das 1961 eröffnete Motorradmuseum und das 1969 eingerichtete Museum für Jagdtier- und Vogelkunde des Erzgebirges besichtigten.

Für das Ministerium für Staatssicherheit bot sich Schloss Augustusburg als Standort an, weil es durch die Lage auf einem Bergkegel und die massive Bebauung einfach zu überwachen und von

¹³ Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS AGM, Nr. 358, Bl. 5-22, vgl. Auerbach (wie Anm. 1), S. 104-110.

¹⁴ Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS BV Karl-Marx-Stadt KD Brand-Erbisdorf, Nr. 86; MfS BV Karl-Marx-Stadt KD Anna-berg, Nr. 234-236.

der Umgebung isoliert war. Zudem gab es ausreichende Räume sowie Toiletten und Küchen.

Der langjährige Museumsleiter Rudi Gränitz wusste über die Nutzung seines Schlosses im Krisenfall Bescheid. 1977 hatte er als „IM Busch“ eine Verpflichtungserklärung für das Ministerium für Staatssicherheit unterzeichnet.¹⁵ Seine Aufgabe war die Überwachung der Mitarbeiter und des Gebäudes, um am „Tag X“ eine rasche Inbetriebnahme des Isolierungslagers sicherstellen zu können.

Der Bezirk Karl-Marx-Stadt hatte nach der Statistik des MfS die höchste Anzahl „feindlich-negativer Kräfte“. Nach dem Stand vom November 1986 sollten 9.730 Männer und Frauen isoliert werden.¹⁶ Das waren 63 % aller Personen, die in der ganzen DDR in dieser Kategorie eingestuft waren. Demzufolge benötigte der Bezirk Karl-Marx-Stadt das größte Isolierungslager der DDR. Schloss Augustusburg reichte allerdings nur für die Aufnahme von 6.000 Personen aus. Daher plante man ab 1985 die Einrichtung weiterer Isolierungslager, etwa in der Festhalle Annaberg-Buchholz.¹⁷ Allerdings scheint das Missverhältnis zu den anderen DDR-Bezirken aufgefallen zu sein. 1988 wurde die Zahl derjenigen, die im Bezirk Karl-Marx-Stadt gemäß Kennziffer 4.1.3. zur Isolierung vorgesehen waren, stark reduziert.

Auf 200 Verhaftete kam ein Spitzel des MfS, der ins Lager eingeliefert worden wäre, nur um aus dem Kreis der Oppositionellen zu berichten.

Wie die Unterbringung genau organisiert werden sollte, ist nicht im Detail bekannt. Belegungspläne der Innenräume haben sich nicht erhalten. Die Inhaftierten hätten auf Luftmatratzen in den Räumen des Schlosses genächtigt. Das Museumsgut wäre dazu ausgeräumt worden. Die Küche der HO-Gaststätte sollte die Verpflegung der Isolierten sicherstellen. Die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt des MfS hatte die zur Unterbringung benötigten Artikel eingelagert. Nach einer Liste des Jahres 1983 hatte man jedoch noch nicht ausreichend Utensilien, um 6.000 Isolierte versorgen zu können. Vorhanden waren lediglich 2.500 Essgefäße, 950 Essbestecke und 2.000 Arbeitsanzüge. Luftmatratzen oder Schlafdecken hatte man gar nicht vorrätig.¹⁸

Um Personal für die Bewachung zu gewinnen, hatte die Kreisdienststelle Annaberg in den Jahren 1982/83 insgesamt 85 Personen auf ihre Zuverlässigkeit überprüft, ohne dass die Betroffenen davon erfuhren. 70 von ihnen wären im Krisenfall als Reservisten eingezogen und vom MfS als „Sicherungskräfte“ eingesetzt worden.

Burg Hohnstein als geplantes Isolierungslager

Die Felsenburg in der Sächsischen Schweiz wurde um 1200 als Grenzburg des Königreichs Böhmen angelegt und mehrfach umgebaut. Seit 1543 war die Burg, die ein zerklüftetes Felsmassiv einnimmt, Verwaltungssitz des kursächsischen Am-

tes Hohnstein und später Gefängnis. 1926 wurde hier eine der größten deutschen Jugendherbergen eröffnet. Die Nationalsozialisten betrieben hier 1933/34 ein frühes Konzentrationslager. Die Nutzung als Jugendherberge lebte nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auf. Die „Jugendburg“ enthielt eine Gedenkstätte an die Opfer des Konzentrationslagers und wurde mit dem Namen „Ernst Thälmann“ bezeichnet.

Das MfS wählte die Burg Hohnstein als „zentrales Isolierungsobjekt“ des Bezirks Dresden aus.¹⁹ Dabei machte man sich offenbar keine Gedanken darüber, dass man dadurch ein früheres Konzentrationslager wiederbelebt hätte. Für die Nutzung als Isolierungslager sprachen die Abschottung der Burg gegenüber der Umgebung und die vorhandene Einrichtung mit Schlafsälen, Küche und Toiletten. Die Verhafteten wären über Sammelpunkte nach Hohnstein gebracht worden. Horst Böhm (1937–1990), Leiter des Bezirksverwaltung Dresden des MfS, hätte die Aktion „Leuchtböje“, die Verhaftung der „feindlichen Kräfte“ im Bezirk Dresden, jederzeit mit dem Kennwort „Lichtbogen“ auslösen können.

„Lageveränderung“

Anders als in Polen, wo 1981 unter Kriegsrecht zahlreiche Oppositionelle über Monate in Lagern eingesperrt wurden, kam es in der DDR nie zu einer Verhaftungsaktion, auch nicht im Herbst 1989. Zwar ordnete Stasi-Chef Erich Mielke nach den ersten Massenprotesten in Ost-Berlin, Plauen und Dresden am 8. Oktober 1989 die „ständige Dienstbereitschaft“ an, doch die Einsatzleitungen in den Bezirken lösten nie den Mobilisierungsfall aus. Die Friedliche Revolution verhinderte die Ausführung der in der Schublade liegenden Verhaftungsbefehle. Die Staats- und Parteiführung der DDR sah sich nicht mehr in der Lage, die Massenproteste niederzuschlagen, und setzte auf „Dialog“, um ihre Macht zu behalten. Aber auch diese Strategie scheiterte. Erich Mielke trat am 7. November 1989 zurück, das Ministerium für Staatssicherheit wurde am 18. November 1989 in Amt für Nationale Sicherheit umbenannt und schließlich ganz aufgelöst.

Noch im November 1989 führten einzelne Dienststellen des MfS die Verhaftungslisten des „Vorbeugekomplexes“ weiter, bis schließlich dieses Herrschaftsinstrument kollabierte. Erst am 29. November 1989 ordnete Egon Krenz, der Erich Honecker an der Staats- und Parteispitze abgelöst hatte, die Auflösung der Einsatzleitungen an. Unterdessen hatten die Dienststellen des MfS schon den Befehl erhalten, aufgrund der „Lageveränderung“ alle Akten des „Vorbeugekomplexes“ ausnahmslos zu vernichten. Noch vor Auflösung des MfS wurde der Großteil der Bestände verbrannt oder zerrissen. Dennoch blieben ausreichend Unterlagen erhalten, die die MfS-Pläne dokumentieren.

15 Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS BV Karl-Marx-Stadt, AIM 1792/80 und XIV 1656/80.

16 Vgl. Anm. 6.

17 Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS BV Karl-Marx-Stadt KD Annaberg, Nr. 234-236.

18 Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS BV Karl-Marx-Stadt AGL, Nr. 108.

19 Vgl. Baganz (wie Anm. 3).

Autor

Dr. Matthias Donath
Herausgeber der „Sächsischen Heimatblätter“



Das Fernsehen der Opposition 1986 bis 1989

Peter Wensierski

Screenshots von illegal gemachten Aufnahmen durch die Opposition der DDR Kontraste/Peter Wensierski

Wer auch immer in Ost- oder West-Deutschland am Abend des 26. Oktobers 1987 seinen Fernseher eingeschaltet hatte, konnte exklusive Bilder aus dem Süden der DDR sehen, die bis dahin zu den streng gehüteten Geheimnissen gehört hatten: Millionen Zuschauer auf beiden Seiten der Grenze sahen erstmals die hoch aufgetürmten Halden mit gefährlichem Abraum aus den radioaktiv verstrahlten Urangruben Thüringens und Sachsens. Die Videoaufnahmen zeigten Fördertürme, Abbauanlagen, riesige Halden und mit Uranstaub verdeckte Pflanzen in den Gärten angrenzender Wohnsiedlungen und schockierende Fotos von Menschen mit ungewöhnlichem Haarausfall. Ein ehemaliger Bergmann sprach darüber, wie er und seine Kameraden sich in den Bergwerken der „Wismut“ die Gesundheit ruiniert hatten. Bilder und Eindrücke, die sich ins Gedächtnis brannten und Zuschauer auf beiden Seiten der Mauer empörten, die das ganze Ausmaß der Umweltkatastrophe in dieser Region zuvor noch nie wirklich wahrgenommen hatten.

Möglich waren derartige Aufnahmen nur, weil ein junger Umweltschützer den Mut hatte, mit einer VHS-Amateurkamera ohne jegliche staatliche Erlaubnis zu filmen. Der aus Halle stammende Michael Beleites gab sein Drehmaterial mit Hilfe von Vertrauenspersonen, die unkontrolliert über die Grenze durften, ans „West-Fernsehen“ weiter, zur Sendung

„Kontraste“ vom Sender Freies Berlin, eine der politischen Magazinsendung im Ersten Deutschen Fernsehen, der ARD. Das Magazin wurde damals von bis zu 20 Millionen Menschen auf beiden Seiten der Grenze gesehen.

Natürlich konnten und wollten die mutigen ostdeutschen Filmere wie Beleites auch die Zuschauer in der Bundesrepublik informieren, aber über diesen Umweg hofften sie, vor allem die eigenen Bürger in der DDR zu erreichen und aufzurütteln. Keiner der in Ost-Berlin akkreditierten West-Korrespondenten hätte jemals derartige Aufnahmen vom Außenministerium der DDR genehmigt bekommen. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), die Volkspolizei, Transportpolizisten, die „Freiwilligen Helfer der Deutschen Volkspolizei“ und viele „Gesellschaftlichen Kräfte“ wachten sehr aufmerksam darüber, dass unerwünschte Informationen nicht an den „Klassenfeind“ im Westen gelangten. In vielen Stasi-Akten, die man heute einsehen kann, stößt man auf die bange Frage der MfS-Mitarbeiter, ob diese oder jene Angelegenheit – etwa eine Protestaktion, eine Verhaftung oder eine „Umwelthavarie“ – womöglich „öffentlichkeitswirksam“ geworden sein könnte.

Vieles über die Realität in der DDR blieb deshalb unter der Decke, wurde weder im Westen noch im Osten bekannt. Im Vertuschen, Verschweigen, Verschleiern war die Arbeit der Sicherheitsorgane ziem-

lich erfolgreich. Noch bis heute wirkt sich das bei den allzu positiven Erinnerungen an die untergegangene sozialistische Republik aus.

In den letzten Jahren der DDR wollten viele kritische junge Leute dort nicht länger auf bessere Zeiten warten, sondern so weit wie möglich versuchen, sich die fehlende Freiheit einfach selbst nehmen – wohl wissend, dass dies höchst riskant mit Verhaftung, Ausbürgerung oder Gefängnis enden konnte. Aber das große Verschweigen der wirklichen Probleme in der DDR hatte, wenn man so will, auch eine dialektische Kehrseite: Jedes einzelne Durchbrechen, jedes öffentlich machen, von dem, was verschwiegen werden sollte, bekam in der DDR eine ungeheure Bedeutung und Sprengkraft, die den Staat und sein Schweigekartell entblößte und letzten Endes delegitimiert.

Zu den häufigsten Aussagen, die auf den Versammlungen – die nahezu ausschließlich in Kirchenräumen stattfinden konnten – in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre fielen, gehörte der Satz: „Wir wollen endlich mündige Bürger sein!“ Und zur Mündigkeit gehörte eine echte, freie Berichterstattung, kurzum: Pressefreiheit.

Aber die lag noch in der Ferne. Nur innerhalb des Kirchengeländes gab es erstaunlich offene Friedenswerkstätten, Bluesmessen und andere Jugendveranstaltungen, zu denen tausende junger Leute kamen. Doch auch diese waren niemals ohne Konflikte und Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht, oft zwischen den Bischöfen und anderen Kirchenfunktionären wie Manfred Stolpe mit Klaus Gysi, dem Staatssekretär für Kirchenfragen und Vater von Gregor Gysi.

Es gab zwar in kleineren Auflagen die evangelischen Kirchenzeitungen in der DDR. Sie galten noch als vergleichsweise offen im Vergleich mit den staatlich gelenkten und zensierten Medien. Sie berichteten anders als das „Neue Deutschland“ oder die „Junge Welt“ über Ökologie und Lebensstilfragen, etwa über erste Baumpflanzaktionen von Umweltgruppen am Rande der Kirche. Doch als sie versuchten, ab Anfang der 1980er Jahre, mehr über die Wirklichkeit in der DDR zu schreiben, nahmen staatliche Zensur und Verbote zu. Aus Protest ließen Kirchenzeitungs-Redaktionen einfach leere, weiße Flächen auf gedruckten Zeitungsseiten stehen. Deshalb kam es in Ost-Berlin am 10. Oktober 1988 sogar zu einem Demonstrationsversuch von 200 Menschen gegen die Zensur der Kirchenpresse. Doch auch die Kirchenleitungen mahnten immer wieder in den eigenen Reihen zur Zurückhaltung, um den Staat nicht zu provozieren.

Das war die Situation, in der insgesamt rund vier Dutzend Mitwirkende des „Fernsehens der Opposition“ zwischen 1986 und Ende 1989 anders handeln wollten. Dieses bis zum Ende der DDR erstaunlich gut funktionierende Netzwerk war größer und wirkmächtiger, als es bisher wahrgenommen worden ist. Das zeigen die Recherchen und Interviews, die im Jahre 2024 dazu im Auftrag des Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. und dank der Unterstützung des Freistaat Sachsen im Programm „Sehnsucht



nach Freiheit“ stattfinden konnten. Es ging u. a. um die Fragen: Wer gehörte alles dazu? Warum waren diese Beteiligten dazu bereit? Wie war das alles praktisch organisiert? Um welche Inhalte ging es den Mitwirkenden?

Es waren überwiegend in der DDR lebende oder aus ihr stammende Personen beteiligt, die in irgendeiner Rolle dabei arbeitsteilig mitmachten: Hinter der Kamera, mit dem Mikrofon, als Fahrer, Ortskundige, Interviewpartner, Texter, Kamera- und Videocassetten-Überbringer oder als Menschen, die ihre Wohnung zwecks Aufnahme von Interviews mit Oppositionellen oder als Versteck für die Ausrüstung mutig zur Verfügung stellten. Nur einige von ihnen können in diesem Text näher beschrieben, werden.

Hinzu kommen noch in Ost-Berlin akkreditierte West-Journalisten wie Ulrich Schwarz vom „Spiegel“ und der aus Österreich stammende Ingomar Schwelz von der Nachrichtenagentur Associated Press, einzelne Diplomaten oder deren Ehefrauen, weil sie unkontrolliert die Grenzübergänge zwischen Ost- und West-Berlin passieren konnten und überdies bereit waren, etwas nach den Gesetzen der DDR Illegales mitzumachen. Außerdem unterstützten eine handvoll junger Redakteure und Redakteurinnen der „tagesszeitung“ (taz) bei ihren Besuchen in Ost-Berlin die Kommunikation der Beteiligten über die Grenze hinweg. Dazu gehörten u. a. Birgit Mehding, Brigitte Fehrle, Ursel Sieber und Myriam Modrow. Einige unter ihnen bekamen in dieser Zeit Einreiseverbote. Belinda Cooper, eine New Yorkerin, die in West-Berlin studierte und eng mit dem Ost-Berliner Umweltaktivisten Carlo Jordan und dessen Freundeskreis rund um die Umweltbibliothek befreundet war, lernte dort auch Siegbert Schefke und Aram Radomski kennen und war, wie sie, am 9. Oktober 1989 in Leipzig, dem Tag jener Demonstration, die das Ende der DDR besiegelte und deren heimlich aufgenommenes Video weltweit verbreitet wurde. Diese Aufnahme markiert wohl den Höhepunkt des „Fernsehens der Opposition“, doch sie stand erst am Ende einer immer wagemutigeren filmischen Praxis, die sich durch die letzten drei Jahre des SED-Staates zog. Informationen aus der DDR herauszubringen, auch

Leitmedium Fernsehen: Rundfunkgeschäft in der Philipp-Müller-Straße (heute: Zschochersche Straße) in Leipzig-Plagwitz, 1987
Archiv Bürgerbewegung Leipzig,
Mahmoud Dabdoub,
Foto 029-001-216

solche, die nicht der Geheimhaltung unterlagen, galten als eine schwere Straftat. Eine mögliche Anklage gegen die Beteiligten hätte willkürlich zwischen „Landesverräterische Nachrichtenübermittlung“ (§ 99), „Landesverräterische Agententätigkeit“ (§ 101) oder „Staatsfeindliche Hetze“ (§106) und anderen Paragrafen wie „Landesverräterischer Treubruch“ des DDR-Strafgesetzbuches chargieren können – inklusive Androhung einer Bestrafung mit bis zu zwölf Jahren Gefängnis.

Der Wunsch nach freien Medien und offener Berichterstattung hatte in der alternativen Szene der DDR schon seit Ende der 1970er Jahre vielerlei Gestalt angenommen. In Dresden, Leipzig oder Ost-Berlin gab es Untergrund-Künstlerzeitungen, die per Durchschlagpapier und Siebdruck in Kleinstauflage entstanden. Die Friedens-, Frauen-, Schwulen- oder Umweltgruppen hektografierten ihre Themen auf Wachsmatrizen und uralten Kurbelmaschinen. So waren zahlreiche Journale, Flugblätter, Periodika, sogar Studienarbeiten, Broschüren und Bücher erschienen, die von Hand zu Hand weitergereicht wurden. Der SED und dem Ministerium für Staatssicherheit waren selbst diese unkontrollierten Produkte in Kleinstauflage schon zu viel. Immer wieder kam es deswegen zu Verhören, Hausdurchsuchungen und Festnahmen bis hin zu Verurteilungen wegen „staatsfeindlicher Hetze“.

Um einen größeren Teil der DDR-Bürger selbstbestimmt informieren zu können, versuchte im Sommer 1986 eine fünfköpfige Ost-Berliner Gruppe um Reinhard Schult, Tina Krone und Stefan Krawczyk mit Unterstützung West-Berliner Hausbesetzer, einen UKW-Piratensender zu betreiben. Er bekam den Namen „Schwarzer Kanal“, wie eine bekannte Propagandasendung mit Karl-Eduard von Schnitzler im DDR-Fernsehen hieß. Thema der ersten Sendung war der äußerst laxer Umgang der DDR mit den gesundheitsbedrohenden Folgen des Reaktor-Unfalls von Tschernobyl. Doch das Projekt erwies sich bald als allzu kompliziert und brandgefährlich hinsichtlich der Entdeckung, zudem schaltete die Stasi Störsender auf, so dass die Reichweite des ohnehin schwachen UKW-Radiosenders viel zu gering

war. Das war sie nicht, die erhoffte Gegenöffentlichkeit. Ein größeres Publikum, gar in Millionenhöhe zu erreichen, schien so für die kritischen Geister in den oppositionellen Gruppen schier unmöglich.

Das konnte nur über Radio und vor allem Fernsehen gelingen – in der DDR womöglich über den Umweg Westfernsehen. „Denn jeden Abend reiste ja die Mehrheit der 16 Millionen DDR-Bürger praktisch aus der DDR aus“, beschreibt Schefke die damalige Situation, „wenn sie die Vorhänge zuzogen und um 20 Uhr die Tagesschau einschalteten, um West-Fernsehen zu gucken“.

Die relativ kleinen, preiswerten und einfach zu bedienenden japanischen Videokameras eröffneten ganz neue und bessere Möglichkeiten. Deren Besitz war nicht verboten, Touristen konnten sie problemlos einführen, und in den Intershops der DDR gab es für ein paar Mark West sogar Aufnahmekassetten zu kaufen. Aram Radomski, Rüdiger Rosenthal, Wolfgang Rüdtenklau und Siegbert Schefke waren elektrisiert von der Idee.

Die beiden Mitbegründer der Ost-Berliner Umweltbibliothek, Rosenthal und Rüdtenklau, hatten seit 1986 die erste Videokamera in ihren Händen, mit der sie Umweltprobleme dokumentieren wollten. Aber woher? Nun, Rosenthal kannte den 1983 aus der DDR gedrängten Jenaer Bürgerrechtler Roland Jahn, der seitdem in West-Berlin Kreuzberg wohnte und von dort aus weiterhin den Draht zu seinen Freunden nach Jena und in die oppositionellen Szene Ost-Berlins hielt. Jahn unterstützte die Gruppen mit Literatur aus dem Westen, aber auch vielem anderen mehr: So wünschte sich Rüdtenklau für die Umweltbibliothek von Jahn eine einfache Druckmaschine. Der besorgte sie in einem Bürofachgeschäft unweit des Checkpoints Charly, und ein Bundestagsabgeordneter der Grünen nahm sie im Kofferraum seines Autos einfach mit über die Grenze, da er als Abgeordneter dort nicht kontrolliert wurde.

Rosenthal und Jahn kannten sich persönlich noch aus Jena, aber Jahn durfte nicht mehr in die DDR einreisen. Einmal gelang es Jahn trotzdem, am Ende einer Flugreise von Prag nach Berlin vom Ost-Berliner Flughafen Schönefeld aus mit der S-Bahn ins Zentrum der DDR-Hauptstadt zu fahren. Dort besuchte er zuerst seinen erstaunten Freund Rüdiger Rosenthal. Mit ihm besuchte er andere Oppositionelle, fuhr sogar noch einmal nach Jena und reiste dann erst wieder nach West-Berlin aus, sehr zum Ärger der Stasi. Die beiden telefonierte weiterhin zwischen West- und Ost-Berlin und trafen sich im tschechischen Franzensbad, denn Jahn wollte nun erst recht die DDR-Opposition unterstützen. Bei einem Waldspaziergang sprachen sie miteinander darüber, wie man größere Öffentlichkeit für die Anliegen der Opposition in der DDR herstellen könnte. Rosenthal erinnert sich gut an diesen Tag im Sommer 1986: „Es ging schon sehr bald darum, Videokameras nach Ost-Berlin rüberzubringen, um Umweltschäden in der DDR zu dokumentieren und mehr. Roland hat mich gefragt, ob ich das wagen würde, wenn er eine Kamera bei mir in Ost-Berlin vorbeibringen ließe. Ich habe gesagt: Ja, mach mal. Ich organisiere dann die

Berlin, Grenzübergang Checkpoint Charlie, 7. Oktober 1989
Archiv Bürgerbewegung Leipzig, Armin Wiech, Foto 015-004-017



Aufnahmen.“ Der AP-Korrespondent in Ost-Berlin, Ingomar Schwelz, ließ sich auf Jahns Bitte hin als Paketbote zu Rosenthal ein. Er nahm Ende 1986 eine nagelneue Panasonic M7 im Kofferraum über die Grenze mit und brachte sie Rosenthal in dessen Wohnung, Roelckestraße 83. Bei anderen Korrespondenten war Jahn mit der Bitte abgeblitzt. Sie trauten sich nicht, um ihren Status nicht zu gefährden.

„Mit Wolfgang Rüdtenklaus bin ich dann mit meinem Trabi in die südlichen Industriegebiete der DDR gefahren“, erinnert sich Rosenthal an den ersten Einsatz der Kamera für das West-Fernsehen. „In Dresden sind wir auf ein Hochhaus drauf, das ich kannte, um von dort oben die Smog-Glocke besser filmen zu können, die – wie so oft damals im Winter – belastend über der Stadt lag. In der DDR aber gab es keinen Smog und keinen Smog-Alarm mit Fahrverboten. Es gab nur den Begriff ‚Industrienebel‘, Messwerte der Luftverschmutzung wurden nicht bekannt gegeben. Unten auf dem Platz vor dem Neustädter Bahnhof trugen die qualmenden, stinkenden Zweaktoren ihren Teil dazu bei. Wir sind dann noch in Lauchhammer, Merseburg, Leuna, Bitterfeld, Spremberg und im Cottbuser Raum unterwegs gewesen, haben das Gaskombinat ‚Schwarze Pumpe‘ mit seinen Rauchwolken von weiten gefilmt. Es lag Schnee und die Luftverschmutzung war absolut deutlich zu sehen. Dort filmten wir auch ein skurril anmutendes Werbeschild, auf dem stand: ‚Braunkohle veredeln – Gas stabil produzieren‘. Am Ende haben wir noch den Smog über den Dächern Ost-Berlins gefilmt.“

Die Angst, ins Gefängnis dafür zu kommen, die habe ich verdrängt in diesen Momenten. Wir vertrauten darauf, dass es bei einer Verhaftung Proteste im Westen geben würde. Wir hatten ja sogar persönliche Kontakte zu Petra Kelly, die 1980 die Grünen gegründet hatte. Mit Carlo Jordan von der Ost-Berliner Umweltbibliothek hatten wir vorher alles abgesprochen, was zu tun wäre, wenn wir nicht zurückgekommen wären. Carlos Maxime war: Wir müssen immer so handeln, als ob wir nicht überwacht werden. Nur dann kann man was voranbringen.“

Bei den ersten Außenaufnahmen vor den rauchenden und qualmenden Schloten gingen die beiden dennoch vorsichtig vor. Die Kamera war in einer Umhängetasche, in die ein Loch geschnitten war, für die Linse. „Mit einer Hand in der Tasche konnte ich Start und Stopp der Aufnahme schalten, das war ganz einfach.“ Alles ging gut und die Kassette ging problemlos mit Korrespondent Schwelz wieder über die Grenze zurück zum Sender Freies Berlin. Kontraste sendete am 3. März 1987 einen Filmbeitrag mit dem Titel „Uns stinkt’s“, in dem ausschließlich die Aufnahmen von Rüdtenklaus und Rosenthal zu sehen waren.

Zum Schluss des Kontraste-Beitrages wurden erstmals die Forderungen von DDR-Umweltgruppen einem Millionenpublikum bekannt gemacht. In einem durchlaufenden Text hieß es: „Wir Umweltschützer fordern: die Einführung eines Smog-Warnsystems mit Auflagen für Industrie und Verkehr. Die Abschaffung der Anordnung zur Geheimhaltung von Umweltdaten und die öffentliche Bekanntgabe von



Aram Radomski, 1980er Jahre
Aram Radomski

Messwerten der Schadstoffbelastung über Presse, Rundfunk und Fernsehen. Ungehinderte Arbeitsmöglichkeiten für Umweltschützer [...] und eine konsequente ökologische Politik zur Beseitigung der Ursachen von Luftverschmutzung.“

Rosenthal traute sich später sogar, für den „Spiegel“ in einem Plattenbauviertel von Neubrandenburg Muttermilch zu besorgen, die in Hamburg auf Gifte untersucht wurde. „Überall, wo Kinderwagen herumstanden, habe ich geklingelt, mit Erfolg.“ Mit der Videokamera filmte er noch aus dem Autofenster heraus die Stümpfe in der Ost-Berliner Kastanienallee, in der sämtliche Bäume gefällt worden waren. Dann kam eine weitere Kamera über die Grenze – zu Radomski und Schefke.

„Ich dachte damals, so wie es um das Verschweigen der riesigen Probleme in unserem Staat stand, ging es nicht weiter“, erzählt Aram Radomski, einer der Hauptbeteiligten am „Fernsehen der Opposition“, der dann landauf landab im Verborgenen alles filmte, was nicht gezeigt werden sollte. Meist reiste er in seinem Trabi zusammen mit Siegbert Schefke an jene Orte, die im Zentrum des Murrens in der Bevölkerung und in der Kritik oppositioneller Gruppen standen – ob Giftmüllkippen, verschmutzte Gewässer, einstürzende Altbauten in den Stadtzentren oder absterbende Waldgebiete.

Radomski erinnert sich noch gut an den Beginn der Zusammenarbeit mit Siegbert Schefke, die für beide mit jahrelangen Dreharbeiten für das Fernsehen der Opposition weiter ging. Der langhaarige, große Schefke war ihm schon in der Prenzlauer-Berg-Szene aufgefallen, zumal er oft eine Westkamera, eine im Osten äußerst seltene Nikon F3, mit sich trug. Radomski hatte in Berlin-Mitte, am Rosenthaler Platz, eine Dunkelkammer, in der er neben seinen eigenen Fotografien auch großformatige Fotoabzüge mit Schriften herstellen konnte, die als Plakate für Untergrund-Veranstaltungen einiger Künstler taugten. Als Schefke ihn Anfang 1987 besuchte, näherten sich die beiden Unbekannten an. Schefke fand es praktisch, dass er jemand mit Dunkelkammer kennengelernt

hatte, bei dem er unbesorgt seine Filme entwickeln oder in drei Stunden Plakate für Veranstaltungen in der nahegelegenen Umweltbibliothek herstellen lassen konnte.

„Siggi meinte, ob ich mir vorstellen könnte, außer Fotos auch mal ‚was anderes‘ zu machen? Kommt drauf an, antwortete ich. Na ja, sagte er, ‚Ich habe eine Videokamera und brauche noch einen zweiten Mann beim Filmen.‘ Dann wurde er etwas konkreter, erzählte von der Umweltbibliothek, vom Herumfahren im Osten und Dokumentieren der Umweltprobleme. Schließlich sagte er es mir offen, worum es ging: ‚Damit machen wir keine Familienvideos, sondern West-Fernsehen.‘

Da dachte ich zuerst sofort an meine Gefängniszeit, ich war ja als Jugendlicher inhaftiert gewesen. Doch selbst auf die Gefahr hin, dass ich dabei erneut zu Schaden kommen könnte, wollte ich versuchen, etwas zur Veränderung der Verhältnisse in der DDR zu machen. Plötzlich war ich politisch hoch motiviert und sagte mir nach einiger Überlegung, ja man muss was machen und das ist genau mein Ding. Das machen wir jetzt zusammen.“

Die ersten Probeaufnahmen der beiden fanden in Großhennersdorf statt. Wackelnde, viel zu lange Schwenks über das Braunkohletagebauloch. Noch nicht fernsehtauglich, aber das änderte sich rasch. Radomski: „Ich hatte so etwas schon vorher mit dem Fotoapparat dokumentiert, aber mit der Videokamera war es nach einiger Übung erstaunlich leicht, viele Minuten lang die Wirklichkeit des Landes, in dem wir lebten, einzufangen. Natürlich waren wir keine Profis, aber nach und nach wuchsen wir in die Rolle von investigativen Journalisten hinein. Anfangs waren unsere Aufnahmen nur illustrierende Szenen ohne Menschen. Niemand außer uns musste dafür irgend etwas riskieren. Das waren auch schon wichtige Bilder. Doch innerhalb kürzester Zeit wurden wir dann aber immer frecher, wagten mehr und mehr.“

Der 1963 geborene Aram Radomski war der Sohn des DDR-kritischen Schriftstellers Gert Neumann. Er wurde mit 15 Jahren von der Stasi angesprochen, um den missliebigen Vater zu bespitzeln, was der Schüler jedoch ablehnte. 1983 wurde der 19-Jährige auf einer Faschingsfeier in Plauen in eine von der

Stasi heimlich geplante Schlägerei mit MfS-Angehörigen verwickelt und als vermeintlicher Täter festgenommen, anschließend zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, wo er schwerste körperliche Arbeit in Wäldern und entlang von Bahntrassen machen musste. Erst später, nach dem Fall der Mauer und Einsicht in die Akten, stellte es sich als eine perfide, gezielte Zersetzungsmaßnahme der Staatssicherheit heraus, um seinen Vater zum Verlassen der DDR zu bewegen. So hatte Aram Radomski als junger Mann bereits einiges an DDR-Erfahrung hinter sich gebracht, als er 1984 Plauen verließ und nach Ost-Berlin ging, wo er rasch Anschluss an die dortige alternative Kultur- und Jugendszene fand.

Siegbert Schefke, 1959 in Eberswalde geboren, war gelernter Baufacharbeiter und beaufsichtigte in Ost-Berlin als Oberbauleiter die Reparatur undichter Fugen von Plattenbauten. Bei der Dacheindeckung auf einer anderen Baustelle lernte er bei der Arbeit Carlo Jordan und Rüdiger Rosenthal kennen, zwei Aktivisten aus der oppositionellen Szene. Durch sie kam er in verschiedene Diskussionskreise hinein und war mit einer der ersten Besucher, als ab September 1986 in zwei Kellerräumen der Zionsgemeinde von Pfarrer Hans Simon in Prenzlauer Berg, eine Umweltbibliothek durch Carlo Jordan, Wolfgang Rüdendklaus, Christian Halbrock und Oliver Kämper aufgebaut wurde. Eine Art gemeinschaftlich nutzbarer Bücherschrank, nach dem Vorbild der polnischen „fliegenden Universitäten“. Dort gab es einen Leseraum mit in der DDR nicht erhältlicher Literatur, die in der Regel nicht entliehen, sondern vor Ort eingesehen werden sollte. Die Regale füllten sich zunehmend vor allem mit politischen und ökologischen Büchern aus dem Westen. Nach und nach entwickelte sich das ganze Gemeindehaus über mehrere Stockwerke zu einem alternativen Treffpunkt der oppositionellen Szene mit Veranstaltungen aller Art, einem eigenen, künstlerisch ausgestalteten Café und Sommerfesten im Hof. Im Leseraum gab es meist die tagesaktuelle „taz“, den aktuellen „Spiegel“ und andere West-Zeitungen neben den Broschüren und Druckerzeugnissen der Oppositionsgruppen in der DDR. Es war im Grunde ein Stück Gegenöffentlichkeit, ein Kultur- und Kommunikationszentrum der Opposition, ein Anlaufpunkt für die Mitglieder der Friedens-, Frauen-, Künstler- oder Umweltgruppen in der ganzen DDR. Hier gab es Infos über alles aus allen Ecken des Landes. Ideal für Filmvorhaben, Informationsaustausch und Kontakte schmieden.

Ideal auch, das Schefke an seiner Arbeitsstelle jederzeit Zugang zu einem Telefon hatte. Roland Jahn in West-Berlin konnte ihn dort tagsüber zwischen neun und elf Uhr vormittags stets gut erreichen. Schefkes Sekretärin stellte ihm die Anrufe ohne zu fragen einfach durch. Er war ja Oberbauleiter und hatte zeitweise 56 Bauarbeiter unter sich. Innerhalb der DDR konnte Schefke natürlich auch telefonieren, nur nicht in den Westen.

Ihn erreichten aber auch unkontrolliert Briefe und Zettel, die Ingomar Schwelz zwischen ihm und Jahn hin und her transportierte. Sie enthielten Nachrichten über mögliche Drehorte, anstehende Veran-

Siegbert Schefke, 1980er Jahre
Aram Radomski



staltungen, auf denen gefilmt werden könnte, oder etwa genaue Auflistungen, wann auf den abgedrehten Kassetten was und wer zu sehen sei. Am Telefon ging es zwangsläufig dagegen etwas verschleierte zu. „Männernamen waren für uns beide Frauen und umgekehrt“, erinnert sich Schefke. Bärbel Bohley hieß schlicht „der Italiener“, seitdem Jahn und der „Spiegel“-Redakteur Schwarz sie in Italien einmal zu einem Interview getroffen hatten, nachdem sie die DDR nach einer Festnahme Anfang 1988 monatelang zwangsweise verlassen müssen.

Schefke über seine politischen Motive: „Es ging darum, endlich auch mal Wortführer der Opposition zu präsentieren und die Geheimhaltung zu allen drängenden Problemen des Landes zu durchbrechen. Ich wollte die überall deutlich sichtbare Umweltverschmutzung aller Welt zeigen, ebenso den drastischen Zerfall der alten Stadtzentren mit ihren maroden Häusern.“

Ich wollte die Wohnzimmer der DDR erreichen – mit dem von uns im Osten gedrehten Material, das wir in den Westen schmuggelten.“

Ihm gelang es, im Juni 1988 Ost-Berliner Jugendliche aus der Nazi-Szene vor die Kamera zu bringen. Sie waren aus einer Subkultur, die sich in der ganzen DDR schon lange vor dem Fall der Mauer breit gemacht hatte. Es gab tausende von gewaltbereiten jungen Nazis überall im Honecker-Staat – aber nicht in den Medien der DDR. Nach einem Konzert in der Zionskirche, auf dem am 17. Oktober 1987 zuerst eine Ost-Berliner Punk-Band namens „Die Firma“ auftrat und dann ohne Genehmigung die West-Berliner Band „Element of Crime“, die als Touristen eingereist waren, war es zu einem brutalen Überfall mit Verletzten gekommen, als eine Horde junger Ost-Berliner Nazis die Langhaarigen und Punks überfiel, unter Rufen wie „Juden raus aus deutschen Kirchen“ auf sie einschlugen.

„Das war natürlich ein Grund für uns, mit den Videokameras Öffentlichkeit herzustellen“, erinnert sich Schefke. Gefilmt wurden von ihm und Radomski umgestürzte Grabsteine auf einem jüdischen Friedhof an der Schönhauser Allee in Berlin, Hakenkreuzschmierereien in sächsischen Telefonzellen, Treffpunkte von rechtsradikalen 16 bis 22-Jährigen im ‚Gasthof Strauss‘ in Großdittmannsdorf bei Dresden.

Hinzu kam ein ganz besonderes Interview mit drei Neonazis auf einem Hügel im Berliner Bezirk Lichtenberg. Schefke war es gelungen, diese drei aus einer Kneipe am Frankfurter Tor abzuholen, einem ihrer regelmäßigen Treffpunkte, von dem er wusste. Dafür hatte er sich ein Westauto geliehen von Christoph Marzian, einem Kreuzberger 30-Jährigen, der den Wagen von seinem Vater geerbt hatte. Marzian kam zum Dreh auf Bitten von Jahn aus West-Berlin dazu, ebenso Ursel Sieber, eine der jüngeren Mitarbeiterinnen in der Redaktion von „Kontraste“, die anders als Roland Jahn und „Kontraste“-Redakteur Peter Wensierski kein Einreiseverbot hatte. Da nun Personen vor die Kamera sollten, die auf keinerlei Schutz bauen konnten, wie sie es etwa bei evangelischen Pfarrer doch in einem gewissen Maß der Fall war, sollte das Risiko, im West-Fernsehen zu er-

scheinen, für diese Interviewten vollkommen deutlich sein und für sie und die Ost-Beteiligten zugleich gesenkt werden. Schefke organisierte die drei Interviewpartner, Sieber stellte die Fragen, und Marzian, der in West-Berlin als Tonmann jobte, hatte seine eigene VHS-Kamera problemlos über die Grenze mitgebracht und drehte damit die drei Nazis als Kameramann – nach Absprache mit ihnen allerdings so, dass sie nicht direkt zu erkennen waren, denn sie wollten natürlich nicht von der Stasi gleich nach der Ausstrahlung abgeholt werden. Marzian und Schefke filmten am gleichen Tag noch zwei jugendliche Opfer und Augenzeugen des Nazi-Überfalls in der Zionskirche, die dies allerdings auch nur mit dem Rücken zur Kamera erlaubten. Dagegen war Carlo Jordan, der Umwelt-Aktivist und Bauleiter der Renovierungsarbeiten an der Zionskirche vollkommen bereit, sich als Erster vom „Fernsehen der Opposition“ offen interviewen zu lassen, ebenso Uwe Kulisch, ein engagierter Sozialdiakon aus der offenen Jugendarbeit der evangelischen Kirche.

Am Ende des langen Drehtages nahm Schefke die VHS-Kassette an sich und gab sie in die „Journalistenpost“, wie er den beiden West-Berlinern erklärte. Sieber und Marzian reisten unbehelligt mit seiner Kamera zurück über die Grenze.

Die Aufnahmen kamen am nächsten Tag bei uns in der Redaktion an, und es war erstaunlich, was da zu sehen und zu hören war: „Wir sind sehr auf Gewalt aus“, bekennt einer der rechtsextremen DDR-Jugendlichen. Ein anderer tritt dafür ein, dass „die Scheißkanaken raus sind“. Der dritte Kurzgeschorene bekennt sich vor der Kamera als Faschist, dessen Aufgabe es sei, „Nationalgefühl“ und „faschistisches Gedankengut“ in der DDR zu verbreiten. Über die ostdeutsche Fascho-Szene sagt er im Juni 1988: „Es gibt viele, die sich zu irgendwelchen Anschlägen bereit erklären, auch bewaffneter Natur.“ Ausgestrahlt zur besten Sendezeit im Deutschen Fernsehen, löste der Beitrag im Osten eine heftige Reaktion aus. Die „Junge Welt“, das Zentralorgan der Freien Deutschen Jugend, schrieb eineinhalb Seiten voller Empörung darüber, dass die gezeigten Personen lediglich bezahlte Schauspieler von „Kontraste“ gewesen seien, denn so etwas gebe es in der DDR nicht. Alles

Roland Jahn in der „Kontraste“-Redaktion in West-Berlin, Mai 1989
Peter Wensierski



andere sei „eine Lüge“, Neonazis seien nur im Westen zu Hause, die DDR sei doch vollkommen antifaschistisch.

Der Protest der DDR ging aber noch weiter und erreichte auch die ARD. Unverhohlen wurde damit gedroht, wenn das illegale Filmen aus der DDR nicht aufhöre, könne ja das Büro der ARD in Ost-Berlin geschlossen werden. Der „Kontraste“-Moderator Jürgen Engert und der Redaktionsleiter Joachim Trenkner bekamen erheblichen Druck im Sender Freies Berlin und in der ARD zu spüren, hielten jedoch den Kurs bei, weiterhin das Material aus dem Osten in den Beiträgen zu verwenden.

Wie wichtig es war, daran festzuhalten, wird deutlich, wenn man heute diese einzigen Filmaufnahmen von ostdeutschen Neonazis des „Fernsehens der Opposition“ sieht. Die bald nach dem Mauerfall beklagten „Baseballschlägerjahre“ mit ihrer ungeheuerlichen Gewalt unter linken und rechten Jugendlichen hatten in Wahrheit schon lange vor dem Ende der DDR begonnen.

Nach diesem Beitrag und dem zunehmenden Mut aller Beteiligten vor und hinter der Kamera veränderte sich das Drehmaterial immer stärker. Weg vom reinen Abfilmen der Umweltzerstörung oder des Städtezerfalls hin zu Menschen vor der Kamera, die etwas Kritisches zu sagen wagten. Ob zu Verhaftungen, den Wahlen, zur Pressefreiheit, zum alleinigen Machtanspruch der SED oder zum Beifall der SED für das Massaker auf dem Tian'anmen-Platz in Peking im Juni 1989. Die Opposition bekam endlich ein Gesicht durch immer mehr Statements und Interviews, meist heimlich gedreht in Wohnungen: Bärbel Bohley, Ulrike Poppe, Reinhard Lampe, Freya Klier, Stefan Krawczyk, Jens Reich, Rolf Henrich, Stephan Bickhardt, Reinhard Schult oder Pfarrer wie Friedrich Schorlemmer und Edelbert Richter wurden so via Westfernsehen den DDR-Bürgern und Interessierten in der Bundesrepublik bekannt. Manche bekamen daraufhin plötzlich mehr Besuch aus dem Westen.

Von 1986 bis 1993 gehörte ich zur ARD-Fernsehredaktion von „Kontraste“ und habe drei Jahre lang Filmbeiträge mit dem Kameramaterial des „Fernsehens der Opposition“ machen können. Mit Roland Jahn, hatte ich einen aus Jena zwangsweise in den Westen abgeschobenen Oppositionellen Ende 1986 in die Redaktion geholt. Zunächst als freier Mitarbei-

ter mit dem Pseudonym Jan Falkenberg. Das war der Nachname seiner damaligen Jenaer Freundin Petra Falkenberg und Mutter seiner Tochter. Das Pseudonym galt nicht nur seinem eigenen Schutz, sondern vor allem dem seiner ostdeutschen Gewährleute. Damit sollte das Risiko der strafrechtlichen Verfolgung wegen „staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme“ etwas gemindert werden, denn Jahn galt dem MfS als einer der größten Staatsfeinde. Wie sich bei unserer ersten Akteneinsicht Anfang 1990 dann herausstellte, hatte das Ministerium für Staatssicherheit sogar schon einen fertigen Haftbefehl gegen ihn ausgestellt. Jahn nutzte ohne Kenntnis dieser Absicht aus Vorsicht niemals die normalen Transitstrecken zwischen Berlin und Westdeutschland.

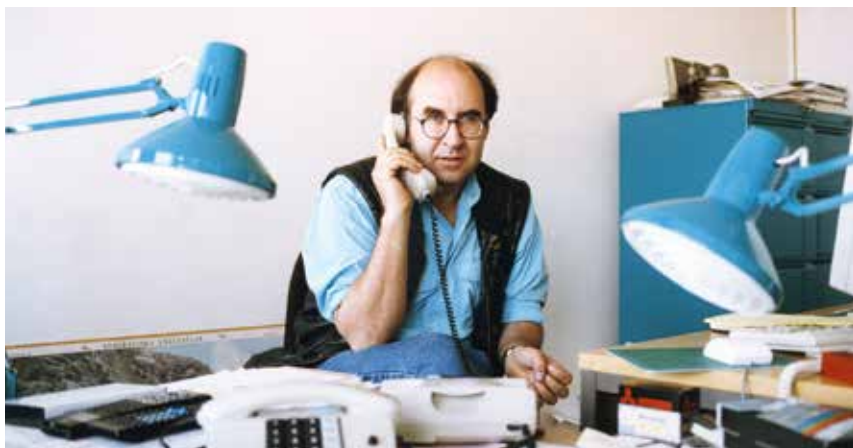
Ich hatte ihn bei einem Interview und der Zusammenarbeit zum Thema, wer die neue Opposition in der DDR sei, zehn Jahre nach der Ausbürgerung von Wolf Biermann, näher kennengelernt und fand, das passte gut zusammen: er mit seinen und ich mit meinen Kontakten in die DDR und dem Interesse weiter aus ihr und über sie zu berichten. Wir wurden rasch zu einem Ost-West-Team, das sich als äußerst produktiv erwies und in der Zusammenarbeit die deutsche Einheit vorwegnahm.

Zuvor hatte ich von 1978 an als Westjournalist für den Evangelischen Pressedienst aus der DDR berichtet, bis ich 1985 ein Einreise- und Arbeitsverbot erhielt. Den Grund dafür erfuhr ich erst später aus den Stasi-Akten. Der DDR-Geheimdienst und die SED-Führung wollten keine weiteren Berichte und Recherchen zu Umweltproblemen, oppositionellen Gruppen oder anderen für die DDR kritischen Themen, wie ich sie gemacht hatte. In der Sprache des DDR-Geheimdienstes klang das in meiner Akte so: „Wensierski nutzt seine Tätigkeit für gegen die DDR gerichtete Interessen und für die Organisation eines politischen Untergrundes aus, um gleichzeitig Faktenmaterial für die politisch-ideologische Diversion zu sammeln.“ Meine Berichte über „zunehmende Instabilitäten in der DDR“ böten „Stoff für Angriffe auf die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung“.

Trotz unserem Einreise- und Arbeitsverbots wollten wir uns als Ost-West-Gespann nicht die kritische Berichterstattung über die DDR nehmen lassen. Deshalb bekam die Ost-Berliner Umweltbibliothek die Videokameras, und es entstand eine Ost-West-Zusammenarbeit mit den dortigen Machern des „Fernsehens der Opposition“ über die Mauer hinweg, als gebe es sie schon ein Stück weit nicht.

In Ost-Berlin kursierten bald mehrere von Jahn gelieferte Kameras, weil sie begehrt waren und gebraucht wurden. Während das Gespann Radomski/Schefke oft mehrere Tage in der Woche mit ihrer Ausrüstung unterwegs war, dokumentierte Wolfgang Rüdtenklau mit einer anderen Kamera fast den gesamten „Kirchentag von unten“ an einem Juniwochenende 1987. Es entstand dabei ein einzigartiges dokumentarisches Filmmaterial über die politische Kultur jenseits der SED. Die mehrstündigen Aufzeichnungen zeigen rund tausend Teilnehmer und Teilnehmerinnen während zweier Tage in in-

Peter Wensierski in der „Kontraste“-Redaktion, 1987
Peter Wensierski



tensiven Diskussionen verwickelt, beim offenen Reden am Mikrofon im Plenum des großen Saales, bei Auftritten von Musikgruppen oder Feiern und Tänzen – die ganze geballte politische Alternativkultur einer Szene, die sich den Raum der Kirche, ohne den Staat, aber teils auch gegen den Willen der meisten Kirchenfunktionäre erobert hatten. Erst die Androhung einer Kirchenbesetzung hatte die Freigabe der Räumlichkeiten durch den damaligen Konsistorialpräsidenten Manfred Stolpe bewirkt.

Mit Ausschnitten von „Bitteres aus Bitterfeld“ zeigte „Kontraste“ am 27. September 1988 ein erschütterndes Dokument der Umweltzerstörung von geradezu apokalyptischem Ausmaß aus der Chemieregion um Leipzig und Halle. Dieser Film erzielte eine ganz besonders hohe Wirkung in der Öffentlichkeit. Er zeigt den sogenannten Silbersee, ein einziger Abwassertümpel riesigen Ausmaßes, in den ungeklärte Abwässer der Filmfabrik ORWO („Original Wolfen“) eingeleitet wurden. In langen Schwenks sind Giftmüllbehälter auf einer Deponie mit dem unwirklichen Namen „Freiheit III“ zu sehen. Auf manchen der wild herumliegenden Fässer prangen Schilder „Vorsicht. Giftig“.

Der Film kam zustande, weil Ulrich Neumann, ein Umweltaktivist des kurz zuvor in Carlo Jordans Ost-Berliner Wohnung gegründeten „Netzwerks Arche“ inzwischen nach West-Berlin ausgewandert war. Das Arche-Netzwerk wollte die Arbeit Dutzender nicht-staatlicher Umweltgruppen in der ganzen DDR koordinieren und hatte wohl als einzige DDR-Oppositionsgruppe durch den in den Westen gegangenen Neumann einen Ableger in West-Berlin. Zur kleinen West-Gruppe gehörte auch Belinda Cooper, Carlos Freundin. Neumann stellte ein Team aus Ost und West zusammen. Mit dabei die West-Berliner Radiojournalistin und Neumanns Freundin Margit Miosga sowie der Kameramann Rainer Hällfritzsch. Der Bitterfelder Chemiefacharbeiter Hans Zimmermann hatte schon jahrelang die Umweltverseuchung seiner Region beobachtet, sogar Eingaben an den Staat geschrieben – ohne nennenswerten Erfolg. Er bestimmte die Drehorte. Der promovierte Mediziner Edgar Wallisch stellte seinen blauen Lada zur Verfügung, ein Auto, wie es oft von der Stasi benutzt wurde. Das sollte ihre Fahrt durch das Industriegebiet tarnen. Auch der Drehtag am 25. Juni 1988 war bewusst gewählt. Genau da fand das Endspiel der Fuß-



Kirchentag von unten in Ost-Berlin, Juni 1987
Archiv Bürgerbewegung Leipzig,
Christoph Motzer,
Foto 061-012-034

ball-Europameisterschaften statt, und die Gruppe hoffte, dass Stasi, Volkspolizei und Betriebsangehörige eher das Finale sehen wollten und sie nicht bemerkten. Alles verlief gut. Das Filmteam wurde nicht entdeckt. Uli Neumann, der als Ausgereister nicht mit dabei sein konnte, kam mit dem Material zu mir in die Redaktion. Mein „Kontraste“-Beitrag zeigte einige Minuten des eindrucksvollen Films und ein Interview dazu mit Neumann. Ich rief am Tag der Ausstrahlung mehrere ausgewählte Nummern in Bitterfeld und im Chemiekombinat an und gab als Fernsehtipp für den Abend den Film über Bitterfeld in der ARD an.

Wenige Tage danach erfolgte innerhalb kürzester Zeit die Planierung der im Film gezeigten Deponie „Freiheit III“. Der zuständige Rat des Bezirkes Halle ließ plötzlich die Altlasten erfassen und sprach über Sanierungsmaßnahmen. Die Stasi verdächtigte den ihr bereits bekannten Aktivisten Hans Zimmermann, doch er konnte sich glaubhaft herausreden. Öffentlich stritten staatliche Stellen und die Bitterfelder Betriebe bis zum Fall der Mauer alle Umweltprobleme ab. Für die damalige Leipziger Bürgerrechtlerin Gisela Kallenbach spielte „Bitteres aus Bitterfeld“ eine große Rolle im Vorfeld der Friedlichen Revolution von 1989: „Das sind alles Mosaiksteine gewesen, mehr und mehr Menschen bewusst zu machen, dass es um Bürgerrechte und

links: Screenshot aus dem Film „Bitteres aus Bitterfeld, 1988
Kontraste/Peter Wensierski

rechts: Dreharbeit zu „Leipzig – eine Stadt im Zerfall“, August 1989, von links: Uwe Schwabe, Frank Sellentin, Katrin Hattenhauer, Conny Fromme, Aram Radomski
Peter Wensierski



Vom Turm der Reformierten Kirche (rechts) filmten Radomski und Schefke die Leipziger Montagsdemonstration am 9.10.1989

Archiv Bürgerbewegung Leipzig, Armin Wiech, Foto 015-002-026



Weiterführende Informationen

Für die Recherchen interviewte Peter Wensierski 24 der mehr oder weniger beteiligte Menschen in Ost und West. Alle Interviews haben Eingang in die umfangreichen und diversen Bestände des Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. gefunden und sind damit für die Öffentlichkeit zugänglich:

<https://www.archiv-buergerbewegung.de/themen-sammlung/fernsehen-der-opposition>

Die Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichte auf ihrer Homepage die Beiträge der „Kontraste“-Sendungen, die durch die illegalen Filmaufnahmen entstanden sind: <https://www.bpb.de/141992/kontraste-auf-den-spuren-einer-diktatur/>

Autor

Peter Wensierski Autor,
Dokumentarfilmer und
Journalist
c/o Archiv Bürgerbewegung
Leipzig e.V.
Haus der Demokratie
Bernhard-Göring-Str. 152
04277 Leipzig
info@
archiv-buergerbewegung.de

Menschenrechte geht, um Bewahrung der Lebensgrundlagen und dass wir in allem persönlich betroffen sind.“

Jedes der heimlich gedrehten Videos in den letzten Jahren der DDR war genauso ein Mosaikstein. Ob das zu den Volkskammer-Wahlen im Frühjahr 1989 oder über den Verfall der Leipziger Innenstadt im Sommer 1989. Vor der Kamera von Schefke und Radomski riefen mehrere Bürgerrechtler dazu auf, die Wahlkabinen zu benutzen und das Ergebnis zu kontrollieren. Einige forderten freie Wahlen. In dem „Kontraste“-Beitrag war zu sehen, wie man den Wahlvorschlag der SED-Einheitsliste überhaupt mit „ungültig“ ablehnen konnte, denn selbst dies war wenig bekannt.

In Leipzig wollten Schefke und Radomski zum ersten Mal nicht nur wie in Greifswald, Halberstadt, Erfurt, Potsdam oder Magdeburg Außenaufnahmen vom Verfall der Häuser in den Straßen machen, sondern erstmals auch ganz gewöhnliche Bürger im Interview über ihre Situation in der Stadt offen sprechen lassen: Mütter, Familienväter, Krankenpfleger...

Ein Aktivist vor Ort, Uwe Schwabe, konnte durch seine Arbeit in einem Altersheim einige mögliche Interviewpartner gewinnen und bat Ernst Demele, ein Ingenieur aus der von Schwabe gegründeten „Initiativgruppe Leben“, die beiden Berliner mit seiner Sachkenntnis als Kommentator durch die Straßen zu führen, um über die Ursachen des Verfalls der Innenstadt zu reden. Zunächst fanden aber die Aufnahmen mit einigen der jungen Leute statt, die gerade in der Wohngemeinschaft Mariannenstraße 46 anwesend waren. Sie stellten ein paar Stühle in den Hof, Radomski packte ein Stativ aus und machte die Ausrüstung aufnahmebereit. Die Stasi hatte einen festen Beobachtungstützpunkt im Haus gegenüber eingerichtet. Es spielte alles keine große Rolle mehr. Vor der Kamera in ihrem Hinterhof redeten alle jungen

Leute offen, und über die Repressionen, die sie satt hatten, über den Stalinismus in der DDR, den es endlich zu überwinden gelte.

Es war das erste Mal, dass Radomski und Schefke eine Gruppe filmten. Und es war das erste Mal, dass sie wie ein normales Kamerateam von Profijournalisten offen in der ganzen Stadt filmten und ein Dutzend ganz „normale“ Leute interviewten, keine bekannten Oppositionellen, keine Pfarrer. „Leipzig – eine Stadt im Zerfall“ hieß der Film, der Anfang September 1989 ausgestrahlt wurde. Der Wittenberger Pfarrer Schorlemmer, der ihn im Fernsehen verfolgt hatte, gab später dem Autor dieser Zeilen zu Protokoll: „Bei diesem Film ging allen das Messer in der Tasche auf über die Zustände, in denen wir leben mussten. Wir hatten uns daran so sehr gewöhnt, aber es wie in einem Spiegel im Fernsehen so vorgehalten zu bekommen, war höchst emotionalisierend. Diese Bilder haben allen den letzten Kick gegeben, all das nicht mehr länger hinzunehmen, zu sagen: so geht das nicht weiter. Diese Sendung hat wesentlich mit dazu beigetragen, dass hier in und um Leipzig die Menschen, die ihn gesehen hatten, kurz darauf die ersten Schritte hinaus auf die Straßen wagten.“

Ein besonderer Höhepunkt waren wenige Wochen später die Aufnahmen von Schefke und Radomski am 9. Oktober 1989 von der entscheidenden Demonstration in Leipzig, die das Ende der DDR besiegelte. Die Bilder der weit über 100.000 friedlichen Demonstranten in der abgeriegelten Stadt wurden heimlich vom Turm der Reformierten Kirche aus aufgenommen. Sie übergaben die Kassetten noch in Leipzig an den „Spiegel“-Korrespondenten Ulrich Schwarz, der sie über die Grenze brachte. Die VHS-Kassette kam noch in der Nacht bei uns im Sender an, und die Bilder konnten in der Tagesschau und dann weltweit verbreitet werden.

Schefke resümiert heute: „Diese Bilder vom Abend des 9. Oktobers trugen wesentlich mit dazu bei, dass es in den folgenden Tagen und Wochen überall in der DDR zu Demonstrationen und Kundgebungen kam, bis schließlich die Regierung abtrat, der Stasi-Chef Erich Mielke verhaftet wurde und die Mauer fiel. Damit endete für uns die Arbeit des ‚Fernsehens der Opposition‘. Wir hatten unser Ziel erreicht, die Pressefreiheit und noch einige weitere Freiheiten mehr.“

Aram Radomski und Sigfried Schefke wurden nach dem Fall der Mauer mehrfach für ihre mutige Arbeit ausgezeichnet, u. a. mit dem Bundesverdienstkreuz. Ihre Geschichte wurde von SAT 1 frei verfilmt und in vielen Fernsehdokumentationen gewürdigt. Uli Neumann arbeitete jahrelang weiter für die politischen Magazine der ARD, vor allem „Report Baden-Baden“, Schefke filmte weiter für das Fernsehen, vor allem für die ARD-Tagesthemen. Roland Jahn wurde als Bundesbeauftragter Herr über die Stasi-Akten und Peter Wensierski verließ 1993 die „Kontraste“-Redaktion und wechselte zum Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“.



Subkulturelle Jugendliche in der DDR und der Fall der Mauer

Geralf Pochop

„Die Punks, aber auch alle anderen subkulturellen Bewegungen, Andersdenkende sowie große Teile der Künstlerszene in der DDR hatten meiner Meinung nach großen Einfluss auf den Verlauf der späteren sogenannten Friedliche Revolution. Hätte es diese widerständigen Jugendlichen nicht gegeben, wäre auch alles andere nicht daraus entstanden. Ohne uns wäre nichts davon passiert. Die Subkulturen waren die Wegbereiter für den Mauerfall. Das ist meine Meinung“, so die Zeitzeugin Conny aus Leipzig. Vor ein paar Jahren bekam ich das Buch „Stirb nicht im Warteraum der Zukunft. Die ostdeutschen Punks und der Fall der Mauer“ von Tim Mohr in die Hände. Zuerst dachte ich: „Was will denn bitteschön ein Amerikaner über die DDR-Punk-Szene schreiben?“ Der konnte ja logischerweise keinen blassen Schimmer von diesem Thema haben. Die Sicht eines Menschen auf uns Zonen-Punks eines Autors, der aus Übersee kam, fand ich hochgradig irrelevant. Doch auch ich bin

lernfähig. Nachdem ich das Buch geradezu verschlungen hatte, änderte sich meine Sichtweise. Es war gut, dass mal jemand, der nicht aus der DDR-Punk-Szene stammte, diese Geschichten aufschrieb. Mit einem Blick über den Tellerrand, mit einer Sicht für das Komplexe. Und ich sympathisierte erstmalig mit dem Gedanken, dass die subkulturellen Bewegungen in der DDR einen nicht wegzuleugnenden Anteil am Fall der Mauer hatten.

Inka, eine Protagonistin der damaligen Karl-Marx-Städter Punk-Szene erzählte: „Aus meiner Sicht war Punk ein nicht geringes Puzzleteil der gesellschaftlichen Veränderung in der DDR, haben wir doch mit unserem Auftreten, unserer Musik und unseren Aktionen letztendlich den Frust einer ganzen Generation zum Ausdruck gebracht.“ Die Subkulturen der DDR wurden seit jeher massivst mit allen möglichen repressiven Maßnahmen bekämpft. Und diese Jugendlichen wehrten sich

Berlin, 9. November 1989
Foto: Geralf Pochop



Multimediale Lesung mit
Geralf Pochop, 2024
Foto: Andreas Schulz

schon immer gegen diese Verbote und Gängelungen durch den Staat, die Volkspolizei, die Trapo¹ und die Staatssicherheit.

In den 1960er Jahren ließ sich die Beat-Jugend nicht durch das Verbot ihrer Lieblingsmusik daran hindern, diese trotzdem zu hören. Natürlich gab es nach diesem Affront Aufruhr. Ein gutes Beispiel dafür sind die Leipziger Beat-Aufstände. Jugendliche, welche lautstark für ihr Recht kämpften, Beat-Musik hören und spielen zu können. Eigentlich ein natürliches Menschenrecht!

Die DDR-Hippie-Generation ließ sich natürlich nicht verbieten, lange Haare zu tragen, trotz oder vielleicht auch gerade wegen der sogenannten Gammertaxen. Diese berüchtigten Polizeiautos, aus denen uniformierte Häscher sprangen, Jugendliche mit langen Haaren in ihre Fahrzeuge zerrten und deren unsocialistische „Mähne“ auf

Raik Adam und Dirk Mecklenbeck 1989 bei einer Protestaktion an der Mauer, Illustration aus der Graphic Novel „Todesstreifen“



eine Länge kürzten, welche ihrer Ansicht nach einer sozialistischen Persönlichkeit „würdig“ war.

Auch die Umsetzung des Befehls „Härte gegen Punk“² und die massiven Repressionen, die DDR-weit damit verbunden waren, führten zwar aufgrund von Inhaftierungen, Einweisungen in Jugendwerkhöfe und Abschiebungen in die BRD zu einer kurzzeitigen Dezimierung der ersten Generation der DDR-Punk-Szene. Doch um so geballter kam kurz darauf die trotzig und rotzige Antwort in Form massiver Politisierung und Widerstand zurück, denn „Jetzt erst recht!“³ hieß die unmissverständliche Botschaft der jungen Punks, die den Staat der alten Betonköpfe so zur Verzweiflung brachte.

Bei den meisten Jugendlichen war es einfach die Sehnsucht nach Freiheit, die sie aktiv werden ließen.

„Das ganze System der DDR hat mich krank gemacht. Ich wollte mich nicht bevormunden lassen. Ich wollte meine Freiheit. Ich wollte meine Ruhe. Ich hatte keinen Bock mehr, mich ständig schikanieren zu lassen. Weder von Stasi und Polizei noch von den ganzen grimmigen, frustrierten Leuten hier. In dieser Diktatur konnte und wollte ich nicht ewig weiterleben“, so Conny aus Leipzig. Auch in der Heavy-Metal-Szene regte sich Widerstand. Insbesondere vier Jugendliche aus Halle an der Saale probten den Aufstand und suchten schon während ihrer Schulzeit die Auseinandersetzung mit dem System.

Trotz Fremdbestimmung, Manipulation und Deformation kommt es bereits in der siebten Klasse zur direkten Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur, als sie sich gegen die Gründung einer kommunistischen Stabü-AG⁴ in ihrer Schule engagieren. Die Nichtzulassung zur FDJ und Verhöre durch die Stasi sind die ersten Erfahrungen mit einem repressiven und allmächtigen Staat und dessen hohlen Parolen vom siegreichen Sozialismus.

Jungsein in einer Staatsform der totalen Kontrolle bedeutet untergehen oder sich auflehnen. Lange Haare, Nietengürtel und schwarze Lederklamotten werden zu Symbolen der Verweigerung und der Selbstermächtigung. Heavy Metal der Rettungsanker im grauen Einerlei der realsozialistischen Lethargie und des Verfalls. Verweigerung wird zum Protest. „Nur raus hier!“ wird zur Lebensmaxime, Freisein zum Ziel aller Träume im Mauerland.

Der Ausreiseartrag wird zum Befreiungsschlag, aber Verfolgung und Inhaftierungen sind die Antworten des Regimes. Der Erste der vier Freunde kann Anfang 1986 die DDR verlassen, die Letzten treffen im Frühjahr 1989 in West-Berlin ein. Dort nehmen sie den Kampf gegen die Berliner Mauer auf, nachdem die SED das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens begrüßt hat. Wachtürme brennen, Grenzzäune werden zerstört und im Oktober wird ein riesiges solidarisches Plakat an der Mauer aufgehängt, um gegen die brutalen Übergriffe der Stasi und Polizei gegen Demonstranten in Ost-Berlin zu protestieren.



Geralf Pochop im Oktober 1989 bei einer Demonstration gegen die Mauer in West-Berlin
Foto: Geralf Pochop

Das alles berichteten Raik Adam und Dirk Mecklenbeck sehr eindrucksvoll in ihrer multimediale Lesung „Rebellion hinter der Mauer“ und der anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Subkulturelle Jugendliche in der DDR und der Fall der Mauer“ im Mai 2024 im Oberen Bahnhof in Plauen.

Als die ersten Montagsdemonstrationen losgingen, war es nicht verwunderlich, dass insbesondere in den Städten, in denen es eine aktive subkulturelle Jugend-Szene gab, diese anfangs einen Großteil der Demonstranten ausmachte. Insbesondere im damaligen Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Halle (Saale) standen viele Punks an vorderster Front.

Conny aus Leipzig erinnert sich: „Zum Beispiel diese ganz frühen Demos. Demos kann man das vielleicht noch nicht mal nennen, als 20 bis 50 Leute dastanden. Einmal ging ich mit R. zur Nikolaikirche. An einem Montag, als alles noch in ganz zarten Anfängen steckte. Da waren wirklich nur ganz wenige Leute. Das entwickelte sich dann ja wie ein Schneeball und es wurden immer mehr Menschen. Das war das erste Mal, dass wir um den Ring zogen.“ „Im Juni 1989 sollte ein Umwelttreffen in der Paul-Gerhardt-Kirche am Connewitzer Kreuz stattfinden. Da sind wir alle hingegangen. Dort wimmelte es nur so von Stasi-leuten. Unauffällig-auffällig standen die auf dem Präsentierteller. Sofort erkennbar mit diesen hässlichen Gelenk-Herren-Handtaschen, grauen Trenchcoats, Schnauzern und Nackenspoliern.⁵ Wir beschlossen, erst mal ein Bier trinken zu gehen. Weil dann alle hinterhergelaufen sind, entwickelte sich das zu einer Demo. Innerhalb kürzester Zeit waren das etwa 200 bis 300 Leute. Und in der DDR galt ja schon ein Treffen von

drei Leuten als Zusammenrottung. Die Stasi war vollkommen am Durchdrehen. Die Volkspolizei griff nun auch ein. Wahllos wurden Leute verhaftet. Die haben fast alle Männer mitgenommen. Mein damaliger Freund war auch unter den Verhafteten. Der hatte schon immer viele Probleme, weil er Totalverweigerer⁶ war. Ich hatte ziemliche Angst, dass die ihn nicht mehr rauslassen. Die ganze Nacht wurde er genervt, bedroht und verhört. Doch zum Glück waren er und alle anderen am nächsten Tag wieder frei.“

Auch Inka erinnert sich an diese Zeit im damaligen Karl-Marx-Stadt: „Der Beginn der großen Demonstrationen 1989 war eine krasse Zeit, voller Emotionen und Gefühlschaos. Wasserwerfer, Verhaftungen von Freunden, etc. Und natürlich hatten wir auch alle das erste Mal richtig Schiss. Aber für uns gab es kein Zurück mehr. Gemeinsam mit anderen oppositionellen Gruppen und zahlreichen Menschen hatten wir einen Stein ins Rollen gebracht, von dem wir nicht wussten, in welche Richtung er sich bewegt, wo es hinführt, wie es ausgeht und was danach kommen wird. Es fühlte sich für mich an wie ein riesiges, anarchisches Experiment. Ich träumte von einer freien, solidarischen Gesellschaft. Eine Utopie? Vielleicht, aber der Gedanke daran, was sein könnte, gab Hoffnung. Und es bewegte sich endlich etwas – das war das Wichtigste.“

Viele Protagonisten der DDR-Punk-Szene sind mit dem Begriff „Friedliche Revolution“ nicht besonders zufrieden. Die Gewalt, die sie über viele Jahre erlebten, die Inhaftierungen, die Einweisungen in Jugendwerkhöfe, die körperlichen und psychischen Übergriffe durch VP⁷, Staatssicherheit und Trapo sowie die vielen weiteren Repressionen waren alles andere als gewaltfrei.

- 1 Transportpolizei.
- 2 Mitte 1983.
- 3 Song der Leipziger DDR-Punk-Band „Wutanfall“. Später wurde der Text von „L'Attentat“ abgeändert.
- 4 Staatsbürgerkunde-Arbeitsgemeinschaft.
- 5 Sehr beliebter hässlicher „unauffälliger“ Haarschnitt von Stasimitarbeitern.
- 6 Totalverweigerung des Wehrdienstes bei der NVA wurde mit mehreren Jahren Haft bestraft.
- 7 Volkspolizei.



9. November 1989
Foto: Geralf Pochop

Etliche subkulturelle Jugendliche haben mit Sarkasmus auf Repressionen reagiert und dadurch die Ausführenden des Staates bis zu Weißglut gereizt. Den Stützen der SED-Diktatur den Spiegel vorzuhalten, war eine gute Option.

Inka: „In dieser Zeit wurde R., der Papa meines Sohnes, zur Musterung ins Wehrkreiskommando geladen. Er ist da gleich mit seiner schriftlichen Verweigerung hin. Mich im Schlepptau, bewaffnet mit einer Plüsch-Handpuppe in Form eines Waschbären. Während der Mann vom Wehrkreiskommando permanent auf ihn einredete und ihm drohte, ließ ich die Handpuppe auf R.s Schulter rumalbern und tat so, als würde sie ihm die Worte des Beamten ins Ohr schreien. Aufgebracht und wild gestikulierend! Am Ende sind wir beide hochkant rausgeflogen. Ich glaube, der Typ war kurz davor, die Fassung zu verlieren und hätte angefangen zu grinsen. Diese Blöße konnte er sich natürlich nicht geben. R. hat nie wieder einen Musterungsbescheid erhalten, auch keine Antwort oder Strafe bezüglich seiner Verweigerung.“

8 Geralf Pochop wurde im Zuge der Stasi-Aktionen „Symbol 89“ und „Nelke 89“ Ende April 1989 kurz vor den „Wahlen“ die Staatsbürgerschaft der DDR aberkannt und in einem Sonderzug in die BRD abgeschoben.

Autor

Geralf Pochop
Gleichlaufschwankung e. V.
Fleischmarkt 1
04860 Torgau
saalepower@gmx.de

Literatur

Raik Adam/Dirk/Mecklenbeck: Rebellion hinter der Mauer: Der Osten, der Westen und wir, Berlin 2024

Raik Adam/Dirk/Mecklenbeck: Todesstreifen: Aktionen gegen die Mauer in West-Berlin 1989, Berlin 2019

Christiane Eisler: Wutanfall. Punk in der DDR 1982-1989. Die Protagonisten damals und heute, Leipzig 2017.

Jakob Geisler („Schrammel“):

Wir konnten es nicht Anders! Gewalt und Gewalterfahrungen der subkulturellen Szene in Ostdeutschland. 1979 bis in die Gegenwart, Leipzig 2024.

Als am 9. November 1989 in den Medien verkündet wurde, die Grenze sei offen, nahmen weder ich noch die meisten Freunde aus meinem Umfeld diese Berichte für voll. Die Mauer offen? Was für ein Unsinn! Die Mauer wird nicht nur noch hundert Jahre bestehen, sondern ist für die Ewigkeit. Das war unsere feste Meinung. Doch die Nachrichtenflut nahm nicht ab. Ungläubig machten wir uns auf den Weg zur Mauer. Ich und meine damalige Freundin wohnten nicht weit entfernt. Und tatsächlich, das Betonungetüm hatte ein Loch bekommen. Massen von Ost-Berlinern strömten hindurch. Auf der Mauer standen unzählige Menschen. Grenzbeamte versuchten, für Ordnung zu sorgen. Immer wieder holten sie einige Personen vom sogenannten „Antifaschistischen Schutzwall“. Doch der so entstandene Freiraum wurde sofort von neuen Menschen aus Ost und West gefüllt. „Das muss ein Trick sein“, ging es mir durch den Kopf. Die lassen alle, die rüber wollen, raus und machen dann die Mauer wieder dicht. Eine Reise ohne Rückfahrchein! Genau wie bei mir.⁸ So wird man alle unliebsamen DDR-Bürger auf einen Schlag los. Und dann errichten die eine noch viel schlimmere Diktatur. Noch viel repressiver. Ohne irgendeinen kleinen Freiraum. Ohne irgendeine Chance auf Mitspracherecht für Bürger. Ohne eine Opposition. Ohne eine Subkultur.

Doch die Grenze blieb auf. Die Freude war groß. Wir feierten an der Mauer. Mit spritzenden Sektpullen. Zusammen mit Tausenden anderen. Glauben konnte ich es immer noch nicht. Doch die Löcher, die mit Hämmern aus der Mauer geschlagen wurden, sprachen eine eigene Sprache. Die Grenze war offen. Es wird eine neue bessere reformierte DDR geben. Eine DDR mit offenen Grenzen. Eine DDR, in der das Volk Mitspracherecht hat. Eine demokratische DDR. Dass es bald eine Wiedervereinigung Deutschlands geben würde, das lag weit außerhalb jeglicher Vorstellungskraft. Für Menschen in meinem Alter gab es auf deutschem Boden schon immer zwei Länder. Die BRD und die DDR. Alles andere kannten wir nur vom Hörensagen. Doch es kam anders. Nicht einmal ein Jahr später, am 3. Oktober 1990, war die DDR Geschichte.

Connie Mareth/Ray Schneider: Haare auf Kra-wall. Jugendsubkultur in Leipzig 1980 bis 1991, Leipzig 1999.

Tim Mohr: Stirb nicht im Warteraum der Zukunft. Die ostdeutschen Punks und der Fall der Mauer, München 2017.

Geralf Pochop: Untergrund war Strategie. Punk in der DDR: Zwischen Rebellion und Repression, Berlin 2018.

Geralf Pochop: Zwischen Aufbruch und Randalen. Der wilde Osten in den Wirren der Nachwendzeit, Berlin 2021.

Geralf Pochop: Tanz auf dem Vulkan. Widerständige Punk-Frauen in der DDR, Berlin 2025.



35 Jahre Wiedervereinigung

Biographien und Perspektiven aus der Oberlausitz

Sven Brajer

Einleitung

Die deutsche Wiedervereinigung – und der ihr vorausgehende Fall der Mauer – ist neben dem Umgang mit dem Nationalsozialismus das zentrale Narrativ der „Berliner Republik“¹ und wird spätestens alle fünf Jahre groß gefeiert.² Während die Jahre 1989/90 in vielen Großstädten – allen voran der Hauptstadt selbst – sowie in Sachsen in den urbanisierten Mobilisierungszentren der Friedlichen Revolution³: Leipzig, Dresden oder auch Chemnitz (Karl-Marx-Stadt), zum Teil sogar minutiös historisch erforscht sind⁴, sieht das mit Blick auf die ländlichen Regionen anders aus. In der Oberlausitz, abgesehen von den Kreisstädten, war die Mobilisierung der Bevölkerung zwischen Oktober 1989 und Februar 1990 zumeist geringer als im Rest des Freistaats⁵. Einige Studien zu den größeren Städten Bautzen⁶, Görlitz⁷ und Zittau⁸ sind vorhanden, für kleinere Ort in der Lausitz, besser gesagt die Niederlausitz im ehemaligen Energiebezirk Cott-

bus ist ebenfalls interessante Sekundärliteratur⁹, wie zuletzt auch zur Oberlausitz entstanden.¹⁰ Flächendeckende Studien fehlen allerdings.

Anders als über die Zeit des Nationalsozialismus, über die immer weniger Zeitzeugen berichten können¹¹, gibt es über die letzten Jahre der DDR zahlreiche Menschen, die darüber erzählen können. Aufgrund des hohen Durchschnittsalters¹² in der Oberlausitz wirkt diese Zeit dort noch stärker prägend, fast so, als wäre es gestern gewesen, da ein Großteil der Menschen im realsozialistischen „Arbeiter-und-Bauernstaat“ aufgewachsen und sozialisiert wurde. Da die Geschichtsschreibung der Oberlausitz darüber hinaus immer noch in den 1990er Jahren mit dem vermeintlichen „Ende der Geschichte“¹³ aufhört¹⁴, ist es spannend zu erforschen, wie diese Menschen die letzten 35 Jahre in der Berliner Republik, ausgehend vom Fall der Mauer 1989 und der deutschen Wiedervereinigung, aus dem Blickwinkel des Jahres 2024 sehen.

Demonstration auf dem Altmarkt in Zittau am 4. November 1989. Das Neue Forum berichtet vom ersten runden Tisch im Zittauer Rathaus
Foto: Thomas Pilz



Löbau, Platz der Befreiung,
17. November 1989
Foto: Eckhard Storch

Forschungsdesign und Fragestellungen

Das im Jahr 2024 im Rahmen des Programms „Sehnsucht nach Freiheit“ durchgeführte Projekt „35 Jahre Wiedervereinigung – Biographien und Perspektiven aus der Oberlausitz“ hatte sich zum Ziel gesetzt, zwölf Interviews mit Menschen aus der Oberlausitz zu führen, die 1989 zwischen sechs und 65 Jahre alt waren. Dabei sollte das soziale und politische Spektrum möglichst breit (vom Funktionär bzw. Anhänger bis hin zum Gegner der SED) und divers abgebildet werden. Ein weiteres Kriterium bei der Auswahl der Akteure war eine möglichst gleichmäßige Verteilung aus urbanen und dörflichen Räumen sowie aus allen geographischen Ecken der Oberlausitz.

Rasch stellte sich in der Praxis heraus, dass es in dieser Studie – deren Teilnehmer durch Aufrufe im Internet, öffentliche Aushänge, Empfehlungen Dritter sowie persönliche Anrufe rekrutiert wurden – weniger um einen Querschnitt der Gesellschaft ging, sofern dieser überhaupt existiert oder existieren kann, sondern eher um subjektive, individuelle

Thomas Pilz spricht bei der
Demonstration des Neuen Forum
am 6. Dezember 1989 in Zittau
Archiv Thomas Pilz



Erfahrungen. Diese Erfahrungen überschneiden sich teilweise, aber ihre Interpretation war aufgrund unterschiedlicher Sozialisierung und der damit verbundenen Haltung zur DDR und dem SED-Regime oft sehr unterschiedlich.

So überrascht es wenig, wenn Demonstranten der Jahre 1989/90 ganz anders auf den 9. November 1989 bzw. den 3. Oktober 1990 blickten als Anhänger oder Funktionäre des SED-Systems.¹⁵ So äußerte sich Thomas Pilz, ein weitvernetzter Mitinitiator des Neuen Forums in Zittau aus Mittelherrwigsdorf, mit den Worten: „Dass, was dann am 9. November passierte, damit hat niemand gerechnet. Wir fragten eher: ‚Wie sichern wir diese zarten Pflanzen der Reformen ab, damit nicht wieder die Krake des Kommunismus zuschlägt? 10.000 Leute waren in Zittau, haben die Gedächtnisprotokolle vorgelesen. Dann haben wir uns auf dem Ring versammelt, ehe es zur SED-Kreisleitung ging. Dort hieß es: ‚Ihr könnt alle nachhause gehen, die Mauer ist offen!‘ Aber uns war das egal. Es hat uns nicht interessiert, es ging um die Freiheit. Der Kommunismus sollte weg, wir wollten eine andere DDR.“¹⁶ Für Joachim Herrmann aus Löbau stand dagegen fest: „Als die Mauer fiel, war mir und meiner Frau klar: Das war es für uns. Ich war Offizier und sie Chefsekretärin bei der Hochschule. Die NVA und auch wir wurden nicht mehr gebraucht.“

Mit dem Blick von heute zeigt sich allerdings eine größere Differenziertheit hinsichtlich der damaligen Ereignisse. Vor dem Hintergrund der politisch-medial-wirtschaftlichen „Dauerkrise“, je nach Sichtweise ab 2007, 2015, 2020 oder 2022, ist eine gewisse Ernüchterung oder sogar zum Teil eingestandene verbale Einschüchterung feststellbar. Der ein oder andere der Interviewten fragte sich – wenig überraschend –, was die vor 35 Jahren erkämpften und heute mantraartig beschworenen Erzungenschaften wie Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, die Wahrung der Menschenrechte, Toleranz, Vielfalt, Solidarität unter anderem in Zeiten des „Corona-Regimes“ (Herfried Münkler)¹⁷, der Zeitenwende (Olaf Scholz)¹⁸, der kostspieligen Energiewende¹⁹ und angesichts der bundesdeutschen Intervention in internationale Konflikte²⁰, einhergehend mit der Migrationskrise²¹, Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft sowie einer mit diesen Phänomenen einhergehenden rasanten Wohlstandsvernichtung²² heute noch wert sind.²³ Die Studie ist daher keine rein historische, sondern weist auch aktuelle politikwissenschaftliche, soziologische und wirtschaftliche Elemente bzw. Erkenntnisse auf, die bislang kaum berücksichtigt wurden und regelrecht danach rufen, weiter wissenschaftlich aufgearbeitet zu werden.

Alle zwölf Interviewpartner bekamen dieselben fünf Fragen. Es stellte sich als schwierig heraus, Arbeiter und Mittelständler zum Interview zu gewinnen, oft aufgrund von Zeitmangel. Trotz massiver Bemühungen blieb der Frauenanteil bei lediglich 25 Prozent. Darüber hinaus signalisierten einige Menschen die Bereitschaft mitzumachen, hatten jedoch Bedenken hinsichtlich der Veröffentlichung der



Görlitz im Oktober 2024:
DDR- und Schlesienfahne
in trauter (?) Einheit
Foto: Sven Brajer

Ergebnisse. Dies bezog sich unter anderem auf die letzten beiden Fragen und war offensichtlich durch die Furcht vor dem gegenwärtig spalterischen Zeitgeist begründet.²⁴

1. Wann und wo sind Sie geboren und aufgewachsen?
2. Was haben Sie am 9. November gemacht? Haben Sie diesen Tag bewusst erlebt? Hat sich Ihr Leben in den nächsten Wochen und Monaten stark verändert?
3. 3. Oktober 1990: Konnten Sie die Chancen im wiedervereinigten Deutschland nutzen? Gab es bei Ihnen oder Ihrem Umfeld wirtschaftliche Verwerfungen (Stichwort: „Treuhand“)?
4. Wie sehen Sie heute nach 35 Jahren Mauerfall die aktuelle BRD?
5. „Besserwessis“ und „Jammerossis“ – Schnee von gestern oder aktueller denn je?

Ergebnisse und Auswertung

Die Interviewten sind zwischen 1946 und 1980 geboren und stammen bzw. wohnen in den Orten Großschönau/Zittau, Görlitz, Löbau, Weißwasser, Mittelherwigsdorf/Zittau, Ebersbach-Neugersdorf, Bautzen (2), Königsbrück, Lauta/Hoyerswerda, Kamenz und Neufriedersdorf. Eine Person stammt ursprünglich aus Thüringen, eine andere aus Dresden. Beide sind wegen des Wehrdiensts bei der NVA in die Oberlausitz – nach Hoyerswerda bzw. Löbau – gezogen. Zehn von zwölf Interviewten leben heute noch an dem Ort, an dem sie sozialisiert wurden. Der überwiegende Teil hat den 9. November 1989 bewusst wahrgenommen, war völlig davon überrascht – und erfreut.

Sylvia Abraham aus Weißwasser sagte dazu: „Wie immer haben wir abends die Nachrichtensendungen verfolgt und erst einmal gar nicht so richtig den Worten von Günter Schabowski glauben können. Einer meiner Brüder arbeitete damals als Bauarbeiter in Berlin und feierte seinen 33. Geburtstag am 9. November 1989. Er bestätigte uns dann einen Tag später, dass er auf dem Ku’damm entlanggelaufen ist.“

Rainer Böhme aus Königsbrück hat den Tag so erlebt: „Am Abend des 9. November (einem Don-

nerstag) hatten sich mehrere Hundert Menschen vor dem Rathaus versammelt. Von einer provisorischen Bühne (LKW-Ladefläche) sprachen mehrere Redner (Bürgermeister, Vertreter des Rats des Kreises, Gewerbetreibende, Chef des Institutes für Luftfahrtmedizin, hier wurde Sigmund Jähn vor seinem Weltraumflug ausgebildet). Diese Veranstaltung verlief relativ friedlich, natürlich gab es Zwischenrufe, aber durch die doch recht kritischen Reden, auch von der Staatsmacht, waren die meisten auf dem Markt zufrieden. Niemand hatte ein Radio dabei, so dass keiner auf dem Markt von der Grenzöffnung etwas mitbekam. Mit einigen Freunden bin ich vom Markt in die Gaststätte Ziegler gegangen und wir haben den Abend bei einigen Bierchen ausklingen lassen. So gegen 22.00 Uhr bin ich nach Hause und habe, wie meist in dieser Zeit, versucht, ‚Tagesthemen‘ zu schauen. Es muss ‚versucht‘ heißen, denn das ‚Westbild‘ war nicht immer zu erkennen, oft war viel Gries auf dem Bildschirm. Aber am 9. November ging es: Es war das Brandenburger Tor zu erkennen, durch das ein Blitz ging. Ich habe mehrere Minuten gebraucht, um zu begreifen, was gerade passiert ist. Und dann kullerten die Freudentränen.“

Die meisten der Befragten wussten ihre Chancen im wiedervereinigten Deutschland zu nutzen. So berichtet Frank Peuker aus Zittau bzw. Großschönau: „Für mich lief es gut, der Aufbruch in ein neues Land funktionierte. In den 90ern ging plötzlich alles, es war viel Dynamik da, dann kam der EU-Beitritt, doch die Wirtschaft brach weg, das war genauso eine Kehrseite wie die Nazi-Szene, die in Zittau besonders groß war. Diese Freiheit war neu für uns, genauso wie das sehr pragmatische Vorgehen in den Ämtern und Behörden in den ersten Jahren nach der Wende. Ich habe in diesen Kontext auch viele nette Westdeutsche kennengelernt.“

Ähnlich gut lief es auch für Mathias Priebe aus Lauta, der aber auch ähnliche Probleme der 1990er Jahre fokussierte: „Die Geschichte meinte es gut mit mir, denn meine vierjährige, freiwillige Dienstzeit bei der NVA endete im August 1990. So stand ich nicht vor der Frage, ob ich am 2. Oktober die eine Uniform ausziehen und am nächsten Morgen die der Bundeswehr anziehen müsste. Stattdessen war



Ankommen in Pommritz 1993
Foto: Maik Hosang

ich jetzt Journalist im wiedervereinigten Deutschland und habe vom Studio Cottbus aus diesen gewaltigen Umbruch publizistisch begleitet. Die Zeit war geprägt von großen Hoffnungen und Enttäuschungen der Menschen. Betriebsbesetzungen und Streiks wechselten sich ab mit ersten Spatenstichen und Grundsteinlegungen. Ich war dabei als 1992 mehr als vierzigtausend Kohlekumpel in Hoyerswerda für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstrierten und half dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl bei BASF Schwarzheide den richtigen Knopf für die Inbetriebnahme einer neuen Produktionsanlage zu finden. Ich interviewte die ersten Obdachlosen, hörte mir die Sorgen der Bürgermeister an, begegnete Show-Stars, Neonazis, Ministerpräsidenten, Gewerkschafter, Unternehmern. Für mich selbst war das beruflich eine sehr erfolgreiche Zeit.“

Die gewonnene Freiheit war neben vielen Chancen von harten wirtschaftlichen Umbrüchen²⁵ und damit verbunden dem Erstarken politischer Ränder, insbesondere des Rechtsextremismus²⁶, gekennzeichnet.

Der Blick auf die heutige Bundesrepublik wird prüfender – nach den bereits oben skizzierten Krisen- und Zerfallserscheinungen der letzten etwa zehn

Jahre, die teilweise mit einem Vertrauensverlust gerade der Ostdeutschen und besonders sichtbar mit den Wahlergebnissen der Landtagswahl 2024 in Sachsen in Staat und Institutionen einhergehen: Martin Peschek aus Görlitz zeichnet kein besonders optimistisches Bild: „Ich sehe die heutige Bundesrepublik sehr kritisch. Um es sinngemäß mit Bärbel Bohley zu sagen: Man wird die Methoden der Stasi genau studieren – und anwenden. Ich kenne allein vier Leute, die wegen Mitgliedschaft oder offener Sympathie zur AfD ihren Job verloren haben. Für mich ist es auch nicht nachvollziehbar, warum wegen dieses ‚Klimarettungswahns‘ die gesamte Wirtschaft an die Wand gefahren wird. Da ich aus meiner Meinung keinen Hehl mache, wurde ich seit 2019 auch nicht mehr zu den jährlichen Gedenkveranstaltungen rund um den 17. Juni 1953 [Aufstand in der DDR] und den 13. August 1961 [Mauerbau] der Stadt Görlitz eingeladen. Ich betone allerdings: Die AfD ist auch keine Lösung, das ganze Neugegründete von Parteien bringt überhaupt nichts, man sollte lieber die einzelnen Mandate stärken und die Parteien entmachten.“²⁷

Bettina Wegner, die aus Bautzen stammt, aber schon lange in Berlin lebt, adressiert ganz andere Probleme: „Ich mache mir große Sorgen um unser Land – und unsere Gesellschaft. Es macht mich betroffen, wie stark sich Rassismus und Hass breit gemacht haben – und wie normal Anfeindungen gegenüber Menschen anderer Herkunft angenommen werden. Der Diskurs zum Thema Migration nichts Menschliches mehr zeigt – es ist ein Trauerspiel. Zugleich erlebe ich selbst auch immer die Lücken des Rechtsstaates. Nie hätte ich mir vorstellen können, dass es ok ist und von der Polizei hingenommen wird, dass 700 Neonazis durch Bautzen marschieren und ihren Hass verbreiten können. Angst machen. Und brüllen: Die Straßen gehören uns – die Stadt gehört uns. Und kein Oberbürgermeister in Sicht, der sich diesen Neonazis entgegenstellt. Es macht mich sprachlos. Es hat sich scheinbar vieles, beinahe alles nach rechts verschoben – es gibt kaum noch Grenzen – außer die des Landes. Grenzkontrollen – nie hätte ich mir träumen lassen, dass diese wieder eingeführt werden. Unglaublich.“

Einen versöhnenden Ausblick, der vielleicht ein



Frank Peuker in seinem Büro in
Großschönau, Juli 2024
Foto: Sven Brajer

neues Zeitalter ankündigt, skizziert Maik Hosang, der ebenfalls in Bautzen aufgewachsen ist und lange in Pommritz gelebt hat. Er konstatiert: „Die Menschen verbindet viel mehr als sie trennt – das gilt natürlich auch für Ost- und Westdeutsche. Die BRD ist im Zeitalter der Moderne entstanden, hat die Postmoderne überdauert und muss sich nun auch neu erfinden.

Zusammen mit anderen Wissenschaftlern erforschen wir daher, wie eine neue Moderne, die man weltweit Metamoderne nennt, auch hier entstehen kann.“²⁸

Auf die etwas provokative Frage, ob denn „Jammer-ossis“ und „Besserwessis“ heute noch aktuelle Kategorien seien, antwortet Rainer Böhme: „Es macht doch Spaß, auf hohem Niveau zu jammern. Aber ich denke, dass es ca. 90 Prozent der Ostdeutschen besser geht als vor der Wende. Zum Glück haben wir ein gutes Sozialsystem, um das uns viele Länder beneiden. Deshalb wollen ja so viele nach Deutschland. Auf der einen Seite benötigen wir ausländische Arbeitskräfte, andererseits können wir nicht jeden ins Land lassen. Für mich entscheidend ist, wer sich integrieren will und eine Gegenleistung erbringen kann und auch Deutsch lernen will, der ist willkommen. Das mit der Gegenleistung gilt auch für Deutsche, die eine staatliche Leistung in Anspruch nehmen. Die Begriffe ‚Besserwessi‘ und ‚Jammerossi‘ sollte es nach 35 Jahren eigentlich nicht mehr geben, aber Tatsache ist, dass es solche Leute nach wie vor gibt. Ich denke, dass sich dies erst nach weiteren zwei Generationen ‚ausgewachsen‘ haben wird. Es gibt auch heute ‚Jammerwessis‘ und ‚Besserossis‘. Geschimpft wird immer schneller als gelobt.“

Zusammenfassung: Was ist heute von der friedlichen Revolution in der Oberlausitz geblieben?

Es hat sich gezeigt, dass die meisten der befragten Oberlausitzer bis heute froh sind, dass 1989/90 das verstaubte SED-Regime durch die soziale Marktwirtschaft und die Errungenschaften der Bundesrepublik auf demokratischen Weg transformiert wurde. Reisefreiheit, freie Wahlen, Meinungsfreiheit und die Möglichkeit, sich selbst zu verwirklichen, gingen jedoch mit massiven Arbeitsplatzverlusten in der Textilindustrie und im Energiesektor in den 1990er Jahren einher. Gleichzeitig entstand ein starker Mittelstand, während die alten Eliten rigoros abgeräumt und Lebensleistungen zum Teil massiv entwertet wurden.

Die Erfolgsgeschichte des einstigen Exportweltmeisters Bundesrepublik kam etwa ab der Jahrtausendwende bis in die 2010er Jahre auch den Oberlausitzern zugute, die mit ihrem damals starken Mittelstand ein Teil davon werden sollten. Dennoch betrachten die meisten die gesellschaftlichen Verwerfungen der letzten Jahre kritisch. Der allgemeine Tenor ist eindeutig: Statt Ideologie sollte politisch rasch wieder Vernunft in der Politik – auch in Dresden – einziehen. Andernfalls könnte die Region im Jahr der Bundestagswahl 2025 – 35 Jahre nach der Wiedervereinigung – ihr blaues Wunder erleben.

1 Dazu instruktiv Christina Morina: Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er Jahren, München 2023, S. 192 f.

2 Seitdem existieren bis zum heutigen Tag zahlreiche Konflikte über die Deutung des „Jahrhundertereignis“ (Bundeszentrale für politische Bildung) Mauerfall mitsamt der Wiedervereinigung, die natürlich selbst durch die unterschiedliche Auslegung aus ostdeutschen und den dominanten westdeutschen Deutungshoheiten sowie den politischen Strömungen von konservativ bis ‚linksliberal‘ resultieren. Vgl. Rainer Eckert: Umkämpfte Vergangenheit. Die SED-Diktatur in der aktuellen Geschichtspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Leipzig 2023, S. 42 f.; Dirk Oschmann: Der Osten: eine westdeutsche Erfindung, Berlin 2023; Steffen Mau: Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt, Berlin 2024; Ilko-Sascha Kowalczyk: Die Übernahme: Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019, Ilko-Sascha Kowalczyk: Freiheitschock: Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989, München 2024; Katja Adler: Rolle rückwärts DDR? Wie unsere Freiheit in Gefahr gerät, München 2024. Dazu sei auch der von Jan Wenzel mit vielen interessanten Fotos herausgehoben Band erwähnt: Das Jahr 1990 freilegen, Leipzig 2019 sowie Sven Brajer im Interview mit der Katholischen Sonntagszeitung: Ost und West 35 Jahre nach dem Mauerfall. Historiker im Interview: Die Kluft ist tiefer geworden, [https://www.katholische-sonntags-](https://www.katholische-sonntagszeitung.de/historiker-im-interview-die-kluft-ist-tiefer-geworden-571903/)

[zeitung.de/historiker-im-interview-die-kluft-ist-tiefer-geworden-571903/](https://www.katholische-sonntagszeitung.de/historiker-im-interview-die-kluft-ist-tiefer-geworden-571903/) [31.12.2024].

3 Zur Einordnung des Begriffs vgl. Michael Richter: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, Bd. 2, Göttingen 2009, S.1465-1477.

4 Michael Richter setzt seine Schwerpunkte besonders auf die drei sächsischen Großstädte. Vgl. Richter (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 248-290, 343-397; dazu auch: Daniel Niemetz: Staatsmacht am Ende. Der Militär- und Sicherheitsapparat der DDR in Krise und Umbruch 1985 bis 1990, Berlin 2020, S. 55-102. Zu Dresden aus beeindruckender autobiographischer Perspektive nach wie vor lesenswert Peter Richter: 89/90, München 2017.

5 Kartographische Illustration von Peter W. Baumann im Einband von Richter (wie Anm. 3).

6 Bettina Renner: Bautzen im Dazwischen. Vom ende der DDR zum Aufbruch in eine neue Zeit, Leipzig 2022; Richter (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 626.

7 Siehe hierzu die wegen der Corona-Krise leider kaum realisierte Veranstaltungsreihe: Görlitzer Herbst – 30 Jahre friedliche Revolution, <https://www.engagiertestadt.de/2020/11/03/goerlitzer-herbst-30-jahre-friedliche-revolution-und-deutsche-einheit/> [30.12.2024] sowie Christian Bochwitz/Albrecht Naumann (Red.): Deutsche Einheit 20 Jahre Friedliche Revolution in Görlitz. Dokumentation der Ausstellung und des Symposiums zur Friedlichen Revolution in Görlitz, 1989-2009, Görlitz 2010.

- 8 Andreas Schönfelder/Julia Böske: „Aufbruch 89“ in der Oberlausitz: erste große Veranstaltung des Neuen Forums am 19.10.1989 in drei Zittauer Kirchen, Dresden 2020.
- 9 Zuletzt Rolf Rüdiger Knoll: Deindustrialisierung oder Aufschwung Ost? Der Strukturwandel in Ostdeutschland und die Rolle der Treuhandanstalt am Beispiel des Landes Brandenburg, in: Dierk Hoffmann (Hrsg.): Die umkämpfte Einheit. Die Treuhandanstalt und die deutsche Gesellschaft, Berlin 2022, S. 183-244, bes. ab S. 227; Johannes Stemmler (Hrsg.): Wir machen das schon. Lausitz im Wandel, Berlin 2021 sowie die Gespräche »Lausitz an einen Tisch« von Katrin Rohnstock aus den Jahren 2015/16, <https://www.rohnstock-biografien.de/erzahlprojekte/lausitz-an-einen-tisch/> [30.12.2024]. Dazu sei auch das Projekt „Nachhaltige Regionalentwicklung im Strukturwandel. Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung der Braunkohleregionen im Strukturwandel“ des Forschungsinstituts für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung (TRAWOS) 2019-2022 an der Hochschule Zittau/Görlitz erwähnt, <https://trawos.hszg.de/projekte-publikationen/aktuelle-projekte/nachhaltige-regionale-entwicklung-im-strukturwandel> [31.12.2024].
- 10 Insbesondere zu Kamenz und Lauta finden sich im Lausitzer Almanach, Sonderausgabe V, Kamenz 2021, S. 166-175 sowie 208-212 einige spannende Passagen. Bereits deutlich früher erschienen ist Matthias Herrmann (Red.): Kamenz 1989 – 1995. Aus der Chronik des Weges zum geeinten Deutschland, Kamenz 1996. Hinzuweisen ist auch auf Henry Krause: Wittichenau. Eine katholische Kleinstadt und das Ende der DDR, 2. Auflage Dresden 1999.
- 11 Hierzu sei dem Leser die Sonderausstellung der Görlitzer Sammlungen für Geschichte und Kultur mit dem Thema: Görlitz im Nationalsozialismus – 80 Jahre Kriegsende, die vom Autor kuratorisch betreut und von März bis Dezember im Kaisertrutz zu sehen sein wird, nahegelegt.
- 12 Instruktiv zu den Merkmalen der ländlichen Räume in Sachsen vgl. Joachim Amm/Lars-Arne Dannenberg/ Matthias Donath/Dirk Martin Mütze: Die Verwandlung des Landes. Ländlicher Raum in Sachsen, in: Sächsische Heimatblätter 66 (2020), Heft 1, S. 1-4.
- 13 Francis Fukuyama: The End of History and the Last Man, New York 1992.
- 14 Swen Steinberg: Die Oberlausitz von 1815 bis in die Gegenwart, in: Winfried Müller (Hrsg.): Oberlausitz, Leipzig 2011, S. 97-140; Joachim Bahlcke (Hrsg.): Geschichte der Oberlausitz. Herrschaft, Gesellschaft und Kultur vom Mittelalter bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, Leipzig 2001. Den Niedergang der Textilindustrie zwischen 1991 und 2008 an seinem wichtigsten regionalen Standort, der Stadt Ebersbach/Sa, kann man in einer beeindruckenden Fotoreportage sowie Interviews mit den Betroffenen bei Ulrich Joho: Tod einer Textilindustrie, <https://www.fotogemeinschaft.de/tod-einer-textilindustrie/465/> [28.12.2024], nachvollziehen. Dazu auch Sven Brajer: Aufstieg und Fall der Oberlausitzer Industriedörfer 1834 bis 2019. Ein Überblick mit Forschungsanregungen, in: Sächsische Heimatblätter 66 (2020), Heft 2, S. 173-176, hier S. 176.
- 15 Interview mit Thomas Pilz aus Mittelherwigsdorf vs. Joachim Herrmann aus Löbau.
- 16 Sämtliche Interviews erscheinen reich bebildert mit einem Vorwort versehen in einem Sonderdruck sowie auf einer gleichnamigen Internetseite.
- 17 Carola Tunk: Berliner Politologe rechnet mit einem „Corona-Regime“ für viele Jahre, in: Berliner Zeitung vom 9. März 2021, <https://www.berliner-zeitung.de/news/politologe-muenkler-rechnet-fuer-viele-jahre-mit-einem-corona-regime-li.144751> [31.12.2024].
- 18 Sven Brajer: Scholz' „Zeitenwende“ und die Prager „Grundsatzrede“: Frieden Schaffen mit deutschen Waffen?, in: Im Osten. Perspektiven wider den Zeitgeist vom 1.9.2022, <https://imosten.org/tag/zeitenwende/> [31.12.2024].
- 19 Michael Spehr: Schlusslicht. Licht aus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.12.2024, <https://www.faz.net/aktuell/technik-motor/schlusslicht-licht-aus-110193977.html> [30.12.2024], René Höltzsch: Energiewende soll Deutschland rund 1200 Milliarden kosten, in: Neue Zürcher Zeitung vom 30. April 2024, <https://www.nzz.ch/wirtschaft/energiewende-soll-deutschland-rund-1200-milliarden-euro-kosten-ld.1828619> [4.5.2024] sowie auch Karl Reitter: Gemeinsam die Welt retten? Vom Klimaalarm zum Green New Deal, Wien 2024.
- 20 Hier gibt es einige bemerkenswerte Parallelen zum Zeitraum 1914-1923, vgl. Sven Brajer: „Eine Kampfansage [...] an die gegenwärtige Staatsform“. Eindrücke vom Krisen- und Inflationsjahr 1923 in der Oberlausitz, in: Neues Lausitzisches Magazin 145/146 (2024), S. 177-188.
- 21 Hannes Hofbauer: Kritik der Migration: Wer profitiert und wer verliert, Wien 2018, bes. S. 135-261.
- 22 Daniel Stelter: Beyond the obvious. Dekade der Wohlstandsvernichtung, in: Handelsblatt vom 27. Oktober 2024, <https://www.handelsblatt.com/audio/bto/beyond-the-obvious-dekade-der-wohlstandsvernichtung/30057858.html> [30.12.2024].
- 23 Diese jüngsten Entwicklungen, die enormem Anteil an der derzeitigen gesellschaftlichen Spaltung haben, bestätigen auch Sabine Michel und Dörte Grimm in ihrem Buch: Es ist einmal. Ostdeutsche Großeltern und ihre Enkel im Gespräch, Berlin 2024, S. 12.
- 24 Hans-Joachim Maaz: Das gespaltene Land: Ein Psychogramm, München 2020.
- 25 Marcus Böick: Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990-1994, Göttingen 2018, siehe auch Ilko-Sascha Kowalczyk: Die Übernahme: Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019, S. 123 sowie Vladimiro Giacché: Anschluss: Die deutsche Vereinigung und die Zukunft Europas, Hamburg 2014, bes. S. 99-112.
- 26 Sven Brajer: Die (Selbst)Zerstörung der deutschen Linken: Von der Kapitalismuskritik zum woken Establishment, Wien 2023, S. 23-25, 51-52; Sven Brajer/Johannes Schütz: Old Concepts in Changing Societies? Continuities and Transformation of Nationalism in East Germany, 1871–2019, in: Frank Jacob/Carsten Schapkow (Hrsg.): Nationalism in a Transnational Age, Berlin/München 2021, S. 41-68, bes. S. 61 f.
- 27 Dazu auch Sven Brajer: Parteiendämmerung: Die große Enttäuschung im Spiegel apokalyptischer Zeiten, in: Im Osten. Perspektiven wider den Zeitgeist vom 22. Dezember 2024, <https://imosten.org/2024/12/22/parteiendaemmerung-die-groesse-enttaeuschung-im-spiegel-apokalyptischer-zeiten/> [31.12.2024].
- 28 Vgl. Maik Hosang/Gerald Hüther (Hrsg.): Die Metamoderne. Neue Wege zur Entpolarisierung und Befriedung der Gesellschaft, Göttingen 2024.

Autor
 Dr. Sven Brajer
 Görlitzer Sammlungen für
 Geschichte und Kultur
svenbrajer@web.de



Graffiti meets Großenhainer Demokratiegeschichte

Ein Kunst- und Bildungsprojekt schreibt Geschichte

Jens Schulze-Forster

Politische Mitbestimmung, freie Wahlen, Presse- und Meinungsfreiheit sowie eine Verfassung, die diese Grundrechte wirksam schützt, sind keineswegs selbstverständlich. In vielen Ländern Europas ist die parlamentarische Demokratie erst wenige Jahrzehnte alt und steht zunehmend unter Druck. Deutschland selbst ist wie kaum ein anders Land geprägt von den Auseinandersetzungen und Katastrophen, die den langen Weg zu einer modernen demokratischen Verfassung begleiteten. Wer setzte sich in Großenhain für Bürgerrechte und freie Wahlen ein, riskierte dafür Verhaftung oder sogar sein Leben? In dem kombinierten Graffiti- und Bildungsprojekt „Graffiti meets Großenhainer Demokratiegeschichte“ sollte zusammen mit Jugendlichen dieser Frage nachgegangen und der Fußgängertunnel Meißner Straße/B 101 mit Graffiti gestaltet werden.

Die Kunstform „Graffiti“ bot sich aus mehreren Gründen an. Die Graffiti-Bewegung war und ist selbst Ausdruck der Suche nach Freiheit und Teilhabe. Seit Mitte der 1990er Jahren gibt es eine aktive lokale Szene in Großenhain. Im Rahmen der Mobilen Jugendarbeit verwandelten sich Unterfüh-

rungen, Jugendtreffs und Sportanlagen unter Anleitung von Profis in bunte Kunstwerke.¹ Unter dem Titel „Sehnsucht Freiheit“ sollten diese Ansätze zusammengeführt werden: Analog mit Neugestaltung des Fußgängertunnels Meißner Straße/B101 im Rahmen eines Jugend-Workshops und digital mit der Produktion von Erklärfilmen im Leistungskurs Geschichte des Gymnasiums. Die Projektidee des Museums Alte Lateinschule erhielt vom Freistaat Sachsen im Programm „Sehnsucht Freiheit“ eine Förderung und wurde in der zweiten Jahreshälfte 2024 in Kooperation mit der Mobilen Jugendarbeit Großenhain & Priestewitz, dem Atelier Sebastian Bieler und dem Werner-von-Siemens-Gymnasium umgesetzt.

Von der Unterführung zum Graffiti-Tunnel

Im Vorfeld des Workshops wurden die Wände der Unterführung auf rund 150 Meter Länge gereinigt und grundiert. Das Konzept sah sieben historische Motive als Graustufenbild vor, umgeben von abstrakten Farbrissen und großformatigen Graffiti-

Fußgängertunnel in Großenhain,
Sprayer in Aktion, 2024
Foto: Jens Schulze-Forster



Theodor Körner, Graffiti-Darstellung in Großenhain, 2024
Foto: Jens Schulze-Forster



Großenhain, Gedenktafel am ehemaligen Gasthof „Goldene Kugel“
Foto: Jens Schulze-Forster

Karl Benjamin Preusker, Graffiti-Darstellung in Großenhain
Foto: Jens Schulze-Forster



Schriftzügen. Vom 22. Juli bis zum 2. August 2024 fand der Ferienworkshop statt. Rund 25 Jugendliche gestalteten unter Leitung von Raimo Siegert, Sebastian Bieler und Mark Tuckermann die Farbflächen hinter den Bildern. Symbole und gegenständliche Elemente entsprangen der freien Assoziation der Jugendlichen mit dem Begriff „Freiheit“ und wurden in Schablontechnik umgesetzt. An zwei Vormittagen beschäftigten sie sich im Museum Alte Lateinschule mit der Idee der Freiheits- und Grundrechte (Aufklärung, Französische Revolution), dem Wirken von Karl Benjamin Preusker und Louise Otto-Peters sowie der Friedlichen Revolution 1989/90 in Großenhain. Die sieben historischen Motive wurden von den Graffiti-Profis umgesetzt. Jedes Bild nahm Bezug auf eine historische Person und deren Großenhainer Geschichte.

Theodor Körner (1791–1813)

Kaum jemand dürfte häufiger und widersprüchlicher als Projektionsfläche für den Begriff der „Freiheit“ gebraucht worden sein als der Dichter und „Nationalheld“ der Befreiungskriege Theodor Kör-

ner. Sein aufopferungsvoller Kampf gegen die französischen Besatzer diente als ideologisches Vorbild im Dritten Reich wie in der DDR („Theodor-Körner-Preis“) und sogar die Weiße Rose rief 1943 mit dem Fanal seiner Verse „Frisch auf, mein Volk! Die Flammenzeichen rauchen“ zum Freiheitskampf auf.² Die Verbindung des in Dresden geborenen und aufgewachsenen Körner zu Großenhain ist eher kurios. Am 1. November 1813 brachte sich die Familie aus dem noch französisch besetzten Dresden in Sicherheit. Vom Großenhainer Gasthof „Goldene Kugel“ aus veröffentlichte der Vater, Christian Gottfried Körner, am 9. November die Nachricht vom Tod seines berühmten schon am 26. August bei Schwerin gefallenen Sohnes in der Leipziger Zeitung.[Anm.3: Emil Peschel/Eugen Wildenow: Theodor Körner und die Seinen, Bd. 2, Leipzig 1898, S. 120 ff.] Vermutlich seit 1913 erinnert eine Tafel neben der Durchfahrt des ehemaligen Gasthofs an dieses Ereignis. Die goldene Kugel ist deshalb ein kleines, aber entscheidendes Symbol des Körner-Bilds im Großenhainer Graffiti-Tunnel.

Karl Benjamin Preusker (1786–1871)

Der königliche Rentamtmann Karl Benjamin Preusker war weder Politiker noch Barrikadenkämpfer. Sein erstaunliches gemeinnütziges Wirken war gleichwohl hoch „politisch“: Er wollte in der Umbruchzeit des Vormärz Handwerkern und Gewerbetreibenden, Männern, Frauen und Kindern, bessere Lebensbedingungen ermöglichen. Im Zentrum stand dabei das Thema „Bildung“. Bildung war für ihn, maßgeblich geprägt durch seine eigene Biographie³, der Schlüssel zu einem selbstbestimmten „erfolgreichen“ Lebensweg. Die 1828 in Großenhain gegründete Stadtbibliothek sollte es allen Bürgern ermöglichen, „welche nach vollendeten Schuljahren noch den Trieb und den Willen in sich fühlen, mit der Welt fortzugehen, sich fortzubilden“.⁴ Mit der Stadtbibliothek, der 1830 gegründeten Sonntagschule zur beruflichen Fortbildung (eine der ersten in Deutschland) und dem Gewerbeverein bot er Instrumente zur Selbsthilfe an und warb auf allen Kanälen für deren Verbreitung: publizistisch und durch intensiven Briefverkehr mit Behörden und Ministerien.⁵ Aufschlussreich ist seine Wahrnehmung der Revolution 1830 und 1848/49. 1830 begrüßte Preusker den Rücktritt des korrupten Stadtrats, distanzierte sich aber von der „kleinen Anzahl unruhiger Köpfe“, die auf die Straße gegangen waren, „nur aus Lust sich einmal lärmend äußern zu können“. Aufruhr war nicht Sache des loyalen Beamten. Die Revolution 1848/49 [s.o.] veranlasste ihn, explizit über seine politische Haltung Rechenschaft abzulegen. „Dass ich mich dem Aufstande der demokratischen, sogenannten Fortschrittspartei, nicht anschloss, wird sich aus der bisherigen Schilderung meines Charakters [...] ergeben haben. Ließ sich dies mit meiner Stellung als treuer königlicher Beamter [...] nicht vereinigen, so war es auch meiner Überzeugung entgegen, weil überhaupt ein gewaltsamer Aufruhr nie zum wahren [...] Wohle führen wird, welches nur durch höhe-

re Bildung [...] und durch besonnenes Streben [...] auf gesetzlichem Wege zu erreichen ist“.⁶ Er lehnte nicht den Wunsch nach mehr Mitbestimmung, bürgerlichen Freiheiten und Emanzipation ab, aber die gewaltsamen Mittel. Im Graffiti-Tunnel repräsentiert die ehemalige Stadtschule am Kirchplatz sein gesellschaftspolitisches „Freiheits-Programm“. Im heutigen Museum Alte Lateinschule wurden seine drei Schlüsselprojekte für Bildung und lebenslanges Lernen realisiert: die Stadtbibliothek, die Sonntagschule und der Gewerbeverein.

**Louise Otto-Peters (1819–1895),
Theodor Haffner (1826–1890)**

Louise Otto-Peters zählt zu den bekanntesten Frauenrechtlerinnen des 19. Jahrhunderts. Ein Meilenstein waren Gründung und Herausgabe der radikal-demokratischen „Frauen-Zeitung“. Unter dem Motto „Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen!“ forderte sie politische und gesellschaftliche Teilhabe für die vergessene Hälfte der Bevölkerung. Am 21. April 1849 erschien die erste Ausgabe – in Großenhain! In dem Drucker und Verleger Theodor Haffner (1826–1890) hatte sie den Mann gefunden, der bereit war, das Risiko einzugehen. Dank Esther Ludwig wissen wir, dass Haffner 1826 in Großenhain geboren wurde, kurz die Fürstenschule in Grimma besuchte, in der Großenhainer Buchdruckerei Rothe lernte und den republikanischen „Beobachter an der Röder“ herausgab. In einem polizeilichen Gutachten von 1850 hieß es, er sei „sehr freisinnig“, besitze einschlägige Kontakte und sei „schon einige Male wegen Preßvergehen zur Untersuchung gezogen worden“.⁷ Haffner, dessen Verlag laut Impressum im 1. Stock Neumarkt 107 zu finden war, wusste also, worauf er sich einließ. Im Juli 1850 wurde Otto-Peters Wohnung in Meißen durchsucht, wenige Monate später Frauen die Redaktionsarbeit gesetzlich untersagt. Die letzte Großenhainer Ausgabe erschien im Dezember 1850. Im Zeichen von Louise Otto-Peters und der Burg Meißen würdigt das Graffiti also auch die bewegte Geschichte von Theodor Haffner, der schließlich 1869 ein Verlagsgeschäft in Königstein gründete und dort 1890 starb.

Friedrich Geyer (1853–1937)

Als Postkarte wurde das markante Porträt des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten mit Nickelbrille und der auffällig bedruckten Halsbinde im ganzen Reich vertrieben. Der Aufstieg vom Zigarrenarbeiter zu einem führenden Kopf der Arbeiterbewegung in Deutschland und Minister war alles andere als selbstverständlich.⁸ Früh übernahm der geborene Großenhainer nach dem Tod des Vaters Verantwortung, erlernte den Beruf des Zigarrenmachers, engagierte sich im Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeiter-Verein und ging mit 18 Jahren nach Leipzig, wo er der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei beitrug.⁹ 1874 kehrte er in die Vaterstadt zurück. 1881 wurde die „Seele der sozialdemokratischen Bewegung“¹⁰ wegen eines Wahlflugblatts seiner Reichstags-Kandidatur im 7. säch-



Louise Otto-Peters, Graffiti-Darstellung in Großenhain, 2024
Foto: Jens Schulze-Forster

sischen Wahlkreis zu zehn Monaten Haft verurteilt. Nach der Entlassung gründete er 1882 die Zigarrenfabrik Friedrich Geyer & Co., zuerst in der Meißner Straße 27, wo er auch wohnte, dann in der Meißner Straße 34. Das Haus, das heute das „Café Faust“ beherbergt, ist neben dem Porträt zu sehen. Ab 1884 war Geyer Mitglied des Sächsischen Landtags, von 1886 bis 1924 Abgeordneter im Deutschen Reichstag. Als Verfechter des radikalen linken Flügels zählte er 1917 zu den Mitgründern der USPD (Unabhängige SPD), die den Krieg vehement ablehnte, war Mitglied des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrats und von November 1918 bis Januar 1919 sogar Finanzminister der Republik Sachsen. Auf einer Porträtkarte im Museum Alte Lateinschule ist handschriftlich vermerkt, dass Geyer am 1. November 1908 auf einer Massenkundgebung in Leipzig für das gleiche, allgemeine, direkte Wahlrecht in Sachsen auftrat. Zehn Jahre später, am 28. November 1918, wurde es für Männer und Frauen ab 21 Jahren erstmals eingeführt. Bis heute ist es einer der Grundpfeiler einer demokratischen Verfassung.

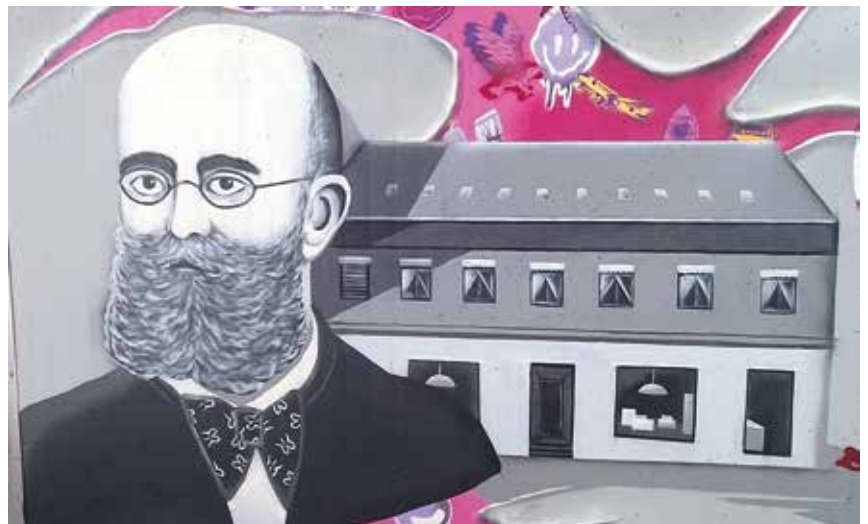
Gustav Heinze (1884–1934)

Mit schwarzem Anzug, weißen Bart und ernster



Probenummer der „Frauen-Zeitung“, erschienen 1849 in Großenhain

Friedrich Geyer, Graffiti-Darstellung in Großenhain, 2024
Foto: Jens Schulze-Forster





Gustav Heinze, Graffiti-Darstellung in Großenhain, 2024

Foto: Jens Schulze-Forster

Miene hat Gustav Heinze in der Mitte des ersten sächsischen Arbeiter- und Soldatenrats im November 1918 ein fast ikonisches Bild geprägt.¹¹ Bei genauem Hinsehen ist der SPD-Politiker auch in der Menschenmenge der großen Kundgebung am 10. November 1918 auf dem Großenhainer Hauptmarkt zu erkennen.¹² Persönliche Nachlässe im Museum Alte Lateinschule belegen, dass der am 6. Oktober 1865 in Naundorf geborene Heinze mit 15 Jahren nach dem Tod des Vaters als Arbeiter in eine Spinnerei eintrat und erst einige Jahre später eine Ausbildung zum Weber absolvierte. Der 1. Februar 1884 ist als Eintrittsdatum des 19-Jährigen in die Sozialdemokratische Partei überliefert.¹³ 1894 war er Mitgründer des Sozialdemokratischen Vereins für Großenhain und Umgebung. 1901 übernahm der „Kolporteur“ (d. h. er vertrieb beruflich Bücher und Zeitschriften) den Vorsitz, den er bis 1927 innehatte.¹⁴ 1909 wurde er erstmals in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Als SPD-Funktionär war er führendes Mitglied des am 9. November 1918 gebildeten vereinigten Arbeiter- und Soldatenrats.¹⁵ Am 10. November sprach er

vor mehreren Tausend Zuhörern auf dem Großenhainer Hauptmarkt. Zum Abschluss der Kundgebung forderte er die unverzügliche Demokratisierung und ein sofortiges Ende des Krieges. Im Arbeiter- und Soldatenrat vertrat er offenbar eine gemäßigte Haltung im Sinne der Berliner SPD-Führung.¹⁶ Weil sich die Revolution in Großenhain maßgeblich zwischen Flugplatz/Kaserne und Rathaus/Hauptmarkt abspielte, ist auf dem Graffiti der verbindende Steinweg zu sehen. 1930 erhielt der Genosse Heinze für seine treue Mitgliedschaft das Jubiläumsbüchlein "Der Aufstieg der Arbeiterklasse im 7. ostsächsischen Unterbezirk". Das eingeklebte Porträtfoto diente als Vorlage für den Graffiti-Tunnel. 1934 starb Heinze in Großenhain.

Carlo Mierendorff (1897–1943)

Die sechste Person im „Tunnel der Freiheit“, wie ihn die „Sächsische Zeitung“ nannte, ist Carlo Mierendorff. Durch seine Geburt am 24. März 1897 in Großenhain ist Carl Ernst Alfred Mierendorff mit der Stadt verbunden. Die Familie des Textilkaufmanns Georg Mierendorff war in der großbürgerlichen Johannesallee 497B, heute Mozartallee 127, ansässig. Das gründerzeitliche Haus Ecke Bahnhofstraße ist neben dem Porträt zu sehen. Die Familie übersiedelte nach Frankfurt am Main, wo Carl eingeschult wurde, dann 1907 nach Darmstadt, wo er 1918 das Abitur ablegte und sich als Kriegsfreiwilliger meldete.¹⁷ Als Student der Staatswissenschaften und Nationalökonomie trat er 1920 der SPD bei. Nach Stationen als Sekretär der SPD-Reichstagsfraktion und Pressechef im hessischen Innenministerium unter Wilhelm Leuschner wurde er 1930 in den Deutschen Reichstag gewählt. Vehement wandte er sich in Wort und Schrift gegen die antidemokratische nationalsozialistische Partei; am 24. März stimmte er mit der SPD gegen das Ermächtigungsgesetz, mit dem das Parlament die Gewaltenteilung und seine eigenen Rechte aufhob. Bei den folgenden Verhaftungswellen wurde im Juni auch Mierendorff verhaftet. Über viereinhalb Jahre wurde er in verschiedenen



Großenhainer Arbeiter- und Soldatenrat, November 1918
Städtische Museen Großenhain

Konzentrationslagern festgehalten. Bis heute ist sein Name besonders durch das fortgesetzte Engagement im sozialdemokratischen Widerstand und als Bindeglied zur Widerstandsgruppe des „Kreissauer Kreises“ bekannt. Sein Tod bei einem Bombenangriff auf Leipzig im Dezember 1943 verhinderte, eine weitere Rolle im Widerstand oder beim späteren Wiederaufbau eines demokratischen Staates spielen zu können.

Friedliche Revolution in Großenhain 1989/1990

Die letzte Station erinnert an die Friedliche Revolution, die den faktischen Einparteiensstaat, die festgeschriebene Führungsrolle der SED und die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten (wie die freie Wahl von Beruf oder Aufenthaltsort) in der DDR beendete. Als herausragendes Ereignis ist in Großenhain besonders der erste öffentliche Protest am 26. Oktober 1989 in Erinnerung. Nicht zufällig formierte er sich im Anschluss an einen Gottesdienst mit der Berliner Band „Solaris“ in der überfüllten Großenhainer Marienkirche.¹⁸ Im Raum der Kirche genossen von der staatlichen Linie abweichende Ideen und Akteure, Friedens- und Umweltgruppen, auch in Großenhain, einen gewissen Schutz. Am 10. Oktober 1989 war im Gemeindesaal der Ev.-Luth. Kirche das Neue Forum Großenhain gegründet worden, ein Ableger der neuen DDR-weiten Bürgerrechtsbewegung. Am Ende des Konzerts unter dem Motto „Leben ist mehr“ verteilte die Gruppe „Solaris“ Kerzen, ein bekanntes Symbol der friedlichen Proteste in Leipzig. Einige der Besucher versammelten sich danach vor der Kirche, 20 bis 30 Personen setzten sich schließlich in Bewegung. Sie zogen durch die Naundorfer Straße über den Musikerring bis zur Bahnhofstraße, an der SED-Kreisleitung vorbei durch die Herrmannstraße und Meißner Straße zurück zum Hauptmarkt (damals Karl-Marx-Platz). Am Ende sollen es mehrere Hundert Menschen gewesen sein. Sprechchöre forderten Reisefreiheit („Visafrei bis Shanghai“) und Mitbestimmung („Wir sind das Volk“). An der SED-Kreisleitung und am Rathaus wurden Kerzen abgestellt. Zum Schluss wurde u. a. „Dona nobis pacem“ („Gib uns Frieden“) angestimmt und beschlossen, sich am nächsten Donnerstag wieder zu versammeln. Die Großenhainer Donnerstagsdemonstration war geboren. Ein Komitee bildete sich, das die Demonstrationen bis 1990 hinein organisierte. Fotos von der Demonstration am 7. Dezember 1989 dienten als Vorlage für die Wandbilder: Menschen mit Transparenten und eine Frau mit Kerze. Zusammen mit der Marienkirche sind sie kennzeichnende Symbole der Friedlichen Revolution in Großenhain.

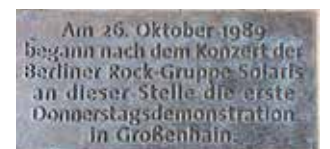
Erklärfilme

Im Schuljahr 2024/2025 beschäftigten sich 15 Schülerinnen und Schüler des Werner-von-Siemens-Gymnasiums im Leistungskurs Geschichte mit der Großenhainer Freiheitsgeschichte (Lei-



ter Wolfgang Maaß). Ziel war es, die historischen Motive und Ereignisse des Graffiti-Tunnels in kurzen Videos zu erklären. Sieben Schülerinnen und Schüler schlüpften in die Sprecherrolle, um vor der Kamera die Personen und ihre Bedeutung vorzustellen. Die Filme sind auf dem YouTube-Kanal der Stadt Großenhain unter <https://www.youtube.com/@stadtgrossenhain8334> abrufbar und im „Tunnel der Freiheit“ mit QR-Codes verlinkt. Jeder der mehr über die Bilder erfahren will, kann sich dort mit wenigen Klicks informieren. Auch die Entstehung der Graffiti ist dort in ausgewählten Sequenzen dokumentiert.

Carlo Mierendorff, Graffiti-Darstellung in Großenhain, 2024
Foto: Jens Schulze-Forster



Großenhain, Gedenkplatte vor der Marienkirche
Foto: Jens Schulze-Forster

Bewertung

Das Projekt „Sehnsucht Freiheit – Graffiti meets Großenhainer Demokratiegeschichte“ betrat echtes Neuland. Die Verbindung von Graffiti-Workshop und Bildungsprojekt, von Kunst, Geschichte, Schule und Jugendarbeit war nur durch das erfolgreiche Zusammenwirken der vielen verschiedenen Partner, Geldgeber und Unterstützer möglich. Die öffentliche Resonanz war überwältigend. Zur Eröffnung des Tunnels am 18. August 2024 kamen über 100 Menschen, darunter viele

Demonstration am 26. Oktober 1989, Graffiti-Darstellung in Großenhain zur Friedlichen Revolution 1989/90, 2024
Foto: Jens Schulze-Forster



Eröffnung des „Tunnels der Freiheit“ am 18. August 2024
Foto: Jens Schulze-Forster



junge Leute. Zweimal berichtete der MDR-Sachspiegel aus Großenhain. Der Tunnel ist eine Anlaufstelle für Wandergruppen und Exkursionen. Gleichzeitig vermittelte das Projekt, dass es mit Mühe und Arbeit verbunden ist, unterschied-

liche Akteure, Vorstellungen und Interessen erfolgreich zusammenzubringen, aber dass es sich lohnt. Mit Verantwortung, Kompromissbereitschaft, Toleranz und Respekt – ganz wie in der Demokratie.

- 1 Raimo Siegert: Die Mobile Jugendarbeit, in: Museum Alte Lateinschule (Hrsg.): 35 Jahre Graffiti in Großenhain, Großenhain 2023, S. 40-53.
- 2 https://www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_15.6_DE_2.Aufl-RZ-web.pdf [12.12.2024].
- 3 Vgl. Volker Gedrath: Vergessene Traditionen der Sozialpädagogik, Weinheim/Basel/Berlin 2003, S. 122 ff.
- 4 Karl Benjamin Preusker/Emil Reiniger: Schul-Bibliotheken, in: Sächsische Provinzialblätter 4 (1828), S. 234-240.
- 5 Vgl. hierzu und zum folgenden mit ausführlichen Belegen: Jens Schulze-Forster: Preusker und die Politik, in: Große Kreisstadt Löbau/St. Nikolai-Kirchgemeinde Löbau (Hrsg.): Reformation und Politik. Die Ereignisse der Reformationszeit und deren Folgen bis zur Gegenwart aus der Perspektive der Konventstadt Löbau, Löbau 2014, S. 30 ff.
- 6 Karl Preusker: Lebensbild eines Volksbildungsfreunds, Leipzig 1871, S. 237.
- 7 Esther Ludwig: Der Großenhainer Drucker Theodor Haffner (1826-1890), in: Louise-Otto-Peters-Jahrbuch 2 (2006), S. 243-253.
- 8 Ortsverein der SPD in Großenhain (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Großenhain 2. Die Jahre 1878-1890. Unter dem Sozialistengesetz, Friedrich Geyer und Ernst Nitzschke, Großenhain 2008, S. 23 24ff., S. 43.
- 9 Ebenda S. 6-7; vgl. auch Gunda Ulbricht: Friedrich Geyer, in: Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde (Hrsg.): Sächsische Biografie, <https://saebi.isgv.de/biografie/1700> [12.12.2024].
- 10 So genannt in einem Bericht der Stadt über sozialdemokratische Umtriebe in Großenhain, vgl. Ortsverein (wie Anm.9), S. 9.
- 11 Pädagogisches Kreiskabinett Großenhain (Hrsg.): Gedenk- und Erinnerungsstätten der Großenhainer Arbeiterbewegung. Großenhain 1981, S. 44; vgl. ebenda S. 21, Bild 6.
- 12 Ebenda S. 21, Bild 5 (Museum Alte Lateinschule Großenhain, Inv.-Nr. FO 735).
- 13 Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei in Großenhain (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Großenhain. Die Jahre 1908-1913, Großenhain 2008, S. 49. Da die Sozialistische Arbeiterpartei 1878 bis 1890 verboten war, handelte es sich wohl um den 1882 in Großenhain gegründeten Arbeiter- und Arbeiterinnenverein.
- 14 Ebenda, S. 26.
- 15 Pädagogisches Kreiskabinett Großenhain (wie Anm. 12), S. 10; Pädagogisches Kreiskabinett Großenhain (Hrsg.): Großenhain in den Revolutionsjahren 1918, Großenhain 1958, S. 23 ff.
- 16 Aus kommunistischer Sicht wurde seine Rolle daher später als „opportunistisch“ und „reaktionär“ beschrieben: ebenda S. 35. Unklar ist, worauf sich dort die Bezeichnung als „Verräter“ bezieht.
- 17 Ulrich Cartarius: Mierendorff, Carlo, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 17, München 1994, S. 477-479, <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118582283.html#ndbcontent> [20.12.2024].
- 18 Stadtverwaltung Großenhain (Hrsg.): Großenhain im Aufbruch. Die Ereignisse der Wende, Großenhain 2001, S. 29 ff.

Autor
Dr. Jens Schulze-Forster
Städtische Museen
Großenhain
Kirchplatz 4
01588 Großenhain
jschulze-forster@stadt-grossenhain.de



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

www.erinnerungskultur.sachsen.de

IMPRESSUM

Diese Publikation ist eine Sonderausgabe der Zeitschrift Sächsische Heimatblätter. Unabhängige Zeitschrift für sächsische Geschichte, Landeskunde, Natur und Umwelt (ISSN 0486-8234)

Herausgeber: Dr. Lars-Arne Dannenberg und Dr. Matthias Donath

Anschrift: Zentrum für Kultur und Geschichte e.V., Dorfstraße 3, 01665 Niederjahna
shb@zkg-dd.de

Herstellung: DDV Elbland GmbH Meißen

Titelbild: Graffiti zur Demokratieggeschichte Großenhains, Einweihung der von Kindern und Jugendlichen ausgestalteten Unterführung im August 2024. Foto: Jens Schulze-Forster

Michael Kretschmer Zum Geleit	1
Almuth Müller Der 23. August 1939 aus polnischer Sicht Hintergründe, Tragödie und Folgen	2
Konstantin Hermann Was schwerer wiegt Der Schmiedeberger Klempner Otto Heyne und seine Haltung gegen den Nationalsozialismus	10
Peter Knüvener Mythos Zittwerke? Ein Rüstungskonzern der NS-Zeit und seine Rezeption	16
Wolfgang Uhlmann Demontagen und Reparationen in der Industrieregion Chemnitz 1945 bis 1953	18
Ralph Grüneberger Was der spätere Lieddichter Helmut Richter (1933–2019) mit elf Jahren erlebte Aus dem Sudetenland vertrieben und zunächst in Sachsen angekommen	24
Romy Donath und Matthias Donath Von der HJ zur FDJ Der Meißner Komponist Siegfried Köhler (1927–1984) zwischen den Diktaturen des 20. Jahrhunderts	31
Juliane Weiß und Hannes Schneider Einweisungsgrund: Herumtreiberei Disziplinierung von Mädchen und Frauen in Geschlossenen Venerologischen Stationen und Spezialheimen der DDR	42
Matthias Donath Internierungs- und Isolierungslager des Ministeriums für Staatssicherheit in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig	47
Peter Wensierski Das Fernsehen der Opposition 1986 bis 1989	56
Geralf Pochop Subkulturelle Jugendliche in der DDR und der Fall der Mauer	65
Sven Brajer 35 Jahre Wiedervereinigung Biographien und Perspektiven aus der Oberlausitz	69
Jens Schulze-Forster Graffiti meets Großenhainer Demokratieggeschichte Ein Kunst- und Bildungsprojekt schreibt Geschichte	75